

# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

42. Sitzung	7. Wahlper	riode	
Freitag, 29. Juni 2018, Schwerin, Schloss			
Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizep	oräsidentin Dr. Mignon Schwenke		
Inhalt	Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	11	
mmar.	Jochen Schulte, SPD		
	Dr. Matthias Manthei, BMV		
	Burkhard Lenz, CDU		
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU	,		
Gemeinsame wassertouristische	Beschluss	14	
Potenziale nutzen! Weiterentwicklung			
und Kooperation der gemeinsamen			
Tourismusdestination Brandenburg,			
Mecklenburg-Vorpommern und Berlin	Antrag der Fraktion der AfD		
– Drucksache 7/2257 – 3	Einheitliche Bewertung des Zustandes der Kreisstraßen		
Änderungsantrag der Fraktion der AfD	Drucksache 7/2239 –	1.1	
- Drucksache 7/2308	- DruckSacrie 1/2259	14	
- Diudisacrie 1/2000	Stephan J. Reuken, AfD	14	
Susann Wippermann, SPD	Minister Christian Pegel		
Minister Harry Glawe	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE		
Dirk Lerche, AfD 5, 9	Dietmar Eifler, CDU	20	
Henning Foerster, DIE LINKE 6	Ralf Borschke, BMV		
Wolfgang Waldmüller, CDU	Jochen Schulte, SPD		
Ralf Borschke, BMV 8	Jens-Holger Schneider, AfD	22	
B e s c h l u s s 10	B e s c h l u s s	24	
Antrag der Fraktion der AfD	Antrag der Fraktion der BMV		
Herkunftsbezeichnungen schützen lassen – Drucksache 7/2237 –	Verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß § 27a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern im		
Dirk Lerche, AfD	Grenzraum intensivieren		
Minister Harry Glawe	– Drucksache 7/2244 –	25	
•			

Dr. Matthias Manthei, BMV25, 32, 33	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Minister Lorenz Caffier	Fairer Umgang mit den	
Nikolaus Kramer, AfD	Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der	
Manfred Dachner, SPD29	Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg	
Peter Ritter, DIE LINKE	– Drucksache 7/2254 –7	8
Ann Christin von Allwörden, CDU		
	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE7	
B e s c h l u s s	Ministerin Katy Hoffmeister8	
	Christoph Grimm, AfD8	
	Dirk Friedriszik, SPD8	
	Sebastian Ehlers, CDU8	
Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema	Torsten Koplin, DIE LINKE8	
Zukunft der Theater- und Orchesterstrukturen 33	Beschluss8	5
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE		
Ministerin Birgit Hesse		
Jörg Kröger, AfD	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Ann Christin von Allwörden, CDU	Fachkräfte langfristig binden –	
Nadine Julitz, SPD41	ganzjährige Beschäftigung im Hotel-	
Vincent Kokert, CDU45	und Gaststättengewerbe fördern	
	– Drucksache 7/2252 –8	5
	Henning Foerster, DIE LINKE86, 9	n
Antrag der Fraktion DIE LINKE	Minister Harry Glawe8	
Kampagne "Ärztliche Versorgung auf	Bert Obereiner, AfD8	
dem Land" in Mecklenburg-Vorpommern	Susann Wippermann, SPD8	
aufgreifen und umsetzen	Dietmar Eifler, CDU	
- Drucksache 7/2249	Dietifial Lilier, CDO	J
- Diucksacile 1/2249 40	Beschluss9	1
Torsten Koplin, DIE LINKE	Descrituss	'
Minister Harry Glawe		
Dr. Gunter Jess, AfD		
Jörg Heydorn, SPD	Nächste Sitzung	
Christel Weißig, BMV	Mittwoch, 12. September 20189	1
Sebastian Ehlers, CDU	William Coll, 12. September 20169	•
Sepastian Enlets, CDO		
Beschluss		
Antrag der Fraktion der BMV <b>Bundesinnenminister unterstützen:</b>		
Illegale Einwanderung stoppen		
- Drucksache 7/2246 56		
Dr. Motthias Monthsi DMV		
Dr. Matthias Manthei, BMV		
Minister Lorenz Caffier58, 59, 60, 71		
Nikolaus Kramer, AfD59, 60, 72		
Martina Tegtmeier, SPD		
Horst Förster, AfD		
Karen Larisch, DIE LINKE		
Ann Christin von Allwörden, CDU		
Erwin Sellering, SPD		
Peter Ritter, DIE LINKE		
Bernhard Wildt, BMV		
Beschluss77		

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon 9.01 Uhr. Ich begrüße Sie zur 42. Sitzung des Landtages. Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen. Ich hoffe, Sie hatten gestern Abend einen schönen Abend, nicht zu heftig, dass wir heute den Tag noch gut über die Runden kriegen. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und auch beschlussfähig ist. Die Sitzung ist damit eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Gemeinsame wassertouristische Potenziale nutzen! Weiterentwicklung und Kooperation der gemeinsamen Tourismusdestination Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, auf Drucksache 7/2257. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2308 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Gemeinsame wassertouristische Potenziale nutzen! Weiterentwicklung und Kooperation der gemeinsamen Tourismusdestination Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – Drucksache 7/2257 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 7/2308 –

Das Wort zur Begründung des Antrages hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Wippermann.

**Susann Wippermann**, SPD: Guten Morgen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Thomas Krüger, SPD: Guten Morgen, Frau Wippermann!)

Wir, die Koalitionsfraktionen der SPD und CDU, möchten heute wiederholt mit unserem Antrag den Fokus auf einen wichtigen touristischen Teilbereich lenken.

Wer an Urlaub in M-V denkt, hat neben Erholung in unberührter Natur vor allem eines im Kopf, Freizeit im und am Wasser zu verbringen. Nicht nur die Küstenabschnitte der Ostsee locken jährlich Tausende von Besucherinnen und Besuchern in unser Bundesland, auch die Flüsse und Seen im Binnenland üben einen nicht zu unterschätzenden Reiz auf Touristen aus dem In- und Ausland aus. Der Nordosten der Republik verfügt über eine einzigartige Fluss- und Seenlandschaft, die die Grundlage für einen prosperierenden Wassertourismus darstellt, der für Mecklenburg-Vorpommern, aber auch für Brandenburg und Berlin ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

In einem Arbeitsgespräch, das der SPD-Arbeitskreis Wirtschaft vor circa einem Jahr mit meiner geschätzten Sprecherkollegin Barbara Hackenschmidt führte – Frau Hackenschmidt ist Mitglied der SPD-Fraktion in Brandenburg –,

(Thomas Krüger, SPD: Ach so! – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so, ja!)

wurde deutlich, wo uns der Schuh drückt, nämlich an genau denselben Stellen, sei es die Befahrbarkeit der Nebenwasserstraßen des Bundes, der schlechte Zustand der Schleusen, die immer noch mangelnde Zusammenarbeit der Tourismusdestinationen diesseits und jenseits der Landesgrenzen und so weiter. Uns wurde deutlich, dass die Risiken, aber auch die Chancen, die unsere Bundesländer im Bereich des Wassertourismus erwarten, eines gemeinsamen Handelns aller Betroffenen bedürfen. Auch die besondere Rolle Berlins wurde bei diesem Termin herausgearbeitet, stellen die Berliner doch heute und auch in Zukunft eine interessante Zielgruppe für Urlaub in und am Wasser dar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Gemeinsam mit der Bundeshauptstadt Berlin, die, wie Sie wissen, ebenfalls über ein dichtes Netz von Wasserstraßen verfügt, muss daher umgehend die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet gefestigt und erweitert werden, um bereits erfolgreiche Initiativen zu stärken, nicht genutzte Potenziale zu nutzen, mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Gefahren auch zügig abzuwenden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie wollen wir dies erreichen? Mit mehreren Anträgen hat der Landtag in der letzten wie auch in der jetzigen Legislaturperiode die Landesregierung aufgefordert, durch unterschiedliche Initiativen, zumeist an die Bundesregierung gerichtet, den Wassertourismus in M-V zu stärken. So beinhaltete der Antrag 6/5526 neben dem Bekenntnis der Landesregierung zu den mecklenburgischen Wasserstraßen – warum eigentlich nicht auch zu den vorpommerschen, muss man hier nebenbei mal fragen –

(Beifall Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE)

auch die Aufforderung, sich beim Bund für weitere, vor allem touristische Schiffbarkeit von Wasserstraßen einzusetzen. Weitere Punkte an den Adressaten Bund waren unter anderem die Themen "Schleusungsmöglichkeiten", "Vernetzung von Tourismusverbänden" und "Förderung der Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg".

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, vor fast genau zwei Jahren hatten wir schon einmal einen ähnlichen Antrag auf der Tagesordnung dieses Landtages, und ich bin mir sicher, dass der Herr Wirtschaftsminister Glawe in seiner Rede auch ausführen wird, wie die Landesregierung den Auftrag des Parlaments von damals umgesetzt hat. Also was ist nun neu und somit die Motivation unseres neuen Antrages?

In dem Gespräch mit meiner Sprecherkollegin damals wurde klar, dass Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zwar über das größte zusammenhängende Wassersportrevier verfügen, aber Landesgrenzen immer noch trennender sein können als Flüsse, um gemeinsame Interessen durchzusetzen. Um Ufer, die durch Flüsse getrennt werden, zu vereinen, baut man Brücken.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Unsere Brücke soll dieser Antrag werden, den wir zusammen mit den Brandenburger Kollegen erarbeitet haben. Dieser ähnlich lautende Antrag wurde bereits vom Brandenburger Parlament – Antragsteller waren die Frak-

tionen der SPD, CDU und DIE LINKE – am 31.05.2018 beschlossen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Schön abgeschrieben.)

Berlin befindet sich derzeit noch in der interfraktionellen Abstimmung. Können wir diesen Antrag heute hier beschließen, soll dies als positives Signal auch für Berlin gelten, sich uns und dem Brandenburger Landtag rasch nach der Sommerpause anzuschließen. So können und wollen wir geschlossen unsere Interessen gegenüber dem Bund durchsetzen. Das ist also das Novum. Wir, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin, müssen mit einer Stimme sprechen, um den Forderungen, die vor allem an die Bundesregierung gerichtet sind, mehr Gewicht zu verleihen und die schon auf den Weg gebrachten Initiativen nachhaltig zu unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Lassen Sie uns also diesen Antrag auf den Weg bringen! Ich freue mich nunmehr auf die Rede des Ministers und die anschließende Aussprache. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 210 Minuten vorzusehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Ich eröffne die Aussprache.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Für die Landesregierung hat zunächst ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin verfügen über das größte vernetzte Wassersportrevier in Deutschland. Mit 5.000 Seen, Flüssen und Kanälen, die miteinander verbunden sind, werden wertvolle Teile der europäischen Kulturlandschaft verbunden.

Meine Damen und Herren, die ITB in Berlin hat gezeigt, dass in besonderer Weise die Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg ganz wichtig ist, da Brandenburger und Berliner oft gerade auch Flüsse und Seen besonders lieben und dafür sorgen, dass viele Kontakte einerseits zur Erholung, andererseits auch zur Belebung von Wasserstraßen beitragen. Von daher ist es sehr wichtig, dass wir gemeinsam wassertouristische Potenziale nutzen, das Revier weiterentwickeln und als gemeinsame Tourismusdestination verstärkt miteinander kommunizieren, um am Ende auch den Bund dazu zu bewegen, seiner Verantwortung nachzukommen. Aufgrund ihrer zentralen Lage im europäischen Wasserstraßennetz nehmen sie eine besondere Stellung und Funktion aus allen Richtungen ein. Durch Nordsee, westliche Ostsee, Elbe, Mittellandkanal und Oder bestehen direkte Verbindungen an das Gewässersystem auch in Richtung Mecklenburg-Vorpommern. Dafür sind eine enge Kooperation der Länder und natürlich die Unterstützung notwendig. Die verbundenen Wasserwege können durch gemeinsame Ziele für die Bundesländer Wertschöpfungsketten erschließen.

In Mecklenburg-Vorpommern ist der Wassertourismus eine Wachstumsbranche mit überdurchschnittlich gestiegenen Bruttoumsätzen. In den vergangenen Jahren - ich nehme mal die letzten zehn Jahre - haben sich die Bruttoumsätze in diesem Bereich verdreifacht. Im Jahre 1999 waren es 157 Millionen Euro, im Jahre 2009 fast 500 Millionen Euro. Das heißt, dass es insgesamt 1.400 Anbieter mit 7.000 Beschäftigten in diesem Bereich gibt. Der Anteil des Wassertourismus am touristischen Angebot insgesamt liegt bei etwa zehn Prozent. Für die Weiterentwicklung von ländlichen Räumen ist der Wassertourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Laut Landeswassertourismuskonzept Seen- und Flusslandschaft M-V 2014 belaufen sich die wirtschaftlichen Effekte dort auf einen Umsatz von 199 Millionen Euro pro Jahr und die Einkommenseffekte betragen fast 100 Millionen, das heißt, davon werden rund 3.000 Vollzeitarbeitskräfte bezahlt.

In gewässerreichen Regionen können Umsätze aus den Bereichen Bootstourismus, Motorbootfahren, Segeln, Kanufahren, Hausbootfahren mit Charterbooten, Surfen, Wasserski, Tauchen und Angeln genauso erzielt werden wie aus verschiedenen Bereichen der Schifffahrt. Dazu zählen die Bereiche der Fahrgast- und Traditionsschifffahrt sowie Flusskreuzfahrten entlang der Wasserstraßen. Es gibt im Land derzeit 350 Wasserwanderrastplätze, Marinas und Sportboothäfen mit 14.000 Liegeplätzen an den Küsten und 7.700 Liegeplätzen im Bundesland.

Dauerhafter Erfolg beruht auf Investitionen an den richtigen Standorten, zum Beispiel zur Erstellung eines Sportboothafennetzes. Das betrifft sowohl gewerbliche Investitionen in touristische Einrichtungen und im Wassertourismus, Marina-Sportboothäfen et cetera, aber auch Investitionen in die touristische Infrastruktur. Wenn Sie durch das Land reisen, sehen Sie am Wasser neben einer einzigartigen Naturausstattung Seebrücken, Schiffsanleger, Wasserwanderrastplätze, Anlegestellen, Strandpromenaden, Badestellen, Rettungstürme und barrierefreie Strandabgänge, die genutzt und natürlich auch gesucht werden.

Die Förderung ist ein wichtiges Element der Arbeit seit 1990 aller Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern. Im Bereich Infrastruktur wurden 368 wassertouristische Infrastrukturmaßnahmen gefördert. Insgesamt wurden dadurch Investitionen in Höhe von fast 600 Millionen Euro ausgelöst. Die Förderung betrug immerhin 420 Millionen. Im Bereich Gewerbe mit 175 Sportboothäfen und Marinas wurden 400 Millionen Euro investiert und die Förderung lag bei 145 Millionen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Zusammenfassend möchte ich die Bedeutung damit unterstreichen, dass allein das Wirtschaftsministerium über eine halbe Milliarde Euro in diesen Bereich des maritimen Tourismus gesteckt und damit Unternehmen gefördert hat. Ich sehe jedoch derzeit mit Sorge, was für Entwicklungen und Bestrebungen auf Bundesebene im Bereich der Bundeswasserstraßen infolge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie durch das neue Bundesprogramm "Blaues Band Deutschland" erfolgen. Durch die Kategorisierung der Wasserstraßen und Einstufung der Bundesstraßen mit Tourismusverkehren als sonstige Wasserstraßen möchte sich der Bund immer mehr aus der Verantwortung für den Erhalt und

die Unterhaltung der Bundeswasserstraßen ziehen. Mit dem Bundesprogramm "Blaues Band Deutschland" möchte das Bundesverkehrs- und Bundesumweltministerium viele Fließgewässer renaturieren und damit die ökologische Qualität im Hochwasserschutz stärken. Das könnte unter Umständen eine Einschränkung der wassertouristischen Nutzung in diesen Gebieten bis hin zum Entzug von Wassertourismusrevieren bedeuten.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das kam aus Bayern.)

Das können wir nicht hinnehmen. Daher plädiere ich dafür, dass wir uns gemeinsam länderübergreifend beim Bund dafür einsetzen, dass die sogenannten Nebenwasserstraßen des Bundes durchgängig für Motorboote schiffbar bleiben und seitens des Bundes wieder unterstützt werden. Dabei sind vom Bund die Schleusen in ihrer Substanz zu erhalten.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gab auf Anfrage aus dem parlamentarischen Raum die Auskunft, dass es die meisten Schleusen als sanierungsbedürftig einstuft. Zwar wurde zwischenzeitlich immer wieder modernisiert, an vielen nagt aber der Zahn der Zeit und es wird auf Verschleiß gefahren, sodass sich viele Schleusen in einem baukritischen Zustand darstellen. Es wird eingeschätzt, dass 85 Prozent dieser in den nächsten zehn Jahren unbedingt saniert werden müssen. Daher ist ein Aufschub in die Zukunft nicht mehr hinzunehmen. Sanieren allein reicht aber nicht, wir benötigen ein Sofortinvestitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums für den Erhalt der Substanz der Schleusen. Hier ist ein klarer Zeitplan erforderlich.

Als Grundlage für Erhaltungsinvestitionen in den Wassernebenstraßen soll der Bund ein Konzept erstellen, damit die Belange der betroffenen Bundesländer und Regionen bei der Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes berücksichtigt werden können. Dafür sollten sich die drei Bundesländer gemeinsam – das ist wichtig – beim Bund einsetzen. Dazu ist es auch wichtig, dass sich ebenfalls alle relevanten Akteure über die Landesgrenzen hinweg vernetzen und austauschen. In Kooperation mit den relevanten Akteuren des Tourismusbereiches ist die Darstellung der verfügbaren Angebote auf geeigneten digitalen Plattformen zu fördern.

Zusammengefasst kann man sagen, wir brauchen eine durchgängige Barrierefreiheit des Gewässersystems in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin. Dafür sind auch Instandsetzungen und der Betrieb entsprechender Schleusen notwendig. Der Erhalt der durchgängigen Schiffbarkeit macht ein Soforthilfeprogramm erforderlich. Um die Erfolgsgeschichte der Branche fortzusetzen, sind abgestimmte Prozesse und eine Kooperation mit den Nachbarländern Brandenburg und Berlin sachdienlich.

Zwischen Branchenvertretern und der Landesregierung funktioniert es. Auch die Länderebene mit Brandenburg und Berlin funktioniert. Das zeigt, dass die Vermarktung als gemeinsame Tourismusdestination mit der wassertouristischen Publikation "Dein Sommer, unser Element" der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern insgesamt auf gutem Weg ist. Jetzt müssen wir eine bessere Zusammenarbeit mit dem Bund erreichen und wir werden demnächst Gespräche im Bundesverkehrsministerium zu diesem Thema auch als Land Mecklen-

burg-Vorpommern führen. Von daher will ich jetzt meine Ausführungen erst mal beenden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Lerche. Und bis Herr Lerche hier vorn am Pult Platz genommen hat, begrüße ich ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD und Dirk Lerche, AfD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, er soll sich nicht setzen, sondern seinen Platz einnehmen.

Ich möchte gern Besucherinnen und Besucher begrüßen, die auf der Tribüne Platz genommen haben. Das sind Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule Wirtschaft und Verwaltung in Schwerin. Herzlich willkommen!

Bitte, Herr Lerche, Sie haben das Wort.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Der Abend war lang.)

**Dirk Lerche**, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen Abgeordnete! Liebe Bürger im Lande! Liebe Gäste im Saal! Mal ganz ehrlich: Über diesen Antrag habe ich mich richtig gefreut. Persönlich habe ich mich da so richtig gefreut und die Ausführungen von Frau Wippermann waren toll.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Zack, das wars, und tschüss! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Als Freizeitkapitän seit meinem 18. Lebensjahr, der die gesamten Wasserstraßen alle schon bereist hat, bis Rheinsberg und weiter runter gefahren ist, muss ich sagen, ich bin auch in die andere Richtung nach der Wende gefahren, habe mir dann Ratzeburger See, Trave und so weiter angeguckt, und deswegen der Änderungsantrag. Die gesamte AfD-Fraktion begrüßt immer nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung unserer heimischen Wirtschaft, sprich zur Stärkung des Tourismus. Sie erwarten von uns ja immer konstruktive Zusammenarbeit beziehungsweise Einbringung, und das will ich dann heute auch damit machen.

Das Hauptanliegen Ihres Antrages beinhaltet die bessere Vernetzung der betroffenen Bundesländer, um geschlossen eine gewichtige Stimme im Bund zu haben und den Wassertourismus besser zu vermarkten und auszubauen. Schleswig-Holstein und Hamburg sind mit Mecklenburg-Vorpommern über die Elbe verbunden. Das Einund Ausfahrtstor ist hier die Schleuse bei Dömitz. Von der Ostsee kommend fahren viele Freizeitschipper über den Elbe-Trave-Kanal nach Lauenburg und dann auf die Elbe bis Dömitz, um in unser mecklenburgisches Revier zu kommen. Auch die Bootsfahrer vom Ratzeburger See nutzen diesen Weg. Die Hamburger haben es auch nicht weit auf der Elbe zu uns. Ich habe viele Touristen im Hafen von Garwitz, Lübz, Malchow oder Plau am See getroffen, die mir ihre Wege beschrieben.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Henning Foerster, DIE LINKE)

Da waren unter anderem Dänen, die aus Dänemark über die Ostsee über Lübeck hierhergekommen sind, Holländer, die hier über die Elbe einreisen. Auch über den Mittellandkanal, zum Schluss über das Schiffshebewerk bei Scharnebeck kommen Wassertouristen in unser Bundesland, um bis nach Brandenburg weiterzufahren. Ja, der Wassertourismus ist eine wichtige Möglichkeit, den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern noch zu steigern.

(Thomas Krüger, SPD: Genau, Menschen aus fremden Kulturen begrüßen zu können zum Beispiel. – Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Ich hätte mir da noch etwas mehr Engagement auf der ITB gewünscht, als erfolgt ist, aber das lässt sich ja im nächsten Jahr noch steigern.

Was auch noch ein Stichpunkt ist, das ist die Metropolregion Hamburg, da können wir unseren Wassertourismus gemeinsam noch viel stärker vermarkten. Wir dürfen jedenfalls den Zug nicht verpassen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das Schiff! – Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

denn der Mitwettbewerber – in diesem Falle der Staat Polen – auf dem internationalen Markt holt mit der Entwicklung der Masurischen Seenplatte mächtig auf. Nicht, dass die uns nachher irgendwann die ganzen Touristen wegschnappen! Im Ostseeraum mit ihren Städten Swinemünde, Kolberg und so weiter sind sie ja schon ein Konkurrent auf diesem Markt.

Ihrem Antrag werden wir natürlich zustimmen und würden es begrüßen, wenn unsere kleine Ergänzung Ihre Zustimmung findet.

Jetzt noch ein paar Worte zur Stärkung des Wassertourismus in meiner Stadt. Wie Sie von der Landesregierung sicherlich wissen - hauptsächlich der Wirtschaftsminister Herr Glawe -, steht der Verkauf einer Landesfläche in Schwerin an. Invest in MV hat Herrn Goeke von der IBG Goeke Technology Group den Verkauf einer Landesfläche am Schweriner Ziegelaußensee angeboten. Für diese Fläche lag aber auch ein fertiges Konzept für eine Wassertankstelle mit Marina-Reparaturstützpunkt, Winterlager und so weiter vor. Es ist der einzige Standort für eine rentable Wassertankstelle. Eine Wassertankstelle ist nur rentabel, wenn ich auch das gesamte Wintergeschäft machen kann, wenn ich mit Reparaturen, Gastliegern und so weiter noch Geld dazuverdienen kann. Ansonsten ist eine Wassertankstelle niemals rentabel.

Herr Goeke will jetzt hier aber Wohnbebauung für seine 40 Mitarbeiter durchführen. Dies sollte alles noch einmal auf den Prüfstand. So, wie ich Herrn Goeke verstanden habe, wäre er auch mit einem anderen Wassergrundstück zufrieden. Da sollten das Wirtschaftsministerium, Invest in MV und die Stadt Schwerin doch eine Lösungsmöglichkeit finden, beidem, den Interessen des Wassertourismus und den Interessen von Herrn Goeke, gerecht zu werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Minister Harry Glawe und Andreas Butzki, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Foerster.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Henning, das alte Schlachtross, schlägt wieder zu. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Thomas Krüger, SPD– Zuruf von Torsten Renz, CDU)

**Henning Foerster**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wie ich zu dem Titel "Altes Schlachtross" komme,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Herr Kokert, das müssen Sie mir jetzt noch mal erklären, gerade im Zusammenhang mit Wassertourismus.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Gut, ansonsten ist es ja geradezu ein Adelstitel aus Ihrem Mund.

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jetzt noch mal: Wann, wenn nicht heute bei diesem durchaus wichtigen Thema, bietet es sich einmal an, Günther Oettinger zu zitieren, der einst sagte:

(Vincent Kokert, CDU: Kluger Mann!)

"We are all sitting in one boat". Dieser Spruch, der für das angelsächsische Ohr vermutlich quälend daher-kommt,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, Christian Brade, SPD, und Ministerin Stefanie Drese)

beschreibt zutreffend die Gemeinsamkeiten zwischen den drei Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin in Sachen Wassertourismus, denn zu diesem Thema sitzen wir tatsächlich in einem Boot, geht es uns doch allen gemeinsam darum, unsere Wasserstraßen auch in Zukunft durchgängig befahrbar zu halten. Dabei geht es nicht nur um Paddelboote oder Kanus, sondern auch um Segelschiffe, Motorboote und vor allem um Fahrgastschiffe.

Und, meine Damen und Herren, damit das klappt, muss zu den drei Passagieren Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin noch ein vierter hinzukommen, nicht Schleswig-Holstein, wie von der AfD vorgeschlagen, sondern der Bund. Letzterer darf sich auch nicht als blinder Passagier in der Kajüte verstecken, sondern muss sich insbesondere mit Blick auf Finanzierungsfragen auf die Brücke stellen und die Kapitänsmütze aufsetzen. Und aus dieser Verantwortung dürfen wir ihn auch nicht entlassen.

Deshalb ist es von enormer Bedeutung, dass die Mannschaft, bestehend aus den drei genannten Ländern,

geschlossen agiert. Denn worum geht es? Die Vorstellungen der Bundesregierung zur künftigen Neuordnung der Wasserstraßen durch das Programm "Blaues Band" haben für Nervosität in den Regionen, beim Tourismusverband und nicht zuletzt bei den Wassertouristen als den Nutzern gesorgt. Nicht etwa, weil auf den ersten Blick gleich schreckliche Dinge in den Grundüberlegungen stehen, sondern vielmehr, weil bis heute eigentlich niemand so richtig weiß, was die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD in Berlin mit den Wasserstraßen im Allgemeinen und den Nebenwasserstraßen im Speziellen vorhat.

Da hilft auch kein Blick in den Koalitionsvertrag, wo sehr allgemein Folgendes formuliert ist: "Für die ausschließlich dem Tourismus oder Sport dienenden Nebenwasserstraßen des Bundes wollen wir entsprechend der Befahrbarkeit neue Prioritäten setzen und diese unterstützen. Wir streben an, zusammen mit den Bundesländern und Regionen neue Konzepte für die einzelnen Wasserwege zu entwickeln." Das klingt ganz gut, aber was genau heißt das am Ende denn nun für unsere Wasserstraßen? Da gibt es viele Fragezeichen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es vollkommen richtig, dass sich die drei Bundesländer dazu verständigt haben, gemeinsam zu agieren. Und es ist auch gut, dass der heutige Antrag, der übrigens annähernd wortgleich bereits vom Brandenburger Landtag beschlossen wurde, nun auch hier eingebracht wird. Während die Regierungsfraktionen in Brandenburg jedoch, der Bedeutung eines breiten Konsenses Rechnung tragend, eine gemeinsame Initiative mit der dortigen Oppositionspartei CDU auf den Weg gebracht haben, hielten es SPD und CDU hierzulande mal wieder nicht für nötig, eine gemeinsame Initiative mit der Opposition zu starten.

Das ist schade, denn ich glaube, zu diesem Thema gibt es hier keinen wirklichen Dissens. Auch wir sehen, dass Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durch eine einzigartige Fluss- und Seenlandschaft miteinander verbunden sind. Auch wir wissen, dass diese damit die Grundlage für den Wassertourismus bilden, der in allen drei Ländern Menschen sowohl Arbeit als auch Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Erholung bietet und somit natürlich einen Wirtschaftsfaktor darstellt.

Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen insbesondere die Nebenwasserstraßen schiffbar bleiben. Dieses Ziel steht in Konflikt zu den im Bundesprogramm "Blaues Band" beschriebenen Vorhaben. Das geht nämlich davon aus, dass der überwiegende Teil der wassertouristischen Nutzung auf den Hauptwasserstraßen stattfindet, was einen Zusatznutzen neben dem Gütertransport darstellt. Er sieht daher zum Beispiel vor, die Infrastruktur an weniger genutzten Gewässern künftig vor allem für die motorlose Nutzung auszulegen und in der Konsequenz bestehende Schleusen und Wehranlagen zurückzubauen sowie gegebenenfalls Renaturierung zu betreiben. Treiber für diese Überlegungen ist vor allem der Zustand der Bestandsbauwerke, dessen Substanzreserven zu großen Teilen aufgebraucht sind. Zum anderen hat Deutschland offenbar auch noch Defizite bei der Umsetzung europarechtlicher und nationaler Verpflichtungen mit ökologischem Hintergrund.

Da bis 2020 die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, kommen die Initiativen aus den Landtagen zur rechten Zeit. Das gilt gleichermaßen mit Blick auf die vom Bund geplante Er-

stellung von Konzepten für die Entwicklung von Nebenwasserstraßen, die einen Ausgleich der verschiedenen Interessen durch die Beschreibung der künftigen Infrastrukturen und Nutzungen, die Art und den Umfang der Unterhaltung sowie die verkehrlichen, ökologischen und weiteren Ziele herbeiführen sollen. Daher werden wir dem Antrag der Koalition zustimmen, damit es tatsächlich gelingt, die gemeinsamen wassertouristischen Potenziale der drei Länder zu nutzen.

Zum Änderungsantrag der AfD: Wir werden diesen ablehnen. Es geht hier vor allem darum, die gemeinsamen Potenziale von Brandenburg, von Berlin und von Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen. Das ist vom Minister unter Bezug auf das größte zusammenhängende Wassersportrevier ganz richtig dargestellt worden. Es geht nicht darum, alle möglichen Bundesländer hier in einem Antrag hintereinander aufzuzählen. Deswegen, wie gesagt, werden wir uns zu diesem Änderungsantrag entsprechend verhalten und ihn ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Waldmüller.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Foerster, nicht nur in Brandenburg ist dieser Antrag gestellt worden, sondern auch in Berlin, und das ist gut so. Dieser Antrag ist in der Tat fast in identischer Form so gestellt worden. Die SPD-Politikerin aus Brandenburg hatte uns, das Landesparlament, dazu eingeladen, auch so einen Antrag zu machen. Diese Einladung nehmen wir sehr gern an, weil es sich in der Vergangenheit schon zeigte, dass hier länderübergreifend die Kraft dieses Antrags wesentlich stärker ist, und deswegen nehmen wir das gern an. Wir sehen das auch als eine Verstetigung der Bemühungen um dieses Thema.

Ursächlich für diesen Antrag – es wurde darauf hingewiesen – war durch das Verkehrsministerium 2012 das Bundeswasserstraßennetz in Haupt- und Nebenwasserstraßen aufzuteilen. Dann gab es die Bundesnebenwasserstraßen und der Bund hat sozusagen diese auch nebenbei behandelt. Das ist eben die Krux.

Besonders deutlich – das steht auch im Antrag – war es bei den Schleusen zu spüren. Da ist ein hoher Verschleiß, da gehört die Personalausstattung dazu. Die Personalausstattung ist steigerungsfähig. Das führte durch die Verknappung auch zu knapperen Schleusenöffnungszeiten. Nur wenn die Durchgängigkeit dieser Wasserstraßen oder dieser Nebenstraßen durch Schleusen und vor allen Dingen durch intakte Schleusen gegeben ist, dann gibt es keinen bitteren Investitionsstau. Deswegen ist das mit aufgenommen worden in diesen Antrag, dass hier die Notwendigkeit besteht, die Durchgängigkeit einmal durch die Schleusenöffnungszeiten, aber vor allem durch intakte Schleusen zu gewährleisten.

Und dann kam noch etwas dazu, nämlich das "Blaue Band" und das Wassertourismuskonzept des Bundes.

Hier plant ja der Bund fortan, sich eigentlich auf die Güterverkehre zu konzentrieren, um die Beschiffbarkeit der Güterverkehre sicherzustellen. Touristisch bedeutsamen Wasserwegen drohte weiter sozusagen die Renaturierung. Das ist eben auch die Gefahr dabei und das ist der Grund, warum die drei Bundesländer sich zusammenschließen, denn diese Renaturierung – in welcher Form sie auch immer kommt, das ist bislang noch unklar – könnte dazu führen, dass die Nebenwasserstraßen nicht mehr durchgängig beschiffbar/befahrbar sind mit Motorbooten, und das würde in der Tat zu erheblichen Einschränkungen führen.

Erfolgreich kritisiert hat unser Landesparlament auch die mangelhafte Einbeziehung der Länder in die Planung der Programme. Das war im Juli 2016, Sie erinnern sich noch. Ich sage mal, jede Partei hat sich ja in irgendeiner Weise bemüht, auch wir haben das bei der wirtschaftspolitischen Sprecherkonferenz der CDU gemacht. Und auch da haben wir eine Initiative ergriffen. Zudem haben wir noch eins gemacht, das hätte ich fast vergessen, dass SPD und CDU zusammen im Koalitionsvertrag dieses Thema mit verankert haben. Also das ist auch Auftrag für die Zukunft. Im vergangenen Jahr haben wir nochmals mit dem Landtag auf die Gefahr von Renaturierungen hingewiesen und den Bund aufgefordert, regionale Akteure stärker als bisher in die Planung einzubeziehen. Das hat unterm Strich Früchte getragen. Mecklenburg-Vorpommern ist im Beirat "Blaues Band" jetzt vertreten.

Da sind wir schon in der Tat ein Stück vorangekommen, doch es bleibt dabei, Wassertourismus auf Sparflamme nutzt nichts. Wir haben nach wie vor diese Unsicherheiten. Deswegen ist es gut, dass wiederum ein gemeinsamer Antrag erstellt wird. Gerade in der Wirtschaft - Sie wissen es selbst - ist es so, die Unsicherheiten führen immer dazu, dass sie das Zukunftsplanen hinauszögern, dass sie nicht investieren, und das ist Gift für die touristischen Belange. Das heißt für uns, es bedeutet, Schleusen müssen besser besetzt werden, sie sind das A und O für touristische Tagestouren. Die Schleusen müssen ertüchtigt werden, der Investitionsstau muss aufgelöst werden. Bei den überregionalen Wasserwegen bleibt der Bund in der Pflicht, und das fordern wir mit diesem Antrag auch wieder. Durchgängige Schiffbarkeit auch für Motorboote muss gewährleistet sein, Renaturierung ist eine Gefahr für unseren Wassertourismus, wobei ich nicht sagen möchte, dass Renaturierung vom Grund her schlecht ist. Das meine ich nicht damit, aber es muss die Durchgängigkeit der Beschiffbarkeit gewahrt werden.

Die letzte Forderung, die dabei herauskommt, sind natürlich die gemeinsamen Interessen, die die Bundesländer haben. Diese müssen weiterhin zusammenhalten und gemeinsam mit dem Bund eine Lösung finden. Das heißt, dieser Antrag schließt an die bisherigen Forderungen an. Deswegen wünschen wir uns alle gemeinsam eine breite Zustimmung. Diese habe ich bis jetzt vernommen, das ist auch gut so, das ist ein starkes Zeichen.

Zu dem Änderungsantrag der AfD: Es ist nicht so, dass wir mit den anderen Bundesländern, auch mit Schleswig-Holstein oder Hamburg, nicht gesprochen haben. Auch aufseiten des Tourismusverbandes kann ich nur sagen, wir stehen da im ständigen Austausch. Aber selbst Hamburg und Schleswig-Holstein sagen, Moment mal, wir sind eigentlich nicht betroffen, denn wir haben nur diese Bundeswasserstraßen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die sind aber nicht betroffen, wir reden ja von den Nebenwasserstraßen, um die geht es, und nicht um die Bundeswasserstraßen. Deswegen haben Schleswig-Holstein und Hamburg selbst gesagt, nein, wir sind da nicht betroffen, aber deren Solidarität ist uns gewiss, das haben sie auch versichert. Insofern lehnen wir aufgrund der Nichtbetroffenheit Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Andreas Butzki, SPD: Klatschen! – Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende ...

(Zuruf von Bernhard Wildt, BMV)

Ach, Herr Borschke. Falsch angemeldet, okay. Herr Borschke hat dann das Wort.

(Andreas Butzki, SPD: Der bootspolitische Sprecher! – Heiterkeit bei Bernhard Wildt, BMV: Der bootspolitische Sprecher, genau!)

Ralf Borschke, BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrtes Präsidium! Liebe Gäste! Es ist ja schon viel gesagt worden, aber ich möchte trotzdem mit einem Zitat beginnen. Und zwar schreibt die Firma Xylem zur Bedeutung der Wasserstraßen: "Wasserstraßen sind neben Straßen, Schienen und Rohrleitungen Teil des bodengebundenen Verkehrswegenetzes der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl sehr viel weitmaschiger als Schiene und Straße, ist das Wasserstraßennetz dennoch ein zusammenhängendes und sehr wichtiges Netz. Die Mehrzahl der Großstädte der Bundesrepublik besitzt einen Wasserstraßenanschluss. Das Netz der Bundeswasserstraßen hat eine Länge von rund 7.300 km Binnenwasserstraßen und schließt auch ca. 17.800 km Seewasserstraßen ein. Die Bundeswasserstraßen haben neben der verkehrswirtschaftlichen Nutzung beachtenswerte Funktionen zur Wasserversorgung, Erhaltung der Vorflut für den Abfluss der Niederschläge und für Entwässerungszwecke, Abwendung von Hochwasser- und Eisgefährdung sowie zur preiswerten und sauberen Energiegewinnung in staugeregelten Abschnitten."

Sich beim Bund also für unsere Wasserstraßen einzusetzen, ist grundsätzlich begrüßenswert, und wir stimmen dem auch grundsätzlich zu.

(Burkhard Lenz, CDU: Setzen! Reicht!)

Sie setzen sich dafür ein, dass die Nebenwasserstraßen weiter schiffbar bleiben und seitens des Bundes wieder unterstützt werden. Das halten wir für richtig. Es ist eigentlich selbstverständlich. Die Nebenwasserstraßen sind wichtig für den Tourismus in unserem Land. Vor allem auch deshalb darf die finanzielle Verantwortung für die Nebenwasserstraßen nicht von der Bundesebene auf die kommunale Ebene abrutschen. Wir können uns alle ausmalen, was dann passiert. Folgerichtig muss sich unser Land für das geforderte Investitionsprogramm einsetzen. Wieder mal geht es auch um Regionen, die besonders abgehängt sind und in der Konsequenz weiter abgehängt würden. Wasserstraßen sind letztlich natürlich auch ein Wirtschaftsfaktor für die Region. Hier muss es einen Fortschritt geben und es darf nicht weitere Rückschritte geben.

### (Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Natürlich würde sich so mancher Naturschützer und so mancher Verein über einen Rückschritt im Wassertourismus freuen. Attacken gegen den Wassersport und den Wassertourismus gibt es ja zur Genüge. Wir aber wollen freie Fahrt für unsere Skipper.

### (Beifall Bernhard Wildt, BMV)

Vernetzte und durchgängige Wasserstraßen sind ein Gut, mit dem wir wuchern können. Ein Rückzug des Bundes aus seiner Verantwortung für die Wasserstraßen würde zu einer Vernachlässigung der Nutzbarkeit führen. Fehlende Pflege und Sanierung würden eine Schiffbarkeit in weiten Teilen unmöglich machen. Die Folgen und der Schaden auch für den Wasserhaushalt wären dann enorm. Will ich den Wirtschaftsfaktor Wasserstraßen erhalten, müssen natürlich auch die Schleusen instand gesetzt werden. Während hier in den letzten Jahren der Ausbau und die Sanierung vernachlässigt wurden –

(Andreas Butzki, SPD: Wurden sie.)

und das schreiben Sie ja in Ihrem Antrag –, ist natürlich dringender Handlungsbedarf gegeben.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Die Erschließung neuer Tourismusgebiete ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, der eine Wertschöpfungskette in Gang setzt. Es kann nicht sein, dass unter der Initiative das "Blaue Band Deutschland" Länder wie Mecklenburg-Vorpommern kaum mit eingebunden werden, obwohl vor allem wir von solchen Vorhaben betroffen sind. Dennoch können wir dem Antrag zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Andreas Butzki, SPD: Herr Wildt, er ist fertig. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe fertig.

(Zuruf aus dem Plenum: Herr Wildt, klatschen! – Beifall Bernhard Wildt, BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat noch einmal das Wort die Abgeordnete Wippermann.

**Susann Wippermann**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei so viel Konsens weiß ich gar nicht, was ich hier noch sagen soll. Also ich hätte gedacht, dass der eine oder andere das Härchen in der Suppe findet, aber es scheint nicht so zu sein.

(allgemeine Heiterkeit – Andreas Butzki, SPD: Gut vorbereitet.)

Also können wir alles gut machen. Ich hoffe, es liegt nicht nur am gelungenen Sommerfest gestern Abend, dass wir uns hier so einig sind heute, sondern an der Zielrichtung des Antrages.

Ich freue mich auch sehr darüber, dass Herr Glawe bereits erste Gespräche mit dem Bund angekündigt hat. Wir

werden das natürlich sehr genau verfolgen, welche Ergebnisse diese Gespräche finden.

(Minister Harry Glawe: Wollen Sie mitkommen?)

Herr Lerche, zu Ihrem Änderungsantrag kann ich weiter nur das ausführen, was auch Herr Foerster schon gesagt hat. Es geht zunächst einmal um dieses Wassersportrevier, das unsere drei Bundesländer betrifft. Und auf dieses haben wir uns erst einmal konzentriert. Das heißt aber nicht, dass ähnliche Anträge nicht auch in anderen Bundesländern in die Landtage eingebracht werden. Also wir haben bereits Gespräche gehabt mit anderen Landtagsfraktionen der SPD, die Signale gegeben haben, dass sie sich eventuell die eine oder andere Forderung aus unseren Anträgen ganz genau anschauen werden und eventuell auch Anträge formulieren wollen.

Was bleibt mir anderes zu sagen: Ich bedanke mich für diese konstruktive Beratung und wünsche unserem Antrag viel Erfolg. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat noch einmal ums Wort gebeten der Abgeordnete Lerche.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

**Dirk Lerche**, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen Abgeordnete! Liebe Gäste im Saal! Liebe Bürger im Lande!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

In dem Antrag sind sechs Punkte aufgeführt. Herr Waldmüller hat recht, es geht hier hauptsächlich um die Nebenwasserstraßen. Davon sind Hamburg und Schleswig-Holstein weniger betroffen, aber in zwei Punkten ist ja auch die Rede davon, einmal im Punkt eins, die überregionalen Wasserwege, die unsere Länder verbinden – uns verbindet ja nun auch mit Hamburg und Schleswig-Holstein ein Wasserweg –, bei einer Prüfung auf neue Destinationen für Urlaubsgäste und bei Bedarf einer Entwicklung sowie einer Verbesserung vorhandener Wasserwege Verbindungen zu unterstützen. Dazu zählt natürlich ein besserer Ausbau der Infrastruktur und so weiter.

Im Punkt 6 hatten Sie geschrieben, in Kooperation mit den relevanten Akteuren des Tourismusbereiches die Darstellung verfügbarer Angebote auf geeigneten digitalen Plattformen zu fördern. Wenn ich Wassersportler in Hamburg bin und ich gehe mal kurz ins Internet, wo kann ich jetzt hinfahren, und das hört mit, ich sage mal, Lauenburg auf, alles andere ist weißes Gebiet, oder ich muss mich wieder auf andere Seiten bewegen, dann ist das auch nicht toll. Also in der Hinsicht sollte eine Zusammenarbeit stattfinden.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Gleichzeitig haben wir doch hier alle beschlossen, wir wollen die Metropolregion Hamburg stärken und so weiter, deswegen können wir ja unseren Wassertourismus auch in der Metropolregion Hamburg stärker einbringen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2308 abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2308 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Gegenstimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/2257 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/2257 mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Herkunftsbezeichnungen schützen lassen, auf Drucksache 7/2237.

## Antrag der Fraktion der AfD Herkunftsbezeichnungen schützen lassen – Drucksache 7/2237 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Verehrte Kollegen Abgeordnete! Liebe Bürger! Werte Gäste! Heute geht es um die Wurst, und zwar um die Pommersche Leberwurst und Pommersche Rauchwurst, um den Mecklenburger Rippenbraten und so weiter. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine Reihe tradierter regionaler Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse. Viele der Produkte sind seit Jahrhunderten über die Region hinaus bekannt. Doch heute wird vieles nicht mehr vollständig in unserer Region produziert.

### (Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Eine Ursache dafür könnte sein, dass es keine geschützten geografischen Angaben hier gibt. Deshalb wird es Zeit, dass die Landesregierung dafür Sorge trägt, dass unsere bekannten Produkte geschützt werden. Mit einer geschützten geografischen Herkunftsangabe nach EU-Recht könnten unsere heimischen Produkte bestärkt werden. Mindestens eine der Produktionsstufen – Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung – muss dann in dem Herkunftsgebiet durchgeführt werden. Damit wird die Wertschöpfungskette der regionalen Erzeugnisse hier vor Ort bestärkt. Die heimischen Landwirtschaftsbetriebe und unser Arbeitsmarkt werden durch solchen Schutz bestärkt, die Einhaltung der Spezifikation durch Kontrollen gewährleistet. Jeder Bewerber eines geschützten Produkts muss sich einem Kontrollsystem stellen.

Ich will jetzt keine einzelnen Unternehmen oder Marken angreifen, doch die meisten Bürger empfinden es als Verbrauchertäuschung, wenn bekannte Wurst- oder Käsesorten Herkunftsbezeichnungen aus unserem Bundesland tragen, aber wenig bis gar nichts hier vor Ort erzeugt wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin) In den meisten anderen Bundesländern, außer dem Saarland und Berlin, existieren, um das zu verhindern, eine ganze Reihe geschützter geografischer Angaben oder sogar geschützte Ursprungsbezeichnungen. Wer kennt sie nicht, die Thüringer Bratwurst oder das Kölsch Bier? Wer Schwäbische Spätzle vom Discounter, Eigenmarken wie "ja!", kauft, der sieht auf der Verpackung, dass die auch dort produziert wurden, denn Schwäbische Spätzle sind geschützt, genauso wie bayerisches Bier. Ende 2017 ging aus Berlin der Antrag auf Berliner Currywurst ohne Darm schon mal beim Deutschen Patentund Markenamt ein und hat gute Chancen, auch EU-weit geschützt zu werden.

Wenn Berlin das hinbekommt, meine Damen und Herren, dann schaffen wir das auch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

Wir schaffen das mit unseren zahlreichen Sanddornprodukten, Mecklenburger Rippenbraten, Sauerfleisch, den Pommerschen Fleischprodukten, unseren geräucherten Fischen und den zahlreichen beliebten Käseprodukten wie Tollenser oder Rügener Badejunge. Vielleicht heißt der ja dann irgendwann mal Schmalkalder Badejunge oder so. Ich will mich da nicht festlegen, was genau schützenswert ist oder was geschützt werden kann, aber den zuständigen Ministerien, sprich Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium, in Zusammenarbeit mit Agrarmarketingvereinigung, Unternehmensverband und so weiter und unseren Produzenten werden hier schon Rezepte und Kriterien einfallen.

Insgesamt sind 89 deutsche Erzeugnisse bei der EU registriert. Es wird Zeit, dass auch welche aus M-V dazukommen.

# (Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Insgesamt 1.360 Namen von geschützten Ursprungsbezeichnungen und geschützten geografischen Angaben gibt es EU-weit. Meiner Kleinen Anfrage 7/2212 ist zu entnehmen, dass Fördermittel für markenrechtlichen Schutz ausgehändigt wurden. Insgesamt 203.276 Euro wurden der Schutzgemeinschaft Pommersche Fleischund Wurstwaren ausgezahlt, um drei Produkte zu schützen. Doch in der EU-Datenbank haben sich Pommersche Fleischblutwurst, Leberwurst und Schlackwurst nicht durchsetzen können. Anscheinend hat es nur für das nationale DPMA, also Deutsches Patent- und Markenamt, gereicht. Vielleicht kann Herr Backhaus dazu noch was sagen? Von daher wird es ja für die Landesregierung kein Problem sein, sich der Sache erneut anzunehmen. Auch andere Produkte sind zu schützen und die drei bundesweit geschützten sind in den EU-Status zu bringen.

In meiner anderen Kleinen Anfrage, Drucksache 7/2205, wurde mir seitens der Regierung geantwortet, dass es theoretisch auch für Tochtergesellschaften der Landesregierung möglich ist, markenrechtlichen Schutz zu beantragen.

(Thomas Krüger, SPD: Machen Sie mal ein Beispiel!)

Da kann sich doch mal ein Gremium aus den Juristen der Ministerien und den Tochtergesellschaften aus dem Bereich Agrar, Wirtschaftsförderung und Landesmarketing zusammenschließen und solche Anträge ausarbeiten.

Ewas knifflig ist natürlich auch die Bezeichnung "Pommern", denn wie wir wissen, liegt ein Großteil der Region in der Republik Polen, aber auch die Woiwodschaften haben Regierungen und Verwaltungen, und nach Artikel 49 Absatz 1 der EU-Verordnung über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel können natürlich auch mehrere Mitgliedsstaaten sich darum bemühen. Im Haus der Wirtschaft in Stettin warten die Angestellten auf Input aus Mecklenburg-Vorpommern und wären bestimmt behilflich. Es wird sicherlich keine Bedenken seitens der polnischen Seite geben, dass man solche länderübergreifenden Markenrechte angeht, denn wie heißt es so schön: Mit Speck fängt man Mäuse. Es wäre zum Beispiel ein Schritt in Richtung eines ersten gemeinsamen, identitätsstiftenden Projektes in der Metropolregion Stettin.

Nun ist mir natürlich wieder klar, dass dann mit irgendwelchen Spitzfindigkeiten und juristischen Spitzfindigkeiten –

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Herr Krüger guckt mich da schon so böse an -

(Thomas Krüger, SPD: Mit Sicherheit, kritisch!)

oder sonstigen taktischen Schutzbehauptungen gehandelt wird, um nicht zuzustimmen, aber wir hoffen zumindest, dass wir das Thema öffentlich wiederbelebt haben, damit sich in die Richtung mal was tut,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und würden uns freuen, wenn es zu einer Überweisung in den Ausschuss kommt. Die Pommersche Rauchwurst hat zwei Enden. Meine Rede hat jetzt ein Ende.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Ministerin Stefanie Drese)

Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen oder ihn zu überweisen. – Ich danke.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, habe ich das richtig verstanden, war das ein Antrag auf Überweisung? Wenn Sie mir dann noch sagen, in welche Ausschüsse Sie das überwiesen haben wollen, dann werden wir das so berücksichtigen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wirtschaft und Agrar.)

**Dirk Lerche**, AfD: Ich bitte um die Überweisung in den Wirtschafts- und Agrarausschuss.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Okay, danke schön.

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort ... Nein, Unsinn, so weit sind wir noch lange nicht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat zunächst ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der zu beratende Antrag geht am eigentlichen Ziel vorbei, und ich kann den Fraktionen nur empfehlen, ihn abzulehnen, denn erstens kommt die Landesregierung der zu beschließenden Aufforderung schon seit Langem nach und zweitens geht es ja in besonderer Weise um den geografischen Schutz. Dieser ist durch die Erzeugergemeinschaften zu beantragen und nicht durch das Land.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Die Eintragung einer geschützten geografischen Angabe wird durch die EU-Verordnung mit Nummer 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel ermöglicht. Ziel der Verordnung ist es, die Erzeuger mit einer Verbindung zur Region zu unterstützen. Sie ermöglicht faire Einkünfte für die Qualität der Erzeugnisse, einen einheitlichen Schutz des Namens als Recht des geistigen Eigentums und klare Informationen an den Verbraucher über die wertsteigernden Merkmale der Erzeugnisse.

Aber aus folgenden Gründen ist der Antrag der AfD abzulehnen. Erzeugervereinigungen und im Ausnahmefall auch einzelne Erzeuger können beim Deutschen Patentund Markenamt den Schutz beantragen. Nur diese können einen Antrag stellen, um ihre eigenen Produkte zu schützen, handeln aber müssen die Erzeugervereinigungen und die Erzeuger selbst. Insofern ist die hier angesprochene Landesregierung als nicht Antragsberechtigter der falsche Adressat.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Landesregierung kann nur unterstützen, und das tut sie auch nach Kräften. Diese Unterstützung reicht von der Information bis hin zu finanzieller Unterstützung der Erzeugervereinigungen beim Schutz ihres geistigen Eigentums. Ein Beispiel einer solchen Förderung haben wir bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Kollegen Abgeordneten Lerche zu geografischen Herkunftsangaben in Mecklenburg-Vorpommern in der Drucksache 7/2212 dargestellt.

Die Landesregierung wirkt also bereits im Rahmen der Möglichkeiten auf die vermehrte Inanspruchnahme von geografischen Herkunftsangaben durch Erzeuger in Mecklenburg-Vorpommern hin und daher, da kann ich auch im Namen des Kollegen Backhaus sprechen, werden wir natürlich die Beratungen weiter fortsetzen, auch finanziell die Dinge begleiten, aber Antragsteller kann keine Landesregierung sein. Von daher bitten wir, den Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Weiß.

**Dr. Wolfgang Weiß**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Minister Glawe, woher kannten Sie eigentlich meine Rede? Ich werde es umstellen müssen.

Ich muss zugeben, dass der Antrag beim ersten Durchlesen durchaus sympathisch rüberkam. Das Ziel ist ja klar: Heimat zu pushen. Ich habe vor 20 Jahren das Institut für sozialwissenschaftliche Regional- und Umweltforschung als privatwirtschaftlich betriebenes wissenschaftliches Forschungsunternehmen gegründet, meine eigenen Formeln und Logos zuerst schützen lassen. Wie man das macht, kann jeder nach ein paar Minuten Recherche ergründen, und ebenso einfach ist es, eine Herkunftsbezeichnung zu schützen, zumal es dafür auch eine kostenlose professionelle Hilfe gibt, nämlich das Deutsche Patent- und Markenamt selbst. Ebenso könnte man sich mit solchen Fragen an das Agrarmarketing wenden.

Jeder, der sich selbst nur flüchtig mit der Lektüre diesbezüglich öffentlich zugänglicher Dokumente beschäftigt, erkennt leicht, dass der vorliegende Antrag ein klassisches Beispiel eines Schaufensterantrags ist, denn er hat mit der Landesregierung den falschen Adressaten. Solch ein Antrag ist reiner Populismus, und zwar im negativen Sinne. Meine Fraktion wird ihn ablehnen und hat dafür folgende Gründe:

Erstens ist der Feststellungsteil – ich meine nicht das, was Herr Lerche eben vorgetragen hat, sondern das Schriftliche des Antrages – kaum ausreichend, um das Ansinnen zu begründen. Der Landtag soll feststellen, dass, und hier zitiere ich jetzt, "Mecklenburg-Vorpommern über ein breites Spektrum an einzigartigen regionalen Produkten verfügt". Also genauso gut hätten wir jetzt feststellen können, dass es nachts über M-V dunkel ist.

(Jochen Schulte, SPD: Nicht immer, nicht überall!)

Meine Damen und Herren, eine solche Formulierung, wenn ein solcher Antrag, eine solche Begründung suggeriert, dass die AfD die einzige Gruppe in diesem Parlament ist, die in der Lage ist, so etwas zu verstehen, und wir alle erst zu einer solchen Erkenntnis hingetrieben werden müssen, das ist unlauter, das ist unredlich und gehört hier nicht in diesen Saal.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nee, das haben Sie gerade selbst bekannt.)

Zweitens ist im europäischen und deutschen Recht festgelegt, was in Sachen Lebensmittelqualität, Herkunft und Schutzbezeichnung, Marken und Ähnliches einzuhalten ist, ebenso, wer wo und wie einen Schutz beantragen kann und, viel wichtiger, darf und, nicht zuletzt, wo dieser Schutz auch gilt. Die Bestimmungen dazu sind sehr eng gefasst und werden in jedem Einzelfall geprüft. Ich zitiere dazu noch mal, und zwar diesmal die Verordnung der EG Nummer 510/2006 des Rates vom 20. März 2006 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel. Lange Überschrift, kurzer Text, ich beschränke mich auf den Kernsatz. Danach hat ein Antrag auf Eintragung nur von einer Vereinigung gestellt zu werden, von einer Vereinigung im Sinne dieser Verordnung, bedeutet ungeachtet der Rechtsform jede Art des Zusammenschlusses von Erzeugern oder Verarbeitern des gleichen Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels.

Ungeachtet der Frage, ob die Landesregierung oder mindestens das Landwirtschaftsministerium zu den Er-

zeugern oder Verarbeitern eines gleichen Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels gehört, könnte man jetzt den irrigen Schluss ziehen, dass auch jede natürliche oder juristische Person, also auch eine der hundertprozentigen Töchter des Landes, einen solchen Antrag stellen kann. Die Präzisierung dazu, wiederum aus der Verordnung 1151 von 2012, diesmal eine Ergänzung der ursprünglich vorgelegten Regelung, sagt dazu in Artikel 49: "Anträge auf Eintragung von Namen im Rahmen der Qualitätsregelungen gemäß Artikel 48 können nur von Vereinigungen eingereicht werden, die mit den Erzeugnissen arbeiten …"

Zusätzliche Bemerkung dazu, vor allem im Kernsatz: "Eine einzelne natürliche oder juristische Person kann einer Vereinigung gleichgestellt werden, wenn nachgewiesen wird, dass die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a) Die betreffende Person ist der einzige Erzeuger, der einen Antrag einreichen will;
- b) was die geschützten Ursprungsbezeichnungen und die geschützten geografischen Angaben betrifft, so besitzt das abgegrenzte geografische Gebiet Merkmale, die sich erheblich von denen der Nachbargebiete unterscheiden, oder weist das Erzeugnis andere Merkmale als die in den Nachbargebieten produzierten Erzeugnisse auf." Zitatende.

Die beiden letztgenannten Bedingungen, a) und b), gelten rechtlich kumulativ, also zugleich.

Nun könnte man der AfD zugutehalten, davon nichts gewusst zu haben,

(Jochen Schulte, SPD: Das wäre ja ein Dauerzustand.)

aber da gibt es ja noch, wie wir vorhin selber bestätigt bekommen haben von Herrn Lerche, die Antwort der Landesregierung auf seine eigene Kleine Anfrage, Drucksache 7/2205. Dort wird genau diese EU-Verordnung zitiert. Vielleicht wäre es hilfreich gewesen, einfach mal diese Antwort zu lesen?!

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Man könnte die entsprechende Regelung aber auch schon vor der Antwort der Landesregierung im Merkblatt über den Schutz von geografischen Angaben, aus dem EU-Merkblatt 1151 von 2012, finden, und da gilt der gestern oft zitierte Satz: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

Nun hatte ich bereits angedeutet, dass ich nicht erkennen kann, dass die Landesregierung und ihre Töchter überhaupt Erzeuger regional geschützter Produkte und Lebensmittel sind. Aber schauen wir uns mal in der Antragsbegründung um. Da aufgeführt finden wir den Hessischen Apfelwein (Antragsteller Verband der Hessischen Apfelwein- und Fruchtsaftkeltereien), da gibt es die Frankfurter Grüne Soße (Einreicher Verein zum Schutz der Frankfurter Grünen Soße), es gibt die berühmte Thüringer Rostbratwurst (Herkunftsverband Thüringer und Eichsfelder Wurst- und Fleischwaren), Westfälischer Pumpernickel, Schwarz-wälder Schinken, Bayerische Brezn - alles Vereine, die genau diese Produkte erzeugen und damit handeln beziehungsweise sie veredeln. Ich selbst würde mindestens noch die geschützten Produkte aus dem Spreewald, das Lübecker Marzipan oder Nürnberger Lebkuchen mitanführen.

(Tilo Gundlack, SPD: Und Gurken.)

Die Angaben sind beliebig zu erweitern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere meine Herren von der AfD, ich denke, Sie merken, nirgendwo taucht eine Landesregierung auf oder eine direkt der Landesregierung zugeordnete natürliche oder juristische Person. Das einzige Problem im Markenschutz, insbesondere für kleine Produzenten, ist, dass die Kosten für eine solche schutzwürdige Eintragung im entsprechenden Register relativ hoch sind und es deswegen gerade bei kleinen Produzenten manchmal doch sehr problematisch erscheint, einen solchen Weg zu gehen.

Und deswegen, insbesondere an die Adresse der AfD, dieser Beitrag, dieser Antrag ist geradezu symptomatisch. Mir steht es nicht zu, Sie zu belehren, das will ich auch gar nicht, aber ich habe dazu eine Meinung, wie Sie hier arbeiten. Da meine ich, insbesondere, weil Sie hier im Parlament sind, dass eine lockere Bemerkung wie am Stammtisch oder über den Gartenzaun eben nicht ausreicht, um Vorhaben oder Gesetze und Initiativen zu begründen. Das Einmaleins der Arbeit im Parlament bezieht nicht nur Recherche oder Interpretation gesetzlicher Grundlagen ein, sondern es gehört auch dazu, Merkblätter zu lesen und vor allem, sich an Fakten zu orientieren. Adressieren Sie Ihre Forderungen richtig, zum Beispiel an die Hersteller oder Schutzvereinigungen, aber in diesem Falle ist die Landesregierung nun überhaupt nicht der richtige Adressat. Hören Sie auf, populistischen Unfug zu beantragen, sonst wird es mit einer Zustimmung des Parlaments zu irgendeinem Ihrer Anträge wirklich nichts!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wird es eh nie!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Gerade vor dem Hintergrund der Ausführungen des Ministers, aber auch des Kollegen der Fraktion DIE LINKE will ich mich in dem Maße mit diesem Antrag beschäftigen, wie es wirklich angebracht ist: Da ist jedes Wort zu viel. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

**Dr. Matthias Manthei**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind uns sicher einig darüber, dass Mecklenburg-Vorpommern durchaus über ein, Zitat, "breites Spektrum an einzigartigen regionalen Produkten" Zitatende, verfügt, so der Feststellungsanteil des Antrags. Die Fraktion der BMV wird dem Antrag aber aus den hier auch schon von den Vorrednern genannten Gründen nicht zustimmen können.

Wie bereits aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Lerche hervorgeht – die ist ja hier auch schon erwähnt worden –, können eben Anträge auf eine Eintragung von geografischen oder Ursprungsbezeichnungen in das Register des Deutschen Patent- und Markenamtes, ich zitiere aus der Antwort, Zitat, "grundsätzlich nur von einer Vereinigung von Erzeugern oder Verarbeitern des Produktes gestellt werden", Zitatende. Der Antrag hier für das Plenum ist vor Eingang der Antwort auf die Kleine Anfrage gestellt worden. Es stellt sich also die Frage, warum hat man nicht entweder die Antwort abgewartet oder den Antrag nicht danach zurückgenommen. Aber gut!

Aus der Antwort der Landesregierung geht auch hervor, dass nur unter ganz bestimmten Bedingungen auch natürliche Personen – oder in diesem Fall geht es ja um juristische Personen, um den Staat – einer Vereinigung von Erzeugern und Verarbeitern eines Produktes gleichgestellt werden können, also ausnahmsweise auch staatliche Organisationen oder Tochtergesellschaften. Insofern geht der Antrag unter Ziffer II.1 bereits fehl, da damit eben die Landesregierung aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass die geografischen Bezeichnungen "Mecklenburg-Vorpommern" und "Rügen" beim Amt eingetragen werden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist weder Erzeuger noch Verarbeiter eines Produkts, welches geschützt werden könnte, auch Landkreise und Kommunen nicht.

Ziffer II.2 des Antrags bezieht auf Basis dieser falschen Grundannahmen nun auch noch die polnischen Nachbarregionen ein. Der Antrag kann hier im Plenum daher nur als Appell an die Privatwirtschaft verstanden werden: Sichern Sie sich selbst eine gute Marktposition, indem Sie für die Eintragung von geografischen oder Ursprungsbezeichnungen Ihrer Produkte Sorge tragen. Hier geht es um Erfindungsgeist und Geschäftssinn der Produzenten. Der Staat kann dabei bestenfalls nur unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Lenz.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Vorredner haben eigentlich all das gesagt, was ich Ihnen auch erzählen wollte. Der Antrag liegt hier an einer falschen Stelle, der Antrag ist einfach abzulehnen und es gibt genug Vereinigungen, die sich um ihre Herkunftsbezeichnungen kümmern. Wir lehnen Ihren Antrag ab und ich danke besonders Herrn Dr. Weiß, der das sehr deutlich gesagt hat, warum der Antrag hier an der falschen Stelle ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Lerche.

**Dirk Lerche**, AfD: Wertes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Gäste!

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Liebe Bürger im Lande! Eins hat der Antrag jedenfalls bewirkt: Alle haben sich damit beschäftigt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Karsten Kolbe, DIE LINKE: Wenn das der Anspruch ist an Anträge!)

Der Vorsitzende des Tourismusverbandes im Zillertal -

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

mit dem habe ich mich öfter mal unterhalten – meinte, die tun alles dafür und Österreich hilft da mit, die Regionen Tirol und Zillertal als Marken international bekannt zu machen, egal, ob es da der Tiroler Schinken ist, ob es Zillertaler Käse ist und so weiter. Auch dort gibt es Marketinggesellschaften. Wir haben eine Landesmarketinggesellschaft und die kann in Zusammenarbeit – und so würde eine Förderung aussehen –, in Zusammenarbeit, und wenn es die Wirtschaft noch nicht ganz alleine macht, dann könnte auch die Landesmarketinggesellschaft mal ein paar Anschübe geben.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben ja die Landesregierung aufgefordert und die Landesmarketinggesellschaft ist nun mal ein Eigenbetrieb unseres Landes.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Auf die habe ich abgezielt und so hatte ich auch die Antwort auf die Kleine Anfrage auf der Drucksache 7/2205 interpretiert. Es geht hier um Unterstützung und wenn die Pfalz den Pfälzer Saumagen europaweit schützen lassen kann und ich gestern hier auf dem Sommerfest einen Gewinn hatte, und zwar ein Rezeptbuch mit Mecklenburger Gerichten, das Siegerrezept vom Kochwettbewerb und so weiter - es wird natürlich hier schon ein bisschen was gemacht in Bezug auf Marketing, aber dass wir uns das europaweit eintragen, da könnte die Landesmarketinggesellschaft sich mit der DEHOGA hinsetzen und gemeinsam sagen, okay, lasst uns jetzt den Mecklenburger Rippenbraten schützen. Um solche Sachen geht es doch hier. Man hätte das in den Ausschüssen noch mal verbessern können und so weiter. Die Anregungen, die hier gegeben worden sind, kann man mitnehmen, aber darüber hätten wir uns in den Ausschüssen unterhalten können und dann hätten wir vielleicht alle gemeinsam etwas für unser Land geschafft. - Ich danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2237 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Ablehnung abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2237. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2237 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 38**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Einheitliche Bewertung des Zustandes der Kreisstraßen, Drucksache 7/2239.

Antrag der Fraktion der AfD Einheitliche Bewertung des Zustandes der Kreisstraßen – Drucksache 7/2239 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Reuken.

(Andreas Butzki, SPD: Ist der jetzt vorgezogen?)

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Landsleute! Wer häufiger mit dem Auto in Mecklenburg-Vorpommern unterwegs ist, der wird den Zustand unserer Straßen schon einmal mit einem Seufzer kommentiert haben. Auch die Presse greift das Thema immer wieder auf, zuletzt war es der NDR im April dieses Jahres. Er bescheinigt, dass mehr als ein Drittel der Kreisstraßen in einem katastrophalen Zustand sind und die Investitionen derzeit nicht ausreichen, um dies in absehbarer Zeit zu ändern. Es scheint nicht besser zu werden, sondern schlimmer.

Wir sind eine Autonation und unsere wichtigsten Straßen zerfallen, sie sind aus Sicherheitsgründen mit Geschwindigkeitsbegrenzungen versehen oder müssen gleich ganz gesperrt werden. Dabei ist ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern auf ein gut ausgebautes und solides Straßennetz angewiesen. Für Pendler, Rettungswagen, Transportunternehmen und Busse zum Beispiel ist die Nutzung der Straßen Alltag. Für Touristen sollte der Urlaub und nicht der Straßenzustand im Mittelpunkt stehen. Schlechte Straßen sind immer auch ein Standortnachteil und beeinträchtigen die Mobilität und damit auch die Lebensqualität.

Der regelmäßige Unterhalt und Ausbau des Straßennetzes kommt dabei nicht nur den Bürgern als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zugute, die Qualität des Straßennetzes ist zudem ein entscheidender Standortfaktor für Unternehmen. Auch unsere aktuelle Kleine Anfrage bestätigt die Einschätzung des NDR, dass die Kreisstraßen in Mecklenburg-Vorpommern in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand sind. Die Landkreise investieren in ihre Straßen und beantragen für die Sanierung Fördermittel beim Land, die sie in der Regel auch bewilligt bekommen. Dennoch kritisieren einige Landräte, dass es mit der vorhandenen Förderstruktur nicht gelingen wird, den Investitionsstau abzuarbeiten. Es herrscht also ein hoher Sanierungsbedarf, den die Landkreise und kreisfreien Städte derzeit nicht alleine bewältigen können.

Das Land vergibt Fördergelder. In 2017 waren es circa 19 Millionen Euro und dennoch hat die Landesregierung keinen Überblick, ob tatsächlich die Straßen saniert werden, die es landesweit gesehen am nötigsten haben, denn die Priorisierung machen die Landkreise und kreisfreien Städte selbst. Im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung ist das natürlich auch ihr Recht und nicht zuletzt auch ihre Pflicht. Die Bewertung der Straßenzustände erfolgt allerdings nach unterschiedlichen Kriterien und Klassifizierungsstufen. Ebenso unterscheiden sich die Art und Häufigkeit der Erfassungen. Es werden sowohl technische Erfassungen mit Messfahr-

zeugen als auch visuelle Begutachtungen vorgenommen. Einige Kreise fassen mehrere Kategorien zusammen. Die Hansestadt Rostock zum Beispiel hat ihre Straßen nur im Rahmen der Doppik bewertet.

Die Mehrzahl orientiert sich bei der Bewertung an den technischen Regeln, die die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V. herausgegeben hat. Das Verfahren einer regelmäßigen Zustandserfassung und Bewertung gilt als Standard, bei dem mithilfe von Kameras der Straßenzustand digital erfasst wird. Die Einteilung der Zustandswerte erfolgt in den Kategorien 1 bis 5, also von "sehr gut" bis "sehr schlecht". Eine Straße der Kategorie 4 befindet sich in einem schlechten Zustand, sodass innerhalb kürzester Zeit Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden müssten. Die nötigen Pläne sollten dann bereits dafür vorliegen. Passiert das nicht, besteht die Gefahr, dass der Zustand in die Kategorie 5 abrutscht und eine beschränkte Nutzung oder eine komplette Schließung drohen könnten.

Es ist dringend anzuraten, dass die Straßen mit den schlechtesten Potenzialen zuerst angepackt werden. Darüber herrscht, denke ich mal, Konsens. Die Beurteilung sollte landesweit und nicht nur innerhalb der jeweiligen Landkreise erfolgen. Eine zentrale landesweite einheitliche Beurteilung ist deshalb unserer Meinung nach unausweichlich. Die Landesregierung kann nur mit einer landesweiten Zustandserfassung eine systematische Straßenerhaltung finanzieren und die Gelder effizient einsetzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einmal ausdrücklich auf die Pflicht nach Landeshaushaltsordnung hinweisen, die Finanzmittel nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu bewilligen. Die Landesregierung gibt für die Kreisstraßen Gelder aus diversen Haushaltstiteln und nach unterschiedlichen Förderrichtlinien. Aus Mitteln des kommunalen Aufbaufonds wurden von 2011 bis 2013 Investitionen der Gemeinden mit über 500 Einwohnern der Landkreise, der Ämter, der kreisfreien Städte und auch der Zweckverbände gefördert, die der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, also auch der Erhaltung der Straßen dienen. Hier sind circa 6,8 Millionen Euro ausgezahlt worden.

Das Land gewährt darüber hinaus Zuwendungen für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur sowie Zuwendungen für Maßnahmen im Bereich des kommunalen Straßenbaus. Außerdem werden Kofinanzierungshilfen zur Finanzierung des Eigenanteils für Vorhaben bewilligt, denen auf Grundlage der kommunalen Straßenbaurichtlinie eine Förderung gewährt wird. All diese Finanzierungsmöglichkeiten unterliegen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Das Land ist in der Pflicht, die Mittel effizient einzusetzen und eine bedarfsgerechte Instandhaltung zu fokussieren.

Doch wie will die Landesregierung hier den Überblick behalten und gewährleisten, dass die Mittel, die aus dem Landeshaushalt eingesetzt werden, auch da eingesetzt werden, wo landesweit der höchste Bedarf besteht? Im Moment scheint es schlichtweg nicht möglich zu sein. Auch wenn die Landesregierung eine einheitliche Erfassung der Zustände und eine einheitliche Bewertung als fachlich wünschenswert einstuft, überlässt sie die Entscheidung jedoch den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Wir fordern die Landesregierung auf, umgehend koordinierend einzugreifen und gemeinsam mit den Landkrei-

sen und kreisfreien Städten ein zentrales Erfassungssystem mit einheitlichen Definitionen und Bewertungskriterien zu entwickeln. Ziel ist es, eine Vergleichbarkeit für die Beurteilung des Zustandes und Priorisierung nach dem Sanierungsbedarf der Kreisstraßen und somit eine gerechtere Mittelverteilung im Land und eine systematische Straßenerhaltung zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund des Artikels 72 der Landesverfassung sei aber noch mal ganz deutlich angemerkt, dass das Land hier nicht in die kommunale Selbstverwaltung der Landkreise eingreift. Den Kommunen wird nicht die Zuständigkeit für die Instandhaltung der Kreisstraßen entzogen, sie werden bei ihrer Aufgabe, die in ihrem Zuständigkeitsbereich verbleibt, unterstützt. Die Maßnahme soll sie letztlich erst in die Lage versetzen, diese Aufgabe effektiv und bedarfsgerecht umzusetzen. Die Einführung eines landeseinheitlichen Bewertungssystems für Kreisstraßen verfolgt also das Ziel, die aus der kommunalen Selbstverwaltung resultierenden Aufgaben überhaupt erst wahrnehmen zu können. Gleichzeitig erhält das Land ein Instrument an die Hand, mit dem eine systematische Planung der Finanzierung zur Straßenerhaltung effizienter erfolgen kann.

Die Landesregierung hat bereits ein ähnliches Koordinierungsangebot gemeinsam mit den Kommunen erfolgreich umgesetzt. Im Bereich Breitbandausbau unterstützt die Landesregierung ebenso Landkreise, Ämter und Kommunen bei der Umsetzung der Breitbandziele und agiert koordinierend. Als Ergebnis hat Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich Bundesmittel für den nahezu flächendeckenden Ausbau erhalten. Das ist ein gutes Beispiel, dass eine solche Kooperation durchaus Sinn ergeben kann.

Geben Sie also den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Plattform, um gemeinsam eine Lösung zu finden, die Mecklenburg-Vorpommern voranbringt! Überlassen Sie die katastrophalen Straßenzustände nicht dem Zufallsprinzip und handeln Sie, damit für die Bürger im Land eine positive Veränderung eintritt, die auch spürbar ist!

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und beantrage die Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 210 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag und auch Ihre Begründung haben Logikbrüche. Die würde ich gerne einmal aufgreifen

(Dietmar Eifler, CDU: Mehrere sogar.)

und würde versuchen zu trennen zwischen dem, was Sie tatsächlich erreichen wollen, und dem, was diese Instrumente hier bewirken.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Um eins vorwegzuschicken: Es ist völlig unstreitig, dass eine vernünftige Bewertung immer hilft, erstens.

Zweitens. Es ist genauso unstreitig, dass der Landesrechnungshof vor einigen Jahren den Kreisen bei einer Prüfung – die mag sechs/sieben Jahre her sein – deutlich an die Hand gegeben hatte, denn damals gab es überhaupt keine nachvollziehbaren Bewertungssysteme, die zu einer Priorisierung führten, dass die eingeführt werden möchten. Und Ihre Kleine Anfrage, die wir nur beantworten können, weil die Kreise uns freundlicherweise alle zugearbeitet haben – um auch das deutlich zu sagen, das ist ein eigener Wirkungskreis der kommunalen Seite –, hat deutlich gezeigt, dass dieses Defizit, das der Landesrechnungshof gesehen hat, aufgearbeitet ist. Jeder der heute aktiven Landkreise beziehungsweise kreisfreien Städte verfügt über entsprechende Bewertungen.

Ich würde gerne den Hinweis von Ihnen aufgreifen, den Sie zu Beginn Ihrer Einbringung sehr richtig dargetan haben: Es gibt ein seit vielen Jahrzehnten in Deutschland anerkanntes System. Es gibt nämlich einen Verein der entsprechenden Straßenbauingenieure, die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V. – die gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern mit einem entsprechenden Landesvorsitzenden –, die bundesweit einheitliche Regelwerke vorschlägt, die zumindest für Bundestraßen und in diesem Bundesland auch für Landesstraßen konsequent angewendet werden. Da gibt es lauter Anlagen – mit denen quäle ich Sie nicht, die sind in der Kleinen Anfrage alle erkennbar –, wo die jeweiligen technischen Abläufe, die Kategorisierungen drinstehen.

Von daher finde ich Ihren Wunsch zu sagen, Mensch, erarbeitet, entwickelt doch so etwas, nicht naheliegend. Sie haben zu Recht gesagt, das gibt es schon, deswegen verstehe ich die Entwicklung nicht, die ist da. Ich würde ungern ein zweites System entwickeln, weil wir zumindest auf Landesseite bundesseitig angehalten sind, Bundesstraßen und Bundesautobahnen nach genau diesem System zu untersuchen und zu bewerten, damit man bundesweit - der Bund in seinem Bereich, was ich nachvollziehbar finde - entsprechend bewerten, priorisieren kann. Wir haben das auf die Landesstraßen übertragen, weil das dann innerhalb der Straßenbauverwaltung sozusagen immer der gleiche Rechenmodus ist, immer der gleiche Bewertungsmodus, mit dem wir umgehen. Die Kreise kennen diese Systematik und Sie haben es dankenswerterweise ebenfalls gesagt, ein Teil der Kreise wendet genau das auch an.

Jetzt gibt es wiederum für diese Bewertungsmodalitäten zwei Arten, die zu erheben. Ich kann entweder meinen Kreisstraßenmeister auf die Straßen schicken, der nimmt zwei stahlblaue gesunde Augen und scannt mit den Augen. Das ist ein Teil der Kreise, der so verfährt, und ist im Übrigen ein System, das bis vor einigen Jahren deutschlandweit so war. Bei den heute vorhandenen Messtechniken, eben auch eine neuere Entwicklung, wähle ich den Weg, den das Land im Übrigen wiederum bei Bundesstraßen nach klarer bundesweiter Vorgabe nutzt, den wir auch für unsere Landesstraßen nach klarer hiesiger Vorgabe nutzen, sodass Fahrzeuge drüberfahren – Sie

haben die angesprochen –, die nicht nur Kameratechnik, sondern auch Sensorik und vor allen Dingen Lasertechnik einsetzen, und kriegen dann über die verschiedenen Leistungsparameter einer Straße einen relativ guten Überblick.

Diese Daten, das ist der Haken, können Sie selber nicht erheben. Wir zumindest können es nicht und ich kenne auch keine Straßenbauverwaltung in Deutschland, die das kann, sondern das machen Sie mit der Hilfe entsprechend spezialisierter Ingenieurbüros, die über solche Fahrzeuge und Messtechnik verfügen. Viel entscheidender ist, die müssen nicht nur diese Messtechnik haben, sondern die müssen die Computertechnik haben, mit der hinterher die Messdaten, die aus den Fahrzeugen kommen, ausgewertet werden, weil sie eben jeden Zentimeter Straße auf der gesamten Breite scannen: Sie können hinterher dann halbmetergenau sagen, in welchem Zustand sich welcher Abschnitt befindet.

Diese Software macht es möglich, dass man damit quasi Abschnitte bildet und sagt, der Abschnitt von Neuenkirchen, Kreisverkehr bis Greifswald, Stadteinfahrt hatte Priorisierungsklasse drei oder zwei oder wie auch immer. Sie können reinscannen in die einzelnen Straßenabschnitte und bis auf jeden Gullydeckel gucken, in welchem Zustand der ist. Das ist sozusagen das, was dann Software leistet, die Ihnen entsprechende Komplettdatenbanken an die Hand gibt, wo die Priorisierungsklassen drin sind.

Noch mal: Das gibt es alles schon, muss ich nur beauftragen. Ein Teil der Kreise hat das getan, ein Teil tut es nicht. Um mal ein Gefühl zu geben, die Landesstraßen sind in den Jahren 2018/19 dabei, weil wir alle paar Jahre – da haben wir einen festen Rhythmus drin – entsprechende Überprüfungen wieder vornehmen. Wir geben rund 400.000/450.000 Euro aus. Leider ist der Auftrag immer erst abgerechnet, wenn er fertig ist, aber das ist in etwa die Größenordnung für die Messtechnikverfahren und für die hinterher zu erfolgende Begutachtung, die mit einem Softwareprogramm seitens des Ingenieurs stattfindet und wo Sie entsprechende Auswertungen gefertigt bekommen und aufbereitete Daten, mit denen sie auch entsprechende Prüfungen beziehungsweise Priorisierungen im Land vornehmen. Das ist in etwa die Größenordnung.

Wenn Sie es hochrechnen würden auf alle Kreisstraßen, wären Sie vermutlich bei knapp unter einer halben Million Euro, die Sie bräuchten, allerdings nur, wenn Sie einen Großauftrag vergeben. Ich nehme an, wenn jeder seine Kilometer vergibt, ist der Preis ein bisschen anders, weil Sie vermutlich andere Preisbildungsfaktoren haben. Das ist das, was Kreise sich leisten können, aber nicht leisten müssen. Und weil Sie sagen, wir würden gar nicht in die kommunale Selbstverwaltung hineinwirken, weil wir ihnen nicht die Aufgabe wegnehmen, sondern ihnen nur sagen, wie sie sie machen sollen oder wollen oder könnten, wird auch das, glaube ich, zu Recht ein Stück weit als eine Einwirkung verstanden. Wir müssen ja jetzt nicht das böse Wort des Eingriffs nehmen, es wird als Einwirkung verstanden.

Es hätte im Übrigen einen zweiten Reflex, sie wären absolut konnex. Wenn wir sagen, wir wollen das, müssen wir das bezahlen. Das ist eine relativ schlichte Folgerung, die ich zunehmend für sehr naheliegend halte. Wenn der Landtag es also wollte, müsste er im Haushalt Geld be-

reitstellen. Zurzeit haben wir das nicht, damit wäre es eigentlich ein Thema für die nächste Haushaltsberatung. Ich glaube im Übrigen auch, dass wir weiterhin achtgeben müssen, dass jeder seine Aufgabe selber macht. Das ist eine originäre Kreisaufgabe.

Ihr Wunsch war ja zu sagen, lasst uns die zwingen oder wenigstens anhalten, das einheitliche System zu verwenden. Anhalten tun wir ein bisschen, indem wir das bei agitativen Prozessen immer mal einsetzen. Wenn wir also Veranstaltungen haben, dann weisen wir darauf hin, dass wir es fachlich begrüßen würden, wenn man ein einheitliches System nutze. Der Einwand der Kreise ist allerdings nicht ganz dumm. Die Kreise sagen, wir brauchen doch bloß innerhalb unseres Kreises ein einheitliches System, und damit haben die für sich auch recht, genau wie das Land nur innerhalb des Landes ein einheitliches System braucht. Ich muss hier bloß dafür Sorge tragen, dass meine Kreisstraße 1 mit meiner Kreisstraße 2 nach den gleichen Priorisierungsmechanismen priorisiert wird. Für die ist es relativ egal, ob der Nachbarlandkreis das gleiche System verwendet, weil sie sagt, mit dem bin ich in keinem Konkurrenzstreit des Einsatzes meiner Mittel, des Einsatzes meiner Ressourcen und damit ist die Priorisierung zwischen den Kreisen denen wurscht.

Jetzt habe ich in der Einbringung – das war in der Begründung nicht ganz so deutlich – verstanden, dass Sie sagen, ja, aber der Mitteleinsatz des Landes müsste sich danach richten. Da bin ich zurückhaltend. Erstens haben wir, glaube ich, nach meiner Überzeugung ein Missverständnis bei der Frage, ob das das einzige Kriterium ist. Das ist es für unsere Mittelvergabe nicht, ich sage gerne gleich, warum. Und zweitens müssen Sie achtgeben, dass Sie nicht am Ende nur noch einen Landkreis bedienen oder zwei. Sie werden dann Diskussionen bekommen, die nicht von der Hand zu weisen sind.

Zurzeit teilen wir die Fördermittel auf die Straßenbauämter, die jeweils zwei Landkreise in Interaktion haben, auf, und zwar nach den Kreisstraßenkilometern in den einzelnen Kreisen – da gibt es einen Schlüssel –, und sagen ihnen dann, jetzt setzt ihr euch mit den Kreisen zusammen und macht mit den kommunalen Fördergeldern übrigens zwei Dinge, also den Fördergeldern für den kommunalen Straßenbau, ihr redet mit dem Kreis regelmäßig mit mehreren Jahren Vorschau, was aus Sicht des Kreises in welchem Jahr erforderlich ist, und zwar Kreisstraßen und Gemeindestraßen. Wir fördern aus diesem Fördertopf durchaus auch überregional bedeutsamere Stadt- und Gemeindestraßen.

Das wird gemeinsam im Gespräch in eine Pipeline gebracht und wir bescheiden dann regelmäßig nach einem geführten Gespräch. Deswegen gibt es auch keine Ablehnung, weil es ein Prozess von Verständigung ist, mit den Kreisen entsprechende Vorbereitungen zu treffen, was denn wann dran sein soll. Damit sorgen wir dafür, dass jeder Kreis regelmäßig in etwa ein vergleichbares Finanzvolumen hat. Das haut nicht auf den Punkt hin. Wenn Sie auf einen Kreis 1,7 Millionen pro Jahr geben, dann gibt es mal ein Jahr, da hat er nur Aufträge für 1,5 Millionen und der Nächste würde ihn so weit darüber hinausschießen, dass er es nicht mehr bekommt, dann hat ein anderer Kreis mal ein bisschen mehr.

Insoweit nehmen wir Feinjustierungen vor, aber die Größenordnung bleibt der Vergleich. Es ist der Versuch, eine gewisse Gleichbehandlung innerhalb des Landes zu

bewirken. Und umgekehrt, glaube ich, haben Sie eine große Gefahr, wenn Sie denn sagen, derjenige, der seine Straße grottig behandelt, wird bei einer landesweiten Priorisierung hinterher möglichst gut behandelt, weil die, die versucht haben, sich wenigstens ein bisschen Geld bereitzuhalten, und vor allen Dingen in der Unterhaltung mit kleineren Maßnahmen dafür Sorge getragen haben, dass vielleicht ein Standard der Note "Drei" eingehalten wird, die werden im Zweifel "bestraft", weil der, der in den letzten Jahren ein bisschen weniger aufmerksam war und lauter Noten "Vier" oder "Fünf" produziert hat, nach diesem System vorrücken müsste. Ich glaube deshalb, dass die Regionalisierung der Mittel nicht dumm ist, dass man sagt, wir gucken auch immer, dass alle Kreise in etwa gleichbehandelt werden, und dann schauen wir nur innerhalb der Kreise, wo wir helfen.

Bei dieser Priorisierung verlassen wir uns ein Stück weit auf die kreiseigenen Priorisierungsvorgaben, weil wir innerhalb der Kreise denken. Dann brauche ich bloß ein kohärentes System innerhalb des Kreises und da haben sich die Kreise für verschiedene Dinge entschieden. Das akzeptieren wir. Noch mal: Wenn wir es nicht täten, müssen wir die Kosten aufwenden, wir müssten dann als konnexe Aufwände diese Kosten ersetzen, erstens, und zweitens glauben wir auch, dass es wichtig ist, dass innerhalb des Kreises eine vernünftige Priorisierung stattfindet. Das tut sie nach den Erkenntnissen, die wir für diese Kleine Anfrage sammeln durften, zwischenzeitlich sehr deutlich.

Ich will aber auch noch einen zweiten Hinweis geben: Für uns ist nicht nur der Zustand der Straßen maßgeblich in der Priorisierung der Kreise. Es kann gut sein, dass Sie eine Straße haben, die einen relativ schwierigen Zustand hat, und eine andere ist einen Tick besser. Aber wenn die für die langlaufenden Verkehre eine viel zentralere Bedeutung hat als die, die "kaputter" ist, dann kann das trotzdem sinnvoll sein, eine Straße mit Note "Vier" zunächst zu machen, weil deren Nicht-mehr-Nutzbarkeit so verheerende verkehrsrechtliche Folgen hätte, dass es sinnvoll sein kann, eine Straße, die zwar Kreisstraße ist, aber in Wahrheit sehr viel weniger zentrale Verkehre abbildet, die 5er-Straße trotzdem länger warten zu lassen als die 4er-Straße.

Es gibt also mehr als dieses Kriterium, wie kaputt sind die Straßen, um eine Priorisierung vorzunehmen. Und wenn ich in die Kreise und Kreistage hineinhöre, wird gerade diese zweite Aufgabe auch ernsthaft mitbetrachtet. Der Kreistag von Vorpommern-Greifswald hat gerade am Montag nach meiner Erinnerung über eine entsprechende Liste entschieden. Auch da sind sozusagen neben dem Straßenzustand Fragen aufgetaucht, wie wesentlich ist die einzelne Straße für die Verkehrsbedeutung.

Also zusammengefasst: Das System gibt es, wir empfehlen es auch jedem. Das System ist mit Ingenieurbüros umsetzbar, kostet aber Geld. Wir empfehlen es trotzdem iedem.

Drittens. Wir selber wenden es an.

Viertens. Wir sind aber dankbar, dass heute zumindest alle Kreise Priorisierungsprozesse haben, die im kohärenten System stattfinden, nicht alle nach dem, was wir uns wünschen, aber das würden wir ungern aufgeben. Wir wollen es an der Stelle ein ganzes Stück weit nicht den Kreisen überlassen – das war Ihre Formulierung –,

sondern wir akzeptieren schlicht deren in ihren Kreisen gewählte Systeme, wenn sie denn eines haben, was uns halbwegs kohärent vorkommt. Und das ist bei dem, was wir bis jetzt zur Kenntnis genommen haben, der Fall.

Fachlich – noch mal – gibt es weitergehende Wünsche, aber wir glauben, dass wir nicht in der Weisungsbefugnis sind, und wir glauben auch nicht, dass es für unsere Aufgaben zwingend wäre, dass dem so ist, sodass wir nicht empfehlen würden, das Geld in die Kreise für eine solche Umsetzung auszugeben, sondern das müsste jeder Kreis in seinem Haushalt selber aufbringen. Oder umgekehrt: Wenn dieser Landtag eine halbe Million mehr in kommunale Straßenbauunterstützung stecken wollen würde, wäre ich eher geneigt zu bitten, es dann in den Fördertopf zu tun, weil wir damit, mit circa 500.000 Euro 700.000 bis 800.000 Euro umgesetzte Straße befördern würden. Da hätten wir, glaube ich, als Landesseite den einzelnen Kreisen mehr Dienst erwiesen, als wenn wir ihnen hier die technischen Systeme, die Ingenieurkosten abnehmen.

Zu guter Letzt, Ihr Hinweis ist, wir bräuchten Mittel in den Haushalten. Das würde ich in den Haushaltsberatungen gerne wieder aufgreifen, gar keine Frage. Wir haben aktuell Mittel. Wenn Sie schauen, die kommunale Straßenbaurichtlinie – Sie hatten es angesprochen –, die ist über die Jahre immer mit so knapp unter 20 Millionen Euro ausgestattet gewesen. Damit können wir ein Stück weit hebeln. Was aber am Ende ab dem nächsten Haushalt drinsteht, wird nach meiner Überzeugung abhängen von den FAG-Debatten. Wir werden jetzt FAG-Verhandlungen für eine beabsichtigte FAG-Novelle zum 01.01.20 erleben. Da werden die Fragen mit Sicherheit eine Rolle spielen nach meinem Bauchgefühl.

Wenn ich den Kreisen so zuhöre, und wenn der abgeschlossen ist, werden wir als Ministerium wiederum wissen, mit welchen Diskussionen wir in den Haushaltsverhandlungen beginnen müssen, weil es in der Tat zumindest völlig unstreitig ist, dass wir glauben, es braucht weiterhin Unterstützung für den kommunalen Straßenbau – Kreise wie Gemeinden, Kreise allerdings etwas höher priorisiert. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche eine erfolgreiche Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die AfD legt den Finger in eine offene Wunde, wo niemand bestreitet, dass der Sanierungsstau bei Kreisstraßen sowie der kommunalen Infrastruktur insgesamt groß ist und weiter zunimmt. Damit schreitet auch der Substanzverlust enorm voran.

Prekäre Haushaltslagen der Kommunen bis hin zu Kommunen in Haushaltssicherung lassen den Gestaltungsspielraum für Investitionen und notwendige Unterhaltung schwinden und bisweilen auch gegen null tendieren. Den Kreishaushalten geht es da nicht viel anders. Außerdem gibt es auch Altverpflichtungen aus Zeiten vor der Kreisgebietsreform, die das Handeln deutlich erschweren. Da

ist immer wieder die Frage: Soll die Kreisumlage erhöht oder lieber gesenkt werden? Es ist eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Entweder wird der Gestaltungsspielraum der Kreisebene gestärkt, dafür aber der der Gemeinden geschwächt oder umgekehrt. Auch die letzte FAG-Novelle bringt der kommunalen Ebene keine grundlegende Änderung des Finanzrahmens. Die Decke ist und bleibt zu kurz, daran kann auch die etwas verbesserte Haushaltslage einiger Landkreise nichts ändern.

(Marc Reinhardt, CDU: Aller.)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Fakt ist, man sieht es nicht nur, sondern erlebt es fast körperlich, dass über viele Jahre zu wenig Mittel für die Unterhaltung von Kreisstraßen zur Verfügung standen und stehen. Dabei kommt der eine Landkreis oder die eine kreisfreie Stadt ein bisschen besser oder schlechter weg als andere Landkreise oder die andere kreisfreie Stadt. Insgesamt steht es mit dem Zustand landesweit nicht zum Besten.

In der Aktuellen Stunde machte unsere Fraktionsvorsitzende auf die Recherche von "Panorama 3" vom 24. April dieses Jahres aufmerksam. Danach sind rund 23 Prozent der Kreisstraßen in Norddeutschland in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Dafür wurden alle Kreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein befragt. Laut "Panorama 3" liegen damit erstmals Daten zu Kreisstraßen für ganz Norddeutschland vor.

Die Kreisstraßen in Mecklenburg-Vorpommern schneiden in diesem norddeutschen Vergleich am schlechtesten ab. 47 Prozent aller Kreisstraßen in Westmecklenburg und dem Landkreis Rostock sind in schlechtem oder gar sehr schlechtem Zustand Exakt sind hier berücksichtigt worden 1.398 von 2.973 Kilometern Kreisstraßenlänge. Daten der beiden vorpommerschen Landkreise liegen leider nicht vor. Dort dürfte der Zustand aber zumindest nicht besser sein.

Professor Berthold Best von der Technischen Hochschule in Nürnberg findet das Ergebnis der Recherche besorgniserregend, denn, so betont der Professor, diese Straßen drohen kurzfristig in einen Zustand abzurutschen, der keine Erhaltungsmaßnahmen mehr zulässt, sondern der dazu führt, dass die Straßen erneuert werden müssen. Das, meine Damen und Herren, dürfte bei einigen Kreisstraßen sogar heute schon der Fall sein, und wir steuern sehenden Auges weiter auf diese Katastrophe zu.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Das ist so.)

Die Kreise haben das zwischenzeitlich auch erkannt. So äußerte die Landrätin von Nordwestmecklenburg, Kerstin Weiss, ich zitiere: "Wir müssen diese tickenden Zeitbomben entschärfen." Im Rahmen ihrer Möglichkeiten stellen die Landkreise in diesem Jahr mehr Mittel bereit. Der Sanierungsstau lässt sich damit jedoch weder abarbeiten noch der Substanzverlust aufhalten.

Einige Zahlen, herausgefischt aus Zeitungsartikeln, verdeutlichen diese Größenordnung. So beziffert der Landkreis Rostock den Sanierungsstau mit 170 Millionen Euro. 8 Millionen Euro sind insgesamt für Straßenbaumaßnahmen, davon 1,5 Millionen für die Unterhaltung und Instandsetzung in 2018 eingestellt. Das 20-Fache wäre demnach nötig, um die Kreisstraßen in Schuss zu halten.

Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte geht von einem Sanierungsstau von 203 Millionen Euro aus. 8,2 Millionen will der Kreis in diesem Jahr in seine Straßen investieren. Auch im Landkreis Vorpommern-Greifswald wird von 160 bis 200 Millionen Euro für den Substanzerhalt ausgegangen. Etwa 5 Millionen Euro steckt der Kreis pro Jahr in Straßen und Brücken, mindestens 8,5 Millionen wären nötig zur Erhaltung des Istzustandes. Beklagt wird allgemein, dass die Finanzausstattung zu schlecht sei.

Meine Damen und Herren, für die Landesstraßen hat das Land reagiert. Aufgrund der in 2014 erfolgten Zustandserfassung von Landesstraßen ist im Landeshaushalt seit 2016 ein deutlicher Mittelaufwuchs für die Unterhaltung vorgenommen worden. Die Fokussierung auf die Erhaltung hat meine Fraktion immer begrüßt. Denn eine grundlegende Erneuerung ist wesentlich teurer als gute Unterhaltung. Laut der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen sind mindestens 1,10 Euro je Quadratmeter Straße zur Unterhaltung notwendig. Davon sind wir meilenweit entfernt. Folgerichtig muss deshalb die Ausweitung der Landesförderung auch auf die Unterhaltung kommunaler Straßen erfolgen. Das ist beispielsweise Gegenstand eines Antrages der Linksfraktion im Kreistag Ludwigslust-Parchim. Lediglich Ausbau zu fördern, ist nicht mehr tragbar. Es ist Neu- und Ausbau, der auch durch das Land gefördert wird.

In Schleswig-Holstein ist zumindest die Deckenerneuerung förderfähig. Eingesetzt werden dafür die Entflechtungsmittel des Bundes. Während andere Länder zumindest eine Selbstverpflichtung für den zweckgebundenen Einsatz dieser Mittel auch für den Zeitraum von 2014 bis 2019 eingingen, ist das in Mecklenburg-Vorpommern nicht so. Die Kompensationsmittel des Bundes für kommunale Straßenbaumaßnahmen werden nicht eins zu eins durchgereicht an die Kommunen. Ein Teil wird durch EFRE-Mittel ersetzt. Deren Beantragung ist allerdings kompliziert und bestimmte Prämissen sind einzuhalten. Wir sind der Meinung, dass EFRE-Mittel gern zusätzlich eingesetzt werden können, aber nicht als Ersatz der Bundesmittel.

Zudem muss dringend Planungssicherheit geschaffen werden. Wie wird es ab 2020 weitergehen mit der Förderung? Die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz gibt es nur noch bis 2019. Ohne eine Bundesunterstützung für kommunale Straßenbauvorhaben und natürlich für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs – das ist Ihnen sicherlich verständlich, dass ich das immer wieder betone, immerhin 35 Millionen Euro im Jahr – sieht es sehr, sehr mau aus.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung eines zentralen Erfassungssystems mit einheitlichen Definitionen und Bewertungskriterien, wie im Antrag gefordert, wird am schlechten Zustand der Kreisstraßen nichts ändern. Baulastträger sind nun mal die Kreise und kreisfreien Städte und die legen die Prioritäten fest nach der jeweiligen Zustands- und Bewertungsmethode des Kreises. Wie wir gehört haben, gibt es solche einheitlichen Maßstäbe, sie müssen nur angewendet werden. Aus Sicht der Landesebene ist eine einheitliche Erfassung sicherlich wünschenswert. Damit könnte die Landesunterstützung gesteuert werden. Wie wir der Rede des Ministers entnehmen konnten, ist das bereits heute möglich und zum Teil geschieht es ja auch durch die kreisliche Ebene.

Auch die Forderung, mehr Mittel im kommenden Landeshaushalt einzustellen, ist zu wenig. Gebraucht wird

Planungssicherheit. Dafür müssen jetzt die Weichen gestellt werden. Die Kreise brauchen Aussagen darüber, wie es nach dem Auslaufen der Kompensationsmittel weitergeht. Das ist für die Bauvorbereitung und Planung unerlässlich. Schließlich sind die Kapazitäten der Planungsbüros und Baufirmen wegen der jahrelang geübten Investitionszurückhaltung zu gering. Für eine Kapazitätsausweitung mit langfristiger Perspektive ist eine stetige Auftragslage zwingend Voraussetzung.

Meine Fraktion bescheinigt der AfD-Fraktion, die richtige Themenwahl getroffen zu haben, jedoch sind die Lösungsansätze aus unserer Sicht nicht zielführend, den Substanzverlust aufzuhalten, geschweige denn, ihn abzubauen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel. Ich war nicht so schnell.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank. Ich würde bloß, bevor sich ein Missverständnis oder ein Irrtum verfestigt und die Debatte dann so eine Eigenkraft kriegt, auf einen sachlichen Punkt, der sich aber – davon bin ich überzeugt – schon mehreren Protokollen des Energieausschusses entnehmen lässt, hinweisen wollen.

Die Richtlinie "Kommunaler Straßenbau" – da haben Sie vollkommen recht – hat viele Jahre lang nur Neubau und Um- und Ausbau befördert. Das führte dazu, dass jemand, wenn er eine Straße instand setzen wollte, eigentlich nur oben sechs Zentimeter abfräsen musste, aber kein Um- und Ausbau dadurch stattfand, weil keine Mehrfläche hinterher da war, und dann sagt er, gut, dann baue ich rechts und links 50 Zentimeter mehr dran, nehme eine eigentlich teurere Maßnahme, um etwas Größeres zu bewirken und dann aber Förderung zu bekommen. Deswegen haben wir, glaube ich, schon vor drei Jahren, es kann aber auch erst zwei Jahre her sein, die Richtlinie umgestellt. Selbstverständlich können Sie heute Erhaltungsmaßnahmen in der Richtlinie gefördert bekommen. Ich glaube, schon mindestens zwei Jahre lang.

Die Idee ist, dass du auch das Abfräsen der Asphaltschicht gefördert bekommen kannst. Was wir nicht fördern, ist, ich flicke nur auf oder ich nehme nur sieben Steine hoch und setze sie wieder ein, sondern das muss schon ganzflächig sein. Aber das Abfräsen, der Deckenwechsel, der ist förderfähig. Im Übrigen haben wir sogar noch weitere Stellschrauben gedreht. Neubau, Um- und Ausbau werden mit weniger Prozentpunkten gefördert als die reine Unterhaltung des Abfräsens der Deckschicht, um das anzureizen, damit wir mit den vorhandenen Mitteln eigentlich mehr hinkriegen und hoffentlich auch mehr Fläche erreichen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Okay.)

Nur, damit das Missverständnis einmal aufgeklärt ist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

**Dietmar Eifler**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich nehme es vorweg: Ich mache es sehr kurz.

Herr Reuken, ich hätte erwartet, dass Sie nach dem sachlichen und komplexen Vortrag von Minister Pegel zu dem Thema den Antrag zurückziehen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Klar, ist ja nicht zu erwarten.

(Nikolaus Kramer, AfD: Völlig unlogisch, was Sie da erzählt haben.)

Fakten und so interessieren ja kaum und wenig.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber ich möchte trotzdem noch einen Punkt ansprechen, den ich ja gestern auch in Bezug auf die kostenlose Schülerbeförderung angesprochen habe, nämlich die Finanzverantwortung, die wir haben hier in dem Hohen Hause. Schon wieder ist der Eindruck entstanden, das Land ist für alles zuständig, macht mal die Büchse auf und dann geht das alles.

(Egbert Liskow, CDU: Goldesel!)

Natürlich ist das Geld an allen Stellen knapp, das wissen wir. Aber wenn wir uns die Debatten der letzten Tage ansehen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

dann reden wir über Abschaffung der Beiträge für den Straßenausbau auf der kommunalen Ebene, wir reden über kostenfreie Kitas, wir reden über kostenfreien Schülerverkehr, wir reden jetzt über die Gesamtfinanzierung von Straßenbaumaßnahmen, ohne darauf zu schauen, wo die Zuständigkeiten sind. Wir haben Bundesstraßen, wir haben Landesstraßen, wir haben Kreisstraßen und wir haben Gemeindestraßen.

(Christian Brade, SPD: Wasserstraßen.)

Sie von der AfD picken sich jetzt die Kreisstraßen raus und sagen, da machen wir einen Antrag, kommen damit um die Ecke und greifen mal schön in die kommunale Selbstverwaltung ein.

(Stephan J. Reuken, AfD: Nein! Das habe ich Ihnen doch erklärt.)

Natürlich greifen Sie in die kommunale Selbstverwaltung ein. Da können Sie unterschiedlicher Auffassung sein, das ist ja alles klar,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

ich sage Ihnen aber zu dem Antrag, in dem Sie die Landkreise bevormunden und sagen, (Dr. Ralph Weber, AfD: Zuhören reicht nicht. Kopf einschalten vorher wäre schon schön.)

also das müsst ihr mal so machen, Folgendes – da kann ich nur für den Landkreis Nordvorpommern sprechen –: Der damalige Landrat Wolfhard Molkentin

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

hat mit Weitblick dafür gesorgt, dass nachhaltig die Kreisstraßen Zug um Zug gefördert und saniert worden sind.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Fahren Sie heute durch den Landkreis Vorpommern-Rügen, dann werden Sie feststellen, dass da,

> (Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Da fährt zwar kein Schulbus, aber die Straßen sind in Ordnung.)

wo von den Parlamenten nachhaltig und vorrausschauend Politik gemacht wird, Kommunalpolitik gemacht wird, die Systeme funktionieren! Das heißt ja nicht, dass alles in Ordnung ist. Natürlich gibt es da auch weiterhin, gerade bei Straßen, die einer Abnutzung unterliegen, einen ständigen Sanierungsbedarf. Aber mit einem gewissen Weitblick in den Parlamenten, in den Kreistagen und in den Landtagsverwaltungen unterstellen Sie doch nicht diesen Menschen, dass sie nicht in der Lage sind, ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen. Das ärgert mich und deswegen spreche ich das auch in aller Deutlichkeit ein.

(Zurufe aus dem Plenum: An!)

Und bei Ihnen, Frau Dr. Schwenke, war es ja klar, dass die Forderung wieder kommt, das Land muss für alles herhalten und bezahlen. Also ich weiß nicht, Herr Brodkorb, wie fühlen Sie sich denn bei solchen Debatten?

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Ja, ich glaube schon, dass das Sorgen bereitet,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er kann doch hier nicht antworten. Er kann doch nicht antworten.)

wenn man für den Haushalt verantwortlich ist.

(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD, und Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Ich spreche noch mal für die Finanzverantwortung der Koalitionsfraktionen. Von daher ist es verständlich, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden und auch selbstverständlich die Überweisung in den Fachausschuss, weil es einfach nicht erforderlich ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Das erzählen Sie mal den Leuten!)

Vertrauen Sie den kommunalen Parlamenten,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

den kommunalen Vertretern, dass sie ihre Aufgaben machen. Und wenn es an der einen oder anderen Stelle eben nicht klappt, dann muss man an der Stelle gucken, wo die Fehler liegen und wo die Defizite sind. Aber nehmen Sie nicht das Land für alles in die Zuständigkeit! Die ist klar geregelt. Ich spreche es noch mal an: Bundes-, Landes-, Kreis-, Gemeindestraße, und da sind die Zuständigkeiten bei den Straßenbaulastträgern geregelt. – Von daher vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Patrick Dahlemann, SPD – Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

Ralf Borschke, BMV: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern große Teile des Nordens haben immense Probleme mit ihren Kreisstraßen. Die Ursachen liegen primär in zwei bekannten Dingen, die immer fehlen: Personal und Geld. Dazu können wir im Kommunalfinanzbericht 2017 lesen: "Ferner führt der Landkreistag aus, dass eine erhebliche Unterfinanzierung der Landkreise vorläge, die sich insbesondere an Investitionsrückstaus bei Straßen, Brücken und Schulen zeigen würde."

Meine Damen und Herren, bei öffentlicher Infrastruktur dürfen wir natürlich nicht sparen. Kurz zur aktuellen Situation: In den Kreisen Ludwigslust-Parchim, Mecklenburger Seenplatte, Rostock-Landkreis, Rostock-Stadt, Schwerin-Stadt, Vorpommern-Greifwald und Vorpommern-Rügen werden die Zustände der Kreisstraßen erfasst, nicht immer auf Grundlage des Arbeitspapiers Nummer 9/V zur Zustandserfassung und -bewertung, kurz ZEB, aber eine Erfassung findet in allen Kreisen statt, eine Bewertung nur teilweise. Eine Bauwerksdatenbank, die für die Kreise eine enorme Hilfe für die weitere Planung darstellen würde, fehlt in der Mecklenburgischen Seenplatte, Nordwestmecklenburg und Vorpommern-Greifswald.

Aus dem Kommunalfinanzbericht 2013, Drucksache 6/2310, geht die Forderung hervor, eine Straßendatenbank zu erstellen. Dabei sollte das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung beratend beziehungsweise empfehlend tätig werden in Bezug auf die Eignung von EDV-Programmen für Straßendatenbanken, die Durchführung der visuellen Erfassung der Straßen und die Anwendung eines standardisierten Bewertungsverfahrens mit dem Ziel landesweit vergleichbarer Ergebnisse.

Das Umsetzungsprojekt kommunale Straßendaten hat zum Ziel, einen einheitlich kommunalen Straßendatenstand für Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Es wird also eine Software entwickelt, in der die Kommunen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung ihre Daten eintragen können. Dass dieses Projekt schon seit einer Ewigkeit läuft und nur schleppend fertiggestellt wird, ist die eine Sache. Die andere Sache und das größere Problem ist die Tatsache, dass die Kommunen bei der derzeitigen Personalsituation und auch bei einer vorhandenen Software nicht hinterherkommen. Da helfen auch keine einheitlichen Maßstäbe.

Weiterhin werden Sie die vergleichbaren Ergebnisse vorliegen haben, die noch belastender sind als die Daten, die wir jetzt schon haben, und dann werden Sie allen Grund dazu haben ... Falsche Seite.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und Dr. Matthias Manthei, BMV) Ich mache es mal kurz: Die Stoßrichtung des Antrages macht nur den Umstand deutlich, dass etwas bereits Geplantes, das in Arbeit ist, noch nicht fertiggestellt wurde. Wir meinen aber, mit diesem Antrag wird ein bisschen Druck ausgeübt, und daher können wir dem Antrag zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV und Jürgen Strohschein, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und sehr geehrte Kollegen! Es ist zutreffend, dass in weiten Teilen oder vielleicht nicht mal in weiten Teilen, aber zumindest in Teilen dieses Landes der Zustand der Straßen nicht so ist, wie sich das die jeweiligen Nutzer und wie sich das die Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort wünschen. Allerdings, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, muss man da differenzieren. Und differenzieren muss man auch, was die Leistungsfähigkeit der jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaften angeht. Alle Landkreise über einen Kamm zu scheren, alle kreisfreien Städte über einen Kamm zu scheren, wird sicherlich der Sache als solcher nicht gerecht.

Und, Frau Kollegin Schwenke, Sie haben ja durchaus zu Recht darauf hingewiesen, in welchem Umfang in Teilen dieses Landes Sanierungsbedarf an der Infrastruktur besteht. Ich will ein anderes Beispiel in dem Kontext aufgreifen. Meine Fraktion hat ja dieser Tage ihre Telefonsprechstunde durchgeführt. Ich bin selber von einer Einwohnerin aus Rostock angerufen worden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

die sich darüber beklagte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na?!)

wie der Zustand der Straße wäre, an der sie wohnt. Da wäre seit 48 Jahren nichts gemacht worden und das ist aus Sicht dieser Bewohnerin, dieser Rostockerin, auch sicher ein Zustand, über den man sich beklagen kann. Nur die Frage ist doch dann hinterher, wenn ich die Kollegen der BMV vielleicht auch damit belästigen darf, die Frage ist doch hinterher: Ist der Umstand, dass eine Kommune, eine Gebietskörperschaft seit fast 50 Jahren nichts an ihrer Infrastruktur getan hat, dem mangelnden Geld geschuldet? Ist das dem mangelnden Willen geschuldet oder anderen Umständen?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Es ist sicherlich eine Mischung.)

Es wird sicherlich – Frau Kollegin Schwenke, da haben Sie recht –, es wird sicherlich eine Mischung sein. Wenn man dann auf der anderen Seite – ich bleibe mal bei dem Beispiel der Hansestadt Rostock –, wenn man auf der anderen Seite hört, dass sich diese Stadt, was ich durchaus begrüße, für eine Bundesgartenschau bewirbt, die in einem Volumen von circa 100 Millionen Euro geplant werden soll, dann muss man sich natürlich schon fragen, gibt es da Mangel an Geld, Mangel an finanziellen Ressourcen oder ist das vielleicht nur einfach die falsche Prioritätensetzung in dem Fall.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bringe dieses Beispiel nur, um deutlich zu machen, dass man diese Angelegenheit differenziert betrachten muss. Vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist die Grundtendenz dieses Antrags durchaus nachvollziehbar, nämlich den Zustand in den einzelnen Gebietskörperschaften dieses Landes, also in den einzelnen Landkreisen, kreisfreien Städten, zu betrachten. Aber wir haben zwei Prämissen, die wir dabei berücksichtigen müssen:

Erstens. Die Straßenbaulast liegt nun einmal originär bei den jeweiligen Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten und wenn es Städte sind, größer als 50.000 Einwohner, in den Landkreisen, gegebenenfalls auch bei den Kommunen vor Ort.

Zweitens. Es ist erst mal eine eigenständige Verantwortung der jeweiligen Gebietskörperschaft. Und dort, wo das Land an zwei Punkten helfen kann – so ist es ja auch durch den Minister ausgeführt worden –, dort, wo das Land an zwei Punkten helfen kann, nämlich einen Anhalt zu geben, wie man gemeinsam mit den Bewertungsmaßstäben, die das Land ohnehin für ihre eigenen Straßen benutzt, das auch in der kommunalen Gebietskörperschaft bewerten kann, da ist es zunächst einmal die Entscheidung der kommunalen Gebietskörperschaft zu sagen, ja, wir wollen auch diese Bewertungsmaßstäbe bei uns anlegen.

Es kann nicht sein, dass wir als Land sagen, ihr müsst das tun. Ich glaube, auch da sind wir uns einig. Wenn wir das nicht tun können, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann kann nur das Angebot, so, wie es von der Landesregierung schon gemacht wird, tatsächlich weiter aufrechterhalten bleiben. Und wenn dieses Angebot nicht angenommen wird, dann müssen sich die jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises entweder mit ihrem Landrat oder mit ihrem Kreistag entsprechend konfrontativ auseinandersetzen, um das mal so zu formulieren.

# (Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der zweite Punkt ist natürlich auch das finanzielle Volumen. Und jetzt komme ich noch mal auf das zurück, was Frau Kollegin Schwenke gesagt hat. Wenn wir uns hinstellen würden und da nehme ich ein bisschen die Debatte auf, die wir gestern zum Schülerticket geführt haben , es gibt ja viele löbliche Ideen, die man alle aus Landessicht finanzieren könnte, völlig losgelöst von der Frage, ob man dafür zuständig ist oder nicht - und wenn wir diese Ideen alle aufgreifen würden, und das gilt natürlich auch für die Frage der Infrastrukturfinanzierung, insbesondere der Kostenübernahme, Kostenentlastung, wie immer man das nennen will in Bezug auf Straßenbaulast der Kreise und kreisfreien Städte, dann sind wir am Ende des Tages an einem Punkt angekommen, wo das, was wir als Land entweder machen müssen, oder das, was wir als Land auch für politisch verantwortlich halten - und darüber kann man ja streiten, da haben Sie vielleicht andere Vorstellungen als meine Fraktion oder andere Vorstellungen als die AfD und die BMV, das ist völlig normal, aber jeder von uns hat doch Vorstellungen darüber, was landespolitisch mit den entsprechenden Haushaltsmitteln gemacht werden soll -, dann kommen wir zu einem Punkt, wo das nicht mehr finanzierbar ist.

Dann werden wir, wenn wir das alles durchdeklinieren würden, nur noch das bezahlen, wofür eigentlich andere zuständig sind. Die werden sich, wenn ich das jetzt mal

überspitzen darf, die werden sich zurücklehnen in den Bereich freiwilliger Aufgaben und sich hinstellen und sagen, wir sind für das Gute, für das Schöne bei uns zu Hause zuständig, weil das Land das finanziert, was wir eigentlich als Pflichtaufgaben machen müssten. Und wir können uns dann hinstellen und sagen, ja, liebe Einwohner dieses Landes, wir würden ja gerne etwas tun, aber leider haben wir das Geld nicht mehr, weil, um bei dem konkreten Beispiel zu bleiben, wir die Infrastruktur in irgendeinem Landkreis sanieren würden.

Dann habe ich Sie jetzt aber nicht so verstanden, dass Sie sagen, na ja gut, das Land soll jetzt eine 100-Prozent-Finanzierung übernehmen. Bloß dann kommen wir natürlich zu dem Punkt, den auch Herr Minister Pegel eben noch mal deutlich gemacht hat: Wir sind ja schon in der Situation, dass das Land mit den entsprechenden Fördermitteln die Kreise, kreisfreien Städte dort unterstützt, wo es unterstützen kann. Da kommen wir wieder zu dem Ausgangspunkt, den ich eben angesprochen habe, da muss es dann auch zwei Punkte geben bei den jeweiligen Gebietskörperschaften. Erstens muss es den Willen geben, eine Infrastruktur zu sanieren, die entsprechenden Planungen auch durchzumachen, die entsprechenden eigenen Investitionsmittel in den eigenen Haushalt einzustellen, und zweitens muss es auch tatsächlich die Bereitschaft zur Kofinanzierung geben, weil wir können nicht den gesamten Anteil der entsprechenden Investitionen durchführen, sondern wir als Land sind es, die dann entsprechend kofinanzieren.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich kann das Problem verstehen, ich lebe lange genug in diesem Land. Ich ärgere mich manchmal darüber, dass ich den Eindruck habe, mein Auto ist eher ein Schlaglochsuchgerät als alles andere.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber, mal unabhängig von dem Auto, das ich selber fahre,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das kann jetzt nicht dazu führen, dass wir diejenigen, die originär in der Verantwortung stehen, dass wir diejenigen aus ihrer Verantwortung lassen, um dann hinterher das, was wir selber machen wollen, über das Maß, das wir bereits tun, entlasten, denn dann stellen wir uns politisch am Ende dieses Tages völlig ins Abseits. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Bernhard Wildt, BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Landsleute! Es ist heute zu dem Thema viel Richtiges, Wichtiges, Gutes gesagt worden. Herrn Eifler nehme ich da mal aus, das war irgendwie nix.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Der Zustand der Kreisstraßen in Mecklenburg-Vorpommern ist seit Jahren bekannt und, drücken wir es moderat aus, er lässt zu wünschen übrig.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Sie haben bemerkt, dass ich wohl bedacht meine Worte wähle.

Es geht uns nicht darum, jetzt den Schwarzen Peter einer Regierung der aktuellen oder der vergangenen Legislaturperioden zuzuschieben. Insofern hat der Minister auch wichtige Sachen und gute Sachen gesagt. Es muss allerdings in unser aller Interesse sein, den gegenwärtigen Zustand der Kreisstraßen tatsächlich im Sinne der Kommunen und ihrer Bürger zu verbessern. Die Situation der Kreisstraßen Mecklenburg-Vorpommerns darf nicht zum Dauerzustand werden. Deshalb bitte ich Sie schon jetzt darum – noch mal, mein Kollege Reuken hat es schon getan –, mit uns gemeinsam für diesen Antrag zu stimmen oder die Überweisung in den Ausschuss, federführend Innen, mitberatend Infrastruktur.

(Torsten Renz, CDU: Weder noch!)

Energie und Finanzen, zuzulassen.

Na, Herr Renz, wir werden es sehen. Das müssen Sie dann auch mal den Leuten vor Ort erklären.

(Torsten Renz, CDU: Weder noch!)

Wie Sie sicher im Rahmen der Vorbereitung festgestellt haben, liefert die Antwort zu unserer Kleinen Anfrage auf Drucksache 7/2109 einen Überblick über den Zustand der Kreisstraßen im Lande M-V, der alles andere als befriedigend ist. Und da beweisen wir auch mal ein bisschen kommunalpolitische Kompetenz, Herr Renz, in dem Zusammenhang. Der Zustand der Kreisstraßen der Landkreise und der kreisfreien Städte ist sehr unterschiedlich. Die Landesregierung hält einerseits eine Vergleichbarkeit und eine Beurteilung auf der Grundlage der vorhandenen Daten als sachgerecht nicht möglich. Als Gründe werden unterschiedliche Zeitpunkte der Erfassung beziehungsweise der Beurteilung des Zustandes, der Ermittlung der Zustandsnoten beziehungsweise Zustandsbereiche und Art der Erfassung benannt.

Dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung ist die unterschiedliche Vorgehensweise der Landkreise und kreisfreien Städte bekannt. Ja, denn das Ministerium wird sogar konkret und betrachtet eine einheitliche Erfassung des Zustandes mit Messfahrzeugen und eine einheitliche Bewertung nach gleichen Kriterien als fachlich wünschenswert. Die Erkenntnis des Ministeriums, die Kreisstraßen einheitlich zu erfassen und zu bewerten, werten wir durchaus als positiv, das begrüßen wir. Damit kann man nur voranschreiten oder, um beim Thema zu bleiben, gut voranfahren.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Des Weiteren erfolgt die Zustandsbewertung der Kreisstraßen in den Landkreisen und kreisfreien Städten, wie aus der Anfrage zu schließen ist, nicht bei allen Kommunen – das ist auch schon gesagt worden – in Anlehnung an das durch die Forschungsgesellschaft für Straßenund Verkehrswesen e. V. herausgegebene technische Regelwerk.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Weiterhin wurde mitgeteilt, dass unterschiedliche Personen beziehungsweise Institutionen den Zustand der Kreisstraßen erfassen und so eine Vergleichbarkeit nur bedingt gegeben ist.

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD, und Bernhard Wildt, BMV – Dr. Ralph Weber, AfD: Könnt ihr draußen reden, verflixt noch mal?!)

Ja, gut, kennen wir ja, da wird auch unterschiedlich

(Glocke der Vizepräsidentin)

geklingelt und das bewertet.

Vielen Dank.

Wie weiterhin einem Medienbericht zu entnehmen ist, teilt der Landkreis Rostock seine Zustandsdaten für Straßen in vier anstatt fünf Kategorien ein. Der Zustand der Straßen wird auch nur teilweise in regelmäßigen Abständen beziehungsweise anlassbezogen ermittelt und die Pflege der Daten – das ist gesagt worden – erfolgt durch verschiedene Systeme. Dies alles gilt es, möglicherweise auf den Prüfstand zu stellen, um durch eine Vereinheitlichung eine Vergleichbarkeit herzustellen beziehungsweise in den entsprechenden Richtlinien nachzujustieren.

Wie verhält es sich denn nun genau mit dem Zustand der Kreisstraßen in Mecklenburg-Vorpommern? Mein Kollege Stefan Reuken hat es schon angesprochen: Mehr als ein Drittel der Kreisstraßen in Mecklenburg-Vorpommern sind in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Der Landkreis Vorpommern-Greifswald ist mit rund 38 Prozent besonders betroffen, gefolgt von den Straßen in den Kreisen Ludwigslust-Parchim und Vorpommern-Rügen. Ich weiß nicht, Herr Eifler, wie Sie das sehen. Aber gut, von denen befinden sich auch jeweils 20 Prozent in einem sehr schlechten Zustand. Hier ist sofortiger Handlungsbedarf erforderlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Diese Straßen sind mit der Zustandsklasse 5 gekennzeichnet. Ich wiederhole das gern und betone es auch: Die Betonung liegt hier auf dem sofortigen Handlungsbedarf. Das bedeutet, dass bei Straßen der Klasse 5 keine Erhaltungsmaßnahmen mehr möglich sind, sondern nur eine grundhafte Sanierung. Im schlimmsten Falle käme es zu einer beschränkten Nutzung oder gar zu einer Schließung der Straße. Dies erfordert also ein sofortiges Handeln, das wir als Land und Fördermittelgeber indirekt steuern können. Es geht uns, wie gesagt, auch nicht darum, in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen.

Die Kommunen sollten schon im Eigeninteresse als Erstes jene Straßen mit der Zustandsklasse 5 grundhaft sanieren, damit in den nächsten Jahren Straßen mit der Zustandsklasse 4, gefolgt von Zustandsklasse 3 und so weiter nicht in eine noch schlechtere Klasse fallen. Da gilt es, möglicherweise zu berücksichtigen, was Sie gesagt haben, Herr Minister, dass man sich die Straßenauslastung und Straßennutzung angucken muss, aber grundsätzlich sollte es tatsächlich so sein, dass man die zunächst sanierungsbedürftigsten Straßen im Auge behält. Das Ziel muss es sein, dieses zu verhindern.

Und jetzt kommen wir auch mal zu ein paar Zahlen, was das alles kostet.

### (Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Eine grundhafte Sanierung des durchschnittlichen Kilometers Landstraße ist mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden. Wie aus unserer Anfrage hervorgeht, beträgt die durchschnittliche Sanierung eines Kilometers Kreisstraße zwischen 156.000 und 250.000 Euro. Der grundhafte Neubau für einen Kilometer Kreisstraße würde mit Beiträgen in Höhe von 500.000 bis 1 Million Euro beziffert.

Meine Damen und Herren, wir müssen nun wirklich keine mathematischen Experten sein, um zu erkennen, dass zwischen dieser Sanierung und diesem Neubau eine erhebliche Differenz zu verzeichnen ist. Der Grundsatz sollte hier lauten: Erhalt vor Neubau. Wie aus einer weiteren Anfrage, die mein Kollege Thomas de Jesus Fernandes gestellt hat, Drucksache 7/1641 vom 16.02.2018, hervorgeht, richtet sich das Land bei den Landesstraßen nach diesem Grundsatz. Dieser Ansatz ist zu begrüßen und sollte auch für Kreisstraßen gelten. Die Landkreise und Kommunen werden mit erheblichen finanziellen Mitteln für die Sanierung der Straßen unterstützt und letzten Endes geht es genau darum. Wir unterstützen ja schon, wir geben schon Geld für die Landkreise und die Kommunen.

Die Anträge hierzu stellen die jeweiligen Straßenbaulastträger nach eigener Priorisierung. Es ist durchaus möglich, dass die Landesregierung hier Vorhaben bezuschusst, die weniger Sanierungsbedarf aufweisen als andere. Das könnte der Grund sein, den Sie genannt haben. Es ist für die Gesamtsituation im Land nicht zweckdienlich, förderfähige Vorhaben mit den Kategorien 2 oder 3 eines Landkreises auf gleiche Stufe mit den Kategorien 4 oder 5 zu stellen. Hier fehlt die Prioritätensetzung für eine effiziente Verwendung der Landesmittel. Das Land als Fördermittelgeber vergibt hier scheinbar Mittel an die Kommunen, ohne sich Gedanken zu machen, ob diese Mittel landesweit betrachtet bedarfsgerecht eingesetzt werden. So kann nicht mehr weiter verfahren werden.

### (Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig!)

Kreisstraßen mit dem höchsten Sanierungsbedarf sind vorrangig zu behandeln. Die Kreise erhalten als Antragsteller Mittel aus den Fördertöpfen des Landes. Und genau hier liegt Chance als Land Mecklenburg-Vorpommern, den Kommunen koordinierend zur Seite zu stehen. Bei diesem Antrag geht es nicht darum, die derzeitigen Mittel zu erhöhen – das ist auch noch mal ganz wichtig – oder die Förderrichtlinie in Gänze zu kritisieren, sondern die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel des Landes zur Sanierung von Kreisstraßen aus reiner Landessicht zielgerichteter einzusetzen.

### (Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist sinnvoll, die nach Zustandsklassen erfassten Straßen nach einer Prioritätenliste zu sanieren. Davon sprach ich bereits. Schaut man auf die kommende Haushaltsplanung, ist dieses Verfahren im nächsten Schritt eine gute Vorbereitung für die Bereitstellung der zukünftigen Fördergelder in diesem Bereich. Selbstverständlich werden wir dabei, wie mein Kollege Stefan Reu-

ken schon ausführte, die kommunale Selbstverwaltung beachten.

Wir wollen mit der Umsetzung unseres Antrags die Landesregierung ersuchen, den Kommunen unterstützend zur Seite zu stehen. Dies, meine Damen und Herren, bedeutet, finanzpolitisch verantwortlich im Sinne des Landes zu handeln. Wir sehen, dass es hier Koordinierungsbedarf gibt. Als Land können wir den Kommunen unterstützend bei der Erfüllung der Aufgabe behilflich sein, nämlich die Straßen nach ihrer Leistungsfähigkeit in einem regelmäßigen Verkehrsbedürfnissen genügenden Zustand anzulegen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern. Und die Landesregierung hat es ja erkannt, sie würde diesen Zustand gerne ändern und hält eine einheitliche Erfassung dieses Zustandes mit Messfahrzeugen und eine einheitliche Bewertung nach gleichen Kriterien als fachlich wünschenswert.

Natürlich müssen wir mit den Landkreisen gemeinsam klären, inwieweit es möglich ist, diesen Schritt gemeinsam zu gehen. Es ist ein notwendiger Schritt, um eine Vergleichbarkeit des Zustandes der Kreisstraßen in allen Kommunen des Landes M-V zu ermitteln und die zur Verfügung stehenden Landesmittel zielgerichtet einzusetzen. Was spricht dagegen, sich mit den Entscheidern der Landkreise an einen Tisch zu setzen und diese Fragen zu erörtern? Es ist doch auch in deren Interesse, ihre Straßen zielgerichtet zu sanieren. Wir überlassen den Kommunen selbstverständlich weiterhin die Zuständigkeit für die Instandhaltung der Kreisstraßen. Die Landesregierung soll bei der Aufgabenerfüllung unterstützen. Dass hierfür ein landeseinheitliches Bewertungssystem eingeführt werden soll, greift nicht in die kommunale Selbstverwaltung ein.

## (Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie darum, im Sinne des Landes, der Kommunen und seiner Bürger nun zu handeln. Die Investition in unsere Straßen ist immer auch eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

(Nikolaus Kramer, AfD: Ganz genau.)

Im Hinblick auf die angestrebte Stärkung der ländlichen Räume muss das Land bei der Instandhaltung der am stärksten betroffenen Kreisstraßen unterstützend eingreifen. Bitte stimmen Sie unserem Antrag beziehungsweise der Überweisung in die zuständigen Ausschüsse zu! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2239 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss und zur Mitberatung an den Finanz- und Innenausschuss zu überweisen. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen? – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen von AfD und BMV und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag selbst der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2239. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2239 bei Zustimmung der Fraktionen von AfD und BMV und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ehe ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich neue Besucherinnen und Besucher willkommen heißen. Das sind Bürgerinnen und Bürger aus Greifswald und Umgebung. Herzlich willkommen!

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37**: Beratung des Antrages der Fraktion der BMV – Verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß Paragraf 27a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern im Grenzraum intensivieren, auf Drucksache 7/2244.

Antrag der Fraktion der BMV Verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß § 27a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern im Grenzraum intensivieren – Drucksache 7/2244 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

**Dr. Matthias Manthei**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jedes Land muss tun, was in seiner Macht steht, um unerlaubten Aufenthalt zu unterbinden und grenzüberschreitende Kriminalität einzudämmen. Gemäß Paragraf 27a unseres Sicherheits- und Ordnungsgesetzes ist die Polizei befugt, verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen. Viele dieser Kontrollen tun genau das, nämlich Straftaten von erheblicher Bedeutung, grenzüberschreitender Kriminalität und unerlaubtem Aufenthalt vorzubeugen.

Der Wegfall der Grenzkontrollen hat ganz sicher viele Vorteile, aber eben auch die Nachteile der illegalen Einwanderung und der grenzüberschreitenden Kriminalität. Der Kontrollverlust kann durch verdachtsunabhängige Kontrollen im grenznahen Raum bis zu einem gewissen Umfang kompensiert werden. Mecklenburg-Vorpommern ist seit dem 21.12.2007, als die Kontrollen zu Polen wegfielen, selbst unmittelbar betroffen.

Am 4. März 2017 hatte der damalige Bundesinnenminister an die Bundesländer appelliert, ihre entsprechenden Befugnisse zur sogenannten Schleierfahndung verstärkt zu nutzen. Die Europäische Kommission forderte die Mitgliedsstaaten am 02.05.2017 auf, zunehmend auf verhältnismäßige Polizeikontrollen in Grenzgebieten und entlang der Hauptverkehrsrouten zurückzugreifen. Bayern hat die Schleierfahndung in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. Ab dem 1. Juli 2015 wurden dort 500 zusätzliche Beamte für diese Arbeit eingesetzt. Am 5. Juni 2018 hat der Bayerische Ministerrat ein Konzept zur Errichtung einer Bayerischen Grenzpolizei beschlossen. Das Konzept zielt insbesondere darauf ab, die Schleierfahndung zu intensivieren. Die Personalstärke soll dafür bis 2023 auf 1.000 Beamte erhöht werden. Die bayerischen Schleierfahnder verstärkten die Bundespolizei an der Grenze zu Österreich.

2017 haben die Bayern rund 14.600 illegale Einwanderer aufgegriffen. Nimmt man die Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung hinzu, verzeichnet Bayern jährlich 20.000 Aufgriffe. In Sachsen wurden mithilfe der verdachtsunabhängigen Kontrollen im Jahr 2016 über 500 Fahndungserfolge bei Personen erzielt und rund 2.000 Straftaten aufgedeckt.

Die Polizeipräsenz im Grenzraum und die stichprobenartigen Kontrollen entfalten abschreckende Wirkung. Grenzpolizeiliche Maßnahmen wirken sich unmittelbar auf die Routen der Schleuser aus. Wenn einige Bundesländer an ihren Grenzen kontrollieren, werden sich die illegalen Einwanderer andere Wege suchen. Dem möglichen Ausweichen auf die deutsch-polnische Grenze muss vorgebeugt werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat sich doch gestern erledigt.)

Mit verstärkten verdachtsunabhängigen Kontrollen an der östlichen Grenze Mecklenburg-Vorpommerns kann auch hier eine abschreckende Wirkung erzielt werden.

Mecklenburg-Vorpommern ist vom unerlaubten Einreisen und grenzüberschreitender Kriminalität betroffen. Die grenzüberschreitenden deutsch-polnischen Streifen der Bundespolizei der gemeinsamen deutsch-polnischen Dienststelle Pomellen zählen zu ihren Hauptaufgaben die Verhütung der illegalen Migration und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Sie nehmen regelmäßig gesuchte Straftäter oder illegale Migranten fest. Im Jahr 2017 hat die Bundespolizei 134 illegale Einreiseversuche an der Grenze Mecklenburg-Vorpommerns zu Polen registriert. In Brandenburg waren es 641 Fälle und in Sachsen 1.256.

Laut Bundeskriminalamt zur Schleusungskriminalität für das Jahr 2016 wurden an der deutsch-österreichischen Grenze die meisten Schleuser beziehungsweise Geschleusten festgestellt. Doch bereits an zweiter Stelle rangierte die deutsch-polnische Grenze. 16 Prozent der bundesweit festgestellten tatverdächtigen Schleuser und 10 Prozent der Geschleusten wurden 2016 an der deutsch-polnischen Grenze registriert. So wurde etwa im September 2017 in Brandenburg ein Lastwagen überführt, der 51 Menschen eingeschleust hatte. Die Bundespolizei gab zu dem Zeitpunkt an, zu prüfen, ob es Parallelen zu anderen Vorfällen im Grenzgebiet zu Polen gebe, da zuletzt eine Häufung festgestellt worden sei.

Schleuser gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2015 wurden hier 35 Schleuser festgenommen, 2016 waren es 12. Im März 2018 ging die Bundespolizei gegen 2 Schleuser in Stralsund vor, im April 2018 wurden 2 mutmaßliche Schleuser auf Rügen festgenommen, die mindestens 32 ausländische Staatsbürger ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland arbeiten ließen.

Für die organisierte Kriminalität stellt die Landesregierung auf meine Kleine Anfrage hin fest, "dass die Anzahl der Straftaten ... durch international organisierte Tätergruppierungen zunimmt". Sie schätzt die organisierte Kriminalität als im höchsten Maße gesellschaftsschädigend ein. Eine hervorgehobene Stellung in diesem Phänomenbereich hat die organisierte Eigentumskriminalität. Schwere landwirtschaftliche Geräte, Baumaschinen oder ganze Lastwagen samt hochwertiger Ladung werden gestohlen. Zum Teil werden letzte Ortungssignale entsprechender Fahrzeuge oder Maschinen an der Grenze zu Polen ausgemacht.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik des Landkreises Vorpommern-Greifswald für das Jahr 2017 verzeichnet erneut in der Gemeinde Heringsdorf, welche an der Grenze zu Polen liegt, die höchsten sogenannten Häufigkeitszahlen von Kriminalität. Gleichzeitig ist in dieser Gemeinde die Aufklärungsquote im Kreisvergleich am niedrigsten. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald waren 37 Prozent der nicht deutschen Tatverdächtigen polnisch.

In Mecklenburg-Vorpommern wird bereits verdachtsunabhängig kontrolliert. Wie meine Kleine Anfrage allerdings ergab, führt die Landesregierung hierüber im Allgemeinen keine Statistik. Demnach liegt für die Öffentlichkeit auch keine Auswertung über die Regelmäßigkeit und über die Erfolge derartiger Kontrollen in Mecklenburg-Vorpommern vor.

(Nikolaus Kramer, AfD: Täglich.)

Im September 2017 teilte die Landesregierung in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage hin mit, dass verdachtsunabhängige Kontrollen abhängig von der Entwicklung der Lage durchgeführt werden. Sie sah keine Auswertung vor. Doch schon einen Monat später fand erstmals entlang der deutsch-polnischen Grenze eine europaweit abgestimmte Schleierfahndung statt, an der auch Landespolizisten mitwirkten. Im Bereich des Polizeipräsidiums Neubrandenburg erzielten die Beamten 21 Fahndungserfolge. Sie stellten ebenfalls zahlreiche Diebstahls- und Betrugsdelikte sowie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und das Waffengesetz fest.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und das Ausländergesetz? Verstößt gegen das Ausländergesetz einer?)

In Anbetracht der anhaltenden illegalen Einwanderung und der grenzüberschreitenden Kriminalität bestehen also doch sachgerechte Anlässe für verstärkte verdachtsunabhängige Kontrollen.

Und auf Ihren Einwand, Herr Ritter, ich hatte ihn erst nicht verstanden, Sie sagten, fürs Protokoll: "Verstößt gegen das Ausländergesetz einer?"

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Da verstehen Sie die verdachtsunabhängigen Kontrollen nicht ganz.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Antwort der Landesregierung.)

Ich hatte anfänglich darauf hingewiesen, es geht auch um die Bekämpfung der Kriminalität im Allgemeinen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Antwort der Landesregierung.)

Es geht nicht nur um die illegale Einreise. Einfach mal zuhören! Es ist einfach so, es sind Fakten, das sind einfach Fakten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist nicht so. Hier sind die Fakten, Antwort der Landesregierung.)

Die bereits erzielten Erfolge rechtfertigen eine Auswertung der sogenannten Schleierfahndung. Neben der abschreckenden Wirkung für Kriminelle kann die ver-

stärkte Polizeipräsenz auch dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu steigern. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald sind laut einer Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes 52 Prozent der Bürger unzufrieden mit der Polizeipräsenz.

Die knappen personellen Ressourcen der Landespolizei dürfen kein Grund sein, die verdachtsunabhängigen Kontrollen nicht zu verstärken. Vielmehr ist die Notwendigkeit verstärkter verdachtsunabhängiger Kontrollen ein weiterer Grund, die Landespolizei zügig personell aufzustocken. Gerade im Hinblick auf illegale Einreise und grenzüberschreitende Kriminalität muss die Schleierfahndung als Präventionsmaßnahme verstanden werden.

In diesem Zusammenhang ist auch zu kritisieren, dass noch immer Bundespolizisten aus Mecklenburg-Vorpommern an die deutsch-österreichische Grenze abgeordnet sind. Sie werden hier benötigt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Konkret wollen wir, dass mindestens drei Kontrolleinsätze entlang der gesamten Grenze Mecklenburg-Vorpommerns zu Polen bis zum 30. September 2018 durchgeführt werden. Diese Einsätze sind detailliert zu dokumentieren und zu analysieren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir wollen wissen, welches die Kontrollpunkte waren, wie viel Personal eingesetzt wurde, wie viele Fahrzeuge und Personen kontrolliert und welche Ergebnisse dabei erzielt wurden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da kann man die Hände überm Kopf zusammenschlagen!)

Der Innenausschuss ist darüber zu unterrichten. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Inneres und Europa. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Kollege Manthei, Ihren Antrag brauchen wir nicht, die Forderung ebenfalls nicht und die werden wir auch nicht umsetzen. Es kann ja nicht sein, dass die BMV jetzt vorschreibt, wo die Polizei Kontrollen durchführt und wann.

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Übrigen tun wir das schon über viele Monate. Einmal fordern Sie, wir sollen mehr Personal aufstellen vor Ort, dann fordern Sie wieder, wir sollen mehr Statistiken führen über die Einsätze. Sie müssen sich in Ihrem Leben auch mal entscheiden, was Sie wollen!

### (Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das kann ich hier also derzeit nun wirklich nicht verstehen. Die BMV führt in ihrer eigenen Begründung zum Antrag eigentlich selbst schon fast hinlänglich auf, welche Maßnahmen von der Landespolizei im grenznahen Raum bereits durchführt werden. Und da wir ja einen Kollegen Abgeordneten haben, der aus dem Bereich der PI Anklam kommt, wäre nichts einfacher, als mal zu fragen, was die Kolleginnen und Kollegen in den zurückliegenden Jahren getan haben, auf jeden Fall nicht nur im Büro gesessen,

(Nikolaus Kramer, AfD: Richtig!)

sondern genau diese Maßnahmen auch durchgeführt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oder die PI besuchen.)

Sicherlich hätten sich auch der Innenminister und die Kollegen vor Ort mehr Personal gewünscht, das ist vollkommen unstrittig. Aber das ist immerhin dank der Unterstützung des Parlaments auf einem guten Weg. In Kürze wird die PI Anklam einen Zug Bereitschaftspolizei bekommen und auch der wird dazu führen, dass die Situation vor Ort verbessert wird.

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD)

Die Bevölkerung hat die Dunkelfeldstudie des LKA in Absprache mit mir in Auftrag gegeben, und dass da natürlich auch Dinge vorkommen, wonach wir uns in Zukunft ausrichten, ist doch vollkommen selbstverständlich. Und dass die Bevölkerung einen bestimmten Wunsch an Sicherheit, gefühlter Sicherheit, aber auch an optischer Sicherheit hat, also sprich den Polizisten mal auf der Straße zu sehen, das hat ja dazu geführt, dass wir sagen, wir reduzieren nicht weiter, sondern wir müssen im gewissen Sinn wieder Aufwuchs machen. Wir bringen die Präventionsbeamten in die Reviere vor Ort, weil sie dort entsprechend viel ortsnaher eingesetzt werden können.

Also eine Statistik spricht in derselben Begründung aber nur davon, dass mehr Polizeipräsenz im grenznahen Raum und strichprobenartige Kontrollen von illegalen und legalen Kriminellen durchgeführt werden. Das wissen wir auch und deshalb führen wir das schon seit langer Zeit durch. Nur, zu jedem solcher Einsätze immer eine eigene Statistik zu führen, noch mal, das geht zu weit

(Dr. Matthias Manthei, BMV: Andere Länder machen das aber.)

und das werden wir auch definitiv nicht tun.

Ob es nun die Messer sind oder die Angriffe auf Mitarbeiter im öffentlichen Dienst oder all die Kleinen Anfragen, deren Fragestellung vermuten lässt, dass davon ausgegangen wird, dass die Landesregierung zu allem und jedem eine Statistik führt und vorlegt, so etwas gibt es nicht und ist auch überhaupt nicht zu leisten. Gerade bei der Polizei sollten wir uns davor hüten, Statistik nach Statistik einzufordern und somit noch weniger Polizistinnen und Polizisten auf die Straße und der eigentlichen Aufgabe nachgehen zu lassen. Sie können mir doch nicht ansatzweise erklären, dass Sie mit einer Statistik die Kriminalität absenken! Sie werfen nachher nur vor, ob die Statistik richtig geführt oder geschönt ist. Also inso-

fern muss man auch einen Abwägungsprozess darüber führen.

(Bernhard Wildt, BMV: Das ist doch Quatsch! – Zuruf von Dr. Matthias Manthei, BMV)

Fakt ist doch unstrittig, wir führen die Kontrollen durch, und das ist das Entscheidende. Das erfolgt zur vorbeugenden Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität oder zur Unterbindung des unerlaubten Aufenthalts im Grenzgebiet.

In der Praxis stellt sich das so dar, dass die Polizisten der grenznahen Polizeireviere als Teil ihrer täglichen Arbeit Kontrollmaßnahmen durchführen, vor allem natürlich die Inaugenscheinnahme von Fahrzeugen. Das ist das, was aktive "Nordmagazin"-Zuschauer im zwei-/dreimonatigen Abstand immer wieder mal im Fernsehen sehen können. Ob zum Beispiel das Anhalten einer Person mit einem Fahrzeug im grenznahen Raum im Einzelfall aufgrund des Paragrafen 27a SOG oder aber nach Paragraf 36 der StVO erfolgt, ist aber zweitrangig, da beide Normen im polizeilichen Verhalten das Anhalten gestatten und aus einer ursprünglichen Verkehrskontrolle nach dem Paragraf 36 bei entsprechendem Verdacht eine Kontrolle nach dem Paragraf 27 werden kann. Auch das ist die Realität. Und das sollten Sie dann bitte wissen, wenn Sie hier einen solchen Antrag stellen. So etwas einzeln statistisch zu erfassen, macht also keinen Sinn, sondern schafft wirklich nur unnötige Arbeit.

Darüber hinaus führt die Landespolizei mit anderen Sicherheitsbehörden gemeinsame Einsätze – Sie sprachen es schon kurz an – zur Bekämpfung der grenzüberschreiten Kriminalität durch. Es finden monatlich sogenannte Verbundberatungen unter Führung der Polizeiinspektion Anklam statt, an denen Mitarbeiter der Polizeiinspektion Anklam, der Bundespolizeiinspektion Pasewalk, des Hauptzollamtes Stralsund sowie des Autobahn- und Verkehrspolizeireviers Altentreptow teilnehmen. Auch Mitarbeiter der polnischen Polizei nehmen bei Gelegenheit daran teil. Gemeinsam wird ein Einsatzkalender mit abgestimmten Kontrollmaßnahmen erstellt, die dann entweder mobil erfolgen oder an bestimmten Kontrollpunkten.

Aber auch hier gilt, die Kolleginnen und Kollegen haben noch andere Aufgaben zu bewerkstelligen. Deshalb schwankt je nach Einsatzbelastung die Zahl dieser gemeinsamen Kontrollmaßnahmen natürlich. Im Mai waren beispielsweise 15 Verbundstreifen mit der Bundespolizei zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität geplant. Und auch die im Antrag der BMV erwähnten größeren Kontrollmaßnahmen werden durchgeführt. Der erwähnte Einsatz im Oktober 2017 wurde durch das Polizeipräsidium Neubrandenburg trotz der Größenordnung und des Planungsaufwandes geplant und durchgeführt. Das wird auch zukünftig geschehen.

Im Übrigen wissen wir, Mitarbeiter von Landespolizei, Bundespolizei und Zoll wissen immer noch am besten, auch gemeinsam mit ihren jeweiligen Führungen, wo, wann und wie man am besten kontrolliert. Das sollte Politik denjenigen, die was vom Fach verstehen, auf gar keinen Fall vorschreiben, weil dann wird es definitiv nicht funktionieren, dass die Aufgabe, die die Polizei wahrnehmen soll, realisiert werden kann. Es kann nicht praktische Aufgabe der Politik sein, vorzuschreiben, was und wann der Polizist, die Zollbeamten oder der Bundespolizist wo am besten tun.

(Beifall Christiane Berg, CDU)

Abschließend: Auch Sie wissen, dass bis zum Jahresende die letzten Bundespolizisten aus ihrer Abkommandierung zur bayerischen Grenze zurückgeführt werden und heute schon die Bundespolizei in Mecklenburg-Vorpommern über Bestand Personalstellen hier hat. Auch das sollte man der Fairness halber noch mal richtigstellen, auch wenn ich nicht für die Bundespolizei zuständig bin, aber da ist in der letzten Zeit so viel Falsches behauptet und diskutiert worden und Sie tragen die Zahlen hier auch noch mal rein. Ja, es sind noch welche abkommandiert, aber die Bundespolizei hat schon mehr Planstellen, als sie Sollstellen hier im Land derzeit hat, auch das gehört zur Thematik dazu. Insofern kann ich dem Parlament nur empfehlen, den Antrag abzulehnen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer**, AfD: Haushohes Präsidium! Natürlich nicht ohne zuvor ...

(Heiterkeit bei Jens-Holger Schneider, AfD – Stephan J. Reuken, AfD: Alte Schule. – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren! "Verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß Paragraf 27a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern im Grenzraum intensivieren" – gut gemeint, schlecht gedacht, noch schlechter ausformuliert. Schon Punkt 1 dieses Antrages lautet: "Die Landesregierung wird aufgefordert, … verstärkt verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß § 27a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern durchzuführen."

Wie sollen wir uns das vorstellen, Herr Dr. Manthei? Soll Frau Ministerpräsidentin einen Anhalteposten machen, der Herr Innenminister ist der Sicherungsposten, Herr Backhaus der Kontrollbeamte, oder wie stellen Sie sich das vor?

(Thomas Krüger, SPD: Herr Backhaus ist nicht der Kontrollbeamte.)

Das frage ich ja. Das frage ich Herrn Manthei, wie er sich das vorstellt,

(Thomas Krüger, SPD: Ach so, Sie fragen das!)

weil hier steht, die Landesregierung soll die Kontrollen durchführen.

(Thomas Krüger, SPD: Ach so!)

Die Kontrollen obliegen ja der Polizei.

(Thomas Krüger, SPD: Ach so! Okay. – Ministerin Birgit Hesse: Also ich würde es machen, Herr Kramer. Ich würde es machen.)

Ja, Frau Hesse, natürlich. Also Sie hätten natürlich auch das nötige Fachwissen und die Ausbildung dazu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, sie ja, sie ja.)

Ich im Übrigen auch, Herr Ritter.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?! Das wage ich zu bezweifeln. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Herr Innenminister hat es schon gesagt, wir sollten diese Aufgabe den Behörden und vor allen Dingen den Kräften überlassen, die davon Ahnung haben, die sich in ihrem Grenzbereich auskennen. Nicht umsonst steht in Paragraf 27a des SOG drin, dass der Behördenleiter diese Kontrollen anordnet, zeitlich, örtlich und räumlich beschränkt, und eben nicht die Landesregierung.

Und der Innenminister hat es auch erwähnt, ich möchte da sogar noch einen draufsetzen: Beinahe täglich finden diese Kontrollen statt, nicht nur nach 27a, sondern eben auch nach 36 SOG. Wir haben die gemeinsame Diensteinheit.

(Zuruf von Christel Weißig, BMV)

Der Aufwand, der betrieben werden müsste, um ständig diese Großkontrollen durchzuführen, würde so viele Kräfte binden, dass alle anderen Aufgaben der Landespolizei, der Bundespolizei, des Zolls zurückstehen würden.

Ich erinnere mich an einen Vorgang, Herr Dr. Manthei, bei dem Sie immer wieder gebetsmühlenartig wiederholten, dass Sie bis zu 45 Minuten warten mussten, als ein Stein durch Ihr Wohnzimmerfenster geworfen wurde, bis die Polizei bei Ihnen eintraf. Nun stellen Sie sich mal vor, alle Kräfte machten ständig irgendwo diese verdachtsunabhängigen Kontrollen, wie lange Sie dann warten müssten, weil diese Kräfte zum einen für diese Kontrollen gebunden wären und zum anderen für die Statistiken, die Sie ebenso fordern! Also bleibt festzustellen, dass auch Punkt 2 völlig abwegig ist, denn täglich finden diese verdachtsunabhängigen Kontrollen statt. Sie wollen nur mindestens drei Einsätze. Wie definieren Sie "Einsatz"? Also selbst eine Kontrolle mit zwei Beamten ist ein Einsatz.

Überdies braucht auch der Innen- und Europaausschuss des Landtages nach unserem Dafürhalten nicht unterrichtet zu werden, denn es gibt sogenannte Einsatzverlaufsberichte, es gibt die tägliche Lagebesprechung sowohl in den Behörden als auch im Innenministerium. Der Innenminister ist da vollumfänglich informiert. Wenn Sie diese Informationen wünschen, dann können Sie sich gern an das Innenministerium wenden. Ich denke nicht, dass wir jetzt tägliche Einsatzlagen im Innenausschuss beraten sollten.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Es ist aber so, es sind nun mal Fakten. Die brauchen wir hier auch nicht zurückzuhalten, Herr Professor Weber.

Wissen Sie, wie viele Grenzübergänge wir haben, Herr Dr. Manthei, zum Beispiel an der polnischen Grenze? Wissen Sie das? Ich kann es Ihnen sagen: vier Grenzübergänge. Das sind aber die vier, die wir mittels Straßen haben, wo Verkehr stattfindet. Wir haben aber auch unzählige grüne Grenzübergänge, Feldwege, Waldwege. Sie haben es vorhin angesprochen, grenzüberschreitende Kriminalität. Sie haben es angesprochen, Migrationskriminalität, Einbrecherbanden. Aber wissen Sie auch, wie die arbeiten? Sie hätten sich vorher mal mit Fachleuten unterhalten sollen. Wenn wir dort eine Großkontrolle

durchführen, dann wissen die sofort Bescheid, weil sie mit Pilotfahrzeugen arbeiten, weil sie mit Spähern arbeiten. Wenn wir irgendwo an der L28 eine Kontrolle durchführen, dann nehmen sie eben einen anderen Grenzübergang oder stellen sich drei Tage im Wald unter und warten, bis die Kontrolle beendet ist. Insofern sind solche Großkontrollen weitaus ineffektiver als die tägliche, ganz hervorragende Arbeit, die unsere Landespolizisten, die die Bundespolizisten, die der Zoll und alle anderen Sicherheitsbehörden hier durchführen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

was viel wertvoller ist als das, was Sie von uns fordern. Deshalb ist Ihr Antrag in allen Punkten abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dachner.

(Thomas Krüger, SPD: Der stellt das jetzt klar. – Torsten Renz, CDU: Es sind bald mehr Polizisten als Lehrer im Parlament.)

**Manfred Dachner**, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ja, die BMV sorgt sich um die Sicherheit der Grenze, das ist auch sehr ehrenhaft.

Herr Dr. Manthei, Sie haben diese Lagebeschreibung, die Sie aus dem Internet und aus den Berichten der Presse oder woanders herhaben, auch richtig und umfangreich dargestellt. Das war schon beeindruckend. Sie haben die bayerische Grenze Deutschlands mit der Polengrenze zu Mecklenburg-Vorpommern verglichen. Das ist nicht ganz redlich. Es gibt da riesengroße Unterschiede, aber Sie haben sichtbar gemacht, worum es Ihnen geht, nämlich um die Prävention. Dem ist auch garantiert nichts hinzuzufügen und es ist Ihnen zuzustimmen, dass Grenzsicherheit eine der wichtigsten Aufgaben der Polizei unseres Landes ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Insofern muss man das anerkennen.

Sie haben natürlich auch richtig den Paragrafen 27a des SOG erwähnt, ich will es nicht wiederholen. Bei verdachtsunabhängigen Kontrollen geht es um die Bekämpfung von schweren Straftaten mit erheblicher Bedeutung und organisierter Kriminalität. Das ist alles richtig und auch in der Tat nicht kleinzureden, auch hier durch das Parlament nicht. Nur, ich frage mich dann zu der Umsetzung, wer es tun soll. Das ist die Polizei. Und wenn Sie – das muss ich Ihnen leider so sagen – kein Vertrauen zur Polizei und zur Polizeiführung haben, dann ist es natürlich nicht sehr angenehm, aber das müssen Sie den Polizisten auch sagen, denn die Lagebeurteilung wird nun mal durch die Polizeiführung oder durch die Polizei selbst erstellt. Darauf, auf dieser Lagebeurteilung, werden dann die Einsätze geplant.

Deshalb kann der Landtag mit Ihrem Vorschlag einfach nicht konform gehen. Sie sagen, wir beschließen hier mal drei Kontrollen zusätzlich oder überhaupt drei Kontrollen. Wir wissen nicht, wie die Bundespolizei, die Landespolizei bis September – so fordern Sie es ja – welche Einsätze mit welchen Schwerpunkten geplant haben. Wis-

sen Sie die? Das haben Sie zumindest nicht vorgetragen. Und vielleicht ist genau das, was Sie hier fordern, nicht nur ein Misstrauensantrag zur Polizeiführung, sondern auch entgegen Ihrer eigenen Einsatzkonzeption. Wenn Sie das fordern, dann können Sie übermorgen natürlich auch hergehen zum Landtag und sagen, wir fordern verstärkt – und das tun wir dann auch, allgemeinpolitisch betrachtet –,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

die Hauptunfallschwerpunkte oder -ursachen, Alkohol und Geschwindigkeit, zu bekämpfen, weil die meisten Menschen auf der Straße sterben, noch mehr verletzt werden und der volkswirtschaftliche Schaden unheimlich hoch ist. Das ist nicht unser Thema heute, aber so willkürlich könnte man sich ein Thema raussuchen.

Deshalb sollte das, was die Landespolizei macht und gut macht – das haben Sie hier ja dargestellt, wie gut sie das macht –, auch bei der Landespolizei bleiben. Das ist meine einzige Kritik, die ich habe, ansonsten haben Sie sicher alles richtig und auch chronologisch für unsere Zuhörer dargestellt. Dem ist überhaupt nichts hinzuzufügen. Nur, wir sind hier kein Einsatzzentrum des Polizeipräsidiums und Sie sind nicht der Polizeipräsident, obwohl Sie mit klarer Stimme, gutem Verstand und klarer Haltung einen Polizeipräsidenten abgegeben hätten,

(Beifall Bernhard Wildt, BMV)

aber das sind wir nicht. Und weil wir das hier nicht sind, werden wir dem auch nicht zustimmen können. So einfach ist die Sachlage.

Zur Polizeiführung und Polizei haben wir ein großes Vertrauen. Statistiken hin, Statistiken her, was nützt es Ihnen, wenn Sie wissen, wie viele Polizeibeamte jetzt zu den Kontrollen an der Grenze eingesetzt wurden? Das bringt Ihnen gar nichts. Wie viel Erfolge wir hatten, ja, das macht die Polizei sowieso gern

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

und das ist auch in Ordnung so, für ihr eigenes Image sozusagen darzustellen, welche Erfolge sie haben.

(Zuruf von Dr. Matthias Manthei, BMV)

Diese Statistik gibt es immer.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Regierung! Die Regierung macht das auch gern.)

Die Forderung ist auch in Ordnung, aber Sie verzerren Ihr gutes Anliegen mit so einem Einzelbeispiel, der Übernahme von Polizeiführungen. Und dann sind für mich, auch wenn Sie die Grenzlage im Raum Heringsdorf beschreiben, intelligente Lösungen der Polizeiführung gefordert, und zwar nicht heute und gestern, schon viel früher. Da vermisse ich manchmal die intelligenten Lösungen von bestimmten Führern, Polizeiführern. Das hätten Sie kritisieren können. Dann hätten Sie fordern können, einen politischen Schwerpunkt zu setzen, und hätten gesagt, wir fordern als Landtag, noch stärker dieses und jenes zu tun. Das haben Sie nicht getan. Sie haben drei Kontrollstellen und drei Kontrolleinsätze gefordert. Das ist zu wenig, das ist nicht politische Aufgabe. – Vielen Dank. Wir lehnen leider ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Leider!)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorgestern vor 29 Jahren durchtrennten der damalige österreichische Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Kollege Gyula Horn den Grenzzaun zwischen Ungarn und Österreich.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Der Weg für ein vereintes Europa wurde geöffnet.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich gebe zu, dass ich das vor 29 Jahren etwas anders gesehen und eingeschätzt habe, aber heute sage ich, es darf keinen Weg zurück geben. Ich bin froh, dass ich mich da in Übereinstimmung mit dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble befinde, der dieser Tage sagte, ich zitiere: "Offene Grenzen waren der Beginn der europäischen Integration. Wenn wir Europa erhalten wollen, dann muss es ein Kontinent offener Grenzen sein. Das ist unsere größte Errungenschaft", Zitatende.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Bernhard Wildt, BMV)

Ob die Beschlüsse des EU-Gipfels von gestern,

(Zuruf von Dr. Matthias Manthei, BMV)

also unter anderem die stärkere Abriegelung der EU-Außengrenze

(Bernhard Wildt, BMV: Das kommt ja erst noch.)

oder die Verstärkung der Grenzschutzagentur Frontex, also der Ausbau der Festung Europa, ob das in diesem Kontext steht, das darf bezweifelt werden.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Auch Ihr Antrag, lieber Kollege Manthei, ist kein Beitrag für ein offenes und solidarisches Europa.

(Zuruf von Dr. Matthias Manthei, BMV)

Lassen Sie mich drei Anmerkungen zu dem vorliegenden Antrag machen, der in seinem Beschlussteil stark an einen Einsatzbefehl eines Polizeiführers erinnert, die Vorredner haben das hier schon ähnlich dargestellt:

Erstens ist es auch nach meinem Verständnis nicht Aufgabe von Landespolitik, den Landespolizeibehörden polizeitaktische Vorgaben zu machen, wie Sie es in Ihrem Antrag versuchen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig!)

Für mich wäre es eine gewisse Anmaßung, die konkrete polizeiliche Lage vor Ort, also die von den Polizeibehörden regelmäßig und eigenverantwortlich fortzuschreibende Lagebeurteilung, durch Hinweise aus der Ferne ersetzen zu wollen. Ich kann Ihnen wirklich empfehlen, die einzelnen Polizeidienststellen zu besuchen, unter anderem auch die Dienststelle in Anklam. Ich glaube, wenn Sie sich mal mit den Beamtinnen und Beamten austauschen, werden Sie selbst erfahren, wie die Lage, wie die Situation vor Ort ist, wie die Polizei diese Lage einschätzt und reagiert, wo Erfolge erzielt werden und wo es eben auch klemmt. Das kann man in solchen Gesprächen durchaus erfahren, wenn man aufmerksam zuhört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch nicht die Verantwortung dafür tragen müssen, möglicherweise den polizeilichen Alltagsbetrieb im übrigen Land damit lahmzulegen. Eine polizeifremde Lagebeurteilung bindet nämlich rasch eine deutlich überhöhte Zahl polizeilicher Kontrolleure, die andernorts ganz einfach fehlen. Auch darauf haben die Vorredner bereits hingewiesen. Bezüglich der Landespolizei und der Sicherheit in diesem Land steht der Landtag vor anderen landespolitischen Herausforderungen. Auch das haben wir hier schon oft genug diskutiert.

Zweitens möchte ich die verdachtsunabhängigen Kontrollen nach Paragraf 27a SOG nicht ganz so euphorisch und unkritisch zum Einsatz bringen, wie der vorliegende Antrag es fordert. Begründet wurde diese polizeiliche Befugnis seinerzeit durch eine ernsthafte Gefährdung der inneren Sicherheit durch den Wegfall der Grenzkontrollen im Schengen-Raum. Belege fehlten schon damals dafür und sollen ersetzt worden sein durch die Empfehlung des damaligen Bundesinnenministers Kanther, in den Grenzregionen einen Sicherheitsschleier aufzubauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Antragsteller nun eine Intensivierung der Schleierfahndung fordern, dann muss daran erinnert werden, dass diese verdachtsunabhängige Inanspruchnahme eine hochsensible polizeiliche Eingriffsbefugnis darstellt. Das dürfte Ihnen als Bürgerrechtspartei doch nicht ganz egal sein, lieber Herr Kollege Manthei.

(Dr. Matthias Manthei, BMV: Das ist korrekt.)

Diese Befugnis berührt nämlich erheblich den rechtsstaatlichen Grundsatz, wonach gesetzestreue Menschen vom Staat prinzipiell in Ruhe zu lassen sind. Aber hierzu verliert Ihr Antrag leider keine Silbe.

Drittens schließlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der Antrag unter anderem mit anhaltender illegaler Einwanderung, Migranten oder unerlaubten Einreisen begründet. Das ist so eine Stelle, wo Sie sich inhaltlich noch nicht ganz von der AfD getrennt, aber schon deutlich an die CSU angenähert haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ein Restverstand ist noch übriggeblieben.)

Gerade weil dieses Herangehen zurzeit sehr populär zu sein scheint, sollten wir uns aber eng an den Fakten orientieren, liebe Kollegin und Kollegen von der BMV-Fraktion. Sie nehmen selbst Bezug auf die europaweit abgestimmte dreitägige Kontrolle entlang der deutschpolnischen Grenze im Oktober 2017. Als Quelle berufen Sie sich auf den "Nordkurier", das ist durchaus in Ordnung.

(Heiterkeit bei Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Ich möchte mich aber beziehen auf die entsprechenden Antworten der Landesregierung auf den Landtagsdrucksachen. In Zusammenarbeit mit der Landespolizei des Landes Brandenburg und der Landespolizei des Freistaates Sachsen erstreckte sich der Einsatzzeitraum dieser dreitägigen Kontrolle erstmalig entlang der gesamten deutsch-polnischen Staatsgrenze. Im Rahmen des Einsatzes sind vier Kraftfahrzeuge, ein Motorrad, diverse Baumaschinen und Werkzeuge, Bühnentechnik und Fahrräder sichergestellt worden. Von Migranten und illegaler Einreise wird hier nichts berichtet.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Es wurden insgesamt, Herr Professor Weber, fünf polnische Staatsangehörige aufgrund des Verdachts begangener Diebstahlsdelikte vorläufig festgenommen. In einem meiner früheren Besuche bei Institutionen, auch der Polizei, wurde uns damals mit auf den Weg gegeben ich glaube, es war in Brüssel, ich weiß gar nicht, wo wir uns da aufgehalten haben -, dass es Zeiten gab, wo in Polen mehr Deutsche mit europäischem Haftbefehl gesucht worden sind als Polen in Deutschland. Auch das sind Fakten, die kann man nicht einfach ignorieren. Also von Migranten und illegaler Einreise wurde nichts berichtet. Es wurden insgesamt fünf polnische Staatsangehörige aufgrund des Verdachts begangener Diebstahlsdelikte vorläufig festgenommen. Unter den 57 festgestellten Straftaten findet sich ein Verstoß gegen das Ausländergesetz und Sie reden hier von massenhaften illegalen Einwanderern.

(Dr. Matthias Manthei, BMV: Hab ich nicht gesagt.)

Natürlich, das ist doch Grundlage Ihres Antrages, Herr Kollege Manthei.

(Dr. Matthias Manthei, BMV: Das hab ich nicht gesagt.)

Also selbstverständlich erhöht mehr Polizeipräsenz im Grenzraum die Sicherheit. Das ist so wie mit dem Marienplatz in Schwerin. Das kann man auch alles nachlesen in dem Konzept meiner Fraktion zur Stärkung der persönlichen öffentlichen Sicherheit.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Gutes Konzept!)

Nur sollten wir aber diese Diskussionen um polizeiliche Maßnahmen nicht auf dem Rücken der Schwächsten austragen, gerade wenn die Fakten eine andere Sprache sprechen. Die Fakten sollten wir genauestens aufnehmen. Dazu gehört auch, dass zum Beispiel bis Ende Mai dieses Jahres 78.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben. Rechnet man das hoch auf das Jahr, sind wir weit entfernt von der von der CSU geforderten Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Es geht nicht um Asylanträge. Es geht um Leute, die hier reingekommen sind.)

ja, es geht um die Leute, die hier reingekommen sind. Ich sage Ihnen noch mal, bei der Kontrolle, auf die sich auch der Antrag bezieht, im Oktober 2017 ist ein Verstoß gegen das Ausländergesetz festgestellt worden. Sie werden

natürlich ganz andere Zahlen kennen, weil Sie jede Nacht auf der Lauer liegen an der grünen Grenze, Herr Professor Weber.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

aber ich beziehe mich lieber auf Fakten anstatt auf Stimmungsmache. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Martina Tegtmeier, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Worum geht es der BMV bei ihrem Antrag? Geht es hier tatsächlich um mehr verdachtsunabhängige Kontrollen, um mehr Sicherheit für die Bürger? Würde eine Umsetzung des Antrages genau dieses mit sich bringen? Gut gedacht ist manchmal nicht gut gemacht. So lässt sich der Antrag in einem Satz zusammenfassen, denn die Antwort auf meine Frage ist eindeutig Nein. Die Umsetzung des Antrages bringt zunächst einmal nur eines ganz sicher: mehr Papierkram für die Polizisten und weniger Präsenz auf der Straße.

Wir haben gerade den Minister gehört, dass die verdachtsunabhängigen Kontrollen gesetzlich geregelt sind, das ist dem Landtag bekannt. Als Polizistin weiß ich auch, in M-V finden verdachtsunabhängige Kontrollen statt, und zwar schon seit dem Jahr 2001, denn da wurde der Paragraf 27a in das Gesetz aufgenommen. Das weiß auch die BMV, denn sie stützt sich in ihrem Antrag auf die bisher durchgeführten Kontrollen. Um die Kontrollen an sich geht es hier also nicht, das ist unbestritten. Meine Fraktion hat sich auch immer ganz deutlich für die Notwendigkeit solcher Kontrollen ausgesprochen.

Um das Ob der Kontrollen geht es in dem Antrag also nicht, es geht um das Wie, um die Umsetzung des Gesetzes. Da ist die BMV aber nicht mutig genug, einfach ihre Meinung zu vertreten, sondern sie will sich hinter Zahlen verstecken und eine Stichprobenstatistik bis zum 30. September 2018 erheben. Das ist auch genau der Grund, warum meine Fraktion Ihren Antrag ablehnen wird. Meine Fraktion braucht keine statistische Erhebung, um die Notwendigkeit solcher Kontrollen zu bestärken. Meine Fraktion ist überzeugt davon, dass solche Kontrollen notwendig und wichtig sind. Ich werde bestimmt nicht hier im Landtag meine Zustimmung dazu geben, dass die Polizisten, die weitaus Besseres vor Ort zu tun haben, dass genau diese Polizisten ihre Zeit mit noch mehr Papierkram vertrödeln.

Verdachtsunabhängige Kontrollen sind kein Allheilmittel, um gegen jegliche Art von Grenzkriminalität vorzugehen. Verdachtsunabhängige Kontrollen sind aber auch kein Teufelswerk, die zu massenhaften Kontrollen und Bespitzelungen führen. Verdachtsunabhängige Kontrollen sind einfach ein Instrument von vielen, die es unserer Polizei erlauben, ihre Arbeit zugunsten unserer Sicherheit durchzuführen. Deshalb ist die Art und Weise, wie wir derzeit diese Kontrollen handhaben, aus Sicht meiner Fraktion ausreichend. Es gibt Gerichtsentscheidungen, die ganz klar aussagen, dass diese Kontrollen nicht in systemati-

sche Grenzkontrollen ausarten dürfen. Ich halte deshalb das bisherige Vorgehen der Polizei, diese Kontrollen an die bestehende Lage anzuknüpfen, für genau richtig.

Was wäre, wenn Ihre Untersuchung, Ihre Momentaufnahme nicht die von Ihnen erhofften Zahlen bringen würde? Ab welcher Zahl wäre dann Ihrer Meinung nach die Kontrolle ein Erfolg? Meine Fraktion benötigt eine solche Statistik definitiv nicht. Ich vertraue den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die ihr Revier am besten kennen, dass sie die Lage vor Ort auch richtig einschätzen. Ich habe nicht nur Vertrauen in die Polizeiführung, sondern ich habe insgesamt Vertrauen in das Organ Polizei und in die Polizisten, die direkt vor Ort eingesetzt sind.

Der Innenminister hat es dargestellt, es finden täglich Kontrollen statt, regelmäßig auch im größeren Verbund. Grundlage dafür – ich sagte es eben schon deutlich, aber ich sage es noch mal – ist die Einschätzung der Lage vor Ort. Da können wir hier am Schreibtisch überhaupt nicht entscheiden, welche Maßnahmen zu treffen sind. Lassen Sie doch bitte die Beamten vor Ort ihren Job machen!

Die verdachtsunabhängigen Kontrollen haben sich bewährt, nicht nur in unserem Bundesland, sondern in allen anderen zwölf Bundesländern, die dies auch in ihren Gesetzen verankert haben. Darüber diskutieren wir auch nicht. Weil das so ist, werden wir auch keinen Statistikeinsätzen zustimmen. Meine Fraktion wird Ihren Antrag deshalb ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der BMV hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Dr. Manthei.

**Dr. Matthias Manthei**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz nur noch auf den einen oder anderen Vorredner eingehen.

Die Frage stellt sich natürlich: Wenn hier praktisch alle Vorredner gesagt haben, wir brauchen keine Zahlen, dann frage ich mich, warum man ohne Weiteres problemlos Mitteilungen aus allen anderen Grenzländern, gerade zu Polen und zu Österreich, aus Brandenburg, aus Sachsen und aus Bayern findet. Da finden Sie, im Jahr soundso haben wir soundso viele Fahndungserfolge.

Wenn jetzt hier gesagt wurde von den Praktikern – Frau von Allwörden, muss ich zugeben, kennt das natürlich noch aus ihrer früheren beruflichen Praxis –, das passiert alles schon, und vor allen Dingen, wenn Sie sagen, es hat sich bewährt, dann frage ich mich natürlich, aufgrund welcher Faktengrundlage.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Auf welcher Faktengrundlage werden hier Behauptungen aufgestellt? Wir haben auch nicht die Intention, bestimmte Ergebnisse zu erzielen, sondern es ist im Gegenteil immer wichtig bei der Zahlenanalyse. Wie Sie wissen, habe ich das auch schon bei anderer Thematik angesprochen. Herr Innenminister mag das immer nicht so, aber wenn wir keine Fakten haben, können wir auch eine Sache nicht beurteilen.

(Bernhard Wildt, BMV: Ganz genau.)

Das ist doch die einfache Lösung. Eigentlich wundere ich mich, wenigstens bei diesem Punkt, ich rede nicht von komplizierten Statistiken, sondern es wäre doch einfach mal sinnvoll, es zu machen wie die anderen Bundesländer. Ich habe es ausführlich vorgetragen. Herr Dachner war dankenswerterweise einer der wenigen, die dann auch genau zugehört haben. Ich habe ganz gründlich recherchiert und die Ergebnisse vorgetragen. Ich habe auch die Landesregierung gefragt. Man kann mir nicht vorwerfen, Herr Ritter, ich hätte da keine Kleine Anfrage gestellt. Ich habe die Kleine Anfrage gestellt. Die Antwort war, wir führen darüber keine Statistik, es gibt keine Zahlen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da kann man sich weder auf der einen Seite hinstellen und sagen, die illegale Einreise ist völlig belanglos, man kann sich aber auch nicht auf der anderen Seite hinstellen und sagen, es gibt eine massenhafte Einreise. Herr Ritter, das weise ich auf das Schärfste zurück. Wenn Sie mich schon zitieren, dann bitte richtig. Ich habe definitiv nicht das Wort "massenhaft" heute hier benutzt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Heute! Heute hier nicht.)

Da bitte ich schon mal einfach um Fairness! Hier geht es um die grenzüberschreitende Kriminalität. Am Anfang Ihrer Rede dachte ich auch schon, Sie sind im falschen Tagesordnungspunkt, als Sie mit den Grenzkontrollen anfingen. Darauf kommen wir dann später noch mal zurück, wenn es denn um die Zurückweisungen geht.

Noch eine letzte kurze Anmerkung, jedenfalls soweit es hier einlassungsfähige Angaben bei den Vorrednern gab zu dem Vertrauen zur Polizeiführung. Selbstverständlich haben wir bei unserem Antrag bedacht, dass wir nicht in die Befugnisse der Polizeiführung hineinreden wollen. Es geht hier um eine politische Vorgabe. Selbstverständlich ist die Landesregierung, ist der Innenminister der oberste Dienstherr der Polizei und selbstverständlich kann er hier Vorgaben machen, die dann die Beamten umzusetzen haben. Das hat überhaupt nichts mit fehlendem Vertrauen zu tun.

Oder diese albernen Ausführungen von Herrn Kramer bezüglich der Landesregierung, die das hier machen sollte, die ...

(Nikolaus Kramer, AfD: Ihr Antrag ist albern, Herr Dr. Manthei. Ihr Antrag ist albern.)

Sie können ja noch mal reden, Sie haben gleich noch Zeit.

Aber Ihre Ausführungen, dass – ich weiß nicht, was Sie sagten – Frau Schwesig sich hier auf die Straße stellen sollte, tut mir leid, darauf muss ich eigentlich gar nicht weiter eingehen.

Also zusammengefasst ist zu sagen, dass selbstverständlich nicht in die konkrete Art und Weise, in die Ausgestaltung der Einsätze hineingeredet werden soll. Hier sollte es nur um eine politische Vorgabe gehen, weil wir eben festgestellt haben, dass hier ein Mangel in Mecklenburg-Vorpommern besteht, dass die Bevölkerung – auch wir als Abgeordnete – schlichtweg nicht erfährt aufgrund der fehlenden Statistik, welche Ergebnisse tatsächlich bei den offensichtlich regelmäßig, offenbar

auch häufig durchgeführten Einsätzen erzielt werden. Allein dahin gehend war unser Antrag ausgerichtet. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat noch mal um das Wort gebeten der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer**, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Dr. Manthei, im Grunde ist es überflüssig, über diesen Antrag hier noch länger zu diskutieren, zu debattieren. Das würde Ihrem Antrag nur noch mehr Aufmerksamkeit zusprechen, als er es verdient hätte. Dennoch muss ich das noch mal hier richtigstellen, weil Sie sagten, es sei eine alberne Einwendung. Also entweder haben Sie nicht gelesen, was Sie beantragt haben als Fraktion, oder Sie verstehen es einfach nicht. Hier steht doch ganz klar, und ich zitiere aus Ihrem Antrag: "Die Landesregierung wird aufgefordert, ... verstärkt" und so weiter "Kontrollen ... durchzuführen."

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Also entweder brauchen Sie eine Nachhilfe in Sachen Gewaltenteilung oder aber Sie fordern, wie es hier steht, dass die Landesregierung Kontrollen durchführt. Wir haben es jetzt mehrfach erläutert, das ist Aufgabe der Polizei und nicht Aufgabe der Landesregierung. Deswegen ist nicht nur Ihr Antrag albern, sondern auch Ihre Einlassung eben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion DIE LINKE hat noch mal um das Wort gebeten der Abgeordnete Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Herr Kollege Manthei, Sie haben natürlich recht, dass man richtig wiedergeben oder zitieren soll. Deswegen habe ich noch mal einen Blick in Ihren Antrag, speziell in die Begründung geworfen und möchte daraus zitieren: "Im Oktober 2017 fand erstmals entlang der deutschpolnischen Grenze eine europaweit abgestimmte ... Kontrolle statt". Dann wird auf die Fahndungserfolge verwiesen. Und dann heißt es wörtlich in Ihrer Begründung: "Sie stellten ebenfalls zahlreiche Diebstahls- und Betrugsdelikte und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und Waffengesetz fest", Zitatende. Und weil von der illegalen Einwanderung an der Stelle nichts zu finden war, weder in der Antwort der Landesregierung noch in der Berichterstattung im "Nordkurier", fügen Sie dann selbst in Ihrer Begründung an, ich zitiere weiter: "In Anbetracht der anhaltenden illegalen Einwanderung ... bestehen sachgerechte Anlässe für ... verdachtsunabhängige Kontrollen." Zitatende.

Also Sie konstruieren Zusammenhänge zwischen den Ergebnissen des Einsatzes im Oktober 2017 mit den bekannten Zahlen, die hier zitiert worden sind, merken, dass eine Stelle fehlt, dass es also nur einen Verstoß gegen das Ausländergesetz gegeben hat, und reden dann in Ihrem Antrag von anhaltender illegaler Einwanderung. Und insofern ist, glaube ich, mein Verweis nach wie vor berechtigt, dass Sie hier sozusagen einen Hintergrund aufbauschen, der mit der aktuellen Situation herzlich wenig zu tun hat. Deswegen sind auch die Schlussfolgerungen, die Sie aus diesen Aufbauschungen gezogen haben, ziemlich weit an der Realität vorbei. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

**Dr. Matthias Manthei**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte das nur richtigstellen, weil das natürlich nicht so im Raum stehen bleiben kann.

Wenn Sie, Herr Ritter, aus unserem Antrag den Absatz mit "Oktober 2017" hier zutreffend zitieren und dankenswerterweise auch Ihre Angabe von vorhin korrigiert haben, was ich gesagt haben soll, dann ist es natürlich unseriös, weil Sie die Sätze und Absätze davor einfach nicht berücksichtigt haben. Die Zusammenfassung am Ende bezieht sich ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, da steht auch noch was von illegaler Einreise, natürlich.)

Ja, natürlich.

... natürlich auf den gesamten Antrag. Und wir haben oben im Antrag ausführlich stehen zum Beispiel, ich zitiere: "Im Jahr 2017 hat die Bundespolizei 134 illegale Einreiseversuche an der Grenze Mecklenburg-Vorpommerns zu Polen registriert", Zitatende. Also das Ende des Antrages bezieht sich natürlich auf den gesamten Text vorher. Wir haben sehr wohl im gesamten Antrag – und ich glaube, ich habe es auch sehr gründlich in meiner Rede getan – ausführlich zahlreiche Daten und Fakten gebracht zu dem Punkt. Ich wollte das nur noch mal erläutern. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2244. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2244 bei Zustimmung der Fraktion der BMV, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36**: Aussprache gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema "Zukunft der Theater- und Orchesterstrukturen".

Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema Zukunft der Theater- und Orchesterstrukturen

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Und das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

**Eva-Maria Kröger**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Emotional war es, nahezu euphorisch eigentlich, der Moment in der Staatskanzlei, als der neue Theaterpakt verkündet wurde. Frau Ministerpräsidentin, flankiert von den stolzen Bürgermeistern, präsentiert freudestrahlend das Verhandlungsergebnis.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Es entsteht der Eindruck, alle seien vereint und erleichtert. Im Hintergrund lächelt Frau Ministerin Hesse als Zuständige und ist sichtlich glücklich und befreit. Ein schönes Bild. Das sollte es auch sein. Ich sehe Frau Hesse ins Gesicht und irgendwie freue ich mich für sie.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Ich sehe Herrn Minister Brodkorb am Rande stehen und denke, Mensch,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war wohl nix!)

was für einen krassen Ärger haben wir uns in den letzten Jahren da angetan?! Ich erlebe die Inszenierung und merke, wie intensiv dieser Moment auch für mich ist. Dass ich das noch erleben darf! Tatsächlich? Ein neuer Kurs bei den Theatern? Die letzten Jahre haben etwas misstrauisch gemacht. Ich bin Kommunalpolitikerin, ich sitze seit vielen Jahren im Aufsichtsrat des Rostocker Volkstheaters und habe ihn auch lange geleitet, vor allem während der schweren Phase der sogenannten Theaterreform. Das war keine gute Zeit.

(Jochen Schulte, SPD: Für den Aufsichtsrat.)

Ich frage mich, warum wir uns so lange gequält haben. Ich frage mich, warum so vieles kaputtgehen musste, all die aufgewühlten Menschen, all der Kummer, all die wertvolle Lebenszeit, die dabei draufgegangen ist. Ich zweifle, ob der neue Pakt wirklich ein Heilsbringer ist, viele Fragen bleiben noch unbeantwortet. Aber das Spektakel macht erst mal Eindruck. So ist Politik, Eva, so ist sie.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Mitglieder des Landtages, 2014 schrieb mein Fraktionskollege Torsten Koplin, ich zitiere: "Der skandalöse Kulturabbau im Bereich der Theater und Orchester hält unvermindert an, eine unzureichende Förderung seit nunmehr zwei Jahrzehnten zwang und zwingt die Häuser, viele Stellen abzubauen und ihr künstlerisches Angebot nicht ausschließlich nach Qualität und Bildungsauftrag auszurichten. Stattdessen herrschen Selbstausbeutung und Spardiktat." Zitatende.

Bereits zwei Jahre zuvor, im April 2012, legte meine Fraktion ein Konzept vor, das die Zukunft der Theater und Orchester hätte absichern können. Hätte können! Doch SPD und CDU ignorierten jahrelang unsere Vor-

schläge, sie überhörten unsere Warnungen in Bezug auf die von der Landesregierung angestoßene Reform. Getreu dem Motto "Ich habe es dir ja gesagt!" möchte ich Sie kurz daran erinnern, welche Vorschläge meine Fraktion bereits vor sechs Jahren vorgelegt hatte:

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

- Erhalt der Mehrspartenhäuser,
- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen,
- die F\u00f6rderung von Kooperationen,
- ein Theatervertrag mit den Kommunen, der die bestehenden finanziellen Regelungen ergänzt,
- das Mecklenburgische Staatstheater wird in die Trägerschaft des Landes übernommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hört, hört!)

- die Theaterförderung wird dynamisiert,
- schrittweise Annäherung an tarifgerechte Löhne.

Liest sich wie der Theaterpakt.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie erkennen, das sind also keine oppositionellen Klagelieder, die Ihren mit großem Tamtam präsentierten Pakt begleiten. Nein, es sind eher mahnende Worte der Erinnerung, da Sie bereits vor vielen Jahren einen wesentlichen Schritt hätten zugunsten der Theater und Orchester gehen können, wenn Sie unsere Ideen ernst genommen hätten. Hätten!

Stattdessen kam Metrum. Metrum – da gruselt es noch viele Theateraktive im Land, mich auch. Mit dem Metrum-Gutachten 2012 wurde eine Zeit eingeläutet, auf die viele betroffene Kulturschaffende an den Theatern sowie unzählige ehrenamtliche Kommunalpolitiker/-innen und Einwohner/-innen Mecklenburg-Vorpommerns gerne verzichtet hätten. Ich möchte Ihnen ins Gedächtnis rufen, was in den letzten Jahren in diesem Land passiert ist, und ich möchte Sie bitten, diese Ereignisse nicht zu verdrängen, sondern als Mahnung mitzunehmen für alle noch folgenden Reformprozesse, die Sie im Land anstoßen möchten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, etliche von Ihnen waren und sind kommunalpolitisch aktiv. Sie erinnern sich hoffentlich, dass sehr viele Kommunalpolitiker/-innen sich in unzähligen Gremiensitzungen mit der Theaterreform gequält haben, viele Jahre lang immer und immer wieder. Es ist teilweise auch zu schwerwiegenden Konflikten gekommen, manchmal mündeten sie in langlebigen Verwerfungen, nicht nur zwischen, sondern eben auch innerhalb von Fraktionen und Parteien. Diese Debatte hat etwas mit uns gemacht und sie hat keine guten Spuren hinterlassen, ganz zu schweigen von den Brüchen, die es vielerorts zwischen Kommunalpolitiker/-innen und ihren Verwaltungsvertreterinnen und -vertretern, Bürgermeistern und Landräten gegeben hat.

Der immense Druck aus Schwerin auf das Ehrenamt, das Androhen gekürzter Zuschüsse, das mitunter erpresserische Zustandekommen der Zielvereinbarungen, Fusionen und GmbH-Gründungen, die Schlacht über die Medien, ganz wichtig: die besorgten bis verängstigten Theatermitarbeiter/-innen, verärgerte Betriebsräte, kopfschüttelnde Gewerkschaften, Theatergipfel hier, Krisensitzungen dort, geheime Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, Aufsichtsratsvorsitzende, die aus Pressekonferenzen geworfen werden, die aufgebrachte Zivilgesellschaft, das verlorene Vertrauen in die Landesregierung und das für die Demokratie so gefährliche Gefühl, die da oben machen ja sowieso, was sie wollen. Wann entschuldigt sich jemand dafür? Die Folge: Proteste auf der Straße und vor der Staatskanzlei, angestoßen durch engagierte Fördervereine, leidenschaftliche Freundeskreise, mehrere Bürgerinitiativen, das TheaterNetzwerk, Aktionsgruppen vor Ort, Bürgerbegehren, Petitionen und, und, und.

Ich finde, an dieser Stelle sollten wir alle zusammen das unermüdliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger würdigen und uns bedanken für ihren jahrelangen Einsatz zugunsten der Theater und Orchester. Hut ab, liebe Einwohnerinnen und Einwohner!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Sie sagten, mit Abschluss des Theaterpaktes nehmen Sie die Menschen ernst, Sie berücksichtigen den Willen der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunalpolitiker/-innen. Mal abgesehen davon, dass Ihre Regierung jahrelang eben diese Menschen und Akteure überwiegend ignoriert oder übergangen hat, ist auch jetzt die Beteiligung der Aktiven mehr Schein als Sein. Bürgerbeteiligung war bei Metrum nicht vorgesehen, jetzt leider auch nicht. Ich weiß, eine Pressekonferenz, die stolz einen neuen Pakt verkündet, wäre natürlich deutlich weniger dramatisch und öffentlichkeitswirksam, wenn ein gewisser Überraschungseffekt gefehlt hätte.

Aber das ist eben die Krux an Beteiligung: Man kann wesentliche Entscheidungen nicht mehr nur für sich allein verbuchen, man muss Erfolge dann auch teilen. All die Theateraktiven, all die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen, die sich so viele Jahre diese Reform um die Ohren geschlagen haben, mit Metrum und Zielvereinbarungen, mit Modellen und Fusionsdebatten, hätten sich sicher wertgeschätzt und beteiligt gefühlt, wenn sie einbezogen worden wären. Ein Papier als Entwurf beispielsweise, das in die Kommunen und Gremien gegeben wird zur Bearbeitung und Kommentierung - bestimmt hätten Sie gute Hinweise erhalten und vor allem hätte es weniger offene Fragen gegeben und ein hohes Maß an Identifikation mit dem neuen Pakt. Hätte! Stattdessen haben Sie die Aktiven ausgeschlossen, von oben herab gehandelt und folgende Botschaft ausgestrahlt: Danke für eure harte Arbeit in den letzten Jahren, aber jetzt entscheiden wir ohne euch!

Und dabei hätten wir uns vor Ort in den Kommunen über einige Aspekte auch gefreut:

(Manfred Dachner, SPD: Ui!)

Es gibt mehr Geld. Endlich! Es wird dynamisiert. Endlich!

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

In Rostock, ...

So hört sich Jubel an.

... und in Rostock hören wir gerne, dass es auch mehr Zuschüsse für den dringend notwendigen Neubau geben soll.

(Manfred Dachner, SPD: Na, dann freuen Sie sich doch mal! – Heiterkeit und Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ein neues Grundverständnis für die Bedeutung der Theater in Mecklenburg-Vorpommern, wie der Neustrelitzer Bürgermeister es sogar zu erkennen glaubt, kann ich jedoch nicht sehen.

(Andreas Butzki, SPD: Na, na!)

Nach wie vor ist es eben nicht die Qualität, sind es eben nicht die tatsächlichen Bedarfe heutiger Stadttheater, sind es keine längst notwendigen Aufwüchse im künstlerischen Bereich oder die Hausaufgaben bei den Investitionen, die Grundlage Ihres Theaterpaktes sind. Er beruhigt etwas und lindert, heilen tut er nicht.

Dies hat auch der Besuch des Mecklenburgischen Staatstheaters bewiesen, den einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag in diesem Monat erlebt haben. Die Botschaft während des Rundgangs durch das Haus und die Abteilungen war folgende: Ja, der Theaterpakt ist ein Schritt in die richtige Richtung, längst überfällig. Aber: Beachten Sie den Abbau am Haus in den letzten Jahrzehnten! Beachten Sie den Investitionsstau! Beachten Sie, dass es an vielen Stellen zwickt und kneift, dass wir eigentlich nicht nur Geld bräuchten, um den Status quo zu erhalten und nicht weiter abbauen zu müssen! Nein, wir müssten eigentlich wegrationalisierte Stellen wiedereinrichten! Wir müssten Arbeitsbedingungen schaffen, beispielsweise in der Schlosserei, die nicht zulasten der Gesundheit der Mitarbeiter gehen! Müssten!

Aber eine Stärkung des Theaters durch den Aufbau von Strukturen, die eingespart wurden und fehlen, ist trotz Theaterpakt mehr als fraglich. Abzuwarten bleibt auch, wie die Kofinanzierung in Vorpommern klappen wird, offen sind noch Fragen in Bezug auf die Einstufung der Orchester und Chöre. Letztlich sendet der Pakt einfach nur die Botschaft: Wir hören jetzt auf, euch weiter weh zu tun, aber mehr eben auch nicht.

Am Ende möchte ich noch mal betonen, dass wir nicht bei null starten, nur, weil es den Theaterpakt gibt. Die Häuser im Land haben einen zwei Jahrzehnte andauernden Sparkurs in den Knochen. Einsparungen bei Personal und Ausstattung beschränken die künstlerische Freiheit, Haustarifverträge wurden durchgeboxt, Mitarbeiter/-innen verzichteten auf Gehalt. Die Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern haben einen Aderlass erlebt, denn viele Stellen wurden abgebaut, Verträge nicht verlängert. Und diese Künstler/-innen hat das Land verloren. Diese Künstler/-innen haben Sie verloren.

Wir finden, wir sollten es in Zukunft besser machen und auf die Theaterexpertinnen vor Ort hören, auch in Bezug auf den neuen Pakt. Beteiligen Sie die Ehrenamtler/-innen in den Kommunen und beweisen Sie, dass Sie aus Fehlern lernen können! Ich finde nicht, dass man die Fehlpolitik der letzten Jahre einfach mit einer Pressekonferenz und einem neuen Papier übertünchen kann. Ich finde, es sollte eine Entschuldigung für diese Politik der letzten Jahre geben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Hesse.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Bevor ich zu meinem eigentlichen Inhalt dieser Aussprache komme, gestatten Sie mir, einmal kurz Bezug zu nehmen auf meine Vorrednerin.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das wollten Sie die ganze Zeit machen!)

Erstens. Ein Blick nach hinten ist, finde ich, absolut unnötig, weil es geht klar nach vorne,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja, weil da nur Fehler passiert sind.)

es geht klar nach vorne und das muss auch unser Ziel sein. Das ist der erste Punkt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU – Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Und der für mich

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

auch wirklich wichtige zweite Punkt ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment, Frau Ministerin.

Also jetzt möchte ich mich doch mal an die Fraktion DIE LINKE wenden,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Bitte.)

die diese Aussprache beantragt hat.

(Manfred Dachner, SPD: Genau.)

Wenn sie denn eine Aussprache führen will, muss sie natürlich auch die Argumente aller anderen anhören.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das sind keine Argumente.)

Ich bitte das entsprechend zu berücksichtigen.

(Vincent Kokert, CDU: Wir haben auch zugehört, ich jedenfalls.)

Vielen Dank.

**Ministerin Birgit Hesse:** Und zwei weitere wichtige Punkte neben dem, dass diese Landesregierung und diese Koalition klar nach vorne schauen, ist – das ist das Bemerkenswerte an diesem Theaterpakt

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und dazu komme ich nachher noch –, dass wir diesen Theaterpakt auf einen breiten Konsens gestellt haben. Mal ganz ehrlich, was will man dagegen sagen?

> (Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU – Christian Brade, SPD: Jawoll!)

Das ist Punkt zwei.

Und Punkt drei ist – das möchte ich einfach auch noch mal ganz, ganz deutlich sagen –, dass diejenigen, die diesen Theaterpakt mit Leben erfüllen, nämlich die Menschen an den Theatern, gesagt haben: Endlich kommt dieser Pakt

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

und es ist gut und richtig so.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Das lassen wir uns überhaupt nicht schlechtreden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU)

Denn wenn Sie einfach mal gehört hätten, was die am Theaterpakt Beteiligten gesagt haben, was sie zu dieser Vereinbarung gesagt haben, dann, finde ich, ist das absolut bemerkenswert. Der Stralsunder Oberbürgermeister Alexander Badrow hat den Pakt als, ich zitiere, "großartiges Ereignis" bezeichnet.

(Christian Brade, SPD: Großartig!)

Joachim Kümmritz, Intendant in Rostock, sprach von einer, ich zitiere, "positiven Entscheidung",

(Andreas Butzki, SPD: Habe ich gestern auch mit ihm besprochen. – Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Dirk Löschner, Intendant des Theaters Vorpommern, gar von einem "Meilenstein".

(Christian Brade, SPD: Meilenstein!)

Ich kann den Herren da nur beipflichten, denn mit diesem Theaterpakt schaffen wir Sicherheit, Gemeinsamkeit, Planbarkeit und nicht zuletzt das, was gerade auch wieder gefordert wurde, den Freiraum, sich auf Kunst und Können statt auf Streit und Strukturen zu konzentrieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und ja, damit ist ein langer Weg zu Ende gegangen. Wer das, was wir gerade eben gehört haben, was nun am Ende steht, bewerten will, sollte sich auch vor Augen führen, dass sich das, was zu beiden Seiten dieses Weges lag, seit 2011 auch gewandelt hat, von einer kargen Steppe hin zu einer Wiese,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wollen Sie nicht zurückschauen? Das machen Sie doch selber!)

auf der schon wieder die eine oder andere Blume blüht, sprich, die finanzielle Ausgangslage ist 2018 eine andere als zu Beginn des Reformprozesses. Das gilt für Land und Kommunen und das muss man auch berücksichtigen.

Jenseits der Bedingungen, unter denen über das Was, Wo und Wie der künftigen Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern verhandelt wurde, gab es immer eine klare Prämisse: Es geht nicht gegen die Kommunen, sondern nur mit ihnen.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja, dann machen Sie es doch damit!)

Eine gemeinsame Lösung braucht eine gemeinsame Grundlage, und die zu finden, erfordert Gespräche auf Augenhöhe.

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

Für die Runden, in denen ich dabei war,

(Glocke der Vizepräsidentin)

kann ich sagen, das hat gut funktioniert. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten, insbesondere bei unseren kommunalen Partnern, ausdrücklich bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU – Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Denn der vertrauensvolle Austausch, über dessen Inhalte erstaunlich wenig nach außen gedrungen ist, hat den Grundstein gelegt für das, wo wir uns jetzt alle freuen können und auch sollten. Die Inhalte des Theaterpaktes sind inzwischen allen bekannt und deshalb nenne ich an dieser Stelle nur noch mal drei zentrale Punkte. Ich kann nicht verstehen, dass Frau Kröger sich hinstellt und sagt, das wäre nicht bekannt.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt.)

Wir haben verhandelt mit den kommunalen Spitzen, mit Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten

> (Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ich habe über die Ehrenamtler gesprochen.)

und auch den Intendanten.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ich habe über die Ehrenamtlichen gesprochen, Frau Ministerin.)

Und alle haben in ihren entsprechenden Vertretungen auch darüber informieren können.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Das ist komisch. Als es um Kürzungen ging, konnten die Ehrenamtlichen handeln. Wenn Geld verteilt wird, dann ...)

Die kommunalen ehrenamtlichen Vertreter sitzen in Kreistagen,

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

sitzen in einer Bürgerschaft, und da ist es selbstverständlich, dass entsprechend auch die kommunalen Spitzen – so hätte ich es als Landrätin gemacht

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

und ich weiß, dass es meine ehemaligen Kollegen auch gemacht haben –, dass das entsprechend dann auch kommuniziert wurde.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Jaja, ist klar.)

Ich möchte nun noch mal die zentralen Punkte nennen: Das Land erhöht ab dem kommenden Jahr seine Zuschüsse von 36 auf mindestens 40 Millionen Euro.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Lange fällig.)

Die Dynamisierung der Zuschüsse haben wir auf 2019 vorgezogen und die Gehälter der Theatermitarbeiter werden schrittweise an den Flächentarif angepasst.

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Die Mehrkosten, die durch die Dynamisierung und die steigenden Gehälter entstehen, werden sich Land und Kommunen in einem, wie ich finde, fairen Verhältnis von 55: 45 Prozent teilen.

(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist denn in den letzten Monaten passiert? Wenn ich jetzt hier und da lese, wir hätten die Reform gekippt, sie einkassiert oder beerdigt, dann klingt das nach einem "Weiter so".

(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Mit diesem Theaterpakt ist aber sehr wohl eine Neuausrichtung verbunden. Mit ihm werden wir sehr wohl Veränderungen eingehen. Und dieses Modell, das wir dafür gefunden haben, ist eben nun anders als ursprünglich erwartet.

Warum das so ist, ist aus meiner Sicht schnell erzählt. Die Theaterreform oder -fusion in den östlichen Landesteilen hätte in dieser Form nicht mehr die notwendige Akzeptanz gefunden,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

nicht bei Trägern, nicht bei den Theatern und nicht bei der Bevölkerung. Eine derartige Zäsur wäre aber nicht umsetzbar

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Späte Einsicht!)

ohne ein gewisses Maß an Goodwill aller Beteiligten. Im Zuge der Verhandlungen kristallisierte sich immer mehr heraus, dass sich bei einer Fusion nicht nur die Interessen von Land und Kommunen gegenüberstanden, sondern vor allen Dingen zwischen den Kommunen unterschiedliche Interessen herrschten. Das war alles eben nicht im Sinne des Erfinders. Stellen Sie sich eine Gesellschaft vor, in der sich die Mitgesellschafter nur belauern! Das kann nicht funktionieren. Für uns ging es deshalb darum, eine Alternative zu finden. Der Vorschlag, in

welche Richtung eine solche Alternative gehen könnte, kam von den Kommunen selber. Besser geht es doch gar nicht.

Aber auch beim Kooperationsmodell mussten und müssen sich alle bewegen, bisweilen sogar ordentlich strecken, denn ein einfaches "Weiter so" funktioniert eben nicht. Während die öffentliche Hand vor allem mehr Geld geben wird, heißt es für die Theater, dass sie künftig mit einigen Stellen weniger auskommen müssen. Von den einst für die Theater im Osten angepeilten 60 Stellen werden nun 30 abgebaut. Und die GSA, unsere Landesbeteiligungsverwaltung, erhält dauerhafte Einblicke in die Gesellschaften. Die Theater, die nun alle als eigenständige Häuser erhalten bleiben, haben sich verpflichtet, zukünftig enger zusammenzuarbeiten, also künstlerische Schnittmengen zu schaffen und zu nutzen, die sich dann auch in den Spielplänen niederschlagen. Die Verhandlungen rund um eine Theaterfusion waren Grundlage für die nun gefundenen Lösungen, und das möchte ich ausdrücklich betonen, denn im Zuge all dieser Gespräche wurde detailliert geklärt, was gemeinsam geht, an welchen Stellen die Häuser voneinander profitieren können, woraus Neues entstehen könnte und wo es eben nicht passt. Auf all diesen Erkenntnissen können die Verantwortlichen nun aufbauen. Die angestrebten Kooperationen fangen also nicht bei null an.

Und dass die Bemühungen der vergangenen Jahre keineswegs ins Leere gelaufen sind, zeigt das Mecklenburgische Staatstheater, unter dessen Dach Schwerin und Parchim gemeinsam die regionale Theaterlandschaft prägen und für das nun im Zuge des Theaterpaktes das Land die alleinige Gesellschafterschaft angeboten hat.

All diese vergangenen Verhandlungsrunden, ich sage das hier ausdrücklich, hat mein Kollege Mathias Brodkorb bestritten und auch in seiner jetzigen Position hat er einen ganz wichtigen Beitrag zu diesem Theaterpakt geleistet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Torsten Renz, CDU: Siehste!)

Die Angleichung der Theatergehälter an den Flächentarif wäre ohne sein Zutun nicht möglich gewesen. Dafür möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich Danke sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Um diesen Schritt Richtung Tarif dann auch wirklich zu gehen, ist es nun an den Theatern, ihre Stellen- und Finanzpläne vorzulegen. Erste Gespräche dazu sind bereits terminiert. Schließlich sind sich alle der großen Chance bewusst, die sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da auftut.

Meine Damen und Herren, für mich ist dieser Theaterpakt vor allem eine Attraktivitätsgarantie, und das für eine ganze Dekade. Mit dem Fortbestand der einzelnen Häuser besteht auch das vielfältige Kulturangebot der verschiedenen Sparten weiter. Der Pakt sichert aber nicht nur ab, sondern er schafft Anreize für künstlerische Innovation und eine Qualitätssteigerung. Bessere Gehälter machen die Arbeit an unseren Theatern wieder interessanter für neue Künstler. Die zugesagten Investitionen für die Standorte Rostock und Greifswald werden dazu beitragen, dass neben dem Programm auch die Spielstätten selber neue Strahlkraft entfalten.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Denkt man an den Theaterpakt vom NDR, ist er eine Art Entwicklungshilfe im besten Sinne, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe. Schließlich geht es darum, die Theater zukunftsfest zu machen, und das nicht nur in Bezug auf die hohe Kunst an sich, sondern auch auf die hohe Kunst der Wirtschaftlichkeit. Das eine hängt am anderen und deshalb passte es sehr schön, dass unsere Ministerpräsidentin, der ich an dieser Stelle für ihr großes Engagement

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Auch danken möchte. – Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

bei den Verhandlungen danken möchte ...

(Zurufe vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Ooh!)

Ich finde das Gemurmel absolut deplatziert, weil ohne unsere Ministerpräsidentin dieser Pakt nicht zustande gekommen wäre.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Steht das da auch?)

und das muss man auch mal deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie war es gemeinsam mit den beiden Fraktionsvorsitzenden

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kein Beifall aus der CDU-Fraktion.)

die gesagt hat, das Theater um das Theater muss beendet werden. Und ich finde es nach wie vor deplatziert, ein gutes Engagement der Landesregierung mit der Koalition hier zu belächeln.

Dass andere das, was wir hier gemacht haben, gut finden, beweisen Schreiben, die ich bekommen habe. Und das sind Institutionen, die uns hier geschrieben haben, wo wir sonst selten Lob bekommen. Ich möchte mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren aus einem Schreiben des Deutschen Bühnenvereins, dem Bundesverband der Theater und Orchester. "Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Frau Hesse!"

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Das habe ich auch nicht in Abrede gestellt.)

"Wir möchten heute einfach die Gelegenheit nutzen, um uns bei Ihnen im Namen des Deutschen Bühnenvereins sehr herzlich für Ihr Engagement für den Theaterpakt in Mecklenburg-Vorpommern zu bedanken."

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Es geht weiter: "In der positiven Erwartung, dass auch die Kommunen dem Pakt zustimmen, hat durch Ihre Initiative nicht nur eine schwierige und lange Debatte zu einem guten Ende gefunden, Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich damit auch zu seinen Mehrspartenhäusern, was nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Häusern, sondern auch der gesamten Gesellschaft

im Land zugutekommt." So weit der Deutsche Bühnenverein.

Ver.di schreibt heute in seiner Pressemitteilung: "Besonders hervorgehoben und begrüßt wurde der jüngste Theater-Gipfel mit Ministerpräsidentin Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung hat nach vielen Jahren untertariflicher Bezahlungen in den meisten Theatern den kommunalen Trägern landesweit ein neues Angebot unterbreitet. Die Theatergesellschaften bleiben eigenständig und das Land bietet an",

(Torsten Renz, CDU: Ver.di, da seid Ihr doch dafür, oder?)

"die Anhebung auf volle Tarifrechte mit erheblichen Landesmitteln ab sofort"

(Torsten Renz, CDU: Ver.di, seid Ihr doch dafür.)

"zu einem größerem Teil mitzufinanzieren und künftig zu dynamisieren."

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie hören, dieser Theaterpakt ist auf einer breiten Zustimmung, in einem großen Konsens beschlossen worden. Insofern möchte ich mich noch mal bei allen Beteiligten bedanken. Wir haben hier etwas Gutes erreicht und dieses Gute lassen wir uns auch nicht schlechtreden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Die Ministerin hat die angemeldete Redezeit um zweieinhalb Minuten überschritten. Diese steht nach Paragraf 85 unserer Geschäftsordnung den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Kröger.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Oh, dann mache ich mir mal langsam einen Stichwortzettel.)

Jörg Kröger, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Gäste!

Besonders begrüßen möchte ich Herrn Dr. Jungrichter, den Vorsitzenden des Schweriner Theatervereins, der hier oben Platz genommen hat. Für ihn ist dieses Thema eine Herzensangelegenheit.

Ja, ein bemerkenswertes Thema, nach dem Eigenlobauftakt der SPD unter anderem zu diesem Thema,

(Torsten Renz, CDU: Hat die SPD denn schon gesprochen?)

das schon fast aus meiner Sicht

(Andreas Butzki, SPD: Die hat doch noch gar nicht gesprochen.)

postkommunistisches Kolorit hatte.

(Torsten Renz, CDU: Die haben doch noch gar nicht gesprochen.)

Und eben haben wir den Teil zwei hierzu gehört.

(Manfred Dachner, SPD: Wissen Sie überhaupt, was das ist?)

In der Tat, dieses Thema hat mehr Facetten, als die Ergebnisse des Theatergipfels darstellen, auf den der Blick der Öffentlichkeit gerne fokussiert werden soll. Und jetzt geht es weiter in der Molltonlage, die wir hier ganz am Anfang von Frau Kröger schon gehört haben. Es sind 25 Jahre vergangen, die geprägt waren von gewollter und verordneter Sparpolitik, nur die letzten sechs Jahre davon fallen in die Laufzeit der sogenannten Theaterreform.

Vordergründig sind einige Linderungen mit dem jüngsten Theatergipfel für die Maßnahmen dieser Theaterreform angeschoben worden. So ist der Status quo der nicht vollendeten Reformvorgaben nun festgeschrieben und die künstlerische Abwärtsspirale ist fast zum Stillstand gekommen. Es müssen nur noch die restlichen altersbedingten ersatzlosen Stellenabbauten in den Häusern und Orchestern vollzogen werden. Dann ist die stabile Ausgangslage erreicht, die durch die angekündigte Dynamisierung der Finanzierung für die nächsten Jahre abgesichert ist. Aber was spielte und spielt sich hinter den Kulissen ab? Hier werde ich meine Ausführungen exemplarisch auf Schwerin beschränken.

Zunächst möchte ich Sie mit einigen Zahlen konfrontieren, die einen Überblick zu den Veränderungen im personellen Bereich über den gesamten Zeitraum, also zwischen den Spielzeiten 1991/1992 und der aktuellen, belegen.

- Die Mitarbeiterzahl ist von insgesamt 433 auf 291 gesunken hier in Schwerin.
- Vom Musiktheater, das gehört ja dazu, ist die Zahl der festangestellten Chormitglieder von 37 auf 25 gesunken, die Zahl der Solisten von 25 auf 10.
- Die Staatskapelle hat sich nunmehr auf 61 Stellen reduziert und fällt damit eigentlich in den Bereich eines klassischen C-Orchesters.
- Das Schauspiel ist von 30 Schauspielern und 4 festen Regisseuren auf 17 Schauspieler und 1 festen Regisseur, der auch noch Schauspieldirektor ist, geschrumpft.
- Das Ballett ist von 16 auf 12 Stellen, die Fritz-Reuter-Bühne von 9 Schauspielern mit 2 festen Regisseuren auf 5,5 geschrumpft, denn eine Schauspielerin ist auch noch gleichzeitig Dramaturgin.
- Bühnen- und Kostümbildner gibt es gar nicht mehr.
- Sekretärinnen und Mitarbeiter/-innen sind von 5 auf 1,5 geschrumpft.

Um das Bild auf der Personalseite noch etwas abzurunden, werfen wir noch einen Blick auf die Gehälter oder besser Gagen, denn für das Theaterpersonal – also neben dem künstlerischen Personal auch das für den

Spielbetrieb notwendige Personal wie Bühnentechniker, Maskenbildner und so weiter – gilt immer noch ein unserer Meinung nach völlig aus der Zeit gefallener Tarifvertrag, der sogenannte "Normalvertrag Bühne". Für Künstler wird die Mindestgage, also das Einstiegsgehalt, seit diesem Jahr immerhin auf 2.000 Euro brutto festgeschrieben. Dazu gilt aber eine Wochenarbeitszeitgrenze von 48 Stunden und eine Vertragslaufzeit von einem Jahr, die beliebig oft verlängert werden kann, ohne jemals daraus den Status einer Festanstellung zu begründen.

#### (Zuruf von Minister Harry Glawe)

Sicherlich kann man das unter der Überschrift "Tarifautonomie" ausblenden, nur ändert das nichts an der Situation für die Menschen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet reden wir bei der Besoldung von Grundschullehrern über Luxusprobleme. Und trotzdem hatte der Schweriner Intendant zum letzten Theaterfest den Akteuren und Mitarbeitern jegliche Kritik in Richtung der Landespolitik untersagt. Oh Mann, hat der Humor, habe ich so gedacht! Ich habe auch die Gelegenheit genutzt, mich mit Herrn Tietje, der gestern Abend Gast des Sommerfestes war, ausführlich zu unterhalten.

(Minister Harry Glawe: Nicht alles ausplaudern. – Vincent Kokert, CDU: Haben Sie ihn auch das Richtige gefragt?)

Ja.

(Vincent Kokert, CDU: Und was hat er gesagt? – Minister Harry Glawe: Nicht alles ausplaudern.)

Richtig, nicht alles ausplaudern.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Personalsituation spiegelt aber nur eine Seite der rigorosen Sparpolitik wider. Auf der anderen Seite ist gleichzeitig ein Investitionsstau entstanden. Die krassesten Beispiele hierfür sind die in diesem Zeitraum unrettbar verrotteten Theatergebäude in Parchim und Rostock. An beiden Standorten freuen wir uns jetzt auf teure Ersatzinvestitionen. Das Große Haus hier in Schwerin ist nicht so marode wie andere Häuser. Das hat es seinem herausragenden Denkmalstatus zu verdanken und nicht zuletzt auch einem überaus rührigen Theaterverein,

(Tilo Gundlack, SPD: Ich würde nicht so oft nach oben gucken, das geht aufs Genick nachher.)

der aktiv wichtige Impulse gesetzt hat und so auch Restaurierungs- und Modernisierungsprojekte angeschoben hat und begleiten konnte. Mein Dank auch noch mal in diese Richtung!

Aber nehmen wir einmal die anderen Gebäude in den Blick. Es klang schon an, da ist zunächst das Eckgebäude Theaterstraße/Kleiner Moor. Hierin befindet sich unter anderem das Büro des Orchesterdirektors Lutz de Veer im Dachgeschoss, also eine durchaus repräsentative Position im Hause.

(Andreas Butzki, SPD: Kennen Sie eigentlich auch andere Theater außer Schwerin?)

Ich habe ja gesagt, ich beziehe mich exemplarisch hier auf Schwerin.

Vor seiner Tür,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist doch wirklich ein Witz!)

vor seiner Tür aufgerissene Fußböden mit offenem Schwammbefall bis in den Dachstuhl.

(Andreas Butzki, SPD: Traurige Bilanz!)

Um die Ecke in diesem Gebäudekomplex ist die Schlosserei des Theaters. Sie ist nicht beheizbar. Dafür stehen die sanitären Anlagen in einem katastrophalen Zustand. Toilette und Dusche sind nur improvisiert.

(Andreas Butzki, SPD: Gucken Sie sich mal die anderen Theatergebäude an!)

Die Dusche ist praktisch nicht nutzbar, da wegen fehlender Heizung auch kein Warmwasser verfügbar ist. In Tischlerei, Schneiderei und Malsaal kommt zu den Auswirkungen des Renovierungsstaus, die ich hier nicht weiter vertiefen will, noch das Problem fehlender Rettungswege hinzu. Ein Nebeneffekt der nicht getätigten Investitionen in die Infrastruktur ist, dass sich kein Nachwuchs findet, der sich unter solchen Bedingungen, wie er sie hier vorfindet, zu einer Ausbildung entschließt, denn in nahezu jedem privaten Handwerksbetrieb, und sei er noch so klein, findet er bessere Arbeitsbedingungen vor und hat auch als Berufseinsteiger eine bessere Entlohnung zu erwarten.

(Susann Wippermann, SPD: Belegen Sie das mal!)

Es gibt also noch viel zu tun, meine Damen und Herren.

(Manfred Dachner, SPD: Das bestreitet ja niemand.)

Und um hier auf einige Zwischenrufe einzugehen, ich bin tatsächlich im Schweriner Theater langjähriger Abonnent. Ich habe hier zwei Anrechte laufen, eins im E-Werk und eins im Großen Haus, da ist es das Nachpremierenanrecht. Und wem das noch nicht reicht: Ich bin auch langjähriges Mitglied im Theaterverein.

(Manfred Dachner, SPD: Oh! Beifall!)

Sie dürfen das gerne nachprüfen. Insofern bin ich gerne bereit, über weitere akut anstehende Probleme, wie zum Beispiel die im Zusammenhang mit dem Spielstättenwechsel der Fritz-Reuter-Bühne von Schwerin nach Parchim, zu sprechen, jederzeit gerne, aber nicht mehr von hier aus heute.

Zum Schluss möchte ich mir noch erlauben, einen Dank auszusprechen. Er gilt den Theaterschaffenden. Wir erleben es gerade vor unserer Tür und im Innenhof hautnah. Was hier unter den angesprochenen Bedingungen auf die Beine gestellt wird, ist nur den Mitwirkenden durch ihr schier unermüdliches Engagement zu verdanken und kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE sprechen wir heute also über die Zukunft der Theater- und Orchesterstrukturen. Und eigentlich hätte sich für meine Fraktion die Aussprache aufgrund des Theaterpaktes vom 12.06.2018 erledigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, da hört man auf den Fluren aber was anderes.)

Die Fraktion DIE LINKE, die ihre Meinung ja auch schon zähneknirschend geäußert hat, hat aber weiterhin Redebedarf. Ich kann Ihnen im Rahmen dieser Aussprache jedoch freudig sagen: Ja, es gibt wieder eine Zukunft. Alle Standorte unserer Theater und Orchester bleiben erhalten und haben damit eine Zukunft. Ich weiß, liebe Fraktion DIE LINKE, in Ihren Augen kann es immer mehr sein, egal wie, Hauptsache mehr.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee! Nee!)

Das ist uns klar.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann kennen Sie unsere Initiativen der letzten sechs Jahre wirklich nicht.)

Die Theater im Land haben sich die letzten Monate erhebliche Sorgen um ihren Bestand gemacht, und das auch zu Recht.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Mit dem Theaterpakt ist aber eines jetzt klar: Mecklenburg-Vorpommern steht zu seinen Theatern und zu seinen Orchestern. Alle Standorte bleiben erhalten, es folgt eine Dynamisierung der Zuschüsse und das Land beteiligt sich weiterhin und mit höheren Zuschüssen an den Kosten. Und ja, es wird auch weiterhin einen Stellenabbau geben müssen, aber in weitaus geringerem Maße als bisher geplant und über einen viel längeren Zeitraum hinweg.

Die Reaktionen auf den Theaterpakt sind dann auch gerade von den Betroffenen sehr positiv ausgefallen. Deshalb darf dieses positive Ergebnis – und das wurde auch hier schon deutlich von Ministerin Hesse benannt – nicht in etwas Negatives umgedeutet werden. Wir haben hier eine ganz klare Positionierung der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen zu den Theater- und Orchesterstandorten in Mecklenburg-Vorpommern. Die Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist uns etwas wert. Das ist doch die Grundaussage dieses Theaterpaktes.

Grundsätzlich wird in ganz Deutschland bemängelt, dass die Mittel für Kultur gekürzt werden. Diese Abwärtsspirale haben wir in unserem Land mit diesem Theaterpakt aufgehalten, denn Kultur kostet Geld. Das ist uns bewusst. Aber Kultur ist auch unverzichtbar, weil es ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft ist. Und dabei nimmt die Kunst und Kultur eine wichtige und außergewöhnliche Stellung in Deutschland ein. Kunst und Kultur werden nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in ganz Deutschland erheblich mit öffentlichen Mitteln unterstützt, und das,

obwohl das Mitspracherecht der Politik in dem Bereich begrenzt ist. Deshalb ist die Kultur ein Bereich, in dem der Spruch "Wer zahlt, bestimmt die Musik" im wahrsten Sinne des Wortes nicht stimmt. Die Unterstützung aus dem Landeshaushalt macht uns nicht für die Kunst und Kultur zuständig, sondern nur für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Kunst ist und war immer frei, so steht es sogar in unserem Grundgesetz. Norbert Lammert hat es einmal so formuliert: "Der Kunst kann der Staat egal sein, dem Staat die Kunst aber nicht."

Also freuen wir uns doch darüber, dass die Theater- und Orchesterstandorte im Land sich wieder dem widmen werden, was sie am besten können, nämlich der Kunst und der Kultur! Der Theaterpakt hat dafür die Voraussetzungen geschaffen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Julitz.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selten wird von der Opposition eine Aussprache beantragt, die wir nicht besser hätten stellen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

Und selten berichtet die Presse flächendeckend so positiv über Reformpläne des Landes, wie wir es in den letzten Tagen erlebt haben. Dann muss wohl was dran sein an dem positiven Feedback.

Ich möchte nun nicht noch einmal alles ausführen, was die Bildungsministerin eben schon gemacht hat, aber vielleicht so viel: Seit zwei Jahrzehnten bestimmt die Zukunft der Theater- und Orchesterlandschaft die kulturelle Debatte im Land, in den Kommunen, bei allen Kulturschaffenden und in den Theatern selbst natürlich, und erfährt mit der getroffenen Einigung nach vielen zähen Jahren der Verhandlung eine positive Wende, mit der wohl in dieser Form viele jetzt nicht gerechnet hätten. Das Ziel, ein vielfältiges und hochwertiges Theaterangebot an allen bisherigen Standorten zu sichern und dafür nachhaltige und finanzierbare Strukturen zu bilden, ist geglückt.

Der Gesamtzuschuss des Landes steigt von 36 Millionen auf 40 Millionen, mit einer Dynamisierung von 2,5 Prozent jährlich für alle Mehrspartentheater, um sich so schrittweise dem Flächentarif zu nähern. Richtig, es müssen auch Stellen abgebaut werden, allerdings sind es nicht, wie zunächst vorgesehen, 60, sondern nur noch 30, und diese werden selbstverständlich sozialverträglich abgebaut. Das war der kleine Auszug, aber wir haben ja bereits einiges gehört.

Diese Ergebnisse sind mit den Kommunen zusammen erzielt worden. Das ist auch kein Einkassieren der Reform, sondern ein anderes Ergebnis als zunächst angenommen. Das ist doch das, was alle von Politik erwarten – Gespräche führen, auf Kritik eingehen, Entscheidungen überdenken. Aber eines ist auch klar: Ohne den Mut unseres ehemaligen Kultusministers Mathias Brodkorb, auch unliebsame Diskussionen anzustoßen, wären wir heute nicht an diesem Punkt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Diese Entscheidungen waren das Fundament für unseren heutigen Pakt zur Zukunftssicherung unseres Theaters.

(Minister Harry Glawe: Welchen Pakt habt ihr geschlossen?)

Vielen Dank, Herr Minister!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ein herzliches Dankeschön weiterhin natürlich an die Kommunen, an alle Ehrenamtlichen, an das Bildungsministerium, an das Finanzministerium, die Staatskanzlei, selbstverständlich die Ministerpräsidentin

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oma und Opa! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

und natürlich allen Intendanten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Theater

(Andreas Butzki, SPD: Denen auch.)

und allen beteiligten Kulturschaffenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Sebastian Ehlers, CDU: Ho! Ho! Ho!)

Gemeinsam mit meinem Kollegen Patrick Dahlemann war ich im vergangenen Sommer für Gespräche unter anderem zu Gast im Theater Vorpommern, und auch der Besuch des "Nussknacker" ist mir in guter Erinnerung geblieben. Daher freue ich mich besonders über nette Worte unseres Intendanten Dirk Löschner aus dem Theater Vorpommern, der den Theaterpakt vom 12. Juni als "lang erwarteten Wendepunkt" und "spektakulär gutes Ergebnis" bezeichnet. Von den weiteren Beratungen verspricht er sich nun für unsere Theater endgültig einen klar definierten Weg hin zu einer gesicherten Zukunft, zu tarifgerechten Gehältern und zu einer Konzentration auf die künstlerische Arbeit. Diese Worte sprechen eigentlich für sich. Viele Grüße nach Vorpommern und weiterhin viel Erfolg bei Ihrer großartigen Arbeit!

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut!)

Meine Fraktion und ich sind erleichtert über diese Einigung, ein echter Erfolg für unser Bundesland. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Thomas Schwarz, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

**Eva-Maria Kröger**, DIE LINKE: Okay, offensichtlich haben Sie mir nicht zugehört.

(Andreas Butzki, SPD: Frau Präsidentin!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Okay, erst mal möchte ...

**Eva-Maria Kröger**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Jetzt: Okay, offensichtlich haben Sie mir nicht zugehört.

(Andreas Butzki, SPD: Doch, haben wir.)

Nee, ganz offensichtlich nicht.

(Andreas Butzki, SPD: Doch!)

Wenn Sie mir zugehört hätten,

(Andreas Butzki, SPD: Unbedingt!)

dann wären die Redebeiträge anders ausgefallen. Aber es ist natürlich schwierig,

(Vincent Kokert, CDU: Das Schlimme ist, die Reden waren schon fertig geschrieben.)

wenn man eine aufgeschriebene Rede hat, dann so flexibel zu sein, davon auch ein Stück weit mal abzurücken

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Die Jubelgesänge sind in Ordnung, das ist total okay. Dass Sie sich selber feiern müssen, kann ich nachvollziehen. Das macht man so, wenn man eine gute Entscheidung gefällt hat,

(Tilo Gundlack, SPD: Sie kennen das ja von Ihrer Partei.)

etwas miteinander beraten hat und das natürlich auch entsprechend präsentieren möchte.

(Beifall Patrick Dahlemann, SPD)

Das ist überhaupt nicht meine Baustelle. Und dass es im Land selbstverständlich positive Reaktionen auf den Theaterpakt gibt, überrascht mich nicht. Das habe ich Ihnen im Übrigen auch in keinster Weise abgesprochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

In keinster Weise habe ich gesagt: Warum freuen die Menschen sich? Oh Gott, warum wird der Pakt gelobt? Das war nicht mein Problem, weil das kann ich nachvollziehen. Ich habe sogar damit angefangen, Ihnen das zu beschreiben, dass es mir ja ähnlich ging. Ich dachte, kann das wahr sein, passiert da jetzt mal was? Es gibt eine Dynamisierung und es gibt mehr Mittel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut!)

Und wir wollen tarifgerechte Löhne zahlen. Das ist doch super! Freue ich mich auch drüber.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Alles prima! Total toll! Nee, was sind wir glücklich, ja!

(Andreas Butzki, SPD: Jetzt können Sie sich setzen! Jetzt können Sie sich setzen!) Hammer, ne?!

(Andreas Butzki, SPD: Es reicht!)

Das ist gar nicht meine Baustelle.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Beruhigen Sie sich! Ja, beruhigen Sie sich! Alles ist gut.

(Andreas Butzki, SPD: Jetzt können Sie sich setzen.)

Nee, das ist nicht meine Baustelle, sondern ich habe einfach von Ihnen erwartet: Also zum Ersten hätte ich mir gewünscht, dass die Landesregierung selbst auf die Idee kommt, dieses Thema ins Parlament zu tragen nach einer solchen Verkündigung.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie waren schneller.)

Das wäre einfach schön gewesen, wenn Sie hier die Chance nutzen, auch noch mal selbst zu sagen ...

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Ja, die Aktuelle Stunde,

(Glocke der Vizepräsidentin)

da war der Theaterpakt ein Aspekt. Da war der Theaterpakt ein Aspekt von mehreren, aber ich finde, es hätte sich gelohnt nach all den Jahren, daraus einfach mal einen Tagesordnungspunkt zu machen

(Martina Tegtmeier, SPD: Gute Entscheidung.)

und zu sagen, das beinhaltet der Theaterpakt, so ist er entstanden, das sind die Fragen, die Dinge, die noch zu klären sind.

(Tilo Gundlack, SPD: Wenn wir das gemacht hätten, hätten Sie uns wieder dafür kritisiert, dass wir uns loben.)

zum Beispiel die Finanzierung in Vorpommern, zum Beispiel die Zukunft der Orchester und Chöre.

(Andreas Butzki, SPD: Wir wollten das zur Aktuellen Stunde machen.)

Aber gut, haben Sie nicht gemacht. Wir haben es gemacht.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und das gehört eben auch dazu, wenn man über die Zukunft spricht, dass man dann offene Fragen noch gemeinsam klärt, aber vielleicht ...

(Andreas Butzki, SPD: Wir wollten das zur Aktuellen Stunde machen.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment! Einen Moment, Frau Kröger!

Ich möchte meine Worte jetzt noch mal wiederholen. Es ist eine Aussprache, in der normalerweise der Redner das Wort hat, die anderen zuhören, kleine Zwischenrufe machen, wenn Sie mit irgendwas vielleicht nicht einverstanden sind oder es erklärt haben wollen, aber nicht diese Debatten. Man kann hier wirklich nur noch schwer folgen.

(Andreas Butzki, SPD: Na, ich habe eine laute Stimme.)

**Eva-Maria Kröger**, DIE LINKE: Worum es mir ging – und deshalb habe ich meine Rede auch so aufgebaut, wie ich sie aufgebaut habe –, ich finde nicht, ja, man muss nach vorne gucken, das merken wir uns, wir gucken jetzt bei allem, was wir machen, nur noch nach vorne.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Thomas Schwarz, SPD: He!)

Wir gucken nie wieder nach hinten, nie, nie, nie, nie wieder betrachten wir die letzten Jahre.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Dann kann man sich doch gar nicht mehr reflektieren.)

Dann verstehe ich das natürlich aber als unlogisch, warum Sie Ihren Pakt so feiern, wenn wir die letzten Jahre nicht betrachten. Das erklärt sich dann natürlich auch nicht, aber als junge Linke merke ich mir das gut, wenn CDU und SPD sagen, wir gucken nie wieder zurück, wir gucken nur noch nach vorn. Das merke ich mir fürs nächste Mal.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: 40 Jahre, nie wieder.)

Ha, okay!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber dieser Blick zurück, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Blick zurück ist einfach wichtig, er ist wichtig und ich hätte mir gewünscht, dass man auch Ihrerseits darüber noch mal spricht, was da in den letzten Jahren so passiert ist

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und wie viel Engagement, Herzblut und Lebenszeit sowie auch Kummer und Leid diese ganze Debatte über etliche Menschen in diesem Land gebracht hat.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ja, aber offensichtlich ja nicht, sondern Sie haben sich ja gleich bemüht zu kommunizieren, dass es ein Meilenstein ist. Ja, ein Meilenstein, das ist auch kein Wunder. Wenn jahrelang nichts passiert ist, dann ist natürlich jede Entscheidung ein Meilenstein.

> (Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oh! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

So kann man es dann auch sagen, meinetwegen.

(Andreas Butzki, SPD: Aber keine Klagemauer.)

Was die Kommunikation vor Ort angeht, liebe Frau Ministerin, das ist einfach nicht wahr. Also mit den kommunalen Spitzenvertreterinnen und -vertretern zu sprechen, das ist das eine, mit den Bürgermeistern und mit den Landräten.

(Patrick Dahlemann, SPD: Das sind doch diejenigen Leute.)

aber die Ehrenamtler vor Ort waren nicht beteiligt. Also die, die ich gefragt habe, die in Kreistagen sitzen, in Kulturausschüssen – und ich habe mit etlichen gesprochen in den letzten Wochen –, haben mir alle gesagt, dass sie davon nichts wussten.

(Peter Ritter: Sehr richtig! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und wenn jemand nachgefragt hat, dann gab es sogar einen Maulkorb und es wurde gesagt, darüber dürfen wir nicht sprechen, das sei hoch angebunden,

(Andreas Butzki, SPD: Mit den Landräten.)

darüber können wir nichts sagen, das seien ganz sensible Verhandlungen. Kann man so machen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

kann man so machen, muss man aber nicht.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Man kann auch einfach die Menschen, die jahrelang genau das hier wollten,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

dass es mehr Geld gibt, dass tarifgerechte Löhne gezahlt werden, dass dynamisiert wird, die hätte man auf dieser Reise auch mitnehmen können. Das haben Sie nicht.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Haben sie wohl!)

Und da hilft auch all der eigene Jubel ...

Ja, an welcher Stelle, Frau von Allwörden?

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Bürgerschaft Stralsund ist involviert gewesen. Die haben Sondersitzungen dazu gehabt.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also, einen Moment!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es kann ja sein, Frau von Allwörden ist jetzt aufgefordert worden, aber nichtsdestotrotz ändert sich an unseren Regeln nichts: Es gibt hier keine Dialoge. Und wie gesagt, wenn Fragen gestellt werden, dann frage ich, ob die Fragen zugelassen sind, und entscheide im Zweifel auch, ob es Fragen gibt. Ich bitte doch, in der Aussprache auch die Regeln einer Aussprache einzuhalten.

**Eva-Maria Kröger**, DIE LINKE: Sehr gerne, Frau Präsidentin.

Dann reden wir später darüber.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das war jetzt der berühmte Kommentar.

**Eva-Maria Kröger**, DIE LINKE: Ich fasse zusammen: Unsere Baustelle ist nicht, dass Sie über Ihren Pakt jubeln.

(Andreas Butzki, SPD: Nee? Ich hoffe, du auch.)

Unsere Baustelle ist auch nicht, dass es Menschen im Land gibt, die sich darüber freuen. Das sollen sie bitte, wobei auch an dieser Stelle: Ich glaube, Sie wissen auch, dass die Theatermacherinnen und Theatermacher Ihnen und der Presse jetzt das eine sagen und, wenn wir über die konkrete Umsetzung reden, uns natürlich auch was anderes sagen. Das war schon immer so und das ist das normale Spiel, auch in der Öffentlichkeit und zwischen Regierung und Opposition, dass da ein Intendant sagt, ist alles super, und dann dreht er sich um und sagt, na ja, aber das, und das, und das

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

ist noch offen und ungeklärt, und wir wissen auch nicht, wie das funktionieren soll. Das ist ganz normal,

(Jochen Schulte, SPD: Ob das so wahr ist, was Sie hier erzählen?!)

da sind wir jetzt die Adressaten der Kritik, ist aber auch keine Überraschung, ehrlich gesagt. Nee, so ist das, und dann ist es ja auch unsere Aufgabe, die Kritik hier ins Plenum zu tragen. So sind die Rollen hier verteilt und ich glaube, das gefällt Ihnen auch ganz gut so.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Am Ende des Tages muss ich allerdings sagen, liebe Frau Julitz, also mit Blick auf das, was da die letzten Jahre passiert ist – und ich durfte ja nun von Anfang an dabei sein, und schön war das wirklich nicht –,

(Tilo Gundlack, SPD: Ich möchte Ihnen einen kleinen Tipp geben, aber das wäre böse.)

zum Ausdruck zu bringen mit "Danke, Herr Minister Brodkorb, dass Sie unliebsame Diskussionen angestoßen haben".

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

also für mich fühlt sich das wie ein Nackenschlag an, weil diese Diskussion war nicht unliebsam, die war im wahrsten Sinne des Wortes einfach nur "sch…", aber das wäre jetzt unparlamentarisch. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Thomas Schwarz, SPD; Oh!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Kokert.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Jetzt guck ich mal, wem er dankt.)

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich finde schon, dass wir auch den Antrag der LINKEN mit der gewohnten Ernsthaftigkeit hier diskutieren sollten. Ich finde das zum Teil gar nicht so witzig,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

sodass wir uns hier ständig darüber lustig machen sollten. Ich komme ja selbst aus einer betroffenen Region. Ich gucke mal meinen Kollegen Andreas Butzki an und auch Torsten Koplin. Wir haben mal gemeinschaftlich auf einem Podium gesessen, da war mir wirklich nicht zum Lachen zumute, vor 150 oder 200 aufgebrachten Leuten,

(Andreas Butzki, SPD: 200 waren dabei.)

die uns deutlich gesagt haben, was sie von diesem ganzen Reformeifer der Landesregierung halten. Da war das nicht so einfach, den Kurs zu halten. Ich glaube, wir haben uns drei damals dazu verständigt - und das war auch immer Linie dieser Koalition -, Eigentümer der Theater sind die Kommunen und nur wenn die Kommunen am Ende mitmachen, kann diese Reform gelingen. So sind wir mal gestartet. Dann haben wir damals innerhalb der Koalition Mathias Brodkorb beauftragt, verhandele mit den Kommunen und wir schauen mal, wie weit du kommst. Ich persönlich war erstaunt, dass wir überhaupt so weit gekommen sind, dass wir diese Vorschläge dann gemeinschaftlich mit den Kommunen machen konnten. Ich muss Ihnen das ganz ehrlich sagen. Ja, ich will mich davon auch überhaupt nicht freisprechen. Ich war erstaunt, dass wir tatsächlich so weit gekommen waren mit der kommunalen Ebene.

Allerdings hatte ich immer meine Befürchtungen. Das werden alle wissen, mit denen ich darüber diskutiert habe, ich habe aus meinem Herzen auch nie eine Mördergrube gemacht. Der Problemfall war immer der Osten. Ich habe mir nie Sorgen gemacht um Rostock, ich habe mir ganz ehrlich auch nie Sorgen gemacht um Schwerin, dass es dafür eine Lösung geben wird, weil diese beiden Regionen auf Dauer so finanzstark sein werden, dass sie sich im Zweifel auch vieles selber leisten können. Aber der Osten fühlte sich von der ersten Sekunde an in dieser Reform nicht mitgenommen, obwohl wir argumentiert haben und nirgendwo abgeduckt haben.

Ich kann mich noch gut an den Wahlkampf erinnern. Das Theater Neustrelitz hat mir dann den Gefallen getan, überall, wo ich hinkam, kam mir einer hinterher, der war als Tod verkleidet. Das war toll!

(Heiterkeit bei Ministerin Birgit Hesse und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, also ich weiß nicht, ob Sie so etwas schon mal erlebt haben. Das geht dir irgendwann richtig auf den Keks. Und trotzdem musst du da immer wieder argumentieren und sagen, nein, wir bleiben dabei, die Eigentümer des Theaters haben diesen Weg mitbeschritten, und solange das so ist, machen wir das auch weiter.

Dann ist etwas ganz Entscheidendes passiert. Durch das bürgerliche Engagement – das muss man ganz klar sagen – hat man die kommunalen Vertretungen davon überzeugt, dass dieser Weg wohl für den Osten nicht funktionieren wird. Der wird nicht funktionieren. Und jetzt war es nur noch auszuwürfeln, ist es die Stadtvertretung Neustrelitz, ist es die Stadtvertretung Neubrandenburg, ist es der Kreistag, ist es die Bürgerschaft in Stralsund oder die Bürgerschaft in Greifswald. Aber eins war klar, eine von denen wird sagen, wir machen da nicht mehr mit, wir können uns nicht mehr vor unsere Bürger stellen. Da war die Reform so im vierten/fünften Jahr. Ich glaube, das war so die ganz kritische Phase.

Was wäre denn verantwortungsvolle Politik gewesen? Wir hätten einfach die Theater an die Wand fahren lassen und dabei zugesehen? Wir haben mehrfach immer wieder darüber diskutiert, jetzt ist der wieder in Insolvenzgefahr, dann helfen wir da wieder aus – das war eine ganz schwierige Diskussion. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich nehme nur die Leute wirklich ernst in der Debatte – und da will ich hier gar keinem was vorwerfen, das habe ich jetzt auch nicht so genau drauf –, aber die sich immer wieder auch getraut haben, sich vor die Leute zu stellen, mit den Betriebsräten zu reden und sich anzuhören, was da an diesen Häusern eigentlich los ist.

Und was ich eigentlich mal loswerden will neben dem bürgerschaftlichen Engagement: Man kann ja den Schauspielern, den Tänzern, den Musikern und allen, die da kulturschaffend sind – das kann man ja gar nicht hoch genug werten, dass die allerwenigsten Mecklenburg-Vorpommern den Rücken gekehrt haben, sondern die sind hiergeblieben in der Hoffnung, dass es eine Lösung geben wird –, da kann man nur sagen, Danke dafür, dass Sie das gemacht haben und unsere Theater nicht leergelaufen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Dafür kann man nur Danke sagen.

Sicherlich ist das ja für alle auch immer ein emotionaler Moment. Wir wussten beide nicht – da will ich mal aus dem Nähkästchen plaudern –, weder Manuela Schwesig noch ich wussten, ob wir uns mit den Kommunen an diesem Tag einigen. Da sind wir auch ein hohes Risiko eingegangen. Klar kann man das jetzt hinterher abfeiern und kann sagen, es hat alles geklappt. Also ich habe bis in die letzte Minute mit unseren kommunalen Vertretern debattiert und telefoniert. Gerade der eine oder andere Oberbürgermeister ist da nicht besonders weich in seinen Forderungen. Das waren keine lustigen Telefonate.

Wir haben dann da so ein bisschen gesessen wie das Kaninchen vor der Schlange. Wir hatten ja nur unser Angebot, was wir noch mal ein bisschen aufgehübscht haben, hingelegt haben und gesagt haben: Das ist es, wir sagen euch aber gleich, mehr können wir als Land auch in den nächsten Jahren nicht leisten. Dann war erst mal Ruhe in dieser Diskussionsrunde, ich habe mir richtig Sorgen gemacht, keiner sagte so richtig was. Ich war eigentlich der Auffassung, Mensch, die müssen jetzt eigentlich an die Decke springen und sagen, endlich habt ihr das verstanden. Das war aber nicht so. Die waren alle zurückhaltend, alle vorsichtig durch die vielen Jahre dieser Diskussion: Na, was ist das wieder für eine Mogelpackung und was müssen wir da wieder beachten? Und Stück für Stück traute sich dann der eine oder andere, der es gar nicht so richtig fassen konnte, dass wir so ein Angebot machen.

Ich glaube, wenn Sie das jetzt bei Licht besehen – und deswegen bin ich auch so eingestiegen –, ich will da keine Jubelveranstaltung daraus machen. Natürlich müssen wir uns auch als Landespolitik dazu bekennen, dass wir in den letzten sechs Jahren nicht unbedingt dafür gesorgt haben, gute Stimmung an den Häusern zu verbreiten.

(Beifall Eva-Maria Kröger, DIE LINKE – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Aber Politik ist das Anerkennen der Wirklichkeit, und deshalb bin ich so eingestiegen. Wir haben immer gesagt, wenn es mit der kommunalen Ebene eine Lösung geben kann, dann werden wir diese Lösung präferieren, und die kommunale Ebene hat uns ab einem gewissen Zeitpunkt mitgeteilt, dass diese Lösung nicht mehr stattfinden wird. Und was sollen wir eigentlich für eine Lösung durchdrücken, wenn die eigentlichen Eigentümer sagen, wir sind an dieser Lösung nicht beteiligt?

Deshalb sage ich Ihnen, darauf können wir ein bisschen stolz sein, dass uns diese Lösung so gelungen ist – mit vielleicht allen Schwierigkeiten, die wir jetzt im Detail noch klären müssen, aber am Ende ist das ein gutes Signal für die Theater, für die Orchester in diesem Land und ich darf in eigener Sache sagen, auch ein gutes Signal für die Tanzkompanie Neustrelitz, die gleich zum Anfang geschlossen werden sollte, mit dem Hinweis, wenn die Theaterreform kommt, docken wir die ein bisschen an das Theater Neustrelitz an, dann wird auch weiter Tanz stattfinden. Da kann ich nur sagen, herzlichen Glückwunsch, hätten wir sie geschlossen, wären sie jetzt einfach weg, weil es hätte dann überhaupt keine Lösung gegeben.

Deshalb war es gut, dass wir uns auf dieses Paket verständigt haben, was jetzt auf dem Tisch liegt. Vielleicht kann man nach so vielen Jahren, wo wir auch politischen Streit miteinander hatten, das jetzt angehen und sagen, lasst uns doch jetzt einfach gemeinschaftlich handeln, weil es sind ja Mehrheiten aus allen Parteien und Fraktionen, die hier vertreten sind, auch in den Bürgerschaften. Wir werden das nicht schaffen, wenn wir uns jetzt gegenseitig wieder in die Hacken treten. Ich finde, unsere Häuser haben jetzt einfach Ruhe und Kontinuität verdient, und wenn wir daran gemeinschaftlich politisch die nächsten Monate arbeiten können, haben die Häuser das mehr als verdient. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kampagne "Ärztliche Versorgung auf dem Land" in Mecklenburg-Vorpommern aufgreifen und umsetzen, Drucksache 7/2249.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Kampagne "Ärztliche Versorgung auf dem Land" in Mecklenburg-Vorpommern aufgreifen und umsetzen – Drucksache 7/2249 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

**Torsten Koplin**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das gerade hier absolvierte Thema, ebenso wie dieses, was gerade aufgerufen wurde, sind Beleg für das Zutreffen des Satzes von Max Weber, dass Politik das Bohren dicker Bretter bedeutet.

(Vincent Kokert, CDU: Anerkennen der Wirklichkeit, Herr Kollege.)

Das Anerkennen der Wirklichkeit ist dann ein weiterer Spruch, der durchaus richtig und angebracht ist mit Blick auf das vorherige und dieses Thema.

Sehr geehrte Damen und Herren, die ländliche Gesundheitsversorgung steht in den nächsten Jahren vor fünf zentralen Herausforderungen:

Erstens. Die Digitalisierung führt zu einer Vernetzung und besseren Zusammenarbeit von Leistungserbringern und einer stärkeren Einbindung von Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörigen.

Zweitens. Bei der sektorenübergreifenden Versorgung geht es um chronisch Kranke und multimorbide ältere Patienten, die eine patientenzentrierte, sektorenübergreifende, integrierte Versorgung brauchen.

Drittens. Der demografische Wandel führt zu einem zahlenmäßigen Anstieg älterer und multimorbider Patientinnen und Patienten.

Viertens haben wir einen Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft. Krankenhäuser werden ihr Leistungsangebot neu bestimmen, sich fachlich konzentrieren und spezialisieren.

Fünftens haben wir Nachwuchsmangel und einen Wandel der Arbeit. Der Mangel an Ärztinnen und Ärzten sowie Pflegepersonal führt zu multiprofessionellen Teams und einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und dem stationären Bereich.

Die letztgenannte Herausforderung ist Gegenstand dieses Antrages, wobei deren Dimension mit Blick auf die ärztliche Versorgung auf dem Lande von besonderer Güte ist. Wie alle politischen Akteure suchen auch wir nach Lösungsmöglichkeiten seitens der LINKEN. Eine solche sehen wir in der Initiative des Landkreistages, eines Instituts der Universität Frankfurt und der Stiftung Perspektive Hausarzt. Sie spricht sich für eine gezielte Kampagne ärztlicher Versorgung auf dem Lande aus. Diese stützt sich auf Vorschläge des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen aus dem Jahr 2014. In diesem Zusammenhang werden ein Landarztzuschlag, also eine bessere Vergütung, und qualitativ verbesserte Arbeitsbedingungen, wie die Bildung interdisziplinärer Teams im Rahmen lokaler Gesundheitszentren, ins Spiel gebracht.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die Ärzteschaft von administrativen, bürokrativen Zeitvernichtern zu entlasten und das wirtschaftliche Risiko bei Praxisgründung zu minimieren. Sich damit zu befassen, ist hierzulande in hohem Maße geboten. In Mecklenburg-Vorpommern fehlten Ende vergangenen Jahres 129 Hausärzte. Da in

den nächsten vier Jahren mehr als 200 Ärzte das Rentenalter erreichen, wird sich die Zahl erhöhen, wenn sie keinen Nachfolger finden. Die Übergabe einer Hausarztpraxis war nie einfach. Sie ist in den letzten Jahren für Hausärzte auf dem Lande zum Problem geworden, das ist bundesweit so. Wenn hier eine Praxis schließt, sind die Patienten vielfach unversorgt. Das ist das Ergebnis verschiedener Faktoren. Zum einen müssen die verbliebenen Hausärzte die neuen Patientinnen und Patienten aufnehmen können, das ist oft aber nicht gegeben, da die Praxen häufig an der Obergrenze ihrer Kapazität arbeiten. Zum anderen erschwert die schlechte Verkehrsinfrastruktur den Weg zum Arzt.

Wie das in Mecklenburg-Vorpommern im Land aussieht, zeigt der Versorgungsatlas des Instituts für Community Medicine. Danach gibt es im Land Regionen, in denen ein Mensch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwei Tage für den Arztbesuch braucht, einfach deshalb, weil er am gleichen Tag nicht mehr nach Hause kommt. Diese fatale Situation besteht immer noch. Das kritisierte auch in diesem Jahr wieder das 10. Altenparlament. Mit unserem Antrag greifen wir dessen Beschlüsse auf. Die Verbesserung der Daseinsvorsorge auf dem Land gehört auch zu unseren Kernforderungen. Wir wollen, dass sich die Landesregierung für die ärztliche Versorgung auf dem Land weitergehend engagiert, was bereits mit diesem Satz ausgesprochen beinhaltet, dass sie schon einiges tut, wir werden es sicherlich vom zuständigen Minister nachher gleich hören.

Bisherige Maßnahmen werden für eine ausreichende Versorgung mit Hausärzten auf dem Lande aus unserer Sicht aber nicht ausreichen. Sie werden nicht ausreichen, weil die hierfür ausgegebenen Mittel nach unserer Meinung zu gering sind, um wirkungsvolle Anreize zu setzen. So zahlt Mecklenburg-Vorpommern, das hat hier mehrfach eine Rolle gespielt, 300 Euro pro Monat, wenn sich Medizinstudenten nach dem Physikum verpflichten, künftig als Hausarzt im ländlichen Raum tätig zu sein. In Nordrhein-Westfalen erhalten Mediziner, die ihre Weiterbildung in einer Hausarztpraxis auf dem Lande absolvieren, 500 Euro. Der Freistaat Sachsen lässt sich die künftigen Hausärzte für unterversorgte Regionen sogar 1.000 Euro im Monat ab dem ersten Semester kosten. Die Frage, welches von diesen Bundesländern seine Versorgungslücken am ehesten schließen wird, ist angesichts dessen wohl nur noch rhetorisch.

Die Maßnahmen der Landesregierung sind nicht zielführend, weil sie das Rad neu erfinden. So kündigte Gesundheitsminister Glawe Ende 2016 an, dass sein Ministerium das Institut für Community Medicine beauftragen werde, den Stand der medizinischen Versorgung im Land zu analysieren und Vorschläge für deren Verbesserung zu unterbreiten. Das Projekt werde etwa ein Jahr umfassen. Im Februar dieses Jahres war der Sachstand dann schon anders. Auf meine Anfrage antwortete die Landesregierung, dass das Projekt bis zum Ende 2021 angelegt sei und die Ergebnisse erst 2022, also durch unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger vorgelegt werden sollen. Das ist angesichts der angespannten Lage in vielen Regionen inakzeptabel.

Ich sage hier ausdrücklich, es mangelt in Mecklenburg-Vorpommern nicht an Daten. Es gibt den Versorgungsatlas des mehrfach erwähnten Instituts. Es gibt die Gutachten und Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern", es gibt einige Modellprojekte und es gibt die Versorgungsdaten der Kassenärztlichen Vereinigung und die Leistungsdaten der Krankenkassen. Mit all dem müsste es möglich sein, in kurzer Zeit die Situation abzubilden.

Für die hausärztliche Versorgung auf dem Lande brauchen wir schnelle Verbesserungen. Die Menschen haben einen Anspruch darauf. Indem wir vorschlagen, die Idee der Kampagne für die ärztliche Versorgung auf dem Land für unser Land zu adaptieren, sollten auch die Erfahrungen von dünn besiedelten Flächenländern, beispielsweise in Kanada und den USA oder Skandinavien, beachtet werden.

Auch die wenigen Modellprojekte, die wir bei der ambulanten Versorgung bis jetzt haben, wie die Gesundheitshäuser in Woldegk und Mirow, müssen ausgewertet werden, die Erfahrungen, die wir damit haben. Nochmals gesagt, wir brauchen für die hausärztliche Versorgung auf dem Lande ein strategisches Konzept. Das muss über die herkömmliche Bedarfsplanung hinausgehen. Wenn Patienten ihren Arzt nicht erreichen können, muss entweder der ÖPNV verbessert werden oder der Arzt die Patienten aufsuchen. An einigen Stellen geschieht das so. Dabei ist zunächst nachrangig, ob der Hausbesuch durch den Arzt erfolgt oder die Praxisassistenten, wie Agnes oder VERAH oder VERAH Plus, oder ob mithilfe der Telemedizin hier gehandelt wird. Für ein solches Konzept und die entsprechende Kampagne ist die Landesregierung gefragt. Die Kassenärztliche Vereinigung, die Landkreise und Kommunen sowie die Krankenkassen haben es bis jetzt noch nicht ausreichend geschafft. Das schätzen sie auch selbst so ein. Sie können es auch nicht allein, es bedarf also einer konzertierten Aktion.

So weit zunächst. Ich freue mich auf die Diskussion und vielleicht auch das Vortragen einiger Lösungsansätze Ihrerseits. Wir von der Linksfraktion erwarten, dass diese dann auch endlich flächendeckend umgesetzt werden. Wer auf dem Land lebt, hat ebenso den Anspruch auf eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung wie die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner. Das gebietet allein schon das Grundgesetz, das uns in Stammbuch schreibt, die gleichen Lebensverhältnisse anzustreben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 210 Minuten vorzusehen. Ich höre und sehe dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

**Minister Harry Glawe:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ärztliche Versorgung auf dem Land ist ein entscheidendes Thema für Mecklenburg-Vorpommern, auch für andere Flächenländer, für die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

Herr Koplin, Sie haben einige richtige Ansätze vorgetragen. Nichtsdestotrotz will ich nur noch mal darauf hinweisen, dass die Landesregierung seit Langem intensive Gespräche mit allen, die an der medizinischen Versorgung beteiligt sind, eingeht und eingegangen ist und Konzepte weitestgehend schon erstellt sind.

Erstens will ich darauf hinweisen, dass es einerseits dazu gekommen ist auf Initiative der Landesregierung und der Ärztekammer, dass zwei Lehrstühle – einer wurde finanziert durch die Kassenärztliche Vereinigung im Bereich Allgemeinmedizin für die Universität Rostock und ein zweiter Lehrstuhl für die Universität in Greifswald – eingerichtet worden sind. Dadurch ist es gelungen, dass Allgemeinmedizinern dann auch die jeweiligen Lehrkörper zur Verfügung gestellt worden sind, um eine breite Ausbildung bei Allgemeinmedizinern und Hausärzten sicherzustellen. Das ist der erste Punkt, den ich hier noch mal sagen will.

Zweitens zum Stipendienprogramm: Ihre Einschätzung, dass Mecklenburg-Vorpommern mit wenig Geld wenig erreichen wird, teile ich grundsätzlich nicht.

Ich war gerade als Referent beim Hauptstadtkongress in Berlin und da wurde das Thema Stipendienprogramm in Mecklenburg-Vorpommern sehr gelobt. Warum wurde es gelobt? Weil wir nämlich gesagt haben in unserer Förderrichtlinie, gefördert werden Medizinstudenten, die ein Physikum bestanden haben, also das Erste Staatsexamen nach zwei Jahren. Das wurde von allen Fachleuten als besonders wichtig dargestellt, weil man ab dem Zeitpunkt davon ausgehen kann, dass Medizinstudenten auch das 12. Semester schaffen, also das Dritte Staatsexamen, und man gesagt hat, das wäre sehr wichtig, weil man auch als Student nach vier Semestern erst einschätzen kann, in welche Richtung man sich sozusagen fachlich entscheiden möchte. Ist es der Landarzt, ist es der Hausarzt, ist es der Allgemeinmediziner, ist das die richtige Richtung?

Wir haben zumindest mit unserem Stipendienprogramm Folgendes erreicht, dass wir im letzten Jahr nach vier Wochen Ausschreibung 29 Medizinstudenten gewinnen konnten, die sich für Mecklenburg-Vorpommern und damit für einen Verbleib im ländlichen Raum entschieden haben. Ich denke, das angekündigte Programm von 2016, als ich das Gesundheitsministerium übernommen habe, war eine der ersten Maßnahmen, und ich glaube, das wird greifen.

Drittens will ich darauf hinweisen, dass natürlich Kompetenzzentren für Allgemeinmedizin gegründet worden sind und damit eine deutliche Verbesserung der Medizinausbildung insgesamt erreicht wurde.

Wir sind auch der Auffassung – und das will ich durchaus hier sagen –, wir müssen die Debatte führen: Brauchen wir nicht auch mehr Medizinstudienplätze im Land Mecklenburg-Vorpommern? Um den Forderungen des Deutschen Ärztetages gerecht zu werden, muss man, wenn man die medizinische Versorgung in Deutschland insgesamt absichern will, für eine gewisse Zeit Medizinstudienplätze an den Universitäten erhöhen. Für das Land Mecklenburg-Vorpommern würde das bedeuten, wenn Sie jetzt 50 Medizinstudienplätze mehr einrichten, dann brauchen Sie pro Studienplatz in der Regel etwa 32.000 Euro. Das können Sie auf sechs Jahre hochrechnen, dann sind Sie bei mindestens 10 Millionen Euro, die zusätzlich bereitgestellt werden müssten, um diese Lücke am Ende zu schließen.

Wir haben die Fort- und Weiterbildung deutlich stabilisiert, mittlerweile haben wir 200 Ärzte in Fort- und Weiterbildung. Warum sage ich das? Weil das diejenigen sind, die in nächster Zeit in Arztpraxen, Niederlassungen

und MVZ arbeiten können, und zwar selbstständig arbeiten können. Die entscheidende Voraussetzung ist der Facharzt. Erst ein Facharzt – und der ist nach zehn bis elf Jahren fertig – darf dann auch selbstständig behandeln, Diagnosen stellen und die jeweiligen Therapien begleiten. Das sind Dinge, die dann greifen werden.

Also wir haben zurzeit 200 Ärzte in Fort- und Weiterbildungen und gleichzeitig gehen in naher Zukunft mindestens 200 Ärzte in den Ruhestand. Beim Ruhestand muss man aber wissen, da hat der Gesetzgeber im SGB V mittlerweile eine klare Öffnungsklausel reingeschrieben, dass Ärzte auch länger als bis zum 68. Lebensjahr arbeiten können und es keine Altersbegrenzung gibt. Im Durchschnitt gehen allerdings die meisten Ärzte mit 63/64 Jahren in Rente, von daher ist also da auch Handlungsbedarf weiter zu sehen.

Ein weiterer Weg wird sein, dass wir die Frage von Zweitpraxen mit Unterstützung der Community Medicine diskutieren und auch für den ländlichen Raum einerseits die Dinge so gestalten wollen, dass Fachärzte Zweigstellen eröffnen können, um in den jeweiligen ländlichen Räumen Sprechstunden anzubieten.

Die weitere Frage, die in nächster Zeit auch zu diskutieren ist, wir haben uns mit der KV, mit der Ärztekammer, mit den Kommunen, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindetag darauf geeinigt, dass wir jetzt in den unterversorgten Regionen oder von Unterversorgung bedrohten Regionen Besprechungen durchführen werden, um zusammen mit allen Beteiligten genau das zu erreichen, was Sie sagen, was der Landkreistag gefordert hat. Im Land Mecklenburg-Vorpommern machen wir das schon, es geht jetzt los. Im Juli gibt es die ersten Gespräche in den unterversorgten Regionen in Parchim und in Grimmen und dann gehen wir Zug um Zug weiter, um zu sehen, wie wir ein Gesamtpaket geschnürt kriegen. Die Zuschüsse für niedergelassene Ärzte, die in unversorgten Regionen arbeiten, sind durch die KV gesichert, da gibt es etwa 75.000 Euro mehr, nur mal als Beispiel.

Zweitens geht es auch darum, dass wir Umzugshilfen gewähren für niederlassungswillige Ärzte, die sozusagen in anderen Regionen arbeiten wollen.

Die Zweitpraxen habe ich schon erwähnt, die Residenzpflicht ist aufgehoben. Ein Arzt muss nicht mehr am Ort wohnen, wo er seine Praxis führt, sondern er kann auch von A nach B fahren, also in der Stadt wohnen und auf dem Land arbeiten. Diese Dinge sind, denke ich, auch wichtig, um Flexibilität reinzukriegen.

Das Problem, was wir insgesamt haben: Wenn man sich die Medizinstudenten heute ansieht, dann sind 60 Prozent Frauen, 40 Prozent sind Männer, und die Arbeitszeit muss gewährleisten, einerseits Familie zu gründen, andererseits dafür zu sorgen, dass die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt wird. Da gibt es ganz neue Denkmodelle. Oftmals brauchen wir heute zwei Ärzte für eine Praxis, da sich die Ärzte entscheiden, nicht 60 Stunden in der Woche zu arbeiten, sondern nur noch 40 oder 35 oder 25. Das sind neue Arbeitsmodelle, die auch dazu führen, dass nicht alle Ärzte, die nachher einen Facharzt haben, grundsätzlich für 60 Stunden die Woche zur Verfügung stehen.

Wir werden als Land weitere 6 Millionen Euro in die Hand nehmen, um in den jeweiligen Grundzentren oder in der unterversorgten Region neue Denkmodelle zu fördern, die am Ende dazu führen, dass niederlassungswillige Ärzte oder MVZ gegründet werden können, die mit staatlichen Zuschüssen auf die Beine gestellt werden. Das geht so weit, dass wir die Kommunen bitten werden, Grundstücke zur Verfügung zu stellen, um die Grundlage zu sichern, bis hin zu den Themen, das will ich jetzt einfach mal so sagen, wenn ein Mietkauf möglich wird, dann kann man auch sagen, wenn ein niedergelassener Arzt sich nach zehn Jahren endgültig entscheidet, an dem Standort zu bleiben, kann man die Miete anrechnen, um Eigentum zu bilden. Das sind so Überlegungen, da will ich erst mal sagen, damit sind wir noch nicht endgültig durch.

Aber, Herr Koplin, all diese Dinge machen wir, wir sind dabei und wir haben mit allen Beteiligten, denke ich, die richtigen Gesprächsfäden aufgenommen, und das, was wir hier vorgeschlagen haben in der Landesregierung, wird durch Ärztekammer sowie durch die Kassenärztliche Vereinigung sehr positiv gesehen. Mittlerweile ist es auch so, dass die Kassenärztliche Vereinigung in den jeweiligen Regionen mit den Ärzten kommuniziert, um diese neuen Denkmodelle zu besprechen.

Wir werden aber nicht alle Modelle gleich im Land aufbauen können, sondern wir müssen genau gucken, welche besonderen Situationen es in welcher Region A oder B gibt. Dazu gehört auch die sektorenübergreifende Versorgung. Da rede ich aber in erster Linie davon, dass wir es schaffen müssen, dass einerseits niedergelassene Arzte im Bereitschaftsdienst am Wochenende genauso integriert werden wie die Notfallaufnahme in einem Krankenhaus. Das muss vernetzt werden, da muss man klare Absprachen treffen. Es kann nicht sein, dass der eine Patient meint, er geht jetzt ins Krankenhaus und lässt sich dort behandeln, und andererseits findet dann die Sprechstunde des niedergelassenen Arztes am Standort B statt. Wir werden also im ländlichen Raum auch versuchen, dass wir diese Notfallversorgung und Sprechstunden an einem Ort zur selben Zeit stattfinden lassen, um nicht Ärzte doppelt arbeiten zu lassen. Das ist eines der Dinge, die wir in nächster Zeit angehen werden, und von daher ist es eben offen: Gibt es eine Förderung für eine Praxis? Gibt es eine Förderung für ein MVZ oder gibt es eine Förderung für ein Ärztehaus? Das muss man sich genau anschauen.

Auch geht es natürlich weiter, es geht nicht nur um den Arzt, es geht um die Apotheke, es geht um die Physiotherapie, es geht also um alle Leistungserbringer rund um den Arzt herum, die am Ende die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen sollen. Von daher also will ich Herrn Koplin nur zurufen, wir sind viel weiter, als Sie glauben.

HaffNet ist ein weiteres Beispiel, wie man sektorenübergreifende Versorgung in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen organisiert. Da geht es nämlich darum, dass viele niedergelassene Ärzte, Fachärzte, Hausärzte sich einerseits die Patienten ansehen, wenn da Verdachtsdiagnosen sind, die stationär aufgenommen werden sollen ...

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wir kennen die ja.)

Bitte?

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wir sind ja auch nicht ahnungslos. Wir sind ja auch nicht ahnungslos. Wir kennen die ja.) Ich versuche ja, noch mal Aufklärung zu betreiben. Bei dem, was ich hier so gehört habe, kann ich immer nur sagen, Frankfurt am Main ist ja schön, aber wir müssen die Dinge hier vor Ort umsetzen. Ich will nur sagen, dass alle Beteiligten sehr intensiv diskutieren, welchen Weg wir brauchen.

Um zum Ende zu kommen, also es gibt diesen Modellversuch. Dort sind zwei Krankenhäuser eben auch Partner der Haus- und Fachärzte und es geht darum, Papier zu sparen. Also die analoge Überweisung, Briefe et cetera würden wegfallen, das geht dann per Digitalisierung und innerhalb von zwei Minuten weiß das Krankenhaus, da kommt Herr Meier, da kommt Frau Schulze zur Diagnosesicherung, zur Therapie. Andersherum ist es so, wenn das Krankenhaus Kontakte zum Hausarzt oder zu den anderen Pflegediensten braucht oder zu den Angehörigen, da, wo die Möglichkeit besteht, sofort am Tag der Entlassung oder einen Tag vorher gibt es die Informationen schon an die jeweiligen Beteiligten, sodass eine lückenlose Begleitung des Patienten nach Entlassung sichergestellt wird und er seine Medikamente bekommt. Wenn der Hausarzt wissen muss, welche weiteren Empfehlungen es gibt, und wenn Physiotherapie und andere Dinge nötig sind, wenn Pflegedienste zu benachrichtigen sind, wird auch das gemacht.

Also ich will sagen, wir sind im Land deutlich weiter als in vielen anderen Bundesländern. Wir sind nämlich, wenn man so will, fünf Jahre im demografischen Wandel der Bevölkerung weiter. Das heißt, alles, was die anderen Länder in der Bundesrepublik Deutschland noch vor sich haben, haben wir schon erlebt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das stimmt.)

Ich will nur sagen, Mecklenburg-Vorpommern nimmt man gerade mit diesen Dingen, die wir zurzeit hier fahren, sehr, sehr wahr, und ich habe dieses Projekt HaffNet noch mal beschrieben. Das ist eines der tollsten Modell-projekte, die zurzeit in Deutschland laufen.

Zur Praxisportal-Klinik Wolgast will ich noch Folgendes sagen: Auch dort wird es neue Modelle geben. Frau le Claire hat es indirekt angedeutet in der letzten Pressekonferenz. Wir werden dort auch eine sektorenübergreifende Versorgung hinkriegen. Es ist demnächst zu erwarten, dass Pädiater eine Praxis übernehmen, die dann auch im Krankenhaus direkt die Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit unterstützen werden.

Also, meine Damen und Herren, wir sind natürlich auch dabei, das Praktische Jahr für die angehenden Ärzte, also das letzte Jahr vor dem Staatsexamen, jetzt deutlich besser zu bewerben. Die Universitäten und alle Krankenhäuser herum stellen sich vor und werben dafür, dass Mediziner die Fachausbildung und allgemeine Weiterbildung in den jeweiligen Krankenhäusern oder dann auch in der Arztpraxis aufnehmen. Das ist in diesem Jahr toll gelaufen. Ich habe mich selbst in Greifswald davon überzeugt. Mittlerweile kommen Krankenhäuser nicht nur aus Mecklenburg-Vorpommern und stellen ihre Fähigkeiten oder besonderen Therapie- und Diagnosefähigkeiten vor, sondern auch Krankenhäuser aus Brandenburg sind mittlerweile in Greifswald präsent, um Fort- und Weiterbildung für junge Ärzte im Praktischen Jahr anzubieten.

Von daher noch mal mein Hinweis, wir sind da guter Dinge. Natürlich ist es so, dass es nicht von einem Tag zum anderen läuft, aber die Kommunikation zwischen allen Beteiligten ist gut ausgeprägt, und bei der Zielmarke, auch mit Unterstützung der Community Medicine, geht es darum, dass wir einerseits sagen, Professor Hoffmann macht die Vorschläge, wie wir bei den Pädiatern die Versorgung – das sind ja besondere Kinderärzte – weiter verbessern und wir die geriatrische Versorgung insgesamt im Land angehen und sehen, wie die Palliativmedizin demnächst aufzubauen ist.

Das sind die ersten Schritte, die kommen, und der dritte Schritt ist dann, dafür zu sorgen, wie wir in den jeweiligen neuen Modellregionen im ländlichen Raum neue Versorgungsaufträge hinkriegen, die einerseits klassisch laufen sollen, aber andererseits neue Wege eröffnen müssen, und die können wir nur als sektorenübergreifende Versorgung sichern, damit teilweise wahrscheinlich der eine oder andere Arzt, der heute noch im stationären Bereich ist, sich durchaus an der ambulanten Versorgung beteiligen könnte.

Von daher, Herr Koplin, seien Sie ganz sicher, wir kriegen das hin!

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wir machen das schon.)

Sie machen mit? Wunderbar. - Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Tilo Gundlack, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

Bis Herr Dr. Jess hier am Rednerpult seinen Platz eingenommen hat, begrüße ich neue Gäste auf der Besuchertribüne. Das sind Parlamentarische Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der LINKEN-Fraktion im Bundestag und in den Landtagen. Herzlich willkommen!

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

**Dr. Gunter Jess**, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste! Nachdem wir in der Aktuellen Stunde am 18.10.2017 bereits über das Thema "Medizinische Versorgung in ganz Mecklenburg-Vorpommern sichern" debattiert haben, setzen wir uns heute mit dem spezifischen Thema sowie mit der zukünftigen Hausarztversorgung im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern auseinander.

Herr Koplin hat es auch schon sehr schön beschrieben. Ich glaube, in der Frage, wie die zukünftige Situation für diese Versorgung ist, sind wir uns alle einig, das hat Herr Minister Glawe hier auch schon dargestellt.

Da, wo wir vielleicht etwas Differenzen haben, das sind vielleicht die Methoden, wie wir an die Lösung dieser Probleme herangehen werden. Da habe ich Ihren Antrag eigentlich so verstanden, dass Sie auch eine, ich will mal sagen, Werbekampagne für die Ärzte planen, die das Land anstoßen sollte, um Ärzte für die ländlichen Bereiche zu gewinnen. Da sind wir der Meinung, dass gerade eine solche Werbekampagne momentan bei den Medizinstudenten für eine Niederlassung auf dem Lande in

Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich nicht unbedingt sehr zielführend sein würde.

Kampagnen für eine ärztliche Niederlassung gab es bundesweit bereits von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung 2013 bis 2017 unter dem Titel "Wir arbeiten für Ihr Leben gern." Sie soll 2018 weitergeführt werden unter dem Titel "Lass dich nieder!". Das werden Sie aber wahrscheinlich auch wissen. Die Kampagne wurde meines Wissens an den jeweiligen medizinischen Fakultäten durchgeführt. Es gibt auch Kampagnen der Länder Hessen und Schleswig-Holstein für eine Ärztegewinnung in ihren Ländern, die Kampagnentitel erschienen mir dabei aber eher Kampagnen für einfache deutsche Sprache zu sein, in Hessen zum Beispiel "Sei Arzt. In Praxis. Leb' Hessen!" und in Schleswig-Holstein "Mehr. Arzt. Leben!" Ob diese Kampagnen erfolgreich waren, dazu habe ich leider kein belastbares Material finden können.

Ich verstehe natürlich das Anliegen des Antrages insgesamt und dieses Anliegen ist aller Ehren wert. Das hat auch Herr Glawe schon dargestellt und das finde ich genauso. Allerdings hätte eine solche Werbekampagne nur Sinn, wenn sie Adressaten erreicht, die im Lande mit einfacheren Mitteln nicht erreicht werden könnten. Ich glaube nicht, dass DIE LINKE eine bundesweite Kampagne in allen medizinischen Fakultäten für eine Niederlassung in ländlichen Gebieten in M-V im Auge hatte.

Also von einer unspezifischen Kampagne, die von der Politik auch noch angestoßen wurde, halten wir nichts. Wir können nämlich davon ausgehen, dass angehenden Medizinern die Marktsituation durchaus bekannt ist und sie wissen, wo sie die für sie erforderlichen Informationen besorgen können. Nicht die Werbekampagne ist also der Schlüssel für die Problemlösung, sondern die Schaffung guter politischer Rahmenbedingungen für junge Ärztinnen und Ärzte für eine Tätigkeit auf dem Lande. Das interessiert die jungen Leute. Also es geht um die Maßnahmen, aber da sind wir uns sicherlich hier auch einig.

Wie kann die Politik nun diese Rahmenbedingungen mitgestalten? Darüber könnte man trefflich diskutieren, das ist aber vielleicht auch nicht das primäre Thema, über das wir jetzt diskutieren, denn es ist richtig, dass die allgemeine Situation in den ländlichen Bereichen – das hatten wir bereits gesagt – in der Zukunft durchaus problematisch sein könnte.

Wir müssen uns aber auch die Frage stellen: Wer ist primär für die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in M-V und hier in den ländlichen Bereichen zuständig? Und die Antwort lautet: die Kassenärztliche Vereinigung auf Basis der Versorgungsverträge mit den Krankenkassen, natürlich in Kooperation mit den Landkreisen und Kommunen. Schaut man genauer hin, dann stellt man fest, dass die angesprochene Problematik der medizinischen Unterversorgung ländlicher Bereiche seit Jahren von den zuständigen Stellen thematisiert wird. Herr Glawe hat darauf auch schon hingewiesen. Der Deutsche Landkreistag hat 2010 bereits seine Erwartungen an die politischen Rahmenbedingungen formuliert. Die KBV weist seit Jahren auf diese Problematik hin.

Mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz und dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz von 2017 hat die Politik reagiert und für die Akteure vor Ort die Handlungsfelder erweitert. Ich erspare mir jetzt die Debatte darüber, ob diese Maßnahmen hinreichend sind. Ich habe mir allerdings, was Mecklenburg-Vorpommern angeht, angesehen, ob und wie die KV Mecklenburg-Vorpommern auf diese Problematik im Land reagiert. Ich gehe davon aus, Sie haben das wahrscheinlich auch schon getan. Ich muss sagen, da hat die KV vor allen Dingen zwei Maßnahmen initiiert, und zwar erstens die Unterstützung für Ärzte, die in Mecklenburg-Vorpommern tätig werden wollen beziehungsweise eine Niederlassung planen, zweitens die Pressemitteilung der KV vom 31.01.2018, darin wird das Thema der Förderung des ärztlichen Nachwuchses und die Situation der ambulanten Versorgung in M-V dezidiert angesprochen. Dort wird auch Unterstützung angeboten, diese reicht von Maßnahmen zur Gewinnung zusätzlicher Ärzte zur Unterstützung bereits niedergelassener Ärzte in unversorgten Gebieten, zur Verbesserung der Ansiedlung von Ärzten und zur Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses.

Allein hier gibt es 17 verschiedene Förderoptionen und abschließend verschiedene Einzelmaßnahmen zur Sicherung flächendeckender Versorgung der Bevölkerung. Herr Glawe hat zum Teil auch einige davon schon erwähnt und dezidiert darauf hingewiesen. Auf mich haben diese Initiativen durchaus einen guten Eindruck gemacht. Leider sind sie erst relativ spät initiiert worden, nämlich die Veröffentlichung ist von Anfang 2018.

Wichtig ist aus unserer Sicht, dass wir den Akteuren vor Ort ausreichend Spielräume einräumen, damit sie die Bedarfssituation der jeweiligen Region genau analysieren und entsprechend spezifisch reagieren können. Ich habe den Eindruck, dass Herr Minister Glawe gerade darauf hingewiesen hat, dass man das auch versucht mit verschiedenen Aktivitäten. Das sind meines Erachtens wirklich auch die Stipendien, die ausgereicht werden an die Studenten in Mecklenburg-Vorpommern, wenn sie sich dazu durchringen können, eine Tätigkeit in M-V aufnehmen zu wollen, oder als sinnvolle Ergänzung die Versorgungsforschung, die angesprochen wurde, durch das Institut für Community Medicine, die geschaffenen Lehrstühle an den Universitäten oder das Projekt HaffNet, das wir auf der Branchenkonferenz, die wir gemeinsam in Rostock besucht haben, kennenlernen konnten.

Ich halte es deshalb nicht für sinnvoll, eine Medienkampagne für die Gewinnung von Ärzten zu machen. Das Geld sollten wir lieber sinnvoller in die einzelnen Projekte stecken. Deshalb werden wir den Antrag in dieser Form ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich muss mal unmittelbar und sofort auf einen Gedanken des Gesundheitsministers eingehen, der vorgeschlagen hat, darüber nachzudenken, ob man nicht die Anzahl der Studienplätze für das Fach Medizin erhöhen sollte, um mehr Ärzte, insbesondere Hausärzte, auch für die Fläche zu gewinnen. Darüber sollte man sehr, sehr gründlich diskutieren.

Ich habe noch eine Zahl im Kopf auf eine Umfrage des Hartmannbundes aus dem Jahr 2015. Die haben Studierende der Medizin gefragt, wie viele denn von ihnen bereit wären, in die Fläche zu gehen, also als Arzt oder Ärztin ins platte Land. Die Frage wurde von neun Prozent

so beantwortet, dass sie gesagt haben, wir haben eine Bereitschaft dazu. Ich weiß nicht, ob das noch aktuell ist oder ob die Maßnahmen, die hier vorgetragen worden sind zur Stärkung der Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum, sich vielleicht geringfügig erhöht haben. Aber viel mehr ist das nicht geworden.

Das heißt also, von allen, die einen Abschluss machen, sagen neun Prozent, wir könnten uns vorstellen, in der Fläche als Arzt unterwegs zu sein. Ich habe unseren Finanzminister noch mal gefragt, was uns ein Medizinstudienplatz kostet als Land. Da sind wir bei 250.000 Euro pro Ausbildung eines Mediziners. 250.000 Euro! Das ist kein Pappenstiel. Und wenn man sich dann vorstellt, dass von denen, die man da ausbildet, nur ein ganz geringer Teil dazu bereit ist, auch wirklich in der Fläche zu bleiben, dann muss man das, denke ich, entsprechend diskutieren.

Ich finde den Antrag berechtigt, also den Antrag, sich damit auseinanderzusetzen, denn meines Wissens sind in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen 13 Bereiche als von Unterversorgung bedroht erklärt worden, und zwar bei den Hausärzten. 13 Versorgungsbereiche sind also von Unterversorgung bedroht. Das ist eine Geschichte, damit muss man sich auseinandersetzen.

Aber ich will das Ganze mal ein Stück weit anders angehen, weil ich der Meinung bin, dass Sie mit Ihrer Analyse nicht verkehrt sind. Sie gehen auf das Sachverständigengutachten ein, Sie zitieren die Arbeit der Enquetekommission und kommen im Ergebnis dazu, eine Kampagne zu fordern. Ich finde, das ist eines der Dinge, die man wirklich nicht als Erstes tun muss. Wenn Sie hier eine Frage gestellt hätten, wann man jetzt anfängt, die Ergebnisse der Enquetekommission in ihrer Komplexität umzusetzen,

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Das hatten wir auch schon mal.)

um dann auf diese Art und Weise das Thema "Ärztliche Versorgung" voranzutreiben, dann wäre das eine gute Frage gewesen. Aber jetzt zu fordern, wir machen eine Kampagne, kommt ein bisschen kurz.

Meines Wissens entscheiden sich zehn Prozent aller Absolventen eines Medizinstudiums für eine Weiterbildung im Hausarztbereich – zehn Prozent. Davon sind 63 Prozent Frauen. Und wenn man sich die Situation von Frauen ansieht und der Frage nachgeht, was diese sich für Beschäftigungsverhältnisse wünschen, dann ist der Wunsch nach Selbstständigkeit, nach eigener Praxis nicht sonderlich ausgeprägt, Freiberuflichkeit ist nicht das Ziel. Sie sagen, wir haben Interesse an einer ausgewogenen Work-Life-Balance.

Was bedeutet das? Man möchte flexible Arbeitszeiten. Man möchte auch kalkulierbare Arbeitszeiten, man möchte Urlaub haben, man möchte Zeit für Familie haben und so weiter und so fort. Das heißt also, die Situation, die wir haben, ist so, dass ein Großteil derer, die eine derartige Qualifikation machen, nicht sagen, ich wollte schon immer als niedergelassene Ärztin in die Selbstständigkeit marschieren, sondern da gibt es eine starke Zurückhaltung.

Sie haben ja schon dieses Sachverständigengutachten oder das Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen - so heißt dieser Rat - von 2014 benannt und die stellen umfassend das Modell für eine regional vernetzte Versorgung für ländliche Räume dar. Deren Kernelement ist mitnichten eine Kampagne zu mehr Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten, sondern deren Kernelement ist, dass sie sagen, wir brauchen lokale Gesundheitszentren, um in diesen die Primär- und Langzeitversorgung sicherzustellen und sie so aufzustellen, dass multiprofessionelle Teams – auch darauf sind Sie eingegangen – in diesen Gesundheitszentren aktiv sind, also Physiotherapeuten und andere Anbieter, wie Apotheken oder Pflegestützpunkte. Das sind die Dinge, die da in den Raum gestellt werden. Das deckt sich mit dem, was wir in der Enquetekommission gemacht haben, auch deswegen, weil wir natürlich im Rahmen unserer Tätigkeit auf dieses Sondergutachten eingegangen sind.

Also das ist alles nicht verkehrt, was Sie erzählen, Herr Koplin, nur die Schlussfolgerung, zu sagen, wir sollten jetzt mal so eine Kampagne stärken, das finde ich ein bisschen schwierig.

Ich habe mir dann noch mal die Internetseite dieses Instituts für Versorgung gerade im Haushaltsbereich der Universität Frankfurt angeguckt und da fand ich interessanterweise auf der Internetseite "Treffpunkt Kommune" einen Artikel mit dem Titel "Wie bleibt der Arzt auf dem Land?". Die Verfasserin ist Dr. Antje Erler. Und zwar ist sie die Leiterin des Arbeitsbereichs "Innovative Versorgungsformen und Gesundheitssystemforschung" am Institut für Allgemeinmedizin der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Alles, was ich hier erzählt habe, kann man da nachlesen.

Das heißt also, auch dieses Institut, das Sie zitieren, der Universität Frankfurt steht auf der Position, dass man diese Gesundheitszentren im Zentrum quasi zu einer Hauptaktivität stellen sollte, damit man sieht, dass man da kompetent vertreten wird, nicht nur mit Hausärzten, sondern auch mit Fachärzten und anderen Gesundheitsberufen, und dass man sich Fragen widmet, wie wir Transportprobleme gelöst kriegen, und nicht versucht, jede Arztpraxis möglichst zeitnah wieder zu besetzen. Ich glaube, das ist eine schwierige Geschichte.

Dann möchte ich noch auf zwei Dinge eingehen, die Sie vorgetragen haben. Sie sagen ja, wir sollten auch mal die Erfahrungen anderer Länder auswerten, und haben dann Kanada genannt. In Kanada wird seit jeher die Gesundheitsversorgung konzentriert. Es werden lange Wege in Kauf genommen. Also 1.000 Kilometer und dergleichen sind da keine Geschichte. Man hat sich bei der Versorgung auf den Transport konzentriert. Das kriegen die meines Wissens da ganz anständig hin, weil einfach klar ist, dass eine wirklich regionale gute Versorgung in Kanada nicht zu gewährleisten sei. Das gilt übrigens auch für viele Bereiche der skandinavischen Länder.

Dann sind Sie ja noch mal auf das Thema der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet eingegangen. Natürlich wird es in diesem Raum keinen geben, der sich letztendlich dagegenstellt. Aber auch Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in diesem Sinne bedeutet nicht, dass überall alles gleich sein muss. Disparitäten im Unterschied von Stadt und Land sind nicht restlos auszugleichen. Das wäre das Gleiche, als wenn jemand in der Stadt sagt, ich möchte jetzt mal meinen Anspruch auf entsprechend große Grundstücke und wenig Verkehrslärm realisieren lassen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Gleichwertig ist nicht dasselbe wie gleich.)

Also das wird irgendwie nicht funktionieren.

Das heißt also, mit der Begründung der gleichwertigen Lebensverhältnisse wird es nicht funktionieren, herzugehen und zu sagen, das muss im ländlichen Raum genauso aussehen wie im urbanisierten. Das ist kein Argument.

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Natürlich sind solche gleichwertigen Lebensverhältnisse anzustreben, da, wo es geht, aber Unterschiede wird man nie ganz ausgleichen können, vor allen Dingen, wenn Sie dann, wie ich am Anfang schon vorgetragen habe, zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Bereitschaft von einer großen Anzahl von Ärztinnen und Ärzten, in den ländlichen Raum zu gehen, einfach nicht da ist, weil sie sagen, Kinderbetreuung ist so eine Sache, freie Schule ist so eine Sache, ich habe hier keine Kulturangebote, ich weiß nicht, was mein Partner hier arbeiten soll, und so weiter und so fort. Das sind alles Dinge, die man heute in den Fokus nehmen soll.

Deswegen – lange Rede, kurzer Sinn – sind meine Fraktion und ich stark dafür, dass man sich hier mehr dem Thema Innovation zuwendet und das Thema der sektorenübergreifenden Versorgung weiterverfolgt, sowie dass man der Frage nachgeht, welche Möglichkeiten durch andere Gesundheitsberufe bestehen, auch medizinische Geschichten im Rahmen von Delegation und Substitution zu übernehmen.

Ich glaube, dass man da eher Erfolge erzielt, als wenn man sich daran festbeißt und sagt, wir müssen jetzt möglichst jeden Arzt nachbesetzen. Ich habe den Eindruck, dass das eine schwierige Geschichte wird, vor allen Dingen, wenn man sehen muss, dass das Thema Ärztemangel sich nicht nur auf den niedergelassenen Bereich reduziert, sondern es im zunehmenden Umfang auch Krankenhäuser gibt, die darüber klagen, dass sie ihre Stellen nicht mehr besetzt kriegen.

Also unser Petitum: Man muss gucken, dass man da auch neue Wege beschreitet. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort die Abgeordnete Weißig.

Christel Weißig, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Liebe Gäste! Die Frage nach der ärztlichen Versorgung auf dem Land treibt uns alle um. Auf Länderebene suchen Politik und Hausärzte gemeinsam nach Mitteln und Wegen, den Medizinermangel zu beheben. Den Masterplan Medizinstudium 2020 gibt es bereits. Der Ärztemangel ist, wie Sie wissen, bereits jetzt deutlich zu spüren, gerade in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Präsident der Bundesärztekammer Frank Ulrich Montgomery fordert mindestens 1.000 neue Studienplätze im Auswahlverfahren. Es gibt bereits jetzt einige Universitäten, die angehende und willige Landärzte bei der Studienvergabe bevorzugen. Es kann nicht sein, dass Ärzte dafür bestraft werden, wenn sie auf dem Lande zu

häufig Hausbesuche machen, weil den dort lebenden Menschen die Möglichkeit fehlt, selbst einen Arztbesuch vorzunehmen, weil sie sehr krank oder sehr alt sind oder keinen fahrbaren Untersatz haben, weil keine Infrastruktur vorhanden ist.

Was ist das für ein System, welches dem Arzt unterstellt, dass er unberechtigt einen Hausbesuch absolviert, bei einem Honorarsatz von circa 20 Euro pro Visite, was sowieso kaum die Kosten deckt? Es ist wenig motivierend für jemanden, eine Landarztpraxis zu betreiben, wo letztendlich Bürokraten und Korinthenkacker über Wohl und Wehe der alternden Bevölkerung befinden. Es befördert massiv die Landflucht. Jungen Familien wird der Zustand der ärztlichen Versorgung ein Graus sein und sie werden sich dann eben nicht für das Landleben entscheiden. Telemedizin ist förderlich, aber nur eine Ergänzung und vorerst eine Notlösung, die noch nicht ausgereift ist.

Ausländische Ärzte sind wünschenswert, aber aufgrund der gravierenden Sprachprobleme nicht ausreichend durchführbar. Wir sollten es wie Sachsen-Anhalt machen und bevorzugt Stipendien an Medizinstudenten vergeben, die sich verpflichten, für mehrere Jahre auf dem Land zu arbeiten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das machen wir ja.)

Minister Glawe ist da bereits auf dem richtigen Weg. Anreize von bis zu 60.000 Euro für eine Anschubfinanzierung einer Arztpraxis gibt es bereits mit den entsprechenden Auflagen. Wer aber unabhängig und flexibel bleiben möchte, für den sollten Ärztezentren in ausreichendem Maße geschaffen werden, wo Ärzte im Angestelltenverhältnis tätig sind.

Es bleibt dem Arzt die Möglichkeit, sich problemlos bei persönlichen Umbrüchen zu verändern. Er kann in das Landleben reinschnuppern, um dann zu entscheiden, das ist es, ich bleibe auf dem Lande. Der Arzt ist keine Ware, er ist mit seinem ganzen Können, Mitgefühl und seiner Mitmenschlichkeit gefragt. Wird er dermaßen gegängelt, dass ihm Bürokraten vorschreiben, welche Überlandfahrt rechtens ist oder welche sinnvoll ist, und er dann noch für die anfallenden Kosten aufkommen soll, als wäre es eine Vergnügungstour, dann werden sie sich immer mehr verweigern, ihren Dienst am Menschen auf dem platten Land zu leisten.

Sie sehen, das Problem ist aufgegriffen und es wird versucht umzusetzen, aber mit der von mir beschriebenen Gängelung müssen wir uns in Geduld üben und es wird noch eine Weile dauern, bis alles zur Zufriedenheit läuft. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema "Ärztliche Versorgung gerade im ländlichen Raum" ist, glaube ich, eine der zentralen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir haben in den letzten Tagen sehr viel Lob über das gehört, was gut läuft, aber ich finde, man sollte auch schauen, wo gibt es Dinge hier im Land, wo wir in

der Tat vor verschiedenen Herausforderungen stehen. Ich denke, auch deswegen ist das Thema richtig.

Ich glaube nur, Herr Kollege Koplin, es wäre angezeigter gewesen, zu dem Thema eine Aktuelle Stunde zu machen oder eine Aussprache, weil wir haben das Thema auf Initiative der CDU-Fraktion letztmals hier im Oktober beraten. Da hatten wir eine Aktuelle Stunde zum Thema "Wie ist die medizinische Versorgung im ländlichen Raum", weil wir sehen – und das zeigen auch die Wortbeiträge der Vorredner –, es gibt viele, viele Facetten. Deswegen brauchen wir an der Stelle keine neuen Kampagnen. Die Kampagne, die Sie angesprochen haben, findet man auch gar nicht so schnell, wenn man recherchiert. Da müssen Sie noch mal sagen, unter welchem Stein die vergraben ist.

Ich bin der Meinung, wir müssen auf das aufbauen, was im Land gut läuft, und wir müssen uns anschauen, an welchen Punkten können wir noch nachsteuern. Ich will Ihnen sagen, wie wir uns das als CDU vorstellen. Das Stipendienprogramm – und da kann man jetzt über die Höhe diskutieren, aber ich glaube, wir müssen auch ein bisschen schauen, in welcher Region wir hier leben – wird gut angenommen, der Minister hat es gesagt, 29 Stipendiaten, das spricht für sich.

Wir als CDU, das haben Sie auch der Presse entnommen, sind durchaus bereit, das Thema auszuweiten, weil wir im Bereich Zahnmedizin künftig Engpässe haben werden. Darüber sind wir in Gesprächen mit dem Koalitionspartner. Das ist ein Punkt, der ganz wichtig ist.

Der Bereich Telemedizin ist ebenfalls ein Aspekt gewesen, der angesprochen wurde. Es gibt gute Projekte im Land. Ich denke nur an das Thema Landrettung im Landkreis Vorpommern-Greifswald, was aus dem Innovationsfonds der Krankenkassen gefördert wird. Das ist dort gut angelaufen. Das sind gute Aspekte. Aber da greift natürlich eins ins andere. Natürlich ist die Voraussetzung, dass Telemedizin funktioniert, zunächst eine gute Breitbandanbindung, weil es bringt nichts, wenn dort irgendwo das Signal an der Stelle schwächer wird, wenn es wichtig wird.

Wir haben andere Akteure auf dem Feld, auch das ist bekannt. Die Kassenärztliche Vereinigung - einige Vorredner sind darauf eingegangen - macht da sehr, sehr viel, ob dass das Mentoring-Programm für neu zugelassene Ärzte ist, ob es die Weiterbildungspauschale in Höhe von 1.000 Euro ist, ob es die Förderung der palliativmedizinischen Qualifikation ist. Das ist eine ganze Menge und, ich glaube, das ist der entscheidende Punkt. Sie sehen daran, dass schon Geld in die Hand genommen wird. In unversorgten Gebieten gibt es sogar die Höchstförderung von 75.000 Euro bei einer Praxis. Von daher sind die finanziellen Mittel dort bereits relativ üppig, muss man sagen, im Vergleich zu anderen Bereichen, wenn Sie sich das anschauen. Wenn sich ein anderes Unternehmen dort ansiedelt, erhält es sicherlich nicht so eine Förderung in dem Bereich, denn Außenstellen, Zweitpraxen werden mit bis zu 20.000 Euro gefördert, Umzugskosten, Kinderbetreuungskosten, also das volle Programm. Da findet einiges statt.

Jetzt will ich dazu kommen, wo wir als CDU-Fraktion Stellschrauben sehen. Einen Punkt habe ich genannt: Das Stipendienprogramm ist gut angelaufen. Man wird sich das jetzt anschauen müssen und sollte dann in der Tat auch darüber diskutieren, ob man den Empfängerkreis erweitert – Stichwort "Zahnmedizin".

Dann werden wir über das Thema "NC für das Medizinstudium" diskutieren müssen. Das ist in Teilen für verfassungswidrig erklärt worden. Wenn man sich die Zahlen anschaut, haben sich die Anforderungen in den letzten Jahren dort deutlich erhöht. Im Wintersemester 1994/1995 standen noch 7.366 Studienplätze für 15.753 Bewerber zur Verfügung, also eine Quote von 2:1. Jetzt ist es eine Quote von 5:1. Allein in Mecklenburg-Vorpommern gibt es viermal so viele Bewerber wie Plätze.

Deswegen ist das schon ein Punkt, lieber Kollege Heydorn, über den wir diskutieren müssen. Wenn wir uns am Ende Gedanken darüber machen, wie wollen wir auch künftig mehr junge Leute motivieren, hierzubleiben, dann wird das eines der Themen sein, über das wir reden müssen.

Der Minister hat es gesagt, ein Medizinstudienplatz kostet 32.000 Euro.

(Jörg Heydorn, SPD: Ich habe es gesagt!)

Das ist etwas teurer als politik- oder sozialwissenschaftliche Studienplätze, aber sie sind am Ende des Tages ganz wichtig, weil junge Leute, die hier im Land studieren, möglichst auch aus dem Land kommen. Da müssen wir gar nicht so weit schauen. Wir hatten jetzt gerade auf der Konferenz der gesundheitspolitischen Sprecher der CDUund CSU-Fraktion einen guten Austausch mit Karl-Josef Laumann in Düsseldorf. Er hat bundesweit erstmals ein Gesetz vorgelegt mit einer festen Landarztquote für diejenigen, die in Nordrhein-Westfalen Medizin studieren. Ein bestimmter Teil geht an diejenigen, die sich verpflichten, Landarzt zu werden. Das sind alles Dinge, ich glaube, da muss man neu denken, da muss man auch mal über den Tellerrand hinausdenken und schauen, was läuft in anderen Bundesländern. Das ist Anfang Juli vorgestellt worden. Ich glaube, das ist ein entscheidender Punkt.

Das Thema Landeskinderquote ist ebenfalls eine Frage, die wir lange diskutieren. Natürlich ist es einfacher, jemanden zu motivieren, nach dem Studium hier im Land zu bleiben und vielleicht in Eggesin, Torgelow oder Pasewalk eine Praxis aufzumachen, wenn ich aus der Region komme, wenn ich da verwurzelt bin, wenn da meine Eltern, Großeltern leben, wenn ich selbst schon Familie dort habe, als wenn jemand aus Bayern, Baden-Württemberg hier eingeflogen kommt,

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

die Vorzüge des schönen Studiums an der Ostsee bei dem schönen Wetter in Anspruch nimmt und danach wieder nach Hause fliegt. Von daher ist das schon ein Punkt, wo wir uns relativ schnell einig sind. Das ist in der Tat das Bohren dicker Bretter, weil wir das hier nicht alleine entscheiden, da sind andere und vor allem auch die Bildungspolitik mit gefragt. Aber ich glaube, die Kapazitäten, die wir momentan haben im Bereich Medizin, werden auf Dauer nicht ausreichen. Die müssen wir erhöhen und wir müssen versuchen, das mit Quoten zu binden, damit wir mehr Leute ins Land bekommen. Das wird in der Tat eine der ganz, ganz großen Voraussetzungen werden.

Dann geht es um das Thema Zulassungsvoraussetzung. Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich, wenn Eltern in meine Bürgersprechstunde kommen, die sagen, mein Kind hat in Schwerin Abitur gemacht und wäre auch bereit, sich hier im ländlichen Raum als Landarzt niederzulassen, die Abiturquote liegt aber leider "nur" – und das setze ich jetzt bewusst in Anführungsstriche – bei 1,4 und er kann deswegen nicht Medizin studieren, dann fehlen mir da ein bisschen die Antworten. Da bin ich ganz offen und ehrlich. Deswegen ist das, glaube ich, ein weiterer Bereich.

Ich bin ein bisschen kritisiert worden vom Kollegen Jess in der Aktuellen Stunde, weil ich gesagt habe, mit 2,4 kann man auch noch ein guter Arzt sein. Aber ich glaube, Sie gestehen mir zu, zumindest bei 1,4 sollte das nicht die Frage sein. Ich bleibe dabei, allein die Note darf kein entscheidendes Kriterium sein an der Stelle,

(Beifall und Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

weil ich glaube, gerade bei Ärzten geht es um mehr. Da geht es um Fragen der sozialen Kompetenz, der Empathie, um all solche Dinge. Deswegen sollte man schon schauen, dass junge Leute, die bereit sind, hier als Landärzte zu arbeiten, und aus Mecklenburg-Vorpommern kommen, die ein 1,4-Abi haben, auch die Chance haben, in Mecklenburg-Vorpommern Medizin zu studieren. Das muss, denke ich, das sein, woran wir in den nächsten Jahren arbeiten müssen. Ich glaube, das ist eher die Baustelle und nicht neue Kampagnen, die am Ende viel Geld verschlingen werden. Wir sehen es bei der Impfkampagne, die nimmt 300.000 Euro in Anspruch. Das ist viel Geld. Ich glaube, das Geld ist sinnvoller investiert in Medizinstudienplätze als in Kampagnen.

Deswegen, Kollege Koplin, sind wir uns in der Sache einig, über den Weg diskutieren wir. Ich glaube, es wäre besser gewesen, heute zu dem Thema eine Aussprache zu machen. In diesem Sinne lassen Sie uns weiter gemeinsam in der Sache kämpfen, aber Ihren Antrag lehnen wir ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt noch einmal das Wort der Abgeordnete Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich bin ehrlich gesagt schon überrascht, positiv überrascht, dass dieses Thema und unser Ansinnen hier mit Ernsthaftigkeit

(Burkhard Lenz, CDU: Das machen wir immer.)

und auch unterlegt mit vielen Argumenten pro und kontra aufgenommen wurde. Das ist ja nicht immer so.

(Burkhard Lenz, CDU: Doch! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Herr Ehlers, Sie hatten eben darauf verwiesen, wir hätten wohl besser daran getan, eine Aussprache zu führen. Eben nicht! Wir hatten im Oktober vergangenen Jahres auf Ihren Vorschlag, Sie sind darauf eingegangen, dieses Thema schon mal diskutiert und hatten uns, wenn man

so will, eine erste Annährung gegönnt. Es kommt aber auch der Punkt, wo wir entscheiden müssen.

Nun kann man sagen, das, was DIE LINKE da will - Herr Heydorn hat ja darauf Bezug genommen -, was DIE LINKE will, ist nicht das Gelbe vom Ei, wir wollen was anderes. Dann gerne. Aber nun ist es ein Streit der Ideen und darum geht es hier auch. Herr Glawe hat völlig recht, wenn er darauf verwiesen hat, dass Mecklenburg-Vorpommern – das ist ein Phänomen, Dr. Weiß würde es sicherlich viel besser erklären können als ich - ein Stückchen weit demografisch ein Seismograf ist. Was hier passiert, hat immer so etwa fünf bis sieben Jahre Vorlauf zur Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik. Das ist bezogen auf die demografische Entwicklung. Vielleicht wollen wir das so weit einhegen. Aber wenn das so ist, dann erwächst daraus eine besondere Verantwortung und dann besteht die auch darin, nicht länger abzuwarten.

Als die Redebeiträge hier gehalten wurden, ist mir bewusst geworden - jemand hat auch gesagt, unter welchem Stein ist diese Kampagne vergraben -, wir sind davon ausgegangen, dass die bekannt ist. Die ist im Juli vergangenen Jahres vom Landkreistag auf Bundesebene mit den Akteuren, die hier in Rede stehen, erst einmal propagiert worden. Wir selbst hatten zunächst, auch ich ganz persönlich hatte zunächst die Annahme, es handelt sich, Herr Dr. Jess, um eine Kampagne im Sinne von Werbung. Aber darum geht es nur randständig. Werbung kann eine Komponente sein. Deswegen hatte ich vorhin darauf verwiesen, diese Kampagne, von der die Rede ist, ist unterlegt auch mit einem konzeptionellen Ansatz. Der beschäftigt sich mit Vergütung, der beschäftigt sich mit Arbeitsbedingungen, der beschäftigt sich mit Mobilität, mit Abbau von Bürokratie und vielen anderen Dingen mehr. Das sind selbst wiederum alles nur Anstöße und Impulse, mit denen wir umgehen können und sollten.

Das, was Herr Glawe hier aufgezählt hat, was das Land macht, ist nicht nichts. Wir wollen unbedingt betonen, dass hier vieles auf dem Weg ist, was auch begrüßenswert ist. Es gibt aber ein Problem, Herr Glawe und sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, und das besteht darin, dass alles, was aufgezählt worden ist, weitestgehend Einzelmaßnahmen sind. Die Frage ist, wie die gebündelt werden können. Einiges wird gebündelt – ich habe das sehr wohl vernommen, Herr Glawe, was Sie gesagt haben –, einiges aber noch nicht.

Nun ist die Frage, wie kriegt man daraus eine konzertierte Aktion, wie kriegt man da auch Dynamik rein, denn viele Einzelmaßnahmen sind sehr gut, andere sind von uns in Kritik gestellt worden, beispielsweise das Stipendienprogramm. Ich kann sehr wohl nachvollziehen, dass das auf Bundesebene sehr anerkannt wird, weil diese Hürde, dass man erst ab einem bestimmten Grad des Fortschritts des Studiums mit entsprechenden Abschlüssen dieses Stipendium bekommt, schafft Sicherheiten für beide Seiten, für die Öffentlichkeit wie für die angehenden Medizinerinnen und Mediziner.

Aber was wir immer kritisiert haben, ist, dass die Summe nicht reicht. Von 29 Stipendiaten war vorhin die Rede. Wir haben aber gehört, dass jetzt 129 Hausärzte fehlen, über 200 kommen dazu. Das sind weit über 300, die fehlen. Wir reden über 29 Stipendien, wir reden über 200 Aus- und Fortbildungen. Der Minister hat es gesagt. Saldiert man das, dann kommen wir trotzdem nicht an

die Zahl heran, um alle Hausarztplätze wieder zu besetzen

Wenn jetzt noch Folgendes bedacht wird, und das ist zunehmend ein Problem: Wenn Ärztinnen und Ärzte aus der Niederlassung in ein MVZ wechseln, dann tun sie das unter einer ganz bestimmten Interessenlage, die unter anderem darin besteht, weniger arbeiten zu müssen, vielleicht nur halbtags arbeiten zu müssen. Das wiederum hat zur Folge, dass weniger Patientinnen und Patienten durch eine Ärztin, einen Arzt versorgt werden. Dann haben wir zwar eine gewisse Anzahl von Ärztinnen und Ärzten, haben aber nicht mehr den Versorgungsgrad. Das hängt mit Dingen zusammen, die hier auch zur Sprache kamen, die Balance zwischen Arbeit, Freizeit und Erholung und so weiter. Das ist für alle Berufe nachvollziehbar, eben auch für diese Berufsgruppe. Das verschärft aber unser Problem.

Insofern gilt es, nach Maßnahmen und Ideen zu suchen, wie wir das verbessern können. Gesagt wurde vom Minister, dass 6 Millionen Euro in die Hand genommen werden, um weitere Medizinische Versorgungszentren zu gründen. Die Kommunen sind angehalten, der Minister hat dahin gehend jetzt noch mal appelliert, Grundstücke bereitzustellen. Wir sagen, das ist zu kurz gesprungen. Wenn die Kommunen nur Grundstücke bereitstellen, ist das ehrenwert, aber besser wäre, die Kommunen wären Träger.

Zu meiner Verblüffung habe ich jüngst auf einer Veranstaltung, die wir in Malchow durchgeführt haben, Folgendes gehört:

### (Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da hat ein Experte gesagt, dass mittlerweile Medizinische Versorgungszentren für andere Berufsgruppen eine Geldmaschine sind, dass Bäcker und Metzger MVZ gründen und dann Ärzte anstellen, dass es sozusagen ein Geschäftsmodell wird. Wir haben etwas gegen die weitere Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Besser wäre es, die Kommunen, also die öffentliche Hand wird Träger. In der Hinsicht zu appellieren, Herr Glawe, wäre aus unserer Sicht noch vorteilhafter, lohnenswerter. Das möchte ich unbedingt hier an dieser Stelle sagen.

#### (Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dann möchte ich noch mal darauf verweisen, ich glaube, Herr Heydorn hatte auch darauf Bezug genommen, es gibt in Kanada, in Finnland interessante Modelle, die man keineswegs eins zu eins übernehmen kann, klar, wegen der Weite des Landes und teilweise auch noch dünnerer Besiedlung. Auch die haben Fachärztemangel. Insofern war das auch für sie eine Überlegung, nach neuen Modellen zu suchen. Das haben sie gemacht. Diese kommunalen Gesundheitszentren sind eine solche Möglichkeit. Das Interessante daran ist, dass alle Professionen vertreten sind und dass es in diesen Gesundheitszentren auch um Prävention geht.

Wir hatten gestern Abend eine Veranstaltung beim NDR. Da ging es um gesunde Ernährung. Es ist deutlich geworden, dass wir in Sachen der Prävention, der Gesundheitsprävention, der gesunden Ernährung deutlich zulegen müssen. Wenn das so ist, dann muss es natürlich auch Stellen geben, wo dies kommuniziert wird, wo die Gesundheitsbildung vermittelt wird.

Das sind interessante Überlegungen und ich werbe noch mal dafür, das zumindest auf den Weg zu bringen. Wir sind der Meinung, nicht nur reden, sondern machen ist jetzt geboten. Insofern hoffe ich, Sie doch noch umstimmen zu können, diesem Antrag zustimmen zu können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat noch mal ums Wort gebeten der Abgeordnete Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will Sie hier nicht über Gebühr strapazieren. Dass Kommunen MVZ gründen können, ist mir bekannt. Ich glaube, das ist mit dem Versorgungsstärkungsgesetz 2013 eingeführt worden. Aber dass Bäcker und Metzger solche Versorgungszentren gründen können, das ist mir jetzt neu.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ist mir auch neu, aber offensichtlich ist das der Fall.)

Das ist meines Erachtens ausgeschlossen. Bäcker und Metzger können keine Medizinischen Versorgungszentren gründen. Als das losging mit den MVZ, war das ausschließlich Ärzten vorbehalten. Inzwischen hat man das ein bisschen aufgebohrt, das heißt, auch Kommunen können das. Aber Sie müssen, wenn Sie hier vorne stehen, ebenso dazu ausführen, warum das in dem Umfang unterbleibt. Einer der Gründe, warum Kommunen sich bei der Gründung von Medizinischen Versorgungszentren zurückhalten, sind Haftungsgründe, Stichwort "Behandlungsfehler". Wenn da richtig was passiert, dann ist derjenige, der Träger des Medizinischen Versorgungszentrums ist, derjenige, der in der Haftung ist. Bei dieser Geschichte gibt es derartig viele Detailfragen noch zu klären, darauf will ich jetzt nicht eingehen. Aber nach dem Motto: "Metzger und Bäcker können das, warum machen das die Kommunen nicht?",

(Tilo Gundlack, SPD: So viele Bäcker und Metzger gibts doch gar nicht mehr.)

so einfach kann man sich das nicht machen. - Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2249. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2249 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40**: Beratung des Antrages der Fraktion der BMV – Bundesinnenminister unterstützen: Illegale Einwanderung stoppen, Drucksache 7/2246.

Antrag der Fraktion der BMV Bundesinnenminister unterstützen: Illegale Einwanderung stoppen – Drucksache 7/2246 – Das Wort zur Begründung des Antrages hat für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

**Dr. Matthias Manthei**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Aus aktuellem Anlass möchte ich meine Rede mit einem Zitat beginnen. Ich zitiere: "Klar sei, dass alle sich an Regeln halten müssten und sich kein Asylbewerber einen EU-Staat aussuchen dürfe", Zitatende. Der eine oder andere wird wissen, von wem das Zitat stammt. Ich sehe nur ratende Gesichter, dann helfe ich. Das ist also Frau Merkel gewesen, unsere Bundeskanzlerin. Heute früh oder gestern Abend hat sie dies geäußert.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Gibt es nicht mal eine Wertung dazu?)

Die Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament unseres freiheitlichen Verfassungsstaates.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Laut unserer Verfassung gilt in Deutschland die Herrschaft des Rechts. Nicht nur die Bürger, auch und vor allem der Staat selbst ist dem Recht unterworfen. Das Bundesinnenministerium möchte nun bestimmte Gruppen von asylsuchenden Ausländern – die, die mit einer Wiedereinreisesperre versehen sind, oder bereits registrierte Asylsuchende – an der Grenze zurückweisen. Ich komme nun zunächst zu den grundsätzlichen rechtlichen Fragen.

Es ist rechtlich möglich und vorgesehen, dass an der Grenze zurückgewiesen wird. Dies ergibt sich zunächst aus dem Asylrecht. Einem asylsuchenden, Zitat, "Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn ... er aus einem sicheren Drittstaat ... einreist", Zitatende. Das sieht unser Asylgesetz vor. Alle die Bundesrepublik Deutschland umgebenden Staaten sind sichere Drittstaaten. Also müssten alle asylsuchenden ausländischen Staatsbürger – oder können, muss ich sagen – an der deutschen Staatsgrenze zurückgewiesen werden.

(Martina Tegtmeier, SPD: Können! – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Soweit über einen Erlass des Bundesinnenministeriums spekuliert wird, nach dem an der Grenze nicht zurückgewiesen werden soll – das ist rechtlich auch möglich –, kann ich dazu nichts sagen. Dieser soll mündlich erfolgt sein, niemand hat diesen Erlass jemals gesehen. In jedem Fall aber ist der Bundesinnenminister rechtlich in der Lage, diese möglicherweise bestehende Anordnung zu ändern.

Selbst wenn diese Ausnahme gelten sollte, müssen dennoch in vielen Fällen Zurückweisungen erfolgen, denn es gibt einen in der öffentlichen Diskussion viel zu wenig beachteten zweiten Zurückweisungsgrund, der in vielen Fällen greift. Und zwar ergibt sich dieser Grund nicht aus dem Asylrecht, sondern aus dem allgemeinen Aufenthaltsrecht. Bekanntlich reisen zahlreiche asylsuchende ausländische Staatsbürger ohne Pass nach Deutschland ein. Die Folgen sind bekannt: Identitäten sind nicht geklärt, Sozialleistungsbetrug, Verhinderungen von Abschiebungen, falsche Altersangaben. Es vergeht ja kaum eine Plenarwoche, in der nicht auch der Innenminister sich beklagt über die Schwierigkeiten der notwendigen Abschiebungen, weil die Identitäten nicht geklärt sind. Diese Asylbewerber

hätten jedoch schon gar nicht einreisen dürfen. Auch in Deutschland ist es rechtlich grundsätzlich so, dass man nur einreisen darf, wenn man einen Pass hat.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Ich zitiere: "Ausländer dürfen nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz besitzen, sofern sie von der Passpflicht nicht durch Rechtsverordnung befreit sind." Zitatende, aus dem Aufenthaltsgesetz Paragraf 3. Das ist ja der Sinn eines Passes, dass er die Identität des Inhabers feststellt, und ohne Pass ist ein Ausländer an der Grenze grundsätzlich zurückzuweisen. Ich zitiere: "Ein Ausländer, der unerlaubt einreisen will", ist "an der Grenze" zurückzuweisen, wieder Aufenthaltsgesetz, Paragraf 15. Das ändert sich rechtlich erst dann, wenn er Asyl beantragt, aber dann kann er eben wegen der besagten Drittstaatenregelung zurückgewiesen werden.

Heute liest man allenthalben, ja, das stimme ja alles, aber das deutsche Recht würde, Zitat, "überlagert", Zitatende, von europäischem Recht. Die Bundeskanzlerin meinte gar, das europäische Recht gehe nationalem vor. Aber auch europäisches Recht steht Zurückweisungen nicht entgegen.

Ich würde Ihnen noch mal ein Rätsel aufgeben. Ich werde jetzt hier das Ergebnis einer rechtlichen Prüfung vorlesen und Sie können ja mal überlegen, wer zu diesem Ergebnis der Prüfung gekommen ist. Ich zitiere: ...

(Torsten Renz, CDU: CSU!)

Erst zuhören!

"Eine Zurückweisung ist im …Rahmen der Dublin-III Verordnung und des § 18 AsylG zulässig." Zitatende.

(Jochen Schulte, SPD: Können Sie das auch begründen, Herr Manthei, oder nur vorlesen? – Horst Förster, AfD: Wissenschaftlicher Dienst.)

Zu diesem Ergebnis kommen, Herr Schulte, Ihre Kollegen und, Herr Renz, Ihre Kollegen von der CDU- und der SPD-Bundesregierung selbst, denn dies haben sie mitgeteilt auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, wo man das nachlesen kann.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist ja auch nie bestritten worden.)

Denn eben das nationale Recht

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

steht nicht im Widerspruch, sondern korreliert mit internationalem Recht. Etwa die EU-Verordnung, die sogenannte Dublin-III-EU-Verordnung: Hier ist es erst mal wichtig klarzustellen – auch gestern hat der Innenminister wieder das Wort "ausgesetzt" benutzt –, die Dublin-III-Verordnung ist geltendes Recht, es ist praktisch ein EU-Gesetz, was niemals ausgesetzt wurde. Die Exekutive kann gar nicht einen Akt der Legislative, ein Gesetz, einfach so aussetzen. Nur die Legislative selber wäre in der Lage, diese EU-Verordnung zu ändern, und das ist jetzt ja auch in der politischen Diskussion.

Bekanntlich ist nach dieser Verordnung in erster Linie für Asylverfahren das Land zuständig, das der Asylbewerber zuerst betreten hat. Es ist also logisch, dass Asylbewerber an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden können, da sie ihr Asylverfahren nach internationalem Recht in ihrem Ersteinreiseland durchzuführen haben. Das korrespondiert auch mit dem Vorschlag, dass die schon registrierten asylsuchenden Staatsbürger zurückgewiesen werden sollen nach der Absicht.

Die Dublin-III-Verordnung war wiederum Voraussetzung für das Schengen-Abkommen. Hiernach soll es eben keine Grenzkontrollen innerhalb der Teilnehmerstaaten des Abkommens mehr geben. Aber auch dies ist nicht in Stein gemeißelt, Ausnahmen sind möglich und werden bekanntlich an der bayerisch-österreichischen Grenze praktiziert. Die Ausnahmen sind möglich nach dem Schengen-Abkommen, wenn der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert, und das ist ja allgemein bekannt, dass das nicht der Fall ist. Die rechtliche Dimension ist also somit klar. Maßgeblich ist aber dann die politische Entscheidung.

Im Jahr 2017 wurde in der EU 538.000 ausländischen Staatsbürgern ein Schutzstatus zugesprochen, davon 325.400 in Deutschland. 60 Prozent aller Flüchtlinge in der EU wurden also von Deutschland aufgenommen. Mit anderen Worten, Deutschland hat mehr Flüchtlinge aufgenommen als alle anderen EU-Staaten zusammen, und das, obwohl wir vollständig von sicheren Drittstaaten umgeben sind. Bei Anwendung des geltenden Rechts hätten wir kaum Asylverfahren durchführen müssen. Es zeigt sich also eine gravierende Diskrepanz zwischen dem geltenden Recht und der Wirklichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Immer wieder lesen wir in diesen Tagen, die Lage hätte sich entspannt, es habe 2017 viel weniger Asylbewerber als 2016 gegeben, also 222.683 statt wie 2016 745.545 – tatsächlich ein Rückgang von 70 Prozent. Aber dieser Vergleich ist nicht seriös. Viel aussagekräftiger ist ein Zehnjahresvergleich, denn 2016 war bekanntlich ein Ausnahmejahr, wenngleich ein extremes. Jeder Rückgang danach bedeutet bei Weitem keine Rückkehr zur Normalität. In den letzten zehn Jahren haben wir trotz des Rückgangs von 2016 auf 2017 eine Steigerung der Asylanträge immerhin noch um das Achtfache gehabt.

Es läuft derzeit also etwas gewaltig verkehrt in Deutschland und in der Europäischen Union. Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Bürger in den Staat wiederherzustellen, und es geht darum, das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union zu stärken. Der Bürger muss darauf vertrauen können, dass sich alle an die geltenden europäischen Regeln halten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und BMV)

Wenn die Staaten wieder die Kontrolle über die Einwanderung zurückgewinnen, ist dies ein gutes Signal an alle Bürger. Die EU kann sich wieder auf ihre Stärken besinnen. Wir als BMV-Fraktion sprechen uns ausdrücklich für Einwanderung aus, aber sie muss gesteuert, sie muss kontrolliert sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Jedenfalls solange dies nicht an den EU-Außengrenzen funktioniert, muss an der deutschen Grenze in den genannten Fällen zurückgewiesen werden.

Abschließend möchte ich noch zu den praktischen Folgen kommen. Gegner der Zurückweisung malen gern Horrorszenarien und reden gar von einer Abschottung. Die Durchführung der Grenzsicherungsmaßnahmen sollten wir aber getrost den dafür Zuständigen überlassen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft teilte hierzu mit, es müsse niemand Angst haben, dass Zäune und Schlagbäume errichtet würden. Mit modernem Grenzmanagement, etwa der von der BMV heute ja schon angesprochenen Schleierfahndung, sei dies nicht notwendig.

Ich möchte auch meine Rede wieder mit einem Zitat beenden, und zwar mit den Worten des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ernst Walter, der sagte, lassen wir, Zitat, "die Bundespolizei an den Grenzen endlich wieder ihren Job machen", Zitatende. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 240 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat zunächst das Wort der Minister für Inneres und Europa. Herr Caffier, bitte.

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Manthei, zunächst erst mal: Ich bin etwas erstaunt. Drei Anträge davor haben Sie erklärt, was die Polizei alles machen muss, jetzt erklären Sie gerade, lasst doch die Polizei bitte ihren Job machen.

(Bernhard Wildt, BMV: Ja.)

Die Auffassung teile ich allerdings auch, was "den Job machen" betrifft. Insofern müssen Sie sich irgendwo entscheiden, was Sie wollen.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Zweite Bemerkung: Sie sind Richter, erfolgreicher Richter gewesen, soweit ich das weiß, und Sie wissen es genauso gut wie ich, so eindeutig ist die Rechtslage nicht, wie Sie sie hier ausgeführt haben.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist schon traurig, Herr Kollege Manthei.)

Darauf gehe ich auch noch mal ein. Wenn sie so eindeutig wäre, wären manche Dinge leichter umzusetzen.

Und dritte Bemerkung: Wir sollten uns hüten, Erwartungshaltungen zu wecken innerhalb der Bevölkerung, indem wir das Thema einfach auf die Rückweisung an der Grenze fokussieren. Sie wissen alle gemeinsam hier im Haus, dass wir große Probleme haben mit den Rückführungen innerhalb der Länder, sprich Vollzugsdefizite, die in vielerlei gründen, wie fehlende Pässe, Krankenscheine et cetera. Das kennen Sie alles. Deswegen sollten wir nicht in den Diskussionen immer eine Erwar-

tungshaltung wecken, die sagt, wenn das gelöst ist, ist automatisch die Problematik gelöst und das Vertrauen der Bevölkerung da. Also davor warne ich.

In Berlin wird gerade eine stimmungsvolle Debatte über die Zurückweisung an der deutschen Grenze geführt. Die BMV unterstützt dabei den Plan des Bundesinnenministers, und das ist, mit Verlaub, ihr gutes Recht. Ich frage mich nur, ob Sie den Plan des Bundesinnenministers BMI kennen. Ich als zuständiger Innenminister kenne ihn jedenfalls nicht. Ich kenne von den 68 Punkten einen, das ist die Frage über die entscheidende Rückweisung.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Es sind immer noch 67 Punkte. Insofern habe ich natürlich große Sorge, dass wir jetzt eine stimmungsvolle Debatte führen über einen möglichen Punkt und über 68 mögliche andere reden wir nicht. Also wir führen eine Diskussion zu einem Tagesordnungspunkt ohne eine umfassende Diskussionsgrundlage. Ich bedauere das, das ist ein ganz anderes Thema, dass die Innenminister und die Innenpolitiker in den Ländern, egal von welchen Fraktionen, bis zum heutigen Tag dazu noch keinen Masterplan oder sonstigen Plan haben, wie auch immer, aber das ist jedenfalls die Situation derzeit.

Fakt ist, die deutsche Asylpolitik ist eine völlig andere als vor drei Jahren. Es ist längst nicht alles gut und wie Sie aus dem Innenausschuss und vielen anderen Dingen wissen, wartet auch noch viel Arbeit. Aber unser Asylrecht ist auf jeden Fall viel strenger und die Strukturen sind jetzt viel leistungsfähiger geworden.

Die Flüchtlingszahlen, auch das soll man der Ehrlichkeit halber sagen, bewegen sich derzeit auf einem Niveau, bei dem die vereinbarte Obergrenze für Flüchtlinge im Rahmen der Großen Koa derzeit schon fast wie ein Zuwanderungsprogramm anmutet. Zuletzt waren die Zahlen 2012 so niedrig, wie sie derzeit sind. Deutschland verlor das Fußball-EM-Halbfinale gegen Italien, im Bund regierte Schwarz-Gelb und Barack Obama wurde wiedergewählt. Es kann mir doch keiner erzählen, dass 2012 sich irgendjemand ernsthaft über die Zuwanderungszahlen aufgeregt hat. Hinzu kommt, die Tendenz ist weiter fallend. Wir haben Frühwarnsysteme, die wir vor drei Jahren nicht hatten. Wir beobachten die Entwicklung sehr genau. Nichts deutet auf einen sprunghaften Anstieg der Flüchtlingszahlen derzeit - das betone ich allerdings deutlich: derzeit - hin. Aber das Warnsystem, was wir eingebaut haben, kann eher zu bestimmten Handlungen führen, als das vorher der Fall war.

Zurückweisungen an der Grenze hin oder her, die Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung des Flüchtlingsstromes in den zurückliegenden Monaten waren auf jeden Fall erfolgreich. Fakt ist aber auch, natürlich treibt viele Menschen das Thema Asyl um. Da helfen die Zuwanderungsstatistiken nicht viel und da hilft es auch nicht, dass schwere Straftaten von Flüchtlingen, die auch vorkommen, oder der Anteil der Straftaten, die durch Flüchtlinge begangen worden sind, ins Verhältnis zu der Gesamtzahl der Straftaten zu setzen sind. Jeder von uns, der wie ich regelmäßig mit den Menschen in unserem Land redet, weiß das, auch wenn der eine oder andere es hier möglicherweise nicht wahrhaben will.

Deswegen ist es gut und richtig, dass die Bundesregierung einen Masterplan zum Thema Asyl und Zuwande-

rung aufstellt. Und ich finde es auch in Ordnung, wenn dabei die Vor- und die Nachteile einer Zurückweisung an der Grenze diskutiert und gegeneinander abgewogen werden. Was ich jedoch nicht in Ordnung finde, ist der Ton, in dem diese Debatte geführt wird.

(Bernhard Wildt, BMV: Aber nicht von uns.)

Hier geht es um Völkerrecht, hier geht es um Menschenrechte, hier geht es um das Grundgesetz und deutsche Gesetze, hier geht es um ein wichtiges Thema auch für die Menschen in unserem Land. Da sollte man die Emotionen in der Bevölkerung aufnehmen und vor allen Dingen sollte man sie ernst nehmen, aber man sollte sie nicht auch noch schüren. Um einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte zu leisten, werde ich ein paar Fakten, lieber Kollege Manthei, und ein paar Denkanstöße präsentieren.

Erstens. Der vorliegende Antrag ist blanker Unsinn. Ich denke, das wird die BMV-Fraktion auch eingesehen haben. Ich kenne keinen vernünftigen Politiker, der fordert, ab sofort alle asylsuchenden Ausländer – so muss man den Antrag ja lesen – abzuweisen. Und schon gar nicht plant das BMI diesen Schritt. Liebe Kollegen, etwas mehr Sorgfalt bei der Formulierung von Anträgen zu diesem sensiblen Thema darf man sehr wohl erwarten, denn das Asylrecht in Deutschland ist so, wie es ist, und somit haben auch die Behörden es dementsprechend umzusetzen.

Zweitens. Das ganze Thema – und darauf habe ich ganz am Anfang verwiesen – Zurückweisung ist rechtlich umstritten. Da braucht mir hier keiner zu kommen und zu sagen, er wisse es ganz genau. Auch ich kenne die deutsche Rechtslage und auch ich kenne die internationalen Abkommen. Was wann Vorrang hat, darüber streiten sich die Gelehrten auf höchster Ebene. Es gibt für beide Seiten gute Argumente. Ich kann als Nichtjurist auch beiden Argumenten vieles abgewinnen, aber pauschal sagen, wer oder nur der hat recht, das ist ausgesprochen schwierig. Gerade wer sich besonders dick das Schlagwort "Rechtsstaatlichkeit" auf die Fahne schreiben möchte, sollte hier, glaube ich, umso vorsichtiger formulieren.

Drittens. Unstrittig ist, dass Rückführungen im Rahmen der Dublin-Verordnung durchgeführt werden können. Hier hakt es – vorsichtig gesagt oder freundlich formuliert – oftmals bei der Aufnahmebereitschaft innerhalb der EU und aus anderen Gründen, die ich schon im Rahmen des Vollzugsdefizits mit ansprach. Aber genau an dieser Baustelle arbeiten wir und die Bundesregierung derzeit mit Hochdruck.

Viertens. Als Europaminister bin ich bestens über das Grauen der Verhandlungen zum Brexit informiert. Der Brexit ist – da sind wir uns, glaube ich, unstrittig einig – einfach Mist. Leider scheinen das schon wieder viele vergessen zu haben. Der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit in Europa sind ein hohes Gut. Gerade Deutschland sieht sich zu Recht in der Verantwortung, für diesen Zusammenhalt zu kämpfen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig, Herr Minister. – Glocke der Vizepräsidentin)

Jeder Alleingang eines Mitgliedsstaates, da nehme ich ausdrücklich Deutschland nicht aus, schadet diesem Zusammenhalt.

(Thomas Krüger, SPD: Auch das ist richtig.)

Wenn sich die Bundesregierung nun in welchem Umfang auch immer auf Zurückweisungen verständigt, dann werde ich das unterstützen. Aber genauso werde ich die Bundesregierung dabei unterstützen, sich vor dieser Entscheidung zunächst gemeinsam mit unseren Verbündeten, Partnern und Freunden in Europa zu beraten, wie letzte Nacht geschehen, wo eine Reihe von Informationen uns derzeit allen noch nicht zur Verfügung stehen beziehungsweise wir noch nicht in dem Umfang die Möglichkeit hatten, uns damit zu befassen. Eine europäische Lösung – das sollte, glaube ich, außer Zweifel sein – ist die beste und die bessere Lösung von allem, was hier in den letzten Wochen und Monaten diskutiert wurde.

Fünftens. Wer die Zurückweisung an der Grenze fordert, soll den Bürgern aber auch gleich erklären, wie es praktisch umgesetzt wird. Kollege Kramer hat heute auf die Grenzübergänge in Mecklenburg-Vorpommern verwiesen, auf die vier, aber auf die unzählig vielen grünen Grenzübergänge hat er auch verwiesen. Können Sie sich vorstellen, dass wir an den Grenzübergängen wieder Sperren, Wasserwerfer oder Sonstiges aufbauen? Das, kann ich Ihnen sagen, wird in der heutigen Zeit nicht realisierbar sein.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister!

Minister Lorenz Caffier: Selbst wenn wir ...

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kramer?

Minister Lorenz Caffier: Bitte schön.

Nikolaus Kramer, AfD: Vielen Dank, Herr Minister.

Wissen Sie, an wie vielen der 90 Grenzübergänge in Bayern derzeit stationäre Kontrollen durchgeführt werden?

Minister Lorenz Caffier: Ich kann Ihnen das sagen. Die bayerischen Grenzkontrollen sind derzeit in erster Linie an vier Grenzübergängen, aber an 90 führen sie sozusagen flexible Kontrollen durch. Aber sie haben noch jede Menge grüne Grenzübergänge, die sie auch nicht absichern, nicht verbarrikadieren oder keine Wasserwerfer hinstellen, weil anderes geltendes europäisches Recht dagegenspricht. Über diese, sage ich mal, illegalen Grenzübergänge rede ich, die dann auch vorhanden sind. Und wenn wir schon Zurückweisungen an der Grenze ansprechen, können wir nicht nur über die legalen reden, dann erwartet natürlich der Abgeordnete zu Recht, wie geht ihr mit den illegalen Grenzübergängen um,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

sonst ist die ganze Diskussion ja nicht nachvollziehbar. Und das ist das, wo ich sage, wir müssen aufpassen, wenn wir Erwartungen wecken, dass nachher der Vollzug auch dementsprechend realisiert werden kann. Ich möchte als zuständiger Innenminister keinen Wasserwerfer an einer illegalen Grenze hinstellen. Das halten wir auch nur zwei Minuten als Deutschland durch, egal, wo es der Fall wäre. Das gehört ja zur Realität dazu.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Deswegen warne ich immer nur, dass wir nicht Erwartungshaltungen wecken, die auch gar nicht realisierbar sind, sondern dass wir uns auf das geltende Recht, die geltenden Grenzübergänge und so weiter beziehen.

Nikolaus Kramer, AfD: Danke.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wie viele Leute stellen sich doch per Antragstellung selber?)

**Minister Lorenz Caffier:** Selbst, wenn wir Zurückweisungen auf die deutsche Grenze in Bayern beschränken würden, bestünde die Gefahr, dass die Asylbewerber versuchen würden, über Sachsen, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern einzureisen. Das wäre dann sicherlich ein zweifelhafter Erfolg.

Ich glaube daher, dass wir mehr Erfolg haben werden, wenn wir den Asylbewerbern den Anreiz nehmen, nach erfolgter Antragstellung in einem EU-Staat überhaupt noch weiter nach Deutschland zu reisen. Und die Dinge, die jetzt diskutiert werden, nur noch volle Mittelauszahlung dort, wo man ankommt und Erstaufnahme hat, und alle anderen Länder können beispielsweise die Leistung reduzieren oder müssen die Leistung reduzieren, sind von den Ansätzen her die richtigen Ansätze, damit wir nicht so eine Art Reisebewegung innerhalb der Länder haben und der Asylreisende dorthin geht, wo es den besten Leistungsumfang gibt. Dieses Prinzip funktioniert ansatzweise ja schon beim Türkei-Abkommen.

Wer als Asylbewerber in einem anderen EU-Land registriert worden ist und trotzdem in Deutschland auftaucht, muss nach zwei, drei Wochen in einer Erstaufnahmeeinrichtung wieder in den für das Verfahren zuständigen Staat zurückgeführt werden. Sobald dieses System reibungslos funktioniert, werden es sich die Asylbewerber zweimal überlegen, ob sie sich auf den Weg machen. Ich weiß, diese Verhandlungen sind mühsam, aber das waren sie letztendlich auch mit der Türkei, und am Ende doch erfolgreich.

Sechstens. Unabhängig davon, wie mit Dublin-Fällen an der Grenze zukünftig umgegangen wird, spreche auch ich mich schon jetzt für die Zurückweisung aus, und zwar für solche Personen mit Wiedereinreisesperre. Die Bundesregierung macht das ja seit einigen Tagen wieder, und das ist auch richtig so. Ich finde, hier sollten wir ohne Diskussion zwischen den Fraktionen ein klares Zeichen setzen. Es bleiben die gleichen Probleme bestehen, die ich eben geschildert habe. Dennoch kann ich mich mit dieser Entscheidung sehr gut anfreunden.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist jetzt am Zug, vernünftige Lösungen mit unseren Partnern zu erarbeiten, und – offensichtlich jedenfalls – in der letzten Nacht einen großen Schritt vorangekommen. Egal, was am Ende herauskommt, auf keinen Fall sollte über diese Frage der Zusammenhalt Europas gefährdet werden. Das Vermächtnis von Adenauer, Brandt und Kohl sollte tunlichst niemand leichtfertig aufs Spiel setzen. Wer nach außen Trump, Putin und den Chinesen die Stirn bieten will, intern aber auf Abschottung und Einzelgängerei setzt, hat das Prinzip der Logik nicht verstanden. Das ist keine Europaromantik, sondern das ist schlichte Realpolitik.

Ich kenne sowohl Angela Merkel sehr gut als auch Horst Seehofer. Ich bin guter Dinge, dass sich die beiden in den nächsten Tagen zusammenraufen werden und das Thema dann vom Tisch ist. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Der Minister hat seine Redezeit um reichlich drei Minuten überschritten. Die würden gegebenenfalls den Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, zur Verfügung stehen. Aber jede Fraktion hat so viel Redezeit, dass wir erst mal sehen müssen, ob das notwendig ist.

Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer**, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Liebe Landsleute! Ende Mai, also vor wenigen Wochen, forderten wir den Innenminister dieses Landes dazu auf, zu handeln.

(Manfred Dachner, SPD: Das weiß der Minister auch alleine.)

Er sollte sich auf der anstehenden Ministerkonferenz dafür einsetzen, die geltende Rechtslage endlich wieder zu aktivieren. Die illegale Migration nach Deutschland sollte mithilfe des Grundgesetzes und der konsequenten Anwendung europäischer Verträge gestoppt werden. Vieles ist seitdem in Europa passiert, im Innenministerium jedoch nichts. Bis vor Kurzem wussten die Bürger dieses Landes nicht, welche Blüten die skandalöse Grenzoffenhaltungspolitik ausgebildet hat.

(Heiterkeit bei Manfred Dachner, SPD)

Wir wussten nicht, dass es möglich gewesen ist, als abgeschobener Terrorist wieder ins Land zu dürfen.

Liebe Bürger dieses Landes, ich weiß nicht, wie es Ihnen dabei geht, mir jedoch fällt es schwer, an einen funktionierenden Rechtsstaat zu glauben, wenn die Landesregierung mühsam über die Notwendigkeit von Abschiebungsmaßnahmen spricht, gleichzeitig aber dann in Kauf nimmt, dass durch offen gelassene Grenzen diese Menschen wieder hereinspazieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die "Bild" berichtete diesbezüglich am 19. Juni über ein skandalöses Beispiel.

(Thomas Krüger, SPD: Wo ist denn Ihre Alternative?)

"Selbst abgelehnte und abgeschobene Asylbewerber", ...

(Thomas Krüger, SPD: Sagen Sie mal, wie Sie es machen wollen!)

Hören Sie bis zum Ende zu, Herr Krüger, dann werden Sie die Alternativen hören!

(Thomas Krüger, SPD: Kommen Sie doch mal zu Alternativen! Ich bin gespannt!) ... "für die ein offizielles Wiedereinreiseverbot besteht, kommen einfach zurück nach Deutschland und beantragen hier dann legal noch einmal Asyl! Und werden NICHT abgewiesen! ... Gegen den mutmaßlichen Ägypter Sayed M. ... wurden diverse Ermittlungsverfahren u. a. wegen des "Aufenthalts in einem Ausbildungslager des Terrornetzwerks arabischer Mudschaheddin' eingeleitet. Im Jahr 2012 reiste er aus Deutschland aus, angeblich nach Ägypten. Und wurde mit einer "offiziellen Wiedereinreisesperre bis 2022' belegt. Doch im Herbst 2017 reiste Sayed M. "trotz bestehender Sperrwirkung' erneut nach Deutschland ein, beantragte in der Essener Außenstelle des BAMF am 2. November 2017 Asyl. Er lebt derzeit unbehelligt in NRW!" Zitatende.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und AfD)

Herr Innenminister, wie kann das sein? Wie kann eine Regierung, die unsere Bürger schützen will und dem Gesetz verpflichtet ist, so etwas zulassen? Mit Verlaub, ernst zu nehmende Sicherheitspolitik findet in Mecklenburg-Vorpommern offensichtlich nicht statt!

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heydorn?

Nikolaus Kramer, AfD: Nein.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Passt nicht ins Video rein da. Die Frage passt nicht ins Video.)

Herr Caffier, hören Sie Bundesinnenminister Seehofer bitte endlich zu und beziehen Sie Stellung! Er spricht von Systemkrise.

(Jochen Schulte, SPD: Die Systemkrise von Herrn Seehofer findet nur in Ihrem Kopf statt.)

Der Bundesinnenminister spricht offen das aus, wovor die AfD seit Ausbruch der Migrationskrise gewarnt hat. Er sagt klipp und klar, unmissverständlich, dass das Asylsystem in Deutschland nicht mehr funktioniert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, Politik hat sich für die Bürger einzusetzen. Die Politik muss für stabile Verhältnisse im Land sorgen. Eine Systemkrise, wie von Herrn Seehofer zugegeben wurde, ist das Gegenteil von stabilen Verhältnissen. Der BAMF-Skandal und die vielen angeblichen Einzelfälle, die als blutige Morde in den Abgesang der Ära Merkel historisch einziehen werden, sind neben der schlummernden Eurokrise und dem mit Macron jüngst beschlossenen Eurobudget ein Affront gegen die fleißige und friedliche Mitte unserer Gesellschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

An dieser Stelle sei mir die Frage gestattet, wie der Amtseid der Kanzlerin lautet. Ich rufe ihn gern in Erinnerung. Ich zitiere den Amtseid: "Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und

verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe." Zitatende.

(Manfred Dachner, SPD: Und weiter?)

Anstatt dies nun gewissenhaft zu tun und endlich Konsequenzen aus dem fatalen Signal der offenen Grenzen zu ziehen, erleben wir etwas ganz anderes, denn der Schwur der Kanzlerin ist mit Blick auf ihre Politik umdefiniert worden. Henryk M. Broder hat ihn treffsicher übersetzt, ich zitiere abermals: "Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle der europäischen Integration widmen, das Europarecht höher als das Bundesrecht achten und alle Beschlüsse des Europaparlaments gewissenhaft umsetzen werde, so wahr mir Jean-Claude Juncker helfe!"

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Die Debatte zum unerwartet heftigen Asylstreit in der Union ist bezeichnend. Es mutet schon irgendwie komisch an, wenn die eine Unionspartei der anderen Unionspartei als Kompromiss anbietet, dass man einen Teil – und jetzt hören Sie zu! –, einen Teil der Gesetzeslage wieder einhält. Ja, es geht um bestehende Gesetze, die eingehalten werden sollen. Dies zeigt auf, wir leben in einer Zeit der Grundgesetzverachtung, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Das sagt die richtige Partei! Das sagt die richtige Partei! – Jörg Heydorn, SPD: Das ist völlig absurd. Das ist völlig absurd, was Sie hier von sich geben!)

Die Regierungsparteien in Mecklenburg-Vorpommern haben nichts Besseres zu tun, als im schnöden Einklang mit Frau Merkel die Augen vor der Realität zu verschließen, die geltende Rechtslage zu ignorieren und sich dabei auch noch dumm und dämlich zu verdienen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jörg Heydorn, SPD: Also Asyl ist ein Grundrecht.)

Herr Heydorn, ne?!

(Jörg Heydorn, SPD: Und dann entscheidet ein Grenzbeamter, ob das Grundrecht jetzt ausgehebelt werden kann oder nicht?!)

Herr Kokert warnt davor,

(Jörg Heydorn, SPD: Das ist doch irgendwie lächerlich!)

dass ein Koalitionsbruch gravierende Folgen für Mecklenburg-Vorpommern hätte. Angeblich würde dann kein Geld mehr nach M-V kommen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Herr Kokert – gerade sind Sie leider nicht da –, es ist trotzdem beschämend, so mit den Ängsten der Bürger zu spielen.

(Jochen Schulte, SPD: Schämen Sie sich eigentlich nicht?)

Das können Sie doch nicht ernst meinen!

(allgemeine Unruhe – Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Als wenn unser Land aufgrund ...

(Glocke der Vizepräsidentin – Jochen Schulte, SPD: Die braune Soße trieft Ihnen ja aus dem Kopf raus! Das kann ich gerne noch mal wiederholen. Da habe ich kein Problem damit. Da nehme ich auch einen Ordnungsruf dafür in Kauf.)

Es ist beschämend, so mit den Ängsten unserer Bürger zu spielen. Das können Sie nicht ernst meinen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Sie schüren die Ängste! Sie schüren die Ängste! – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Als wenn unser Land aufgrund des patriotischen Restgewissens der CSU auf dem Spiel stünde! In Wahrheit sind es doch Ihre alternativlosen Denkverbote

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sowie die verbohrten Durchhalteparolen von Angela Merkel,

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

die unsere Heimat in die Polarisierung gelenkt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und was sagt die Frau Ministerpräsidentin zum Streit der Union? Sie wünscht sich ein schnelles Ende des Konflikts. Sie sagt, dieser sei verantwortungslos. Ich will Ihnen eines sagen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

ein Wunschkonzert hat noch keinen Terroranschlag und keine Vergewaltigung verhindert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

Viel wichtiger wäre jetzt ein europäisches Grenzkonzert. Gemeinsam mit Italien und Österreich haben wir die historische Chance, der illegalen Migration einen Riegel vorzuschieben, damit wieder Politik für die Bürger Deutschlands gemacht werden kann, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, ein Blick in diese beiden Länder – ich meine weiterhin Österreich und Italien, man könnte aber auch Bayern und Sachsen nennen – zeigt nämlich eines allzu deutlich: Die Sozialdemokratie ist ein Trümmerhaufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die dortigen Parteien sind von einer überfällig gewordenen asylpolitischen Wende einfach verschluckt worden, und dies mehr als zu Recht.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten da Cunha?

Nikolaus Kramer, AfD: Nein.

(Torsten Renz, CDU: Passt nicht ins Video. – Zurufe von Dirk Friedriszik, SPD, und Nadine Julitz, SPD)

Sowohl CDU als auch SPD reden jetzt wieder von Europa. Sie tun dabei so, als würde die Verteidigung nationaler Interessen automatisch einen Gegensatz zur EU darstellen. Das ist eine dummdreiste Verdrehung von Tatsachen, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nicht das nationale Interesse Deutschlands, sich gegen die Zuwanderung von Kriminellen und Leistungsbeziehern zu wehren, ist das Problem, die offenen Grenzen selbst sind es.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

die den anderen Ländern der Europäischen Union

(Nadine Julitz, SPD: Blödsinn!)

mehr als deutlich vor Augen geführt haben, dass ein solcher Irrsinn gefährlich ist. Es war der historische Alleingang einer Kanzlerin gegen die Interessen nahezu aller Europäer. Es folgten die weitgehende Isolation Deutschlands, die Entfremdung zu Osteuropa und der Brexit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Merkel fuhr einen moralischen Imperialismus gegen Europa auf, den sie bis heute benutzt, um an der Macht zu bleiben, wahrscheinlich nicht mehr allzu lange.

> (Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Der Innenminister hat es vorhin auch schon angedeutet,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

der Innenminister hat es vorhin auch schon angedeutet, bis zum heutigen Morgen haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel über die Flüchtlings- und Migrationspolitik beraten. Die EU-Staaten haben sich nach stundenlangem Ringen auf eine härtere Linie in der Asylpolitik geeinigt. Alleingängen beim Thema Migration erteilten sie eine klare Abfuhr, es könne nur einen europäischen Ansatz geben. Es ging neben sogenannten Anlandeplattformen in Nordafrika und AnKER-Zentren aber vor allem um die Sicherung der europäischen Außengrenzen und die Verhinderung von Sekundärmigration. Dennoch bleibt festzustellen, dass die Ergebnisse des EU-Gipfels bisher nichts anderes sind als bloße Absichtserklärungen, die auf Freiwilligkeit setzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Susann Wippermann, SPD: Holen Sie mal Luft, Mensch!) Das einzig Interessante an den Ergebnissen ist jedoch, dass nationale Maßnahmen zur Grenzsicherung ausdrücklich erlaubt sind.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD)

Meine Damen und Herren der Regierungsparteien, indem Sie weiter treu an der Seite dieser Kanzlerin stehen, spalten Sie Europa, und das hat wohl inzwischen auch die CSU erkannt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Artikel 16a unseres Grundgesetzes, wonach asylsuchende Personen aus sicheren Drittstaaten zurückzuweisen sind, ist deshalb ein unausweichlicher Anker für das Trennungsgebot zwischen wirklicher Verfolgung und Sekundärmigration. Das Grundgesetz muss wieder Anker für die Zukunft unseres Landes sein, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die AfD hat sich immer für den Interessenausgleich der Europäer ausgesprochen, Herr Krüger.

(Thomas Krüger, SPD: Bauen Sie eine Mauer um Deutschland?)

Wir sehen nun,

(Thomas Krüger, SPD: Wie wollen Sie es umsetzen?)

dass gerade Österreich als direkt betroffener Nachbar unserer sozialstaatlichen Magnetkraft nur darauf wartet, dass Deutschland handelt.

(Thomas Krüger, SPD: Wie wollen Sie es umsetzen?)

Österreich hat offiziell für sich ausgeschlossen,

(Thomas Krüger, SPD: Ach so! Kein Plan!)

dass eine Zurückschiebung von Migranten einen Nachteil bedeutet.

(Horst Förster, AfD: Sie wollen es ja gar nicht erst probieren! – Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

Nachdem ich im letzten Monat hier im Landtag davon berichten durfte,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

wie die Bundespolizei nur darauf wartet,

(Thomas Krüger, SPD: Sie wissen nicht, wie es gehen soll.)

geltendes Recht endlich wieder umzusetzen,

(Glocke der Vizepräsidentin – Jörg Heydorn, SPD: Also der Bruch des Grundgesetzes wird hier gefordert.)

sind mittlerweile auch Österreich und Italien bereit dazu,

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

konsequent gegen illegale Migration vorzugehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Einen Moment, Herr Fraktionsvorsitzender!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben alle so viel Redezeit. Kommen Sie bitte ans Pult und reden, und nicht im Dialog oder sogar in gemeinschaftlicher Diskussion über die Bänke hinweg. Dann kann man den Redner nicht mehr verstehen, und das sollten wir doch zumindest respektieren.

**Nikolaus Kramer**, AfD: Mittlerweile sind auch Österreich und Italien bereit dazu, konsequent gegen illegale Migration vorzugehen. Sie alle hoffen auf ein Zeichen aus Deutschland, meine Damen und Herren. Die europäische Lösung der völlig aus dem Ruder gelaufenen Migrationskrise beginnt mit einem Stoppzeichen aus Deutschland. Die AfD hat seit Beginn der Migrationskrise gefordert, dass, wenn Europas Grenzen nicht geschützt werden, ein effektives Zeichen der Sicherung deutscher Grenzen notwendig ist.

(Thomas Krüger, SPD: Wie wollen Sie es tun? Sagen Sie doch mal, wie!)

Unsere im Landtagswahlkampf auf Plakaten gestellte Forderung

(Thomas Krüger, SPD: Sie bieten doch keinerlei Lösungen! Das sind alles nur Blasen, die Sie bringen!)

"Grenzen sichern, Terror stoppen" ist durch die Aussetzung des Wiedereinreiseverbotes für Terroristen von erschütternder Aktualität.

Herr Krüger, Ihre Regierungspolitik, das sind Blasen! Das sind Blasen für unsere Bürger!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Und wo ist Ihre Lösung? Sie lösen doch nicht!)

Beinahe 75 Prozent der Deutschen

(Thomas Krüger, SPD: Eine Mauer wollen Sie bauen um Deutschland, stimmts?)

glauben nicht an eine von Angela Merkel initiierte europäische Lösung der Migrationskrise. Die Zahl belegt in gewisser Weise Trumps Feststellung, dass sich große Teile der Bevölkerung von der Kanzlerin und ihrer utopischen Grenzöffnung abwenden.

> (Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Nadine Julitz, SPD, und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es ist eine spektakuläre Unbelehrbarkeit, die Frau Merkel mit ihrer sturen Haltung gegenüber den Vorschlägen der CSU beweist.

(Thomas Krüger, SPD: Dann sagen Sie uns doch, wie es gehen soll! – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD) 2015 ging sie im nationalen Alleingang monatelang dazu über, sich gegen einen Interessenausgleich in Europa zu stellen. 2018, während des Asylstreits, spricht sie nun ständig von einer europäischen Lösung, um zugleich alles dafür zu tun, damit diese eben nicht erreicht wird. Holger Steltzner hat dies jüngst sinnbildlich in der FAZ beschrieben, und ich zitiere abermals:

#### (Zuruf von Christiane Berg, CDU)

"Merkels Willkommenspolitik hat aus dem deutschen Asylrecht ein Asylantragsrecht gemacht, bei dem nicht zwischen politisch Verfolgten, Wirtschaftsmigranten oder Zuwanderung ins deutsche Sozialsystem unterschieden wird. Jeder, der an der Grenze Asyl sagt, wird Antragsberechtigter von meist unabsehbarer Dauer, obwohl es kein Recht auf ein Leben im Staat der eigenen Wahl gibt."

#### (Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

"Man muss das langsam lesen, um es zu begreifen: Der Innenminister will geltendes deutsches Recht anwenden, weshalb ihm die Bundeskanzlerin mit Entlassung droht ... Und dann stellt Merkel auch noch Milliarden für Macrons Eurozonenpläne in Aussicht, damit ihr Paris dabei hilft, Seehofer niederzuringen." Zitatende.

#### (Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sehr geehrte Kollegen der BMV-Fraktion, nicht erwähnt haben Sie in Ihrem Antrag das Selbsteintrittsrecht und auch über die Selbsteintrittspflicht haben Sie nicht gesprochen. Vielleicht kommt das noch in Ihrem anschließenden Redebeitrag. Dennoch ist Ihr Antragstext einfach fehlerhaft formuliert, denn Seehofer fordert gerade nicht die generelle Zurückweisung von asylsuchenden Ausländern, wie in Ihrem Antrag zu lesen ist. Er fordert, dass alle Personen, die bereits im Ausland über Eurodac registriert sind oder von einem Wiedereinreiseverbot betroffen sind, zurückgeschoben werden sollen. Politisch wäre natürlich eine solche Formulierung des Antragstextes, den wir praktisch genau so bereits im letzten Plenum eingebracht haben, zu unterstützen - im Übrigen hat die BMV-Fraktion unseren Antrag im vergangenen Plenum abgelehnt, das sei hier an dieser Stelle auch noch mal in Erinnerung gerufen -, nur leider hat dieses Wunschdenken nichts mit dem angekündigten Handeln des Noch-Bundesinnenministers zu tun.

Aufgrund dieser falschen Darstellung der politischen Lage werden wir Ihren Antrag ablehnen. Nach gängiger Rechtslage sind die von mir beschriebenen Sachverhalte Selbstverständlichkeiten. Die ganze Debatte ist ein Zeichen der Merkel-Schmelze im Land. Das macht Hoffnung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: So, und jetzt Ihre Alternativen! Ach, waren gar keine da!)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hier fielen am heutigen Tage einige schöne, treffende Schlagworte, zuletzt von Herrn Kramer selbst gebraucht. Aber fangen wir mit einem treffenden mal an, das hat Dr. Weiß heute benutzt, "politischer Unfug". "Dummdreiste Verdrehung", das trifft,

glaube ich, den Beitrag von eben am allerbesten. Man könnte es auch "Sommertheater" nennen. Es vergeht keine Landtagssitzung oder fast schon keine Debatte zu einem Antrag mehr, ohne dass das Thema Flüchtlinge hier mit hineingewoben wird,

# (Zurufe von Nadine Julitz, SPD, und Horst Förster, AfD)

und immer in einer Art und Weise, hier etwas zu vermitteln. Es richtet sich jedes Mal gegen Flüchtlinge und Schutzsuchende, die nach Deutschland kommen.

Man kann derzeit beim "Deutschlandfunk" eine Abhandlung zu der Überschrift finden "25 Jahre "Asylkompromiss" – Chronologie einer Grundrechtseinschränkung". Wenn man sich die letzten Jahre anguckt, sich den Ursprung der Flüchtlingspolitik innerhalb der EU anschaut, in die Genfer Flüchtlingskonvention von 1954 schaut und sich anguckt, wo wir heute stehen, ich glaube, das ist sehr, sehr aufschlussreich. Deswegen gestatte ich mir einmal, den Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention hier zu zitieren:

"1. Die vertragschließenden Staaten werden wegen unrechtmäßiger Einreise oder Aufenthalts keine Strafen gegen Flüchtlinge verhängen, die unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit im Sinne von Artikel 1 bedroht waren"

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

"und die ohne Erlaubnis" ...

Sie können dazu nachher noch gerne Stellung nehmen.

... "in das Gebiet der vertragschließenden Staaten einreisen oder sich dort aufhalten, vorausgesetzt, dass sie sich unverzüglich bei den Behörden melden"

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

"und Gründe darlegen, die ihre unrechtmäßige Einreise oder ihren unrechtmäßigen Aufenthalt rechtfertigen."

Und im Punkt 2: "Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen beim Wechsel des Aufenthaltsortes keine Beschränkungen auferlegen, außer denen, die notwendig sind; diese Beschränkungen werden jedoch nur so lange Anwendung finden, wie die Rechtsstellung dieser Flüchtlinge im Aufnahmeland geregelt oder es ihnen gelungen ist, in einem anderen Land Aufnahme zu erhalten", und so weiter. Die Flüchtlinge sind zu unterstützen. Das ist die Ausgangslage.

Sie haben hier eben schon aus verschiedenen rechtlichen Regelungen zitiert, teilweise natürlich unvollständig, weil es gerade so passte, aber Sie haben das Selbsteintrittsrecht zitiert und andere Dinge. Nach der Flüchtlingswelle 2015, nachdem die Vorwürfe laut wurden, die Kanzlerin hätte Recht gebrochen, deutsches Recht gebrochen, europäisches Recht gebrochen, hat der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages das aufgearbeitet. Er hat all diese Einzelpunkte und Einzelregelungen untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass hier mitnichten Recht gebrochen wurde. Deswegen finde ich diese Diskussion, diesen ständigen Vorwurf, den wir eben hier auch wieder gehört haben, einfach überflüssig und den sollte man doch langsam mal lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Jörg Heydorn, SPD: Das ist kein Vorwurf, das sind Lügen! Lügen sind das!)

Das ist eine glatte Lüge, nach dieser Rechtsauffassung ist es eine glatte Lüge. Ich habe mich so vorsichtig ausgedrückt,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

weil wir wissen, dass manche Juristen auch nur ihre eigene Einschätzung und Beurteilung gelten lassen. Professor Weber ist ja auch immer ein Beispiel dafür. Wenn er sich eine Meinung gebildet hat, denke ich mal, ist eine Meinung eines anderen Professors/Rechtsgelehrten für ihn auch nicht mehr maßgebend,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Was erzählen Sie da denn für absoluten Unsinn?!)

aber das nur am Rande.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Einen Beleg dafür, einen einzigen! Das ist eine Verleumdung, was Sie da machen! Das ist eine Unverschämtheit! Glatte Lüge!

Das gebe ich jetzt zurück.)

Das ist jetzt Ihre Meinung.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sie träumen sich hier was zusammen, politisch und ideologisch! – Glocke der Vizepräsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Jetzt ist es aber gut, Herr Professor Weber!

Martina Tegtmeier, SPD: Der Innenminister hat es schon angesprochen, meine Vorredner auch, es ist in den Asylverhandlungen auf europäischer Ebene ein Teilergebnis erzielt worden. Der Asylkompromiss ist noch nicht vollständig gefunden worden, es wird weiterverhandelt, aber die konkreten Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Was man von Bundesebene hört, ist, die SPD hat sich wohlwollend geäußert, die CSU allerdings nimmt noch keine Stellung, sie schweigt.

Was den zitierten Masterplan von Herrn Seehofer angeht, hat der Innenminister auch schon darauf hingewiesen, dass wir viele Einzelpunkte ja gar nicht kennen. Einige sind allerdings durchgesickert und bereits heftig kritisiert worden. Zum Beispiel sollen dort auch Punkte aufgeführt sein, die eine weitere Verschlechterung für sich hier befindliche Asylbewerber vorsehen, die Geldleistungen praktisch einstampfen und den Anspruch auf Sozialleistungen erst ab 36 Monaten zum Beispiel einführen sollen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das wäre doch mal ein guter Schritt.)

Das soll auch in diesem Papier drinstehen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Aber noch einmal ganz zum Anfang: Wenn die Situation im Südsudan beispielsweise tatsächlich so ist, dass die Chance oder die Gefahr, dort bei einer Geburt zu sterben, viermal so hoch ist, als im Mittelmeer zu ertrinken, also dann kann ich den Leuten nicht verübeln, dass sie versuchen, das Land zu verlassen, um in bessere Regionen dieser Welt zu gelangen. Wenn der Asylkompromiss auf EU-Ebene – so unvollkommen er vielleicht besonders mir erscheinen mag, wenn man mal die ganzen konkreten Einzelheiten kennt – dazu dient, Menschenleben zu retten und Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren, dann hat er wenigstens eine positive Seite, und auch, wenn er dazu dient, Menschen in Sicherheit unterzubringen, wobei man, wie ich eben schon sagte, sicherlich noch trefflich streiten kann, wie das dann umgesetzt werden soll.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Förster?

Martina Tegtmeier, SPD: Bitte, Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Frau Tegtmeier, eine Frage: Darf sich nach Ihrer Auffassung eine Situation wie 2015 wiederholen?

Martina Tegtmeier, SPD: Ich denke, unmittelbar besteht diese Gefahr nicht. Für die weitere Zukunft, da ich keine Kristallkugel auslesen kann, kann ich Ihnen diese Frage nicht verlässlich beantworten.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Horst Förster, AfD: Darf ich eine ...

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Eine weitere Frage?

Martina Tegtmeier, SPD: Bitte.

Horst Förster, AfD: Ist Ihnen bekannt, dass die eben von Ihnen angesprochene Problematik eines etwaigen Verfassungsbruchs – wo Sie ja die Bejahung als Lüge bezeichnet haben – von maßgeblichen Juristen anders gesehen wird, insbesondere von Herrn Seehofer, der ein Gutachten eines maßgeblichen Verfassungsrichters eingeholt hatte und Verfassungsbeschwerde angedroht hat?

(Jochen Schulte, SPD: Sagen Sie auch, was da insgesamt drinsteht!)

Martina Tegtmeier, SPD: Also dazu habe ich mich vorhin schon geäußert, dass Juristen unterschiedlicher Auffassung sein können. Ich habe mich an die Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages gehalten, der nach dieser Welle und nach diesem Vorwurf des Rechtsbruchs diese Sachen ausgewertet und bewertet hat.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Ich bin keine Juristin, das wissen Sie alle hier. Möglicherweise nimmt Herr Schulte nachher als Jurist auch noch mal dazu Stellung.

(Jochen Schulte, SPD: Ja, vor allen Dingen als SPD-Mitglied. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

So, ja, der Herr Seehofer: Der Herr Seehofer nimmt für mich zurzeit die Funktion eines Spaltpilzes ein. Für mich

ist die Situation für Deutschland eine sehr gefährliche. Die CSU, Herr Seehofer, Herr Söder, die machen in erster Linie Wahlkampf und benutzen, instrumentalisieren das Flüchtlingsthema. Ich finde es sehr gut, wenn die derzeitigen Umfragen so aussehen, dass das der CSU in Bayern jedenfalls nichts nutzt, von allen anderen Dingen mal abgesehen. Die letzten Umfragewerte sahen ganz im Gegenteil so aus, dass die Bundeskanzlerin bei den Bayern, bei der bayerischen Bevölkerung größere Zustimmung hat als Herr Söder. Würde die CDU in Bayern diesmal zur Landtagswahl antreten,

(Bernhard Wildt, BMV: Das ist ja Spekulation.)

würde sie mehr Prozente erhalten als die CSU.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, die SPD ...

(Bernhard Wildt, BMV: Wie viel Prozent bekommt die SPD in Bayern? – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der BMV)

Das können Sie nachlesen,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

die Umfragewerte sind veröffentlicht.

(Zuruf von Bernhard Wildt, BMV)

Aber die SPD hat zu Seehofers Forderungen und dem Alleingang eine Position, die ich Ihnen hier gerne kurz vortragen möchte, hinter der wir auch hier als Landtagsfraktion voll stehen. Unsere Zukunft ist Europa und ist kein CSU-Klein-Klein. Die CSU gefährdet im Gegenteil Europa. Sie schürt Ängste, schadet dem Zusammenhalt und bremst gemeinsame Lösungen in Europa.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Eine glatte Realitätsverweigerung.)

In Panik vor schlechten Wahlergebnissen bei der Landtagswahl in Bayern handelt sie nach dem Grundsatz "CSU first". Das ist brandgefährlich!

(Zuruf von Bernhard Wildt, BMV)

Die CSU sorgt für Unsicherheit und unberechenbar schwerwiegende Folgen für Deutschland und ganz Europa. Sie bedient sich bewusst Ressentiments, stärkt damit Rechtspopulisten – die AfD-Umfragewerte sind gut in Bayern – und schadet dem Zusammenhalt der Gesellschaft.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nicht nur in Bayern. Das ist überall!)

Nationale Alleingänge schwächen Europa und gefährden damit Arbeitsplätze in unserem Land. Wir wollen das nicht! Für uns ist die Zukunft in Europa und mit Europa und kein CSU-Klein-Klein. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Torsten Renz, CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Redebei-

trag der AfD: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Das steht im Grundgesetz.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Jedes Mal das Gleiche!)

Da steht drin,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Christoph Grimm, AfD)

"die Würde des Menschen", nicht "des deutschen Menschen".

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Trotzdem eine Vorbemerkung: Ich bin noch nicht lange Mitglied in diesem Landtag und eine Juristin bin ich auch nicht. Beim Lesen des Antrages hatte ich erhebliche Probleme rechtlicher Art. Der Landtag soll quasi per Beschluss sich darauf festlegen, ab sofort asylsuchende Ausländer an der deutschen Grenze generell zurückzuweisen. Ein Verfassungsorgan wird also aufgerufen zum Verfassungsbruch. Das Asylrecht des Grundgesetzes ist auch in Mecklenburg-Vorpommern unmittelbar geltendes Recht, das hat der Innenminister so gesagt. Sollte ich Sie falsch verstanden haben? Ich habe es so verstanden: generell.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meinungsfreiheit ist das eine, Aufruf zu möglichem Rechtsbruch das andere.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus hält dieser Antrag auch einem Faktencheck nicht stand. Das Bundesinnenministerium und der Bundesinnenminister wollen und können keineswegs Asylsuchende an der deutschen Grenze umgehend zurückweisen, anderenfalls wäre nämlich der Bundesinnenminister Seehofer bereits jetzt zu entlassen. Noch immer gilt Dublin III. Sie können doch nicht einerseits verlangen, Dublin III in Bezug auf Rückführungen konsequent durchzusetzen und andererseits in Bezug auf die berechtigte Einreise konsequent auszusetzen. Das ist Rechtsbruch beziehungsweise Aufforderung dazu.

Ganz abgesehen davon ist Dublin III ein sehr menschenunwürdiges Verfahren. Daran bleibt unsere Kritik bestehen. Der Bundesminister will vielmehr bereits anderswo in der EU registrierte Asylsuchende an der Grenze zurückweisen, ich komme später noch mal darauf zurück. Die EU hat sich darauf heute Nacht – zumindest fast – geeinigt.

Jetzt kommen wir einmal zu Dublin III: Warum ist es unmenschlich und warum sollten wir nicht damit arbeiten? Neun Staaten umgeben unser Land Deutschland.

> (Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Neun sichere Drittstaaten.)

Neun sichere Drittstaaten umgeben das Land Deutschland. Wie, bitte schön, ist es überhaupt möglich, in dieses Land zu kommen, wenn man nicht mit einem Fallschirm abspringt? Das, was Sie hier verlangen, ist: generell keine Zuwanderung, keine fremden Menschen. Sie verlangen einen Nationalstaat, in dem kein einziger Mensch dieses Land betreten kann.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das würde heißen, kein Mensch aus irgendeinem anderen Land darf dieses Land betreten.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nicht illegal.)

Das ist

(Horst Förster, AfD: Es geht um die illegale Einreise.)

meine Lesart Ihrer Einlassung.

(Nikolaus Kramer, AfD: Völliger Schwachsinn! Völliger Schwachsinn!)

Der vorliegende Antrag wird in diesem Landtag auf breite Ablehnung stoßen, und das ist auch gut so. Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, dass die Ablehnungsgründe beziehungsweise die Motive durchaus unterschiedlich sind. Und wir dürfen auch nicht übersehen, dass durch den wochenlangen unionsinternen Streit und die mediale Berichterstattung andere zentrale bundespolitische Themen verdeckt wurden, Stichworte: Klimapolitik, Handelskriege, Wohnungsmangel, Mietsteigerungen, Altenpflege, Bildung, Kinderarmut.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das ist ja Quatsch!)

Gut gemacht, lieber Herr Seehofer!

Meine Damen und Herren, zu den Fluchtursachen haben wir gestern einiges gehört und viel darüber diskutiert.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Eine Menge Unsinn, ja.)

Zitat: "Ausgerechnet am Weltflüchtlingstag werden erschreckende Zahlen zum Anstieg deutscher Rüstungsexporte in Staaten außerhalb von EU und NATO öffentlich. Waffen schaffen weder Frieden noch zivile Zukunftsperspektiven",

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

"sondern treiben Menschen in die Flucht." Zitatende.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das war jetzt nicht ein original Larisch-Zitat von gestern, sondern das sagte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist ja fast noch schlimmer.)

Flucht ist kein Verbrechen, Kolleginnen und Kollegen! Flüchtende gehören nicht in Lager und nicht in Gefängnisse! Möge Ihr Gott Ihnen vergeben, wenn Sie mit dem Teufel paktieren!

Meine Damen und Herren, AfD-Chef Gauland spekuliert bei der Zurückweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, wie es der vorliegende Antrag anscheinend auch will, auf einen Dominoeffekt bis zum Mittelmeer. Wer diesen AfD-Sound anstimmt, möge bedenken, dass wir nicht von Dominosteinen sprechen. Es geht um Menschen, und die dürfen auch in einem bayerischen Wahlkampf nicht unter die Räder kommen, auch nicht in Mecklenburg-Vorpommern.

(Horst Förster, AfD: Ohne jede Begrenzung.)

Am 27.06.1989 – mein Kollege Ritter hat es schon einmal erwähnt heute – öffneten die Außenminister Alois Mock und Gyula Horn einen Grenzzaun für Menschen. War das etwa nach geltendem Recht damals legal? Oder war es human? Welches wundervolle Land ist durch diese Geste danach entstanden? Ein Deutschland mit vielen Unzulänglichkeiten und noch mehr fantastischen Errungenschaften. Welches wundervolle Europa – sogar meins – war es bis gestern Nacht!

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Und was kommt jetzt? Internierungszone Afrika? Sammellager an Europas Grenzen? Vor 80 Jahren, vom 6. bis 15. Juli 1938, fand die Konferenz von Évian statt. Auch hier haben 32 Staaten versagt, hilfesuchenden Menschen die Einreise und die Zuflucht zu gewähren. Und warum betonen Überlebende und Angehörige humaner, kriegerischer, terroristischer Katastrophen und der Massenmorde und Völkermorde ständig ihr Überleben? Weil aus Opfern nach wie vor Täter gemacht werden. Unsere Waffenexporte und unsere Ausbeutung zwingen die Menschen zur Flucht! Mauern können sie niemals aufhalten und Sie können diese auch nicht so hoch bauen, dass Ihnen das Elend nicht mehr sichtbar ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Horst Förster, AfD)

Lassen Sie mich enden mit den Worten von Häftling Nummer A-7713: "Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?"

Und, Frau Präsidentin, bitte entschuldigen Sie, das ist für Sie, werte AfD-Fraktion:

(Die Abgeordnete Karen Larisch hält ein Blatt Papier hoch.)

"Die Würde des Menschen ist unantastbar." Und das gilt für alle Menschen auf dieser Welt!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Larisch!

Karen Larisch, DIE LINKE: Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Larisch, Sie wissen ja, was jetzt kommt. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie gegen unsere Hausordnung verstoßen haben.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Larisch – äh, Frau von Allwörden, ja.

(allgemeine Heiterkeit)

Das macht mich jetzt auch fertig, weil ich ... Ein Stück weit erst mal ist es natürlich schwierig, eine Sitzung zu

leiten, wenn zwischendrin andauernd Gespräche stattfinden und ich versuche, hier irgendjemanden aufzurufen. Aber ich muss auch ganz ehrlich sagen, solche gezielten Provokationen bringen mich dann schon auch noch ein Stück aus der.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das ist keine Provokation, das ist ein Gesetzesauszug.)

aus der Ruhe.

Und es wird nicht kommentiert, Frau Bernhardt.

Frau Allwörden, Sie haben das Wort und wir drücken jetzt hier erst mal auf die Uhr.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bitte sehen Sie es mir jetzt nach, dass ich nach diesen emotionaleren Reden, die hier schon gehalten wurden, zur Sachlichkeit zurückfinden werde.

(Andreas Butzki, SPD: Na, da bin ich ja mal gespannt.)

Ich möchte auch ungern, da bin ich ganz ehrlich, das damit nämlich auch noch aufwerten. Ich muss sagen, ich bin immer schockiert, wenn gestandene Juristen vor mir stehen und solche Thesen, wie sie die BMV hier in ihrem Antrag formuliert, vertreten. Juristen müssen für mich eigentlich das rechtlich Mögliche im Blick haben. Und ich bin schockiert, wenn Politiker mit solchen Thesen, wie die BMV sie hier in dem Antrag vertritt, vorauspreschen, denn ich bin der Ansicht, dass Politiker weit mehr noch als Juristen das große Ganze im Blick haben müssen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die ganze Welt oder Europa, oder was ist das?)

Aber nun der Reihe nach! Auf Bundesebene hat es Differenzen zwischen der Bundeskanzlerin und dem Bundesinnenminister über weitere Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik gegeben. Da will ich erst mal die Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Beide sind der Ansicht, dass es weitere verschärfende Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik geben muss. Das ist eine ganz klare Feststellung, die mir in der medialen Diskussion komplett fehlt. Wir sprechen also nicht über das Ob, wir sprechen über das Wie, und dann sprechen wir über unterschiedliche Ansichten über das Wie, und das auch nur in einem kleinen und praktisch gar nicht so bedeutenden Punkt, der Zurückweisung an der Grenze.

Und auch dort gibt es Gemeinsamkeiten, also Unstrittiges. Personen, die bereits in einem anderen Land ein Asylverfahren durchlaufen haben, sollen an der Grenze zurückgewiesen werden. Unterschiedliche Ansichten gibt es darüber, ob in anderen Ländern registrierte Flüchtlinge ebenfalls abgewiesen werden können. Der Bundeskanzlerin geht es dabei nicht um die Möglichkeit der Abweisung. Auch die ist juristisch strittig, aber politisch wichtig ist der Schritt danach. Es geht hier nicht um die theoretische Zahl der abgewiesenen Personen, sondern es geht ihr darum, dass diese Personen nicht auf anderem Weg doch noch nach Deutschland kommen.

Nur, weil Deutschland den Zutritt verwehrt, gibt es den Flüchtling ja trotzdem noch innerhalb Europas, und damit er nicht durch die Hintertür über die grüne Grenze illegal nach Deutschland einreist, muss ich doch sicherstellen, wo dieser Flüchtling verbleibt. Die bereits registrierten Flüchtlinge stehen an unserer Grenze und werden abgewiesen, und dann stehen sie erst mal in Österreich. Meinen Sie, Österreich findet das gut? Österreich hat bereits angekündigt, dann ebenso zu verfahren wie Deutschland. Dann stehen die Flüchtlinge also nicht vor der Grenze zu Deutschland oder Österreich, sondern vor der Grenze zu Italien oder Ungarn.

(Dr. Matthias Manthei, BMV: Aber an der EU-Außengrenze. – Zuruf von Bernhard Wildt, BMV)

Und meinen Sie, die Länder ...

(Bernhard Wildt, BMV: An der türkischen Grenze wird geschossen auf die Flüchtlinge. Das ist viel schlimmer.)

Meinen Sie, die Länder finden das gut? Sowohl Ungarn als auch Italien haben ebenfalls angekündigt, diese Flüchtlinge nicht aufzunehmen. Was wird also rein praktisch in diesen Ländern passieren? Die Menschen lösen sich ja nicht einfach so in Luft auf. Diese Flüchtlinge werden einfach nicht mehr registriert werden. Sie werden faktisch von den Regierungen nach Deutschland durchgeleitet werden,

(Dr. Matthias Manthei, BMV: Das ist ein Rechtsbruch. – Zuruf von Christel Weißig, BMV)

eine Situation, die wir bereits vor wenigen Jahren hatten. Und das führt dazu, dass unregistrierte und um Asyl bittende Flüchtlinge vor unseren Grenzen stehen werden. Die müssten wir dann erst mal aufnehmen und das Asylverfahren durchführen, so sagt es unser Grundgesetz. Diese Folgen müssen wir und Sie als Politiker doch im Blick haben! Deshalb geht es gar nicht ohne eine Lösung mit den anderen Ländern und deshalb begrüßt meine Fraktion ganz ausdrücklich die heute Nacht gefundene Lösung in Brüssel.

(Bernhard Wildt, BMV: Das ist ja noch keine Lösung.)

Denn klar ist, dass sich die EU nach jahrelangen Diskussionen um Quoten und um Umverteilung auf eine härtere Asylpolitik geeinigt hat. Und es wurde sich darauf geeinigt, dass viel mehr getan werden muss, damit sich die Menschen nicht mehr über das Mittelmeer nach Europa aufmachen: Anlandezentren im EU-Ausland, eine massive Verstärkung von Frontex, Aufnahmelager in den EU-Grenzländern. Der Schutz der EU-Außengrenze ist ganz klar in den Fokus der Anstrengungen gerückt. Und ganz klar macht diese Einigung auch, eine Lösung kann es nicht alleine durch das Abschotten einer einzelnen Binnengrenze geben.

Aber eine Sache muss ich in der Diskussion noch mal klarstellen ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau von Allwörden, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Manthei?

Ann Christin von Allwörden, CDU: Nein.

Aber eine Sache muss ich in der Diskussion noch mal klarstellen: Worum es auch dem Bundesinnenminister nicht geht, ist die Zurückweisung jedes asylsuchenden Ausländers, so, wie es Ihr Antrag formuliert. Das wäre nämlich juristisch so gar nicht möglich und widerspräche unserem Grundgesetz und jeglichen bilateralen europäischen und völkerrechtlichen Übereinkommen. Nicht registrierte und an der deutschen Grenze um Asyl bittende Menschen dürfen wir nicht zurückweisen! Insoweit ist das der Punkt, wo es bei Ihrer Formulierung schon juristische Bedenken gibt. Und das hat der Bundesinnenminister, wie gesagt, noch nicht mal gefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wünschen und gut finden kann ich viel, aber als Politiker muss ich Wege finden, dies durchzusetzen. Und ohne Gespräche mit eben diesen Nachbarländern wird Deutschland gar nichts zu seinen Gunsten durchsetzen können. Das, und nichts anderes, ist der Weg von Frau Merkel. Und ja, es ist ein langwieriger Weg, es ist ein schwerer Weg, aber so, wie sich die Situation darstellt, ist es der richtige Weg und er führt dazu, dass weniger Flüchtlinge ohne Aussicht auf Schutzstatus zu uns kommen.

Aber sind an der Grenze zu Deutschland stehende Nicht-EU-Ausländer das große Problem, welches wir haben? Medial wird immer suggeriert, es sei in den letzten Jahren in Deutschland im Ausländerrecht nichts passiert. Ist das denn so? Das EU-Türkei-Abkommen hat die Zahl der über das Mittelmeer kommenden Flüchtlinge erheblich reduziert und die Zahl sinkt monatlich weiter.

(Bernhard Wildt, BMV: Was passiert denn an der türkischen Außengrenze?)

Über die Entwicklungshilfe stellt die EU den Ländern außerhalb Europas, die Flüchtlinge aufgenommen haben, Gelder zur Verfügung. Das Ausländerrecht wurde massiv verschärft und wird auch noch weiter verschärft. Und das fruchtet auch alles bereits. Die derzeitigen Zugangszahlen in Deutschland betragen nur noch etwa ein Fünftel der Zahlen aus dem Jahr 2015,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

mit weiter sinkender Tendenz. Allein vom Monat April dieses Jahres zu heute gibt es einen Rückgang um fünf Prozent. Also erzählen Sie doch nicht, dass die Maßnahmen der Bundesregierung und der EU nicht fruchten würden!

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ihr Antrag ist juristisch nicht durchsetzbar, er ist politisch unklug und führt genau zum Gegenteil des bezweckten Effekts. Meine Fraktion, die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, und die CDU im Bund wollen die Zuwanderung begrenzen und wollen dabei, dass alle Länder Europas dieselbe Verantwortung übernehmen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das machen sie aber nicht.)

dass wir mit Zusammenhalt gemeinsam und entschlossen reagieren.

> (Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das machen die nicht. Das wollen die nicht!)

Ihr Antrag erfüllt diesen Zweck nicht. Meine Fraktion wird ihn aus diesen Gründen ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Dr. Ralph Weber, AfD: Eben hat sie gesagt, keine Wunschträume, und jetzt verkauft sie solche.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

**Dr. Matthias Manthei**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte auf den einen oder anderen Vorredner eingehen, zunächst auf den Innenminister: Aus unserer Sicht war der Antrag eindeutig. Es geht um den Plan des Bundesinnenministers und um sonst nichts. Und selbst, wenn Sie das anders ausgelegt haben, spätestens meine mündliche Begründung war eindeutig, dass es hier um die Fälle geht. Ich habe es ausdrücklich gesagt, in der Begründung – da hat der eine oder andere offensichtlich nicht richtig zugehört – geht es um die Fälle der bereits registrierten Flüchtlinge und eben die schon angesprochenen Wiedereinreisesperren. Das erst mal vorab.

Nicht überzeugend fand ich die Ausführungen des Herrn Innenministers zu der Rechtsposition. Ich habe mich bemüht, ausführlich rechtliche Normen zu nennen, und ich habe mich auch bemüht, das in einer verständlichen Sprache zu machen. Wenn man dann einfach nur behauptet, die Rechtslage ist unklar, ohne auch nur ein einziges Wort zu verlieren oder auch nur einen einzigen Paragrafen zu nennen, dann ist das für mich keine überzeugende, keine substanziierte Kritik,

(Jochen Schulte, SPD: Paragraf 3 Dublin-Verordnung.)

dann ist es pauschal dahingerufen.

(Jochen Schulte, SPD: Paragraf 3 Absatz 2.)

Und der zweite Satz ...

Sie können sich ja auch gleich noch melden, Herr Schulte.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Dann erklären noch mal bitte die Kollegen von der SPD und CDU, warum die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eine andere Rechtsansicht hat als die Bundesregierung, die ja von den gleichen Parteien gestellt wird. Gut, auch das ist theoretisch möglich. Ob es politisch so sinnvoll ist, das müssen Sie Ihren Mitgliedern und Wählern selber erklären.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Ich habe das jedenfalls ausführlich dargelegt und ich habe von keinem einzigen ...

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Aber der Landtag beschließt hier Anträge und nicht Begründungen, Herr Manthei.)

Ich will auch schon vorgreifen, Frau von Allwörden, ich wollte nichts Schlimmes fragen, Sie hätten da keine Sorge haben müssen. Ich wollte Sie eigentlich nur fragen,

welche meiner juristischen Thesen Sie schockiert hat, um darauf einzugehen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das war eigentlich nur ...

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Nee, Sie haben gesagt, Sie waren schockiert von der juristischen These. Darauf wäre ich gerne eingegangen, aber da Sie kein Wort gesagt haben, weshalb Sie schockiert waren, bin ich leider nicht in der Lage, darauf einzugehen. Das war auch unsubstanziiert.

Dann ist Herrn Innenminister noch ein Logikfehler passiert, der immer wieder passiert, weil wir immer wieder hören, wenn zurückgewiesen wird an der deutschen Grenze, was passiert da eigentlich, wenn plötzlich Einwanderer davorstehen und ich will sie zurückweisen. Dann kommt immer, der Innenminister sagte, er will nicht Wasserwerfer an der deutschen Grenze. Dann sagen Sie, Herr Innenminister, was wollen Sie denn an der europäischen Außengrenze? Das Problem ist doch nur verlagert. Das Problem wird damit nicht gelöst. Sie verlagern das Problem!

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Das Grenzproblem bleibt.

(Bernhard Wildt, BMV: Richtig!)

Und wenn Sie keine rigide,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und wenn Sie keine rigide,

(Tilo Gundlack, SPD: Wie wollen Sie denn das lösen?)

wenn Sie,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

wenn Sie keine rigide,

(Tilo Gundlack, SPD: Sie wollen schießen, oder was?)

wenn Sie keine rigide Durchsetzung ...

(Tilo Gundlack, SPD: Das können Sie dem deutschen Volk ja auch mal sagen, dass Sie schießen wollen an der Grenze! – Glocke der Vizepräsidentin – Minister Lorenz Caffier: Was wollen Sie machen? Schießen, oder was?)

Nein, unser Antrag bezieht sich ausschließlich darauf -

(Bernhard Wildt, BMV: Erzähl doch nicht so einen Quatsch! Ach! – Tilo Gundlack, SPD: Natürlich wollt ihr das!)

ich sage es noch mal –, dass zurückgewiesen wird, und zwar die bereits Registrierten und die mit einer Wiedereinreisesperre Behängten.

Dann zum nächsten Punkt. Es ist ein Logikfehler, dass man eben sagt, auch Sie, Herr Gundlack, müssen halt die Frage beantworten, wenn Sie keine Lösung für die deutsche Grenze haben, welche Lösung haben Sie für die EU-Außengrenze. Also das Grenzproblem wird immer bleiben, sage ich mal.

Dann ein weiterer Logikfehler beim Herrn Innenminister. Insofern sind wir uns ja einig, wir sind beide für die Wiedereinreisesperren, dass diese Leute zurückgewiesen werden. Wir hatten ja kürzlich diesen Fall aus ...

(Minister Lorenz Caffier: Die werden ja zurückgewiesen.)

Genau, das werden sie jetzt seit einigen Tagen. Das ist auch richtig so.

Wir hatten ja gerade diesen Fall aus Süddeutschland, wo Asylbewerber sozusagen mit einem aufwendigen Dublin-III-Rückführungsverfahren nach Frankreich gebracht wurden und nach einer Nacht schon wieder zurückkamen. Ich denke, über diesen Fall haben Sie auch gelesen. Aber auch da, Herr Innenminister, müssen Sie die Frage beantworten, wenn Sie für Zurückweisungen bei Wiedereinreisesperren sind, wie Sie sie durchsetzen wollen.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Das ist jetzt aber die Frage. Man kann nicht immer nur gegen etwas sein, man muss eben auch sagen, sagt der Herr Krüger immer zu Recht, wie wollen Sie etwas umsetzen. Und da muss ich auch hier mal den Ball zurückspielen: nicht immer nur kritisieren und sagen, das ist falsch und juristisch schockierend, sondern Sie müssen positiv-konstruktiv sagen, wie Sie etwas umsetzen wollen

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Davon habe ich nichts gehört und das hätte ich von meinem Innenminister eigentlich auch erwartet.

Dann zu Frau Tegtmeier. Sie sprach, Zitat: "Dieser Antrag richtet sich gegen Flüchtlinge." Zitatende. Das weise ich entschieden zurück. Es geht nicht um Flüchtlinge, es geht um illegale Einwanderer. Flüchtlinge sind hier berechtigt, die haben ihren Aufenthaltsstatus, die haben mit diesem Antrag überhaupt nichts zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Weiterhin sprach Frau Tegtmeier von einer Grundrechtseinschränkung. Also jeder, der sich ein bisschen mit Asyl und Einwanderung auskennt, weiß, dass das Grundrecht auf Asyl – das hatten andere Redner auch angesprochen, Artikel 16a Grundgesetz – in der Praxis praktisch keine Rolle spielt. Es geht im Wesentlichen um die Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn Sie sich mal die prozentualen Schutzstatusfälle angucken, ist es im niedrigen einstelligen Bereich, wo es überhaupt um das Grundgesetz geht. Ich glaube, Herr Heydorn hatte auch gesagt, grundgesetzwidrig und so weiter und so fort. Da würde ich an Ihrer Stelle mal den Ball flachhalten. In der Realität geht es in den allerallermeisten Fällen um die Genfer Flüchtlingskonvention. Es geht in den wenigsten Fällen tatsächlich um ... Warum? Weil das weiter ist. Jeder erfahrene Asylanwalt beantragt Schutz. Es wird

umfassend geprüft, aber zielt auf die Flüchtlingskonvention, weil das einfach ein weiterer Schutzstatus ist.

### (allgemeine Unruhe)

Und es gibt auch einen wesentlichen Unterschied. Sie haben bei der Genfer Flüchtlingskonvention kein individuelles Grundrecht wie nach Artikel 16a, sondern die Genfer Flüchtlingskonvention ist nur ein sogenanntes institutionelles Recht.

(Andreas Butzki, SPD: Jetzt reicht es aber langsam.)

Das heißt, wenn jetzt ein Bürger flieht von einem Staat in den anderen, dann hat der andere Staat das Recht zu sagen, nein, der kann hierbleiben, der kann nicht zurück. Das ist eigentlich sozusagen ein wesentlicher Unterschied, wo wir aufpassen müssen, wenn wir sehr schnell rufen, grundrechtswidrig. Es geht im Wesentlichen um die Flüchtlingskonvention, und da steht jedem Staat frei, wie er sich dazu verhält. Jedenfalls gibt es kein Recht nach der Genfer Flüchtlingskonvention, sich das Land weltweit auszusuchen, wo ich Schutzstatus haben will. Das ist einfach geltendes internationales Recht. Das tut mir leid.

# (Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und BMV)

Bei Frau Larisch – sie ist schon gar nicht mehr da – war es auch ein bisschen schwierig jetzt wieder so von den Argumenten. Sie hatten auch Artikel 16a gebracht, dazu hatte ich mich schon geäußert. Dann hatten Sie Dublin III erwähnt, dass dort entgegen Dublin III Einreisen auszusetzen wären. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich das richtig wiedergegeben habe. Ich habe es einfach nicht ganz verstanden.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Auf jeden Fall wollte ich nur sagen, dass Dublin III mit Einreisen gar nichts zu tun hat, sondern da haben wir im Wesentlichen die Zuständigkeitsregelungen drin, die ja allgemein, glaube ich, bekannt sind.

Abschließend noch zu Frau von Allwörden. Ich hatte es eingangs schon gesagt, es tut mir leid, es war nicht in meiner Absicht, die Kollegin hier zu schockieren. Ich dachte, ich hatte mich bemüht, das ganz ruhig, sachlichnüchtern vorzutragen. Leider weiß ich jetzt nicht, weshalb sie schockiert war.

Aber eine Sache hat mich wiederum schockiert, und das will ich auch gerne erläutern. Ich weiß nicht, ob das die Position der Landesregierung ist oder der Fraktionen insgesamt ist, wo gesagt wurde, dass Italien hier hypothetisch vorsätzlich Recht beugen würde, dass gesagt wird, wenn wir hier Recht einhalten, dass die einfach sozusagen alle durchwinken, nicht mehr registrieren. Damit würde ich ehrlich gesagt vorsichtig sein. Also das würde bedeuten, wir unterstellen Italien, dass sie dann vorsätzlich europäisches Recht beugen würden. Also da, mit solcher Behauptung,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

ich weiß nicht, ob das in der Diplomatie so sinnvoll ist, sich hier derart zu äußern.

Abschließend noch zu den Asylzahlen: Ich selber hatte sie gebracht, andere Redner haben sie ebenfalls gebracht. Das ist ja alles richtig, sie gehen ein bisschen runter. Das ist auch gut so. Aber letztlich ist es so, unabhängig von den Zahlen, die Zahlen haben mit dem Recht gar nichts zu tun. Das geltende Recht ist immer anzuwenden, egal, ob ein Asylbewerber kommt oder Tausend, sage ich mal.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und BMV)

In jedem Fall ist es in einem Rechtsstaat zwingend, dass alle Bürger, aber auch der Staat, ...

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Sie können gerne eine Frage stellen, ich habe noch Zeit.

... dass sich alle daran halten. Da sind wir uns ja hoffentlich einig.

Ich möchte abschließend noch mal ganz deutlich machen, dass wir uns als BMV-Fraktion – weil das teilweise so ein bisschen hier ins Unsachliche geglitten ist – ausdrücklich für eine kontrollierte Einwanderung, auch für die Europäische Union aussprechen, weil wir meinen, die Einhaltung von Recht und Gesetz und auch Vernunft, sage ich mal, in der Asylpolitik stärkt die Europäische Union und stärkt das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Manthei! Das ist für mich auch eine neue Erfahrung, dass Sie hier sozusagen aus dem Plenarsaal einen Gerichtssaal machen und anschließend ein Gegenplädoyer halten zu jedem Einzelnen, um noch mal die Belehrung durchzuführen, was er alles falsch gemacht hat

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

oder aus Ihrer Sicht falsch macht. Aber man lernt ja im Leben nie aus.

Ich wollte Ihnen nur ganz klar sagen: Natürlich werden bei der Wiedereinreisesperre derzeit die Maßnahmen durchgeführt, und es gibt schon etliche, die zurückgewiesen worden sind. Insofern sagen Sie nicht, Sie müssen sagen, wie es geschieht. Es geschieht ganz einfach durch die Bundespolizei an den derzeitigen Grenzkontrollstationen beziehungsweise Aufnahmestationen, wenn sie dementsprechend eine Wiedereinreisesperre besitzen.

(Bernhard Wildt, BMV: Ja.)

Ich habe aber gestern bereits darauf verwiesen, diejenigen, die eine kriminelle Energie besitzen, werden im Zweifelsfall nicht in den Stationen anlanden. Und das ist natürlich eine ganz andere Frage, die darf man nicht sozusagen mit der anderen vermischen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Dr. Ralph Weber, AfD: Spätestens, wenn sie Sozialleistungen wollen, kommen sie schon.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nur einige kurze Sätze, zunächst zum von Frau Tegtmeier erwähnten Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes.

(Martina Tegtmeier, SPD: Vom Wissenschaftlichen Dienst, genau.)

Da ist es so, dass Sie zum Ergebnis gekommen sind, es sei dort ganz eindeutig festgestellt worden, dass das Hereinlassen von diesen Massen von Flüchtlingen rechtmäßig gewesen sei. Das Gegenteil ist der Fall. In dem Gutachten steht, das Gutachten besagt, dass für das Reinlassen einer solchen Masse an Menschen ein Bundestagsbeschluss notwendig gewesen wäre. Das Gutachten sagt gerade nicht, dass das rechtmäßig war, denn es hat ja an einem solchen Beschluss gefehlt.

(Martina Tegtmeier, SPD: Ich lese das hier aber ganz anders, Herr Förster.)

Und noch zwei, drei Sätze so ganz grundsätzlich. Man kann im Grunde die gesamte Problematik runterbrechen auf einen ganz einfachen Sachverhalt: Entweder ist man konsequent wie DIE LINKE und sagt – Menschenrecht mit einer sehr eigenwilligen Definition –, es kann jeder kommen und er hat auch ein Bleiberecht, da er ja Flüchtling ist, weil es ihm so schlecht geht. Das ist irgendwo konsequent.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Förster, das ist nicht die Frage.)

Das ist irgendwo konsequent.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Aber wir wissen alle, dass das erstens nicht mit unserem Recht übereinstimmt,

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

und wir wissen alle, dass das letztlich nicht machbar ist. Jede Gesellschaft verträgt Zuwanderung nur in einem gewissen Umfang, wenn sie sich nicht in einer Weise verändern will, dass sie das nicht verträgt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die andere Seite ist die: Wenn wir das Asylrecht weiter so lassen, wie es ist, wenn also jeder reinkommen kann – ich habe es gestern schon ausgeführt –,

(Jochen Schulte, SPD: Es kann nicht jeder reinkommen.)

jeder reinkommen kann, wenn er einen Asylantrag stellt und dieses Wort "Asyl" sagt, dann müssen wir, und wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie das zugeben, dann müssen Sie vorbereitet sein auf eine Situation, wie sie in 2015 war, wo Sie aber alle sagen, die darf sich nicht wiederholen.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist doch Blödsinn!)

Und das ist der Widerspruch, den Sie bis heute nicht aufgelöst haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jochen Schulte, SPD: Nein.)

Es gibt bis jetzt kein Instrumentarium, das dies sicher verhindert. Wir haben gerade als Errungenschaft erfahren,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

dass man die, die ein Einreiseverbot haben, zurückweist, dass man offensichtlich auch die zurückweisen kann oder will, die als Kriminelle bekannt sind. Aber Sie haben noch kein Muster vorgelegt, keine Regelung vorgelegt, wie Sie wirklich verhindern wollen, wenn 2015 sich wiederholt und wenn Hunderttausende von Flüchtlingen – und damit müssen Sie nach allen Prognosen rechnen – hier wieder auftauchen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es kommt doch keiner mehr rein.)

Und dann müssen Sie akzeptieren, dass wir hinterher zwei, drei Millionen haben, entsprechend viele Akten bei den Verwaltungsgerichten, und jeder kann dann mehrere Jahre hier sein.

(Manfred Dachner, SPD: Das ist doch Panikmacherei!)

Bis jetzt haben Sie keine Regelung gefunden,

(Manfred Dachner, SPD: Wenn, wenn, wenn! Das ist Panikmacherei!)

um das zu verhindern. - Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer**, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Krüger, für Sie noch mal ganz kurz zusammengefasst: Sie baten vorhin um das Benennen von Alternativen und Lösungen.

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

Ich habe teilweise schon

(Thomas Krüger, SPD: Rechtsstaatliche alternative Lösungen.)

in meinem Redebeitrag Alternativen und Lösungen angeboten.

(Thomas Krüger, SPD: Nee.)

Ich habe auch schon in vorangegangenen Plenardebatten,

(Thomas Krüger, SPD: Nee, haben Sie nicht.)

im letzten Monat zum Beispiel zu unserem Antrag, dazu Lösungen angeboten. Ganz kurz und knapp für Sie zusammengefasst:

 erstens den Sozialmagneten abschalten, indem zum Beispiel die Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt werden.

(Thomas Krüger, SPD: Sie geben jedem einen Rasierer aus, ja?)

- dann: keine Sozialleistungen für illegal eingereiste Personen,
- die Grenzkontrollen wiedereinführen,
- die EU-Außengrenzen wieder wirksam schützen,

(Thomas Krüger, SPD: Grüne Grenzwiese, kennen Sie die?)

zum Beispiel durch Ausweiten und Verstärken von Frontex-Einsätzen,

- geltendes Recht wieder achten und durchsetzen
- und zu guter Letzt, keine Unterstützung von Schlepperfähren.

(Thomas Krüger, SPD: Grüne Grenze, kennen Sie die? Schlepperfähren?)

Das sind unsere Alternativen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Leider ist die Kollegin Larisch nicht mehr im Hause.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sie hat eine Besuchergruppe. Die ist noch im Haus. – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Zumindest ist Frau Larisch nicht im Saal.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja, weil sie dankenswerterweise was übernimmt.)

Sie haben völlig recht, Frau Larisch – ich hoffe, Sie hören mich –, Sie haben völlig recht mit dem Zitat aus dem Grundgesetz: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Das gilt für jeden hier lebenden Menschen, gar keine Frage.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sogar für Sie, ne?)

Aber gestatten Sie mir doch mal die Frage, Frau Larisch: Was ist denn mit der Würde von Susanna F. (14 Jahre),

(Die Abgeordneten der Fraktion der AfD erheben sich von ihren Plätzen.)

Mia V. (15 Jahre), Maria M. (84 Jahre),

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Maria L. (19 Jahre), Susanne F. (60 Jahre), Aeysha (2 Jahre),

(Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin!)

Mireille B. (17 Jahre), Sandra P. (34 Jahre) mit ihrer Tochter Miriam (1 Jahr), Niklas (17 Jahre), Soopika P. (22 Jahre)? Was ist mit der Würde dieser Opfer? Und die Liste ließe sich weiter fortsetzen

(Nadine Julitz, SPD: Ich glaube nicht, dass diese Opfer überhaupt von Ihnen genannt werden wollen! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und wird sich auch noch weiter fortsetzen werden. – Vielen Dank.

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD, Patrick Dahlemann, SPD, und Jörg Heydorn, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Sellering.

(Thomas Krüger, SPD: Guck mal, da sitzen sie und grinsen! – Tilo Gundlack, SPD: So ist es, wenn man den Arm nicht richtig hochkriegt, ne, und feige ist.)

**Erwin Sellering**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir nicht vorgestellt, dass meine erste Rede hier spontan sein wird, aber das eine oder andere fordert doch dazu heraus, etwas zu sagen.

Der Tagesordnungspunkt selbst betrifft ja eigentlich einen ganz kleinen Punkt. Aber ich glaube, dass nicht ganz zu Unrecht das jetzt breit und sehr emotional diskutiert wird. Und ich will gleich zu Anfang sagen, ich habe volles Verständnis dafür, dass diese Flüchtlingsfrage in Deutschland, in Europa mit sehr viel Emotion und Betroffenheit diskutiert wird. Frau Larisch hat zu Recht hier gesagt, wir haben in sachlicher Hinsicht in Deutschland vielleicht im Moment deutlich wichtigere Probleme. Aber es gibt kein Problem, das die Menschen in ähnlicher Weise emotional bewegt wie das Flüchtlingsthema.

Übrigens, ich habe schon vor vielen Jahren die Feststellung gemacht, und das wird durch viele Umfragen bestätigt, dass diese Spaltung, die wir hier jetzt in den Parteien sehen, dass diese Spaltung ganz häufig auch in den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern existiert. Umfragewerte haben ergeben, dass 80 Prozent sagen, natürlich muss man Menschen, die politisch verfolgt sind, die Schlimmstes zu befürchten haben, natürlich muss man denen helfen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das bestreitet auch niemand.)

Und 80 Prozent sagen, es dürfen aber nicht zu viele sein.

Ich glaube, inzwischen ist das Allgemeingut, was ich relativ früh gesagt habe und wofür ich auch noch ange-

griffen worden bin damals, dass ich gesagt habe, wir haben bei der Lösung des krisenhaften Zustandes 2015 doch einige Fehler begangen und diese Fehler haben zu einer Spaltung in dieser Gesellschaft geführt, auch zu einer Spaltung in Europa. Unser Ziel kann doch jetzt nicht sein, die Spaltung dadurch weiter zu vertiefen, dass wir uns gegenseitig an die Wäsche gehen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

sondern es kann doch nur sein, dass wir versuchen müssen, Lösungen zu finden, die das alles wieder zusammenführen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV – Heiterkeit und Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich will deutlich sagen, bei der Wahl 2016 haben wir einen hohen Anteil an AfD-Wählern gehabt. Ich gehöre nicht zu denen, die AfD-Wähler beschimpfen, sondern das waren Menschen, die sich große Sorgen gemacht haben und die eine Alternative gesucht haben zu der damaligen Stimmung und der damaligen Flüchtlingspolitik. Das muss man sehr ernst nehmen. Was ich allerdings verurteile, ist, dass es eine Partei gibt, die aus den Ängsten dieser Menschen auf peinlichste Weise versucht, politisches Kapital zu schlagen. Wir haben das eben erlebt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Die Diskussion heute hatte teilweise die Züge einer juristischen, akademischen Diskussion. Damit werden wir das Problem nicht lösen. Das hilft uns überhaupt nicht. Sich gegenseitig Gutachten vorzuhalten, ist ziemlicher Unsinn. Wir können auf Straßburg verweisen, die dazu irgendetwas gesagt haben. Es geht um politische Lösungen, völlig klar. Es geht um politische Lösungen!

Inzwischen ist Allgemeingut, glaube ich, ziemlich weitgehend in der Gesellschaft, dass sich so etwas wie 2015 nicht wiederholen darf. Das hat viele Facetten, warum sich das nicht wiederholen darf, was sich auf keinen Fall wiederholen darf. Ich stehe hier auch als jemand, der viele Jahre Asylrichter war. Was sich überhaupt nicht wiederholen darf, ist, dass wir Menschen ins Land winken, ohne sie anzuhören, ohne zu klären, wer sie eigentlich sind. Das ist völlig unmöglich. Das darf niemals wieder passieren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD, BMV und Dietmar Eifler, CDU)

Wie kann man das unter einen Hut bringen, was ich eben gesagt habe, was wir im Grunde alle als Zwiespalt in unserer Brust verspüren: helfen zu wollen, aber nicht allen helfen zu können. Ich glaube, wir werden unser Asylrecht, unser Verfahrensrecht überarbeiten müssen. Das fällt uns sehr schwer in Deutschland, weil das Asylrecht das Ergebnis bestimmter politischer Zustände in Deutschland war, wobei man ganz deutlich sagen muss, den Vätern des Grundgesetzes hat nicht vorgeschwebt, dass Millionen von Menschen auf der Welt auf der Flucht sind,

(Horst Förster, AfD: Genau.)

sondern sie haben an die während der Nazizeit verfolgten Sozialdemokraten und Kommunisten gedacht, die

Hilfe haben müssen, ähnliche Fälle. Das muss man deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und BMV)

Können wir uns anlässlich der großen Zahl davon verabschieden, dass wir – wir reden jetzt über Europa und dass Europa auseinanderzubrechen droht –, dass wir eine Wertegemeinschaft sind, die den Grundsatz, den Artikel hochhält, den wir eben schon besprochen haben: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."? Das ist nichts Abstraktes. Mit der Würde des Menschen ist nach unserer Auffassung nicht vereinbar, jemanden zu foltern, jemanden zum Tode zu verurteilen und vieles andere mehr, was Menschen in dieser Welt droht. Deshalb sind wir als Wertegemeinschaft dazu verpflichtet zu sagen, wir müssen versuchen, jedem zu helfen. Das ist Nummer eins.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BMV)

Aber ich glaube, wir müssen auch die Einsicht haben, dass wir sagen, wir können nicht jedem dadurch helfen, dass wir ihn in Deutschland aufnehmen. Ja, auch das gilt.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, BMV und Sebastian Ehlers, CDU – Bernhard Wildt, BMV: Richtig!)

Deshalb unterstreiche ich, unterstütze ich – das ist schwierig, in allen Parteien werden unterschiedliche Auffassungen diskutiert, auch bei Ihnen wird diskutiert –, deshalb unterstütze ich das, was sich da in Europa jetzt abzeichnet, eine Lösung, bei der wir dazu stehen, dass wir politisch Verfolgten helfen, aber gleichzeitig versuchen, Lösungen zu finden, die sagen, ja, aber außerhalb unserer Grenzen müssen wir ein Angebot machen.

Und was wir auch sagen müssen: Es hat ja in der politischen Diskussion interessante Ausschläge gegeben die letzten Jahre. Die Diskussion darüber, ob der Islam zu Deutschland gehört – ich finde den Satz ziemlich dumm, ich finde, der wird nur noch übertroffen von dem dummen Satz: "Der Islam gehört nicht zu Deutschland" –, das ist völlig unsinnig, diese Diskussion. Unser Staat heute, natürlich haben wir ein christliches Fundament, eine christliche Geschichte, aber wir sind geprägt durch die Aufklärung. Das ist das, was uns charakterisiert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BMV)

Uns charakterisiert, dass wir sagen: Keine Religion kann uns irgendetwas vorschreiben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und BMV)

Und deshalb ist es völlig egal, welcher Religion jemand, der in Deutschland lebt, angehört, sondern jede Religion muss sich unter unser Grundgesetz beugen und das anerkennen. Unsere Regeln gelten, völlig klar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und BMV)

Insofern ist das eine unsinnige Diskussion. Aber wenn wir sagen, wir fußen auf der Aufklärung, dann ist ja einer

der wichtigsten Sätze der Aufklärung von Kant – ich kann ihn nicht vollständig zitieren, nur aus der Erinnerung –, wie wir handeln, soll so sein, dass es ein allgemeines Gesetz sein kann, dass alle so handeln wie wir. Und deshalb gilt, wenn unsere Werte uns gebieten, Flüchtlingen, allen Flüchtlingen zu helfen, soweit das irgendwie möglich ist, dann, glaube ich, dürfen wir auch daran appellieren, dass das auch für andere gilt. Deshalb halte ich für wichtig, dass wir immer versuchen, andere Regionen, andere Länder dafür zu gewinnen, dass sie mit uns gemeinsam Pläne entwerfen, wie man Flüchtlingen helfen kann.

(Thomas Krüger, SPD: Gemeinsam.)

60 Millionen, sagt man, sind im Moment auf der Flucht, und zwar unter Verhältnissen, die furchtbar sind. Das kann man nicht einfach tolerieren, da muss man etwas machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD, Sebastian Ehlers, CDU, und Bernhard Wildt, BMV)

Ich will etwas sagen zu den Zurückweisungen an der Grenze. Das berührt unseren Rechtsstaat. Ich war ein paar Jahre Justizminister, und es ist nichts schwieriger, als Bürgerinnen und Bürgern die abstrakten Vorteile des Rechtsstaates zu vermitteln - die sind einfach völlig abstrakt -, sondern man muss jetzt versuchen zu erklären, worum es denn in der Sache geht. Deshalb sollten Paragrafen, finde ich, heute in dieser Diskussion überhaupt keine Rolle spielen, sondern es geht darum zu sagen, wie kann ich denn jemanden überzeugen. "Die Würde des Menschen ist unantastbar", das bedeutet für uns, dass nicht nur unsere staatliche Gewalt, die an das Grundgesetz gebunden ist, niemandem die Würde absprechen kann, sondern im Laufe der Jahre hat sich unsere feste Überzeugung herausgebildet, dass wir aktiv dafür arbeiten müssen, dass niemand in dieser Weise verletzt wird. Johannes Rau hat vor Jahren schon in seiner Antrittsrede darauf hingewiesen, dass dieses Grundrecht nicht heißt, die Würde jedes deutschen Menschen ist unantastbar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Bernhard Wildt, BMV)

sondern die Würde jedes Menschen.

So, und jetzt kommen wir zu der schwierigen Frage, dass der Rechtsstaat immer wieder herausgefordert wird von Leuten, die sich seiner Regeln exzessiv bedienen. Wie kann man dem begegnen? Zum Beispiel, das hat uns damals viel bewegt: Was ist mit Sexualstraftätern, die lange im Gefängnis waren und die wir wieder rauslassen müssen, wenn die Strafe zu Ende ist, und wo wir aber das Gefühl haben, die sind nach wie vor gefährlich? Da war dann die Diskussion zu sagen, ja, aber der Gefängniswärter, der Aufseher, der ist doch die ganzen Jahre mit dem umgegangen, der kann das am besten beurteilen. Das geht nicht, wir brauchen eine richterliche Entscheidung in solchen Fragen. Wenn an der Grenze jetzt jemand auftaucht, der nicht wieder einreisen darf, weil sein Antrag abgelehnt worden ist, gibt es das Instrument des Folgeantrages. Dann kann ich sagen, ja, die Gründe, die mich damals zur Flucht bewogen haben, die habt ihr abgelehnt, aber inzwischen war ich zu Hause und es gibt neue Gründe. Und wenn der an der Grenze vorträgt,

"Asyl, neue Gründe", dann kann das nicht der Grenzer entscheiden, dann kann das nicht der Polizist entscheiden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Christiane Berg, CDU)

Dann kann das übrigens erst recht kein Polizist entscheiden wie Herr Kramer. Ja, das muss man auch mal sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Bernhard Wildt, BMV – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine Damen und Herren, in dieser Diskussion spielt ja der Begriff "Rechtsbruch" eine Rolle. Da liegt mir doch sehr daran, sehr deutlich zu machen, dass die Geschichte, die Herr Kramer immer vorträgt und die von Rechtsbruch redet, völliger Unsinn ist. Dazu kann man viele Zitate anführen, die ihn wahrscheinlich auch noch nicht überzeugen werden, aber ich kann vielleicht auf Herrn Förster verweisen als Zeugen für mich. Beim letzten Mal haben hier beide nacheinander gesprochen und Herr Kramer hat wortreich erklärt, warum die jetzige Rechtslage von der Kanzlerin gebrochen worden sei. Und dann kam Herr Förster und hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass das, was ihm vorschwebt - und über das wir reden müssen, völlig klar -, dass das eine Rechtsänderung erfordert. Da müssen Sie ihm mal erklären, dass eine Rechtsänderung natürlich bedeutet, dass die bisherige Rechtslage das eben genau so zugelassen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich will eins vielleicht noch mal sagen: Die AfD war heute, fand ich, besonders aggressiv, und ich kann mir das eigentlich ganz gut erklären. Ich kann mir das ganz gut erklären. Die AfD war eine ganz kleine Partei und dann kam 2015 die Flüchtlingsfrage, die ungelöste Flüchtlingsfrage in Deutschland. Die haben sie zum Anlass genommen, daraus politisch Kapital zu schlagen. Jetzt wird in Brüssel eine Lösung gefunden, die sich abzeichnet, eine Lösung gefunden, die das Problem löst.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Es wäre wunderschön, wenn es so käme.)

Sie spüren im Nacken den Untergang der AfD,

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

und das macht sie so aggressiv. - Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Bernhard Wildt, BMV – Dr. Ralph Weber, AfD: Solche Äußerungen bringen uns wieder neue Prozente.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin unserem ehemaligen Ministerpräsidenten sehr dankbar für seine klugen Worte, die er hier gewählt hat, um auch die Debatte etwas zu versachlichen und die Emotionen herunterzufahren, auch wenn ich nicht alle Inhalte teile. Zum Beispiel sehe ich nicht, dass mit den Festlegungen, die jetzt in

Brüssel gefunden wurden und getroffen werden sollen, das Problem gelöst wird.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Eben!)

Das Problem wird lediglich verschoben, und zwar an unsere Außengrenzen. Das Problem der Flucht und Vertreibung, das Problem von Hunger und Elend wird damit nicht gelöst. Also der Schutz der Außengrenzen oder der verschärfte Schutz der Außengrenzen, Frontex, Auffanglager in Afrika, das kann keine Problemlösung sein.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Doch!)

Sie haben vielleicht alle ...

Na, für Herrn Weber.

Sie haben vielleicht alle die Bilder gesehen, wie in Algerien mit Flüchtlingen umgegangen wird, mit Menschen, die auf der Flucht sind. Die werden in der Wüste abgekippt. Ist das die Problemlösung, die wir wollen? Ich glaube, nicht. Also ich glaube, wir brauchen, außer dass jetzt sozusagen eine Beruhigungspille gefunden worden ist für bestimmte Diskussionen, die in der Bundesrepublik stattfinden, eine weitergehende Diskussion. Wir müssen uns ernsthaft mit den Schicksalen der Menschen auseinandersetzen, die auf der Flucht sind, und wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, wie wir die Fluchtursachen bekämpfen.

Karen Larisch hat das ja gestern auch schon in einem Antrag deutlich gemacht. Es muss also wirklich endlich an der Zeit sein, dass Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt, was die Entwicklungshilfe angeht. Über Jahrzehnte zahlt Deutschland nicht den festgelegten Beitrag für Entwicklungshilfe. Das ist kein Zustand auf Dauer.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es muss Schluss sein mit Waffenexporten in die Länder, die sich gegenseitig bekriegen, die Flüchtlinge erzeugen, die dann an unsere Tür klopfen. Und wir sagen: Sorry, tut uns leid, wir haben euch zwar die Waffen geschickt, damit ihr euch gegenseitig übern Haufen schießen könnt, aber die Leidtragenden lassen wir dann nicht rein. Damit muss ein für alle Mal Schluss sein!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es braucht natürlich – und ich würde mich freuen, wenn wir das in einem Landtag hinkriegen, aber ich würde mich auch freuen, wenn wir das zumindest erst mal in unseren eigenen Parteien hinkriegen und dann über die Grenzen der demokratischen Parteien hinweg –, wir brauchen eine Debatte über eine moderne Einwanderungspolitik. Neben der Säule Asylpolitik brauchen wir Regelungen zur Einwanderungspolitik. Das, was uns über viele Jahre gelungen ist in Europa mit Arbeitnehmerfreizügigkeit, dass man sich in Europa entscheiden kann als Europäer, wo will ich leben und arbeiten, diese Überlegungen müssen wir ausdehnen, denn Europa ist nicht allein auf der Welt. Wir müssen also über moderne Einwanderungsregelungen diskutieren.

Da weiß ich, wovon ich rede, wie schwer das ist, auch in meiner eigenen Partei, solche Konzepte überhaupt in die

Diskussion zu bringen, und der aufmerksame Betrachter wird ja erlebt haben, was auf unserem letzten Bundesparteitag in Leipzig genau zu dieser Debatte stattgefunden hat. Wir können uns aber vor solchen Debatten nicht drücken, weil das ist mindestens genauso wichtig, wie hier über Parteigrenzen hinweg zu arbeiten. Und das ist auch eine Grundlage dafür, dass wir den Herren, die hier auf dieser Seite sitzen, die ideologische Grundlage entziehen. Wir müssen als Demokraten unseren Bürgerinnen und Bürgern im Land Lösungsansätze anbieten, die genau diese zwei Säulen umfassen, also eine Asylpolitik, die wieder auf ihren Ursprung zurückgeführt werden kann, und eine Debatte über eine Einwanderungspolitik, die sozusagen auch den Bedürfnissen der Einwanderer, die zu uns kommen wollen, gerecht wird und womit die Situation in den Herkunftsländern der Einwanderer nicht weiter verschärft wird. Ein riesengroßes Problem, eine riesengroße Herausforderung, aber mit solchen lapidaren Antworten und Ansätzen, wie sie hier von dieser Seite kommen, werden wir dieses Problem nicht lösen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wir werden das Problem auch nicht mit Ihnen lösen.)

Namens meiner Fraktion lade ich Sie alle recht herzlich ein, gemeinsam eine solche Debatte für eine moderne Einwanderungspolitik auch in Mecklenburg-Vorpommern zu führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

**Bernhard Wildt**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Erst mal vielen Dank an den Kollegen Dr. Matthias Manthei, der, glaube ich, sehr klar und sehr sachlich, in einer aus meiner Sicht wohltuend sachlichen Form, die Rechtslage dargestellt hat

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

und damit eigentlich auch versucht hat, die Debatte deutlich zu versachlichen. Es ist aber nur in Teilen gelungen. Das war auch klar, denn alle Fragen der Einwanderung und des Asylrechtes und von Flüchtlingsfragen sind eben nicht nur juristisch zu lösen, sondern es ist natürlich auch immer eine Frage der Humanität. Unsere Fraktion der Bürger für Mecklenburg-Vorpommern duckt sich da nicht weg. Wir wollen das Problem nicht nur juristisch lösen, sondern wir wollen auch genau über dieses Thema mit Ihnen diskutieren. Es geht um den Gegensatz Mitmenschlichkeit versus Egoismus. Das ist uns bewusst bei dieser Debatte.

Wenn man darüber forscht, was dort in den letzten Jahren passiert ist, dann muss man sagen, die Bundesrepublik war in weiten Teilen tatsächlich trotz allem egoistisch. Ich verweise auf den Bericht zu den Maßnahmen des Bundes hinsichtlich der Flüchtlingskosten, gerade verabschiedet worden im Kabinett am 30. Mai. 20,8 Milliarden Euro wurden im Jahr 2017 vom Bund ausgegeben für Flüchtlingsmaßnahmen, davon 6,75 Milliarden für die Bekämpfung von Fluchtursachen – ich nehme an, das Geld ging dann in Herkunftsländer – und 14 Milliarden hier in Deutschland. Ich könnte das noch aufschlüsseln,

was an die Länder ging – Sozialtransfer, Integration und so weiter. Darauf kommt es aber gar nicht an. Ich bitte Sie, sich die Zahl 14 Milliarden Euro zu merken.

Gleichzeitig, wenn wir dann in ein Land wie den Libanon schauen, haben wir dort Einnahmen, Staatseinnahmen, von 8,6 Milliarden Euro, Ausgaben von 12,4 Milliarden, also der Haushalt ist vollkommen aus den Fugen. Das liegt zum einen auch an den Folgen des eigenen Bürgerkriegs. Vor allen Dingen liegt es aber an der hohen Zahl der Flüchtlinge, die Libanon aus Syrien aufgenommen hat. Seit 2011 ist das schon der Fall im Libanon. Und die Weltbank schätzte schon 2013, dass als Folge dessen die Arbeitslosenquote sich verdoppelt hat auf über 20 Prozent. Die Bevölkerung stieg an um 37 Prozent. Das sind 1,7 Millionen Flüchtlinge. Heute gibt es schon mehr syrische Kinder, die dort eingeschult werden, als libanesische Kinder.

(Thomas Krüger, SPD: Was wollen Sie uns damit sagen?)

also eine gigantische Herausforderung für den Libanon.

Der kleine Libanon hat sich genau an alle Regeln gehalten. Er hat die Flüchtlinge aufgenommen, es war das erste sichere Drittland, hat sie versorgt, hat Anträge gestellt bei der Weltgemeinschaft auf Hilfe. Diesen Anträgen wurde nicht komplett stattgegeben. Ich erinnere an die Debatte im Bundestag am 10. September 2014. Der Entwicklungshilfeminister Herr Müller von der CSU hat 100 Millionen Aufstockung gefordert für die UN-Lager im Libanon. Das wurde ihm verwehrt. Sie können gerne Frau Steffen fragen, die war auch bei dieser Debatte anwesend. Ich habe schon mal mit ihr darüber gesprochen. Das war ein riesiger Fehler. Im Übrigen haben sich einige Länder, gerade die angelsächsischen Länder, entschieden, Kontingente aus dem Libanon zu übernehmen - gerade Kinder, Kranke, Alte, genauso, wie es eigentlich nach den UNO-Regeln vorgesehen ist. Deutschland hat sich für einen anderen Weg entschieden.

Und nun den Bogen zu Dublin, zu den Dublin-Verfahren, wie wir sie heute kennen.

(Thomas Krüger, SPD: Aber was ist Ihre logische Konsequenz daraus?)

Ja, ich komme noch dazu, Herr Krüger. Sie müssen mich bitte auch kurz sprechen lassen.

In Dublin gibt es die Regeln so ähnlich wie bei der UNO. Auch dort gilt, das erste sichere Land wird erreicht, und das ist dafür zuständig. Dann fehlt allerdings das zweite Stück, das, was die UNO eigentlich gemacht hat, Hilfe der Gemeinschaft, in einem Fall die Weltgemeinschaft, im anderen Fall die Hilfe der Europäischen Union, und es fehlt das Thema Kontingente. Da hat man bisher keine Lösung gefunden. Es gibt bisher im europäischen Rahmen keine Lösung. Es wird gerade – Herr Sellering hat darauf hingewiesen –, es wird daran gearbeitet, das ist richtig. In dem Fall muss man sich auch bei der CSU bedanken, denn in den letzten zwei Wochen ist mehr Bewegung in die europäische Debatte und in die europäischen Verhandlungen gekommen

(Tilo Gundlack, SPD: Schwesterpartei!)

als in den Jahren davor.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und Weltpartei! Weltpartei!)

Das heißt, es geht in die richtige Richtung und man braucht europäische Lösungen. Die BMV bekennt sich ausdrücklich zu europäischen Lösungen. Wir fordern aber auch, dass man diese kleinen Flüchtlingsaufnahmeländer wie Libanon,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Europäische Abschottungslösung.)

wie Jordanien nicht länger alleinlässt, sondern dass man auch dort eingreift, denn es nützt nichts, wenn wir nur die Außengrenzen abschotten wollen. Das hilft uns am Ende nicht weiter. Wir müssen aber auch die Perspektive der eigenen Bevölkerung einnehmen, unseres eigenen Landes. Wir können nicht zulassen, dass sich die Asylbewerber – und da sind wir uns sogar mal einig mit der Bundesregierung –, dass sich Asylbewerber und Flüchtlinge ihr Land selber aussuchen können in der Europäischen Union.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Dann kommt es nämlich zu dieser Unwucht, die wir heute haben: 60 Prozent der Flüchtlinge - Herr Matthias Manthei hat darauf hingewiesen - sind derzeit in Deutschland. Und wenn wir wirklich sachlich nach vorne kommen wollen - ich fand es sehr gut, es war eine große Rede von Herrn Sellering, der zugegeben hat, dass Fehler geschehen sind, und das ist immer der erste Schritt, man muss die Fehler auch einmal zugeben können -, dann können wir jetzt, denke ich, gemeinsam tatsächlich sachlich weiter darüber reden, was man besser machen kann und wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen, denn der Handlungsbedarf ist einfach immer noch da. Die Flüchtlingszahlen gehen zwar in Deutschland derzeit zurück, oder auch in Europa, weltweit ist das aber nicht der Fall und deswegen kann man sich da auch noch nicht entspannt zurücklehnen und sagen, die Flüchtlingskrise ist vorüber, nur, weil wir jetzt so tun, als wenn wir sie nicht mehr sehen würden. Das ist ganz dünnes Eis, denn jederzeit kann sich die Situation wieder verändern.

In dem Sinne war die Debatte heute, glaube ich, sehr fruchtbar. Es hat sich gezeigt, dass einige Fraktionen bereit sind, sehr sachlich darüber zu diskutieren. Und ich denke, dass auch Mecklenburg-Vorpommern einen kleinen, sicherlich nur einen ganz kleinen, aber einen kleinen Beitrag leisten kann, um in Deutschland insgesamt das Thema noch besser nach vorne zu bringen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2246. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2246 bei Zustimmung der Fraktion der BMV, ansonsten Gegenstimmen aus allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Fraktion der SPD hat eine Ältestenratssitzung beantragt und im Anschluss die Fraktion DIE LINKE eine Auszeit von fünf Minuten, sodass ich die Sitzung für eine Gesamtzeit von 20 Minuten unterbreche. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 15.49 Uhr

Wiederbeginn: 16.15 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ergebnis der Beratungen des Ältestenrates möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Vorgänge bei der Rede vom Fraktionsvorsitzenden Kramer, sprich das Aufstehen der Fraktion der AfD, durch die Verwaltung geprüft, natürlich auch durch den Ältestenrat weiter beraten werden und ich mir ausdrücklich Ordnungsmaßnahmen vorbehalte, sollte sich im Ergebnis der Prüfung herausstellen, dass diese Aktion gegen unsere Geschäftsordnung verstoßen hat.

Jetzt rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 44**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Fairer Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg, Drucksache 7/2254.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Fairer Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg – Drucksache 7/2254 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

**Jacqueline Bernhardt**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihnen liegt unser Antrag, ...

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Danke, Frau Präsidentin.

... Ihnen liegt unser Antrag zum fairen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg vor. Ich möchte Ihnen einmal chronologisch darstellen, weshalb wir meinen, dass dieser faire Umgang in der Vergangenheit nicht so war.

Ende 2017 erfuhren wir aus der Presse von den Plänen des Justizministeriums, dass die JVA Neubrandenburg zum Ende 2018 geschlossen werden soll. Natürlich waren wir über die Meldung überrascht, weil wir als Landtagsabgeordnete von diesen Plänen aus der Presse erfahren mussten, überrascht auch deshalb, weil nichts darauf hindeutete, dass das Justizministerium im Vorfeld ein umfassendes Strafvollzugskonzept erarbeitet hatte, das sowohl eine detaillierte Entwicklung im Strafvollzug als auch die Belange der Bediensteten im Blick hatte

In der Fragestunde in der 24. Sitzung des Landtages am 16. November 2017 fragte damals mein Kollege Torsten Koplin, ausgehend von der Pressenotiz des Justizministeriums, welche Pläne es denn für die JVA Neubrandenburg gebe und ob es für den Fall einer Schließung ein flankierendes Personalkonzept für die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter gebe. Das Justizministerium teilte daraufhin die Schließung der JVA mit und sagte weiterhin, und ich zitiere hier aus dem Protokoll: "Die gegenwärtig 91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anstalt werden ... zeitnah zum" Schließungstermin "zum 31.12.2018, an die verbleibenden Justizvollzugsanstalten versetzt werden. Die Versetzung und die Verteilung erfolgen ... im Wesentlichen unter Berücksichtigung sozialer und familiärer Gesichtspunkte." Im Wesentlichen, meine Damen und Herren! Das heißt natürlich, dass es auch andere Kriterien geben kann, die sozialen und familiären Gesichtspunkte aber ganz klar im Vordergrund stehen. Zusammenfassend kann man sagen, die Versetzungen sollten zeitnah zum 31.12.2018 und unter Berücksichtigung sozialer und familiärer Gesichtspunkte erfolgen.

Am 29. November 2017 unterrichtete dann das Justizministerium den Rechtsausschuss auf Antrag meiner Fraktion über die Einzelheiten der Schließungspläne hinsichtlich der JVA Neubrandenburg und stellte ihr Strafvollzugskonzept vor. Das Konzept, das im April großspurig angekündigt wurde und an dem man ein Dreivierteljahr geschrieben hatte, besagte, dass, die Bevölkerungsentwicklung zugrunde gelegt, zukünftig 1.100 Häftlinge zu erwarten seien und man damit gut 300 Haftplätze im Land zu viel habe. Als Konsequenz sei also eine Anstalt zu schließen, von einem Personal- oder Mitarbeiterkonzept war da schon keine Rede mehr.

Am 6. Juni dieses Jahres kam die Antwort auf meine Kleine Anfrage zur Personalsituation in der JVA Neubrandenburg. Darin wurde zunächst mitgeteilt, dass die Versetzungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits zum 1. September beginnen sollen, also vier Monate früher als angekündigt. Das ist aus unserer Sicht nicht zeitnah zum Schließungstermin. Ich möchte festhalten, dass aus unserer Sicht das Justizministerium hier das erste Mal sich nicht an seine Worte gehalten hat.

Bedenkt man, dass die Schließung der JVA überhaupt erst gut ein halbes Jahr vorher angekündigt wurde und mit solchen Versetzungen auch persönliche Veränderungen bei den Mitarbeitern verbunden sind wie Umzug, die Suche nach einem neuen Job für den Partner oder nach Schulen für die Kinder, dann ist eine solche Vorverlegung des Termins um vier Monate aus unserer Sicht ein absolutes Unding. Was aus unserer Sicht dann auch dem Fass endgültig den Boden ausgeschlagen hat, ist, dass nach unserem Kenntnisstand die Versetzungsbescheide an die Mitarbeiter noch nicht raus sind und sie mehr oder weniger aus der Antwort auf meine Kleine Anfrage erfahren haben, wie viele Leute in welche Anstalten versetzt werden sollten.

In drei Monaten sollen die Versetzungen beginnen – Versetzungen von Neubrandenburg nach Bützow, 103 Kilometer, 1 Stunde und 42 Minuten für eine Autofahrt, oder nach Waldeck oder Stralsund, 102 Kilometer pro Strecke, 1 Stunde und 3 Minuten Fahrt pro Strecke. Die Versetzungen, man sieht es, sind also mit erheblichem Aufwand für die Mitarbeiterinnen und auch für ihre Familien verbunden.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Zwei bis drei Stunden am Tag fehlen den Familien, wenn sie nicht gleich umziehen, allein wegen des Fahrtweges. Hoppladihopp eine neue Wohnung zu finden oder ein neues Haus, einen Kitaplatz zu finden, das geht nicht einfach so. Meine Damen und Herren, das ist kein Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Außerdem hatte das Justizministerium angekündigt, die Versetzungen würden im Wesentlichen unter Berücksichtigung sozialer und familiärer Gesichtspunkte erfolgen – ich hatte das erwähnt –, um genau die oben genannten Folgen, die ich gerade ausgeführt habe, abzumildern. Es ist richtig, dass eine Umfrage unter den Mitarbeitern durchgeführt wurde, worin sie die Wünsche hinsichtlich ihres zukünftigen Dienstes abgeben konnten. 77 Mitarbeiter haben sich daran beteiligt, 67 von Ihnen wollten gern in die Jugendanstalt nach Neustrelitz.

Natürlich ist uns klar, dass nicht alle der Bediensteten nach Neustrelitz können, die dort auch hinwollen, aber wenn man vorher ankündigt, die Versetzungen würden im Wesentlichen unter Berücksichtigung sozialer und familiärer Gesichtspunkte erfolgen, und man eine Umfrage unter den Mitarbeitern durchführt, dann kann man auch erwarten, dass diese Umfrage berücksichtigt wird. Wenn das Justizministerium aber in der Antwort auf meine Kleine Anfrage mitteilt, zunächst würden frei werdende Stellen in Anstalten besetzt, und die übrigen Mitarbeiter gleichmäßig über das Land verteilt, dann drängt sich einfach der Eindruck auf, dass die Wunschliste der Mitarbeiter keine große Rolle gespielt haben kann.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Schaut man sich dann die Versetzungsliste an, ist zu sehen, dass 38 Mitarbeiter nach Bützow sollen, 10 nach Stralsund, 13 nach Waldeck und 28 nach Neustrelitz. Nach Bützow, was, wie beschrieben, über 100 Kilometer und anderthalb Autofahrtstunden von Neubrandenburg entfernt liegt, wird ein Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versetzt. Jetzt könnte man natürlich sagen, immerhin können 28 Mitarbeiter nach Neustrelitz, an ihren Wunscheinsatzort,

(Sebastian Ehlers, CDU: 30.)

aber erstens sind 28 von 67 immer noch recht wenig, und zweitens wäre es schön, wenn es tatsächlich 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden.

(Sebastian Ehlers, CDU: Es sind sogar mehr.)

Bei diesen 28 Mitarbeitern ...

Da frage ich mich, wo Sie die Zahlen herhaben, Herr Ehlers. Das sind die Zahlen, die wir aus der Kleinen Anfrage haben. Das können Sie aber gerne nachher noch ausführen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das werde ich tun.)

Bei diesen 28 Mitarbeitern wurden auch jene mitgezählt, die dieses Jahr schon in den Ruhestand gegangen sind oder noch gehen werden, und es wurden auch die mitgezählt, die aufgrund von Langzeiterkrankungen nicht wiederkommen werden oder wahrscheinlich nicht wiederkommen werden. Netto gehen vermutlich keine 20 Mitarbeiter nach Neustrelitz, und rechnen wir dann noch die Altersabgänge in den nächsten Jahren raus, reden wir von 12 Mitarbeitern, die in Neustrelitz ihren Dienst verrichten sollen. Auch an dieser Stelle hätte ich mir ein

wenig mehr Ehrlichkeit vom Justizministerium erhofft. Hier sehen wir aus unserer Sicht den zweiten Wortbruch.

Meine Damen und Herren, es ist doch offensichtlich, dass man eine Alibiumfrage durchgeführt hat, die am Ende kaum einen Ausschlag gegeben hat. Hätten Sie die Versetzungen wirklich sozial verträglich machen wollen, hätten Sie die Sache von Anfang an anders angehen müssen. Schon in der Januarsitzung haben wir diesbezüglich Alternativen vorgelegt. Man hätte sich zunächst die bevorstehenden Pensionierungen bei den Mitarbeitern anschauen können. Da gibt es in den nächsten Jahren einige Abgänge.

Dann hätte man darüber nachdenken können, die JVA über einen gewissen Zeitraum stationsweise zu schließen und entsprechend der Pensionierung den Personalbedarf zu reduzieren. Von den baulichen Gegebenheiten her wäre das durchaus möglich gewesen, auch wenn es eine der ältesten Justizvollzugsanstalten ist. Mit den verbliebenen Mitarbeitern hätte man dann frühzeitig über einen Zeitplan bezüglich anstehender Versetzungen in andere Einrichtungen sprechen können. Auch über die Möglichkeit von Altersteilzeitmodellen hätte man reden können und müssen. Bei einem Altersdurchschnitt von über 50 Jahren hätten sich mit Sicherheit einige Mitarbeiter dazu bereit erklärt.

Am Ende des Tages – da bin ich mir sicher – wären es keine 40 Mitarbeiter gewesen, die man völlig überstürzt und gegen ihren Willen nach Bützow, Waldeck oder Stralsund hätte versetzen müssen. All diese Möglichkeiten sind nie diskutiert worden. Dass das ausdrücklich nie gewollt war, sieht man auch daran, dass nach unserem Kenntnisstand eine Nachbesetzung von in Neustrelitz in den kommenden Jahren in Pension gehenden Mitarbeitern durch dann ehemalige Neubrandenburger Mitarbeiter aus anderen Einrichtungen nicht erfolgen soll.

Meine Damen und Herren, Beamtenrecht hin oder her, das ist ein Musterbeispiel, wie ein Dienstherr keinesfalls mit seinen Mitarbeitern umgehen sollte.

> (Beifall Henning Foerster, DIE LINKE – Sebastian Ehlers, CDU: Es klatscht nur Herr Foerster. – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Offenbar sieht sich das Justizministerium durch die Schließung der JVA Neubrandenburg in Bezug auf vorhandenes Personal in einer derart komfortablen Position, dass man glaubt, über Jahre niemanden einstellen zu müssen und dass es deshalb völlig egal ist, wie die Außenwahrnehmung dieses Umgangs mit Mitarbeitern ist. Ich sage Ihnen nur so viel: Imagekampagne hin oder her, jeder Bewerber würde sich dreimal überlegen, ob er sich in diesem Land für einen Dienst in der Justiz bewerben soll, ganz gleich, ob Richter, Staatsanwalt, Rechtspfleger oder eben Justizvollzugsbeamter. Ein gut gemeinter Rat: Es braucht keine Imagekampagnen für den Justizdienst in diesem Land, ein vernünftiger und fairer Umgang mit den Mitarbeitern reicht aus. – Ich bedanke mich.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Sebastian Ehlers, CDU: Aber das ist jetzt die ganz große Keule hier, ne?!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

(Sebastian Ehlers, CDU: Ich zitiere mal die LINKEN heute.)

Ums Wort gebeten hat zunächst die Justizministerin Frau Hoffmeister.

(Sebastian Ehlers, CDU: Jetzt wird es dargestellt hier alles. – Henning Foerster, DIE LINKE: Hast wohl rote Socken an heute?! – Heiterkeit und Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ministerin Katy Hoffmeister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann ja in Sachfragen unterschiedliche Auffassungen haben und sich gelegentlich auch streiten, natürlich, aber was Sie, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, im Ernst mit diesem Antrag wollen, kann ich beim besten Willen nicht verstehen und nachvollziehen. Wollen Sie ernsthaft behaupten, wir würden eine so wichtige, sicherheitsrelevante Entscheidung wie die Schließung der JVA geradezu übers Knie brechen und die Belange unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollkommen ignorieren?

Sie wissen doch ganz genau, dass die Frage, ob die JVA Neubrandenburg geschlossen werden muss, lange und intensiv geprüft wurde. Wir haben gewissenhaft ermittelt, wie viele Haftplätze in den nächsten Jahren benötigt werden und welche Faktoren für und gegen den Erhalt des Standortes Neubrandenburg sprechen. Auf dieser Basis wurde ein ausgewogenes und zukunftsorientiertes Konzept für unseren Strafvollzug im ganzen Land entwickelt mit dem Ergebnis, dass die JVA Neubrandenburg zum Ende dieses Jahres geschlossen wird. Auf die Daten im Einzelnen komme ich gleich noch zurück. Niemand, der sich seriös mit der Materie beschäftigt hat, wird ernsthaft behaupten können, überrascht worden zu sein. Das alles wurde hier, aber auch in den zuständigen Ausschüssen umfassend und wiederholt erörtert.

Nachdem entschieden war, dass die JVA Neubrandenburg zum Ende des Jahres 2018 geschlossen werden muss, habe ich dies den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am 14. November 2017 vor Ort persönlich mitgeteilt und mich vor Ort ihren Fragen gestellt. Das zuständige Personalreferat meines Hauses hat anschließend die JVA aufgesucht und sich in der Zeit vom 27. bis 29.11.2017 für die Erläuterung der weiteren anstehenden Schritte, insbesondere der notwendigen Versetzungen in die anderen Anstalten, zur Verfügung gestellt. Es wurden Personalgespräche geführt, erste Versetzungswünsche entgegengenommen. Zusätzlich erfolgte eine ausführliche Information der Mitarbeiter durch ein Informationsschreiben vom 4. Dezember 2017. Natürlich wurde zugleich auch die Personalvertretung beteiligt.

In diesem Zusammenhang wurde in enger, und ich kann sagen, wirklich in vertrauensvoller Abstimmung mit dem Hauptpersonalrat, der Gleichstellungsbeauftragten und den Schwerbehindertenvertretungen am 24. Januar 2018 eine neue Dienstvereinbarung über Versetzungen und Abordnungen der Beschäftigten im Justizvollzug abgeschlossen. Hierzu wurden umfassende soziale, dienstliche und persönliche Kriterien für die anstehenden Versetzungen in einer Punkteliste erfasst. Kriterien hiernach: das Lebensalter, das Dienstalter, bisherige Versetzungen aus dienstlichen Gründen, Kinder, Berufstätigkeit des Lebenspartners, Behinderungen, Pflegebedürftigkeit von Angehörigen und Wohnungseigentum.

Anschließend erfolgte unter Berücksichtigung dieser Fürsorgekriterien die Festlegung einer Reihenfolge zur Vorbereitung der Entscheidung, wer – natürlich unter Berücksichtigung des Stellenplans – in Zukunft in welcher Anstalt eingesetzt werden soll. Die Eintragungen in dieser Tabelle wurden den Bediensteten bekannt gemacht und ihnen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Änderungswünsche und Korrekturanregungen wurden erneut tabellarisch erfasst und den Bediensteten am 2. März 2018 übersandt.

Die Bewertung der einzelnen Punkte und ihre jeweilige Gewichtung wurden mit allen Personalvertretungen erörtert und abgestimmt. Diese Beteiligung erfolgte im Zeitraum vom 1. März bis 27. April 2018. Nach einer ausführlichen Erörterung am 28. März 2018 und einer weiteren auf Antrag des örtlichen Personalrates in Neubrandenburg erfolgten Überarbeitung der Liste hat der Hauptpersonalrat dieser Liste sodann am 25. April zugestimmt.

(Sebastian Ehlers, CDU: Hört, hört!)

Bis zum 27. April 2018 wurde den Bediensteten von der Anstaltsleiterin jeweils persönlich ein Schreiben ausgehändigt, aus dem sich die Punkteberechnung, der jeweils ermittelte Punktwert und die voraussichtliche Versetzungsdienststelle ergeben.

Im Ergebnis der Koordination und der wiederholt vor Ort geführten Personalgespräche können von den 91 Mitarbeitern der JVA Neubrandenburg voraussichtlich acht Bedienstete wunschgemäß ortsnah in Behörden anderer Ressorts, ein Bediensteter ressortintern versetzt werden. Vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich in Brandenburg beworben, erste Gespräche mit den dort zuständigen Referatsleitern des Justizministeriums wurden bereits von uns geführt. Ortsfremde Versetzungen älterer Bediensteter, die Sie auch gerade angesprochen haben, insbesondere eben solcher mit planmäßigem Ruhestand bis 2020, konnten ausgeschlossen werden. Drei Betroffene können bis zum Eintritt in den Ruhestand ihren Dienst in der Jugendanstalt Neustrelitz versehen.

Es liegt natürlich auf der Hand, und das wissen Sie auch, dass nicht alle Versetzungswünsche nach Neustrelitz erfüllt werden können. Aber wir haben erreicht, möglichst vielen der Wünsche gerecht zu werden. Nach Abzug der noch nicht abschließend entschiedenen Versetzungen in andere Ressorts und Bundesländer sind jetzt noch 78 Bedienstete auf die vier anderen Anstalten des Landes zu versetzen.

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass sich in einzelnen Personalangelegenheiten Veränderungen ergeben. Das war auch in den vergangenen Wochen der Fall, beispielsweise hinsichtlich der eben erwähnten möglichen Versetzungen in andere Bereiche außerhalb des

hiesigen Justizressorts. Weil sich die Dinge weiterentwickelt haben, weichen natürlich auch die aktuellen Zahlen, die ich Ihnen heute nennen kann, etwas ab von denen in der Beantwortung der Kleinen Anfrage. Nach gegenwärtigem Stand werden nach Abzug der eben Genannten 30 nach Neustrelitz, 28 nach Bützow und nach Stralsund und nach Waldeck jeweils 10 Mitarbeiter versetzt werden. Das bedeutet, dass letztlich mehr als der Hälfte der Versetzungswünsche nachgekommen werden konnte.

Aber eins sage ich Ihnen auch: Natürlich ist mir bewusst, dass die Entscheidung für die Schließung der JVA Neubrandenburg für die Kolleginnen und Kollegen weitreichende und natürlich spürbare Veränderungen mit sich bringt. Das ist doch klar. Deshalb ist es auch völlig klar, dass wir damit nicht leichtfertig umgehen, sondern so sensibel, wie Sie es erwarten. Ich wertschätze unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und weiß auch, dass sie jeden Tag der Sicherheit in den Vollzugsanstalten und damit unserem Land dienen und sich der Resozialisierung der Gefangenen verpflichtet fühlen. Die Annahme, wir würden sie nun mit Versetzungen geradezu überrumpeln, ist abwegig und ich weise sie auch in diesem Zusammenhang zurück.

## (Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Nun zum zeitlichen Ablauf der Schließung: Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, da machen Sie sich offenbar falsche Vorstellungen. Eine Justizvollzugsanstalt können Sie nicht wie einen Zeitungskiosk von einem auf den anderen Tag schließen. Das erfolgt schrittweise und entsprechend dieser Schritte wird auch das Personal sukzessive versetzt werden. So sind die Aufgaben des Gefangenensammeltransportes im Land bereits am 1. Juni 2018 von der JVA Neubrandenburg auf die JVA Bützow übergegangen. Im Zuge dessen wurde ein Bediensteter einvernehmlich an die JVA Bützow abgeordnet. Der Abbau von Vakanzen im allgemeinen Vollzugsdienst der JVA Bützow, bedingt durch die Verstärkung des Personals in der Transportabteilung, erfolgt durch einvernehmliche Versetzungen von drei Bediensteten zum 1. August beziehungsweise zum 1. September 2018.

Mit der Änderung des Vollstreckungsplans für das Land zum 1. Juli 2018 wird die JVA Neubrandenburg nicht mehr für die Vollstreckung von Freiheitsstrafen an männlichen Verurteilten im geschlossenen Vollzug zuständig sein. Zeitgleich erfolgt damit eben ein Aufnahmestopp für die JVA Neubrandenburg. In der Folge werden die Gefangenen der JVA Neubrandenburg schrittweise in die nun jeweils zuständige Vollzugsanstalt verlegt. Voraussichtlich ab Oktober 2018 wird sich dann kein Gefangener in der JVA Neubrandenburg befinden. Darin liegt nun aber keine Abweichung von der ursprünglichen Planung, denn in der verbleibenden Zeit bis zum Jahresende werden, wenn auch in geringerer Zahl, geeignete Bedienstete benötigt, um die weitere Abwicklung der Schließung abzusichern.

Dazu müssen Sie sich klarmachen, dass eine JVA eine Behörde besonderer Art ist. Da sind nicht nur Akten abzutransportieren, da gibt es noch eine Küche, eine Werkstatt, einen medizinischen Bereich, einen Kirchenraum und vieles mehr und natürlich die gesamte Sicherheitstechnik, die abgebaut und verlegt werden muss. Das ist wie ein kleines Dort auf engstem Raum. Alles muss ausund abgebaut werden – das alles, um die geräumte Lie-

genschaft wie geplant in der ersten Januarwoche 2019 an den Betrieb für Bau und Liegenschaften übergeben zu können, denn das ist unabdingbar.

Im Übrigen, meine Damen und Herren – auch darauf will ich ausdrücklich hinweisen –, es ist beabsichtigt, soweit es geht, den jetzt zunächst ortsfern versetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei sich bietender Gelegenheit eine Rückkehr, nicht nach Neubrandenburg, sondern eine Möglichkeit einzuräumen, nach Neustrelitz auf der Grundlage der immer noch geltenden Punktetabelle zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, beim besten Willen kann ich nicht erkennen, was an diesem Verfahren unfair sein soll. Dass bei einem so weitreichenden Prozess nicht alle Wünsche erfüllt werden können, ist jedem klar, aber glauben Sie nicht, dass wir uns das leicht gemacht haben. Alles, was wir getan haben, haben wir verantwortungsvoll und transparent getan mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kommunikation und vor allem mit den zuständigen Personalvertretungen.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, werden Sie Verständnis dafür haben müssen, dass ich für Ihren Antrag kein Verständnis habe. Er ist aus meiner Sicht abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich werde es kurz machen. Wir von der Fraktion der AfD fanden diesen Antrag am Anfang eigentlich ganz überzeugend und Sie – ich spreche Sie jetzt mal als Fraktion der LIN-KEN ganz persönlich an – wissen, dass ich als Person es immer sehr begrüße, wenn wir mal mit Ihnen zusammen für eine Sache abstimmen. Ich finde das deshalb charmant, weil man sich auch immer wieder vor Augen halten muss, dass wir die Opposition gemeinsam bilden, wenn man die BMV jetzt miteinbezieht.

Es ist so, dass die Regierung und die Justizministerin natürlich hier in einer schwierigen Lage sind. Das muss man sich vergegenwärtigen. Kein Arbeitsplatz darf verloren gehen. Das ist der oberste Grundsatz, der aus dem öffentlichen Dienstrecht und dem Beamtenstatusgesetz sowie aus 33 Absatz 4 Grundgesetz folgt. Man kann aber – das ist von Frau Hoffmeister gesagt worden – nicht alle Wünsche erfüllen, weil ja auch der Bedarf des Dienstherrn zu beachten ist.

Ich kann allerdings einen Vorwurf eigentlich nicht so ganz entkräftet sehen und der liegt darin, dass diese ganze Schließung doch sehr hektisch vor sich geht. Man hat sich ungefähr ein Jahr als Zeit gesetzt, knapp etwas mehr als ein Jahr, und man hat dann aus der Sicht der Betroffenen diese Frist ein bisschen kürzer gemacht, indem man anfing, ein halbes Jahr vor dem Schließungstermin bereits mit den Umsetzungen zu beginnen. Das ist natürlich sehr sportlich. Angesichts der Demografie, die sich schon lange abzeichnet, wissen wir ja, dass es keine neuen Jugendlichen in diesem Land mehr gibt, die Straftaten begehen können.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Von daher wäre es wünschenswert gewesen, wenn man eine längere Planungszeit angesetzt hätte. Das ist nicht geschehen. Von daher sehe ich eine gewisse Berechtigung irgendwo in dem Antrag.

Allerdings ist auch zu sagen, dass in Ziffer 4 Ihres Antrages von einem Wortbruch der Ministerin geredet wird, und das im Zusammenhang mit dem Schließungstermin. Diesen Wortbruch kann ich nicht erkennen,

(Sebastian Ehlers, CDU: Ja.)

denn sie hat den Schließungstermin, der zugegebenermaßen sportlich ist, angekündigt und sie hat ihn auch eingehalten. Es geht ja jetzt nur um den Beginn der Versetzungen der beteiligten Beamten und der im öffentlichen Dienst Tätigen. Von daher kann ich Ziffer 4 nicht mittragen, und ich denke, wir werden uns als Fraktion enthalten in dieser Abstimmung. – Ich danke Ihnen. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Friedriszik.

Dirk Friedriszik, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Im November 2017 hat die Justizministerin die Belegschaft der JVA Neubrandenburg informiert, dass diese zum 31. Dezember 2018 geschlossen werden soll. Die Schließung ist Teil der Neuorganisation des Justizvollzugs in Mecklenburg-Vorpommern. Hintergrund ist, dass die Berechnungen von einer Belegungsprognose für das Jahr von 2020 von im Durchschnitt 1.100 Gefangen pro Tag ausgehen. Dies würde nach jetzigem Bestand an Haftplätzen einen Leerstand von über 400 Plätzen bedeuten. In Anbetracht dessen ist der Bedarf an den 128 Haftplätzen in Neubrandenburg nicht mehr gegeben.

Die Schließung der JVA Neubrandenburg bringt es mit sich, dass die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versetzt werden müssen. Im Rahmen der Versetzung war und ist es das Ziel, die Gleichbehandlung aller Beschäftigten bei der Berücksichtigung dienstlicher, persönlicher und sozialer Kriterien zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wurde zwischen dem Justizministerium und dem Hauptpersonalrat in Abstimmung mit der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung im Januar 2018 eine Dienstvereinbarung über die Auswahlkriterien und deren Bewertung bei Abordnungen und Versetzungen für die Beschäftigten des Justizvollzugs geschlossen.

Entsprechend dieser Dienstvereinbarung wurde für alle Mitarbeiter der JVA Neubrandenburg eine Punkteliste erstellt, anhand deren Rangfolge die Versetzungsentscheidungen getroffen wurden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden vorher zu ihren Versetzungswünschen befragt. Dabei hatten sie die Möglichkeit, ihre Versetzungswünsche abgestuft nach Präferenzen anzugeben.

Meine Damen und Herren, es ist nachvollziehbar, dass sich die Mehrheit der Befragten für die Jugendanstalt Neustrelitz entschieden hat. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn jedem einzelnen Versetzungswunsch entsprochen werden könnte. Wer die Struktur des Justizvollzugs in unserem Land jedoch kennt, weiß, dass dies nicht möglich ist. Für die Betroffenen ist das aus vielerlei Gründen nicht einfach.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist, dass durch die Schließung der Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg niemand der Beschäftigten seinen Arbeitsplatz verliert. Die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird in den anderen Justizvollzugseinrichtungen gebraucht. Die SPD-Fraktion lehnt den Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Sebastian Ehlers, CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema ist der Fraktion der LINKEN so wichtig, dass selbst die Fraktionsvorsitzende bei der Einbringungsrede ihre Taschen packt und den Plenarsaal verlässt. So viel zur Wichtigkeit des Themas. Da kann man nur staunen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Henning Foerster, DIE LINKE: Billige Polemik.)

Ich staune auch, werte Kollegen von den LINKEN, dass Sie jetzt überrascht tun, was hier passiert, denn ich habe gerade zum Kollegen Krüger gesagt, erstmals wird die Regierung dafür kritisiert, dass sie schneller ist als vielleicht geplant und dass sie hier pünktlich liefert.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Auf Kosten der Mitarbeiter.)

Das wird jetzt auch kritisiert, das können wir uns dann für künftige Themen merken an der Stelle.

Ich möchte eins vorwegschicken: Wenn Sie einen Blick in unseren Koalitionsvertrag zum Thema Justizpolitik geworfen hätten, Frau Kollegin Bernhardt, dann hätten Sie dort unter Ziffer 447 lesen können, dass die Kapazität der Justizvollzugsanstalten überprüft und bedarfsgerecht angepasst werden soll. Deswegen kann ich auch nur staunen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Darum ging es nicht in dem Antrag, Herr Ehlers.)

Wir waren im letzten Sommer mit dem Arbeitskreis Justiz - Kollegin Friemann-Jennert, Kollege Kliewe waren dabei - auf Sommertour, haben uns auch mit der Gewerkschaft, mit Herrn Papenfuß, auseinandergesetzt, das Gespräch in Bützow gesucht, und da war eins ganz klar, das war auch der Gewerkschaft ganz klar, dass, wenn hier etwas angepasst wird im Strafvollzug, es dann die JVA Neubrandenburg treffen wird. Das war auch der Gewerkschaft klar und es war die Forderung und die Bitte der Gewerkschaft – deswegen kann ich so manche Kritik nicht nachvollziehen -, bitte trefft die Entscheidung schnell, denn unsere Mitarbeiter wollen Sicherheit haben und nicht noch länger warten, bitte trefft als Politik dort eine schnelle Entscheidung. Das wird jetzt gemacht. Das wird kritisiert, das kann ich nicht nachvollziehen. Sie suchen bei dem Thema krampfhaft das Haar in der Suppe. Als die Ministerin das Konzept vorgestellt hat, haben

Sie nicht inhaltlich irgendwas daran kritisiert letztes Jahr im Rechtsausschuss,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Doch, wir hatten einen Antrag daraufhin.)

sondern Sie haben lediglich kritisiert, dass erst die Mitarbeiter informiert wurden und dann erst der Ausschuss.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Zum Strafvollzugskonzept haben wir einen Antrag im Januar gestellt, Herr Ehlers.)

Wäre es umgekehrt gewesen, wären die Mitarbeiter nicht informiert, wäre es auch falsch gewesen. Also wie man es macht, ist es wieder verkehrt.

Ich glaube, es war richtig, dass die Justizministerin morgens nach Neubrandenburg gereist ist, persönlich das Gespräch gesucht hat, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informiert hat, danach erst den Rechtsausschuss. Ich glaube, das ist ein vernünftiges Verfahren an der Stelle und deswegen suchen Sie natürlich jetzt krampfhaft hier das Haar in der Suppe. Klar ist auch – Kollege Friedriszik ist auf die Zahlen eingegangen –, 2020 hätten wir einen Leerstand von 400 Gefängnisplätzen im Land, wenn wir jetzt nicht handeln würden. Ich glaube, das ist ziemlich unverantwortlich.

Sie schießen ja hier wirklich mit ganz schön scharfen Worten. Es wird Wortbruch vorgeworfen und was nicht alles. Die Ministerin hat, glaube ich, die Kriterien klar benannt: Lebensalter, Dienstalter, Kinder, Berufstätigkeit des Lebenspartners, Behinderungen etc. Danach wurde die Liste erarbeitet. Da muss es ja eigentlich gerade den Kollegen, die bei Ihnen gewerkschaftlich orientiert sind, da muss es richtig, ich hätte jetzt beinahe gesagt, warm am Bein runtergelaufen sein – das sage ich jetzt mal nicht, das wäre wahrscheinlich unparlamentarisch –, es muss ja zu Freudensprüngen kommen, wenn man sieht, der Hauptpersonalrat hat dieser Liste sogar zugestimmt.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und dann kommen Sie und sagen, das ist alles Murks. Also da kann ich wirklich nur staunen, was hier alles passiert.

Die Ministerin hat es noch mal deutlich gemacht: keine Versetzung von älteren Mitarbeitern, die jetzt künftig in 2020 in Pension gehen. Es gibt die Möglichkeit zur Rückkehr nach Neustrelitz für diejenigen, die das auf der Liste hatten. Auch die Zahlen von den Mitarbeitern, die jetzt nicht anderweitig dort unterkommen, seien noch mal abschließend genannt: 30 nach Neustrelitz, also quasi vor der Haustür, 28 nach Bützow, Stralsund und Waldeck jeweils 10. Da sieht man schon ganz klar und deutlich, dass versucht wurde, natürlich den Leuten entgegenzukommen.

Klar ist auch, ich habe bisher noch kein Konzept von Ihnen gehört, was Sie denn gemacht hätten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Dazu habe ich schon ein paar Sätze gesagt, Herr Ehlers. Da müssen Sie mal zuhören.)

Hätten Sie jetzt gesagt, alle 78 kommen nach Neustrelitz? Das ist doch völlig überdimensioniert an der Stelle. (Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich hatte mehrere Lösungsvorschläge vorgetragen.)

Von daher ist das wirklich an den Haaren herbeigezogen, was Sie kritisieren. Ich glaube, hier ist sehr sorgfältig gearbeitet worden, das hat die Ministerin gesagt, und man macht es sich auch nicht einfach, denn man könnte sich jetzt ganz locker hinstellen und sagen, das sind alles Landesbeamte, die kriegen hier einen Marschbefehl und haben dann künftig in Waldeck oder in Stralsund ihren Dienst zu verrichten. Nein, natürlich hängen da auch Schicksale dran, damit muss man sich ernsthaft auseinandersetzen. Aber es geht nun mal nicht, dass alle in Neustrelitz untergebracht werden. Wer die Gegebenheiten dort kennt, der weiß, dass das allein räumlich schon gar nicht möglich ist. Von daher ist das bekannt.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ja, Kollege Gundlack möchte Feierabend machen, aber ich glaube, es ist trotzdem wichtig, dass man das hier ausspricht.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich finde, das kann man hier auch nicht so im Raum stehen lassen. Kollege Koplin wird gleich reden, habe ich gesehen, mal gucken, was er noch dazu beitragen will. Aber ich glaube, das Justizkonzept ist ausgewogen. Ich glaube, es gab hier einen vernünftigen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Gewerkschaft hat gefordert, dass wir schnell handeln und zügig Lösungen präsentieren. Das tun wir an der Stelle. In diesem Sinne werden auch wir natürlich den Antrag ablehnen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt, wie bereits angekündigt, für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

**Torsten Koplin**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Ehlers, Polemik gehört ja hier zur Debatte

(Egbert Liskow, CDU: Ach so?!)

und würzt diese auch, aber sie sollte redlich bleiben. Das ist im Grunde auch unter Ihrem Niveau, darauf zu verweisen, dass unsere Fraktionsvorsitzende gegangen ist. Sie hat einen unabwendbaren Termin, wichtig auch für uns.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das hat sie aber nicht mitgeteilt. – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wenn ich zu Ihnen in die erste Reihe schaue, dann gehe ich davon aus, dass auch Ihr Fraktionsvorsitzender häufig wichtige Termine hat, die ihn abhalten, hier in unserer Runde zu sitzen. Wir haben uns diesbezüglich nicht kritisch geäußert, Sie werden Ihre Gründe haben.

(Harry Glawe, CDU: Genau. – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich möchte gerne vor allen Dingen darauf eingehen, was Frau Ministerin zum Thema gesagt hat, und vorwegschicken, wir sprechen Ihnen überhaupt nicht ab, dass Sie – Sie und alle, die mit dem Sachverhalt in Ihrem Hause beschäftigt waren – sich nicht der Verantwortung bewusst waren. Sie sagten, wir haben uns das nicht leicht gemacht. Also keineswegs unterstellen wir, dass Sie es sich leicht gemacht hätten.

Was aus unserem Antrag deutlich wird, ist, dass wir Kommunikationsprobleme bemängeln, das ist ganz klar ersichtlich, und das Zweite, so auch die Überschrift, dass wir mangelnde Fairness beklagen. Das will ich im Einzelnen begründen.

(Egbert Liskow, CDU: Das hat sie doch alles erklärt.)

Ja, Sie sind ja regierungshörig.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wir hinterfragen selbstverständlich die Regierung. Das ist unser verfassungsrechtlicher Auftrag, also ich bitte Sie!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst der Einwand von Ihnen, dass Sie keineswegs diesen sicherheitsrelevanten Sachverhalt übers Knie gebrochen hätten – das haben Sie in der Tat nicht. Was wir bemängelt haben – deswegen das spontane Reagieren unmittelbar um die Veröffentlichung am 14.11. –, war, dass wir im Vorfeld Signale hatten,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

dass aus der Belegschaft Leute zu uns kamen und sagten, da war aber die Gerüchteküche seit Monaten,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

wir wissen, dass etwas passiert, wir wissen, dass geschlossen wird, wir wissen nur nicht, wann, was wird uns treffen, wir haben überhaupt keine Information, es gibt keine Kommunikation.

(Egbert Liskow, CDU: Dann haben sie geschlafen.)

Dann der 14.11. mit der Zeitungsmeldung. Wir haben damals festgestellt, dass es sehr beklagenswert war, dass so etwas über die Medien kommuniziert wird, was Sie besser schon vorher mit der Belegschaft direkt besprochen hätten. Gleichwohl ist irgendwie ein Muster erkennbar: Damals der beklagenswerte Zustand und vieles, was Sie heute gesagt haben in Erwiderung auf unseren Antrag, konnte gestern nachgelesen werden in der Pressemitteilung, die rausgegangen ist zum Fortlauf der Dinge. Gestern zumindest habe ich kursorisch gelesen, dass jetzt faktisch Personal abgebaut wird. Alles Dinge, die Sie eben auch beschrieben haben. Die waren gestern zu lesen und heute die Debatte. Wir sagen, so etwas gehört in den Ausschuss.

Sie selbst, Frau Ministerin, haben gesagt, wir haben – Sie als Ministerium – ausführlich im Ausschuss darüber informiert. Wer die Protokolle nachliest und sich die An-

tragslagen im Ausschuss anschaut, der wird sehen, dass diese Informationen erst auf Antrag der LINKEN kamen,

(Andreas Butzki, SPD: Ihr seid die Helden! – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das sowieso.)

nicht aus freien Stücken aus dem Hause selber. So zumindest stellt sich das für uns dar.

Zur neuen Dienstvereinbarung möchte ich gerne etwas sagen, weil auch Herr Ehlers des Lobes voll war und meinte, wir müssten, gerade weil der Hauptpersonalrat zugestimmt hat, diese Sache in Bausch und Bogen gutheißen. Also auf den Inhalt kommt es an, nicht nur auf die Unterschriften. In der Tat ist da sehr fein gegliedert worden, welche Kriterien herangezogen werden, um bestimmte Entscheidungen, Personalentscheidungen zu treffen. Sie haben in der Antwort im November hier im Plenum auf meine mündliche Frage gesagt, soziale Kriterien und Familienpolitik, familiäre Gesichtspunkte werden eine Rolle spielen. Guckt man sich diese Kriterien einmal an, dann gibt es da sozialpolitisch auf alle Fälle eine Unwucht. Da werden die einzelnen Kriterien mit Punkten versehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und BMV – Glocke der Vizepräsidentin)

Drei Punkte werden attestiert, wenn jemand verheiratet ist, weitere drei Punkte im Falle der Versetzung werden attestiert, wenn der Ehepartner oder die Ehepartnerin berufstätig ist – macht im Saldo sechs Punkte. Wenn jemand aber alleinerziehend mit Kind ist, gibt es lediglich fünf Punkte, das heißt, diejenigen, alleinerziehend mit Kind, die sozial in einer besonderen Situation sind, die werden faktisch ...

(Andreas Butzki, SPD: Das ist doch mit dem Hauptpersonalrat abgesprochen.)

Ja, das beklage ich doch auch. Ich habe ... Also Sie ...

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nein, nein, nein! Zu einer kritischen Bestandsaufnahme, Herr Butzki.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sie sind so was von unkritisch,

(Andreas Butzki, SPD: Nein, bin ich nicht!)

das ist also fürchterlich. Fürchterlich!

(Andreas Butzki, SPD: Das ist ein geregeltes Verfahren gewesen. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Nein, nein! Das ist ein geregeltes Verfahren, aber gleichzeitig ist es unsere Aufgabe,

(Andreas Butzki, SPD: Das klärt man doch vorher.)

das kritisch zu beleuchten.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine beiden Herren Abgeordnete! Das ist hier kein ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Kommt es mal irgendwie in den Ausschuss? – Zuruf aus dem Plenum: Frau Bernhardt, die Präsidentin!)

Einen Moment jetzt bitte! Also keine Dialoge bitte! Wie gesagt, ich habe schon mehrfach die Glocke betätigt, weil es hier immer sehr laut ist. Ich würde doch bitten, in Anbetracht der Uhrzeit, dass wir vielleicht versuchen, die Disziplin aufzubringen, die letzten Tagesordnungspunkte jetzt geordnet abzuarbeiten.

(Patrick Dahlemann, SPD: Ja, genau.)

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe mal davon aus, dass ich es hier mit Profis zu tun habe, dass wir, wenn wir bestimmte Sachen vorgelegt bekommen,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

egal von wem, ob aus unserer Runde oder aus dem parlamentarischen Bereich, dass wir das kritisch würdigen – loben, was lobenswert ist und kritisch analysieren, was zu kritisieren ist. Ich bedaure es sehr, wenn der Hauptpersonalrat solche sich darstellende Wichtungen vornimmt.

(Andreas Butzki, SPD: Was soll denn der Ausschuss mit dem Punkt?)

Es ist zumindest immer wichtig, ein politisches Signal zu senden – für Sie vielleicht nicht, für uns schon. Uns sind das Fragen im Ausschuss wert.

(Andreas Butzki, SPD: Gegen den Personalrat?! Das ist ja eine Einstellung!)

Wir behandeln das hier, deswegen sprechen wir das hier an.

(Andreas Butzki, SPD: Das merk ich mir aber.)

Genauso ist es.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wo wir gerade bei den Kriterien sind ...

(Sebastian Ehlers, CDU: Die Ministerin informiert immer sehr transparent im Ausschuss. – Zurufe von Dr. Ralph Weber, AfD, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wer mir genau zuhört, ich werde nicht persönlich. Wir reden über Verwaltungshandeln, wir reden über Kriterien.

(Andreas Butzki, SPD: Und die waren vereinbart.)

Die werden gerade diskutiert. Zu den Kriterien gehört übrigens auch, dass zum Beispiel die Dienstzeit in der DDR mitangerechnet wird, Dienstzeit in den alten Bundesländern wiederum nicht. Da stellt sich für uns die Frage: Warum ist das so? Auch das wären uns Fragen wert und deswegen spielen sie hier eine Rolle.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Uns hat natürlich auch beschäftigt, wie das denn so ist, zumindest acht ...

Warum kriege ich jetzt die rote Lampe?

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weil eine Redezeit von sieben Minuten eingereicht wurde.

**Torsten Koplin**, DIE LINKE: Alles klar, dann komme ich jetzt zum Ende. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und die Streitbarkeit hier im Plenum. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2254. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2254 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Stimmenthaltung der Fraktion der AfD

(Mathias Brodkorb, SPD: Eine Zustimmung gab es.)

und einer Zustimmung aus,

(Unruhe im Präsidium – Dr. Ralph Weber, AfD: Tja, dann müssen Sie ab und zu mal rechnen. Wir haben keinen Fraktionszwang.)

und zwei Gegenstimmen aus der Fraktion der AfD abgelehnt.

(allgemeine Unruhe)

Also, wenn mein Schriftführer mir signalisiert, dass er abgelehnt hat und Herr Förster abgelehnt hat, dann ist eins plus eins gleich zwei: bei zwei Gegenstimmen aus der Fraktion der AfD abgelehnt.

(allgemeine Unruhe)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 42**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Fachkräfte langfristig binden – ganzjährige Beschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe fördern, Drucksache 7/2252.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Fachkräfte langfristig binden – ganzjährige Beschäftigung im Hotelund Gaststättengewerbe fördern – Drucksache 7/2252 –

- Drucksache 1/2252 -

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den letzten Monaten war ich viel im Land unterwegs, um vor Ort mit Vertretern von Kammern, Wirtschaftsverbänden und selbstverständlich auch Gewerkschaften zu sprechen. Ein Thema, was immer eine große Rolle gespielt hat, war die Sorge um den Bedarf an Arbeits- und Fachkräften, also konkret die Frage, wie dieser künftig noch gedeckt werden kann.

Im Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern von besonderer Bedeutung – das ist sicherlich keine neue Erkenntnis für Sie – ist dabei der Hotel- und Gaststättenbereich. Das lässt sich übrigens auch an Statistiken der Bundesagentur für Arbeit festmachen. So waren vor der Saison 2017 im Bereich der Hotellerie, Gastronomie und Küche knapp 31.000 Fachkräfte beschäftigt. Zum gleichen Zeitraum gab es für den Bereich bereits 1.600 unbesetzte Stellen und zum Saisonende wies die Statistik immer noch 1.000 davon aus. Und auch im Ausbildungsbereich ist die Lage angespannt. Ende September 2017 wurden hierzulande noch 131 Köche, 121 Hotel- und 119 Restaurantfachleute gesucht.

Die Ursachen für diese Probleme sind hinlänglich bekannt. Sie werden in Arbeits- und Ausbildungsmarktberichten auch immer wieder genannt. Die Branche hat nicht nur ein Imageproblem, sondern tatsächlich spielen vergleichsweise geringe Verdienstmöglichkeiten, schwierige Arbeitszeiten und auch die in der Branche immer noch weit verbreitete Saisonarbeit eine Rolle. Wir wissen ja, dass hierzulande jährlich zwischen 8.000 und 10.000 Beschäftigte infolge saisonaler Schwankungen zwischen November und März bei der Bundesagentur für Arbeit vorstellig werden müssen, und damit ist Mecklenburg-Vorpommern das von Saisonbeschäftigung am stärksten betroffene Land. Hierzulande sind mehr als ein Viertel der Beschäftigten saisonal beschäftigt, im Bundesschnitt dagegen sind es nur ganze zehn Prozent.

Die Nachteile für die Beschäftigten liegen auf der Hand. Jährliche Zeiten von Arbeitslosigkeit, fehlende Karriereund Aufstiegsmöglichkeiten, Probleme, Familienleben und Beruf unter einen Hut zu bekommen, geringe Durchschnittseinkommen und daraus resultierend Probleme mit Blick auf die Altersrente seien hier beispielhaft erwähnt.

(Die Fensterrollos werden geöffnet.)

Ist das eine Klimaanlage, Frau Präsidentin? Ach nee, okay. Gut.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich erläutere das auch gerne.

(Minister Harry Glawe: Jetzt kommt Licht ins Dunkel, Herr Foerster!)

Das ist jetzt das Rollo, das etwas Licht ins Dunkel bringt.

Henning Foerster, DIE LINKE: Okay.

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielleicht hilft es dann, wenn es fertig ist.

(Andreas Butzki, SPD: Jetzt kommt Zug rein.)

**Henning Foerster**, DIE LINKE: Das Rollo und ich bringen auch weiterhin Licht ins Dunkel zu dem Thema.

Aber auch für die Unternehmen verbinden sich zunehmend Nachteile mit dieser Verfahrensweise, denn die Entlassung des Personals nach der Hauptsaison löst zwar kurzfristig ein Kostenproblem, allerdings erschwert diese Praxis akut die Nachwuchsgewinnung und verschärft damit den schon heute existierenden Mangel an Arbeits- und Fachkräften weiter. Und selbst wenn es gelingt, Letztere noch in ausreichender Zahl zu finden, müssen diese – zum Teil jedenfalls – in jeder Saison neu angelernt werden.

Soll dieser Zustand verändert werden, müssen sich die Unternehmen auf den Weg machen und ihre Angebote offensiv auf die Nebensaison ausweiten. Die Trends für die nächsten Jahre sind durch die Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e. V. untersucht worden. Zwar bleibt die wichtigste Form, Urlaub zu machen, für die Deutschen der Strand- beziehungsweise Badeurlaub, allerdings folgt knapp dahinter bereits der Entspannungsund Natururlaub. Langfristig gehen die Experten davon aus, dass die Kundschaft aber stärker variieren möchte. Urlaub soll weder zu eintönig noch zu anstrengend sein. Eine stärkere Nachfrage prognostizieren sie auch für den Familienurlaub. Stabil bleiben sollen Gesundheitsurlaub und Kultururlaub. In diesem Wissen müssen die Unternehmen des Hotel- und Gaststättengewerbes versuchen, neue Angebote für die Nebensaison an den Markt zu bringen.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass sich das Reiseverhalten aufgrund einer älter werdenden Gesellschaft ändert. Man weiß, dass ältere Reisende häufiger an einen und denselben Ort reisen. Wer also bereits im Sommer hier einen sehr schönen Urlaub an der Ostsee erlebt hat, den kann man vielleicht auch dafür begeistern, sich denselben Ort einmal im Herbst oder gar im Winter anzuschauen.

(Marc Reinhardt, CDU: Im Winter?!)

Dafür ist dann natürlich wichtig, dass es in den Häusern auch ergänzende Angebote gibt, zum Beispiel Wellnessoder Kulturangebote.

Grundsätzlich saisonunabhängig lassen sich vermutlich auch Seminarbesucher gewinnen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass diese entsprechende Tagungsräume vorfinden und qualitativ hochwertig verpflegt werden können. Und um das alles schließlich auch umsetzen zu können, muss das entsprechende Personal vorhanden sein.

Uns ist vollkommen klar, dass sich eine solche – aus unserer Sicht wünschenswerte – Entwicklung nicht verordnen lässt und darüber hinaus auch nicht von heute auf morgen realisiert werden kann. Um einen solchen Prozess in Gang zu setzen, benötigen die Unternehmen Unterstützung. Wir wollen, dass sie diese auch bekommen und dass die Erfolge des Ihnen bekannten, allerdings sehr kleinteilig angelegten Modellprojektes Pate für ein echtes Förderprogramm des Landes stehen. Wir meinen, dass die im Rahmen des Projektes "Guter Gastgeber – Guter Arbeitgeber" entwickelte Idee zur Stärkung der ganzjährigen Beschäftigung durch einen sogenannten Saisonzuschuss durch die Landesregierung aufgegriffen und in ein längerfristig angelegtes Förderprogramm einfließen sollte.

(Susann Wippermann, SPD: Was kostet das?)

Die Grundüberlegung ist dabei ...

(Andreas Butzki, SPD: Was kostet das?)

Dazu komme ich noch.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Die Grundüberlegung ist dabei, dass die Arbeitgeber für den Zeitraum der Nebensaison

(Glocke der Vizepräsidentin)

eine anteilige Förderung der Lohnkosten in Höhe von 40 Prozent erhalten können, wenn sie im Gegenzug vormals saisonal Beschäftigte ganzjährig einstellen. Dadurch werden sie überhaupt erst einmal in die Lage versetzt, neue, die Saison verlängernde Maßnahmen und Angebote zu unterbreiten und auszuprobieren.

Neben den Arbeitgebern, die 60 Prozent der Lohnkosten zahlen, sollen sich aber auch die Beschäftigten einbringen. Diese erarbeiten aufgrund der Anforderungen während der Hauptsaison häufig Überstunden in nicht unbeträchtlichem Umfang. Zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung sollen diese dann nicht mehr ausgezahlt, sondern in ein Arbeitszeitkonto eingezahlt und gesammelt werden.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das Programm soll über fünf Jahre laufen. Während dieser Zeit sind die teilnehmenden Unternehmen verpflichtet, sich neue, innovative Möglichkeiten mit dem Ziel zu erschließen, ihre Beschäftigten nach Auslaufen der Förderung dann auch dauerhaft anzustellen.

Was ein solches Förderprogramm am Ende des Tages kosten würde, hängt natürlich von den Teilnehmerzahlen ab. Auf der Basis des Berechnungsmodells aus dem Modellprojekt lassen sich auch die Kosten ermitteln. Ich will zwei Zahlen nennen, aber die sind natürlich nicht in Stein gemeißelt. Im Falle von 1.000 Beschäftigten ergibt sich ein jährlicher Finanzbedarf von etwa 3,2 Millionen Euro. Bei 2.000 Beschäftigten würden die Kosten folglich bei etwa 6,4 Millionen Euro liegen. Auf diese Weise hätte man dann etwa 20 bis 25 Prozent der Betroffenen erreicht.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Für uns wichtig ist allerdings, dass wir mit dem Programm keine Niedriglöhne subventionieren wollen. Ich hatte eingangs etwas dazu gesagt, warum sich die Situation mit Blick auf die Fachkräftebedarfe so schwierig gestaltet. Es wäre daher absurd, wenn wir das Thema Saisonbeschäftigung angehen würden, ohne auf eine tarifliche oder mindestens tarifgleiche Bezahlung Wert zu legen.

Ich weiß, dass die Landesregierung es lieber hätte, wenn das Thema auf der Bundesebene beackert würde. Mir ist auch bekannt, dass noch bis Januar 2019 in Rheinland-Pfalz ein weiteres Modellprojekt läuft, welches anschließend noch evaluiert werden soll. Grundsätzlich hat sich die Bundesregierung aber offenbar darauf festgelegt, zunächst nichts zu tun, was uns bei dem Thema hier aktuell weiterhelfen könnte. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage unserer

Bundestagsfraktion, die mit uns abgestimmt erarbeitet wurde, auch ganz klar hervor. Ich möchte Ihnen den entscheidenden Satz daher nicht vorenthalten: "Die Bundesregierung beabsichtigt derzeit keinerlei neue Maßnahmen, um die ganzjährige Beschäftigung in Betrieben zu fördern, die saisonalen Schwankungen unterliegen."

Und weil das so ist, müssen wir unsere Hausaufgaben alleine machen, was angesichts der hierzulande höchsten Betroffenheit aus unserer Sicht ohnehin angezeigt ist. Ich betrachte unseren Antrag als Diskussionsangebot und fände es gut, wenn wir das Thema im Wirtschaftsausschuss noch tiefgründiger erörtern könnten. Ich möchte bitten, das dann auch gleich als Antrag zu verstehen. Damit böte sich im Übrigen auch die Möglichkeit, die am Modellprojekt beteiligten Partner an den Tisch zu holen und deren Erfahrungen in die weiteren Diskussionen einfließen zu lassen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen.

(Andreas Butzki, SPD: Sollten wir auch ausschöpfen!)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern ist und bleibt das Urlaubsland Nummer eins in Deutschland. Das hat die ITB auch noch mal bestätigt. Wir haben Wachstum, wir haben sinkende Arbeitslosenzahlen und die Beschäftigungen gehen zahlenmäßig nach oben. Ich verweise auf die heutige Arbeitslosenzahl von 7,4 Prozent, der niedrigste Wert seit 1990. Sie sehen, im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gibt es mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das hat aber erst mal nichts mit Saisonbeschäftigung zu tun.)

und damit wird die Konjunktur weiter nach oben gehen.

In unserem Bundesland geht es natürlich auch um die Frage, wie wichtig das Hotel- und Gaststättengewerbe für Mecklenburg-Vorpommern ist. Sie wissen, dass zufriedene Gäste eben auch gut bedient werden wollen, dass der Service stimmen muss und dass wir in besonderer Weise saisonale Effekte haben, einerseits deutlich mehr Beschäftigte im Sommer sowie in der Vor- und Nachsaison, und nach Weihnachten bis März ist es etwas schwieriger in unserem Land.

Die entscheidende Frage ist, hier müssen, wenn Forderungen nach ganzjähriger Beschäftigung aufgemacht werden, auch die Sozialpartner sich einbringen, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dazu gehören eben auch die Gewerkschaften.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das ist richtig.)

Wir haben das Modellprojekt hier im Land Mecklenburg-Vorpommern gehabt. Es ist richtig beschrieben worden, 40 Prozent Zuschuss, um ganzjährige Beschäftigung sicherzustellen. Ich glaube aber, dass allein bundesweit eine Zahl von 100 Millionen Euro im Raum steht. Das müsste DIE LINKE dann auf der Bundesebene mal durchsetzen. Das könnten Sie vielleicht, Herr Foerster,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Werden Sie mal nicht polemisch!)

mal Ihrer geliebten LINKEN im Deutschen Bundestag mitteilen. Um die Fachkräftebedarfe in Mecklenburg-Vorpommern zu quantifizieren, da müssen wir, denke ich, noch mal ein Gespräch führen mit Gewerkschaften und Beteiligten und mit den Arbeitgebern, um die Dinge zu diskutieren. Aber heute sehe ich keinen Anlass, jetzt Zugeständnisse zu machen, die über den Finanzrahmen des Haushaltes des Landes Mecklenburg-Vorpommern hinausgehen. Das sind zusätzliche Dinge, über die wir gerne bei mir im Ministerium reden können. Aber heute kann ich den Fraktionen nur empfehlen, diesen Antrag der LINKEN abzulehnen. Er ist sozusagen nicht entscheidungsreif. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der LINKEN zielt darauf ab, den als Modellprojekt eingeführten Saisonzuschuss in ein Dauermodell zu verwandeln. Wir dagegen sehen es so, dass die Gewinnung von Arbeitskräften in erster Linie Aufgabe der Unternehmen selbst ist,

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

und Geschäftsmodelle, die auf eine dauerhafte Subventionierung abzielen, sind halt nicht tragfähig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Anschubfinanzierungen sind natürlich möglich. Das macht die Landesregierung auch. Flankierende Maßnahmen gehen natürlich auch: Digitalisierung vorantreiben, touristische Infrastruktur stärken.

In einer Kleinen Anfrage der LINKEN – ich meine, das war im Juni letzten Jahres von Herrn Holter –, da kam als Antwort von der Landesregierung zurück, dass das insgesamt 8.000 bis 10.000 Beschäftigte in der Tourismusindustrie in Mecklenburg-Vorpommern betrifft. Allerdings sagt selbst die DEHOGA, dass die Sommer- und die Nebensaison sich immer mehr ausweiten. Die DEHOGA plädiert für eine vermehrte Nutzung von Jahresarbeitszeitkonten, gegebenenfalls auch für eine Flexibilisierung der Höchstarbeitszeit.

Wir lehnen dieses Subventionsprogramm ab, insbesondere auch wegen der zu befürchtenden Mitnahmeeffekte. Zum anderen würde dort auch nur Landesgeld aufgewendet, während die Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung, also auf der Bundesebene, eintreten wür-

den. Also der Antrag gehört eigentlich in den Bundestag, insofern ist das hier nur ein Schaufensterantrag. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Wippermann.

**Susann Wippermann**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zugegebenermaßen beschäftigen Sie sich mit einem Thema, das nicht nur Touristikern auf den Nägeln brennt. Saisonarbeitsplätze, nicht nur in der Tourismuswirtschaft, stellen eine Herausforderung für die Arbeitsagenturen, die Sozialversicherungssysteme, für die Rentenkasse und selbstverständlich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familien dar.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

Jeder von uns kennt Beschäftigte, die acht, neun oder auch zehn Monate gefühlt rund um die Uhr arbeiten, um für den Rest des Jahres arbeitslos nach Hause geschickt zu werden und dann im Frühjahr, meist um Ostern herum, wieder in den Arbeitsalltag einzusteigen.

Und nun zu Ihrem Antrag. Unter Ziffer I Ihres heutigen Antrages "Fachkräfte langfristig binden" treffen Sie unstrittig Feststellungen, die wohl jeder hier im Hause unterschreiben würde. Nach dieser Antragslyrik aber nähern Sie sich in Ziffer II der eigentlichen Problematik, nämlich einem der möglichen Gründe des Fachkräftemangels, die nicht vorhandene ganzjährige Beschäftigung in Saisonbetrieben, und dieser wirkungsvoll durch das Instrument eines sogenannten Saisonzuschusses zu begegnen.

Was aber ist ein Saisonzuschuss? In einem Pilotprojekt, wir haben es bereits gehört, das die Landesregierung

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das wissen wir doch, das müssen Sie uns jetzt nicht noch mal vorlesen.)

zusammen mit der DEHOGA und der NGG durchgeführt hat, sollte ausgelotet werden, welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ergriffen werden könnten, um eine ganzjährige Beschäftigung in Saisonbetrieben der Hotelund Gaststättenbranche zu ermöglichen. Sie berichten von den guten Erfahrungen, die damit in 15 Betrieben mit 29 Beschäftigen gemacht wurden. Kurz zusammengefasst: Zum 60-prozentigen Arbeitgeberanteil wurden noch 40 Prozent des Bruttogehaltes aus Landesmitteln beigesteuert. Der oder die Beschäftigte hatten in der Nebensaison damit trotzdem 100 Prozent Einkommen. Eine saisonbedingte Entlassung, wie sonst üblich, entfiel. Und ja, auch da haben Sie recht in Ihrer Antragsbegründung, dass sowohl Unternehmer wie auch die Beschäftigten das Programm Saisonzuschuss als positiv einschätzen.

Aber, und nun kommt das Aber, während die Projektstudie zwei Fördermodelle vergleicht – eines ist der Saisonzuschuss als Arbeitgeberzuschuss wie eben beschrieben, ein anderes Modell ist das Kurzarbeitergeld als Arbeitnehmerförderung –, stürzen Sie sich einzig und

allein auf den Saisonzuschuss und lassen andere Vorschläge außer Acht,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sie stürzen sich auf das andere, weil Sie dann die Verantwortung los sind und das wieder auf den Bund abschieben!)

wohl wissend, und das unterstelle ich Ihnen hiermit, dass Sie mit dieser Arbeitgeberförderung einen forschen Griff in die Landeskasse verbinden, wie so oft, wie gestern auch schon gehört,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Jaja!)

denn Sie fordern, ein entsprechendes Landesprogramm mit notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Henning Foerster, DIE LINKE: Lassen Sie uns doch über die Dimension diskutieren!)

Dies will und kann meine Fraktion einfach nicht mittragen. Als ob wir einen Goldesel im Keller hätten! Ich weiß gar nicht, was Sie immer für Geld verlangen,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Immer diese billige Polemik!)

ohne zu wissen, wo wir das Geld hernehmen wollen.

Als arbeitsmarktpolitisches Instrument nützt der Saisonzuschuss mit Sicherheit den Beschäftigten, auch den Unternehmen des Gastgewerbes. Aber muss diese arbeitsmarktpolitische Unterstützung nicht in der Reihe der Leistungen der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialversicherungssysteme des Bundes gesehen werden?

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sie haben doch gehört, dass der Bund nicht tätig werden will!)

Ich sage ganz klar, warum sollten wir als Land M-V, mit unseren Landesgeldern also, den Etat der Bundesagentur für Arbeit schützen?!

(Henning Foerster, DIE LINKE: Da es um die Leute hier im Land geht.)

Meine Fraktion lehnt solch ein Ansinnen klar ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Sebastian Ehlers, CDU)

Laut unseren Berechnungen, laut den Berechnungen des Finanzministeriums, würden aus dem Landeshaushalt 2,2 Millionen Euro pro 1.000 Beschäftigte dafür aufgebracht werden müssen. Summa summarum wären dies bei circa 10.000 betroffenen Arbeitsplätzen also 22 Millionen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wir haben nicht gesagt, dass für alle 10.000 sofort was passieren muss.)

Wir reden hier von 22 Millionen Euro Kosten für eine 90-Tage-Förderung im Jahr.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment, Frau Wippermann!

Ich habe Ihnen jetzt wirklich viele Zwischenrufe zugestanden, Herr Foerster,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das ist auch richtig so!)

aber Sie haben noch,

(Tilo Gundlack, SPD: Oh, oh, dünnes Eis!)

Sie haben noch Redezeit. Ich finde, Sie können sich ja manche Argumente merken und dann vielleicht hier vom Rednerpult aus darauf eingehen.

Jetzt können Sie fortfahren, Frau Wippermann.

Susann Wippermann, SPD: So wertvoll uns jede Fachkraft im Gastgewerbe ist, die dadurch über die Nebensaison an das Unternehmen gebunden bleibt, aber es kann einfach nicht Aufgabe des Landes Mecklenburg-Vorpommern sein, diese Finanzierung alleine tragen zu müssen. Wenn Sie hier die Ergebnisse des Projektes "Guter Gastgeber – Guter Arbeitgeber" schon heranziehen, warum präferieren Sie nicht das Saisonkurzarbeitergeld, welches analog dem Schlechtwettergeld im Bauhauptund -nebengewerbe konzipiert wurde? Über eine Umlage durch ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Glocke der Vizepräsidentin – Patrick Dahlemann, SPD: Butzki war das. Das macht er in Fraktionssitzungen doch auch immer so.)

Über eine Umlage durch Beschäftigte und Unternehmen finanziert, könnte es gleichermaßen dafür sorgen, dass die Beschäftigten in den Wintermonaten Einkommen haben und das Beschäftigungsverhältnis trotzdem bestehen bleiht

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wer regiert denn in Berlin?)

Warum ziehen Sie bei Ihren Vorschlägen des Antrages nicht auch ein Mischmodell beider Varianten in Betracht? Ich kann es Ihnen sagen: Weil es einfacher ist, statt komplexe, ausgereifte Lösungen zu suchen, erst mal einen tiefen Griff in die Landeskasse zu tätigen.

Zusammenfassend möchte ich sagen, Ihre Vorschläge für dieses wichtige, aber sehr komplexe Thema mögen zielführend sein, aber wir finden sie unüberlegt und zu kurz gesprungen. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn Sie Ihre Überlegungen und Lösungsvorschläge zunächst erst einmal einer Prüfung unterzogen hätten. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Henning Foerster, DIE LINKE: Er liest jetzt die Rede für Kollege Waldmüller vor!)

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für den tosenden Applaus vorweg.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, endlich mal, was?)

Zu dem Stellenwert, den die Hotellerie und die Gastronomie in unserem Bundesland, dem Tourismusland, einnehmen:

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ist das jetzt hier Komödienstadel, oder was?)

Nachdem Mecklenburg-Vorpommern ja Gastgeberland auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin war, ist das unzweifelhaft.

Zu dem Modellprojekt ist eigentlich alles gesagt,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

aber ich bin deshalb hier noch mal an das Rednerpult gegangen, um ganz einfach zu sagen – Herr Foerster, das haben Sie nämlich ausgelassen –, weshalb der Bund nach diesem Modellprojekt nicht weiter eingestiegen ist. Zu diesem Modellprojekt gibt es nämlich auch eine Studie und Sie haben nur die positive Seite der Studie beleuchtet und nicht die kritischen Punkte,

(Thomas Schwarz, SPD: Aha! Aha, Herr Foerster!)

nämlich – und ich darf hier aus der Studie zitieren –: "Hier gilt es insbesondere zu klären, ob und inwieweit eine Arbeitgeberförderung wie im Modell Saisonzuschuss vorgesehen",

(Henning Foerster, DIE LINKE: Jetzt wollen wir mal den Unternehmen helfen, dann ist das auch wieder nicht richtig!)

"mit den Grundsätzen des Arbeitsförderungsrechts (SGB III) und des EU-Wettbewerbsrechts nach einer branchen- und unternehmensneutralen Förderung zu vereinbaren ist."

Diese Frage gilt es zunächst zu klären und das ist auch der Grund, weshalb der Minister hier davon gesprochen hat, dieser Antrag sei noch nicht entscheidungsreif. Alles andere ...

(Henning Foerster, DIE LINKE: Dann überweisen wir ihn doch, dann können wir weiterdiskutieren!)

Und das finde ich auch zu Ihrem Antrag eben erstaunlich. Sie beginnen mit einer vollumfänglichen Bewertung eines Zustandes. Aus dieser unvollständigen Bewertung gelangen Sie zu einer Studie. Diese Studie zitieren Sie unvollständig, aber aus dieser unvollständig zitierten Studie leiten Sie die Forderung nach einem Landesprogramm ab. Die Worte "Mitnahmeeffekt" oder "Wettbewerbsrecht" kommen bei Ihrem Antrag eben nicht vor.

Ich kann also ganz deutlich sagen,

(Andreas Butzki, SPD: Wir lehnen das ab.)

ein Mövenpick 2.0 wird es mit uns nicht geben. Und von daher, da ich also auch daran glaube, dass die Sozial-

partner in ordentlichen und gut geführten Gesprächen vernünftige Vereinbarungen finden werden,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wir werden sie fragen.)

lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

**Henning Foerster**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wissen Sie, Herr Schwarz, das Thema ist eigentlich zu ernst, um es zu so einer komödiantischen Veranstaltung herabzuqualifizieren, wie Sie es offensichtlich jetzt hier vorhaben. Ich will allerdings dann doch noch einige ernsthafte Worte zur Sache sprechen.

(Andreas Butzki, SPD: Das erwarten wir auch.)

Ich denke, in der Einbringung habe ich bereits hinreichend deutlich gemacht, warum wir der Auffassung sind, dass es dringend eines Förderprogramms Saisonzuschuss bedarf. Und noch mal zum Mitschreiben: Initiativen des Bundes wird es diesbezüglich – das hatte ich in der Einbringung gesagt und anhand der offiziellen Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion auch belegt – nicht geben.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Insofern läuft die gesamte Argumentation von Ihnen, Frau Wippermann, hier auch ins Leere.

(Marc Reinhardt, CDU: Das stimmt nicht.)

Mecklenburg-Vorpommern ist, das wird niemand ernsthaft bestreiten wollen, besonders stark von der Problematik der Saisonarbeit betroffen und die damit verbundenen gravierenden Nachteile für die Beschäftigten sind es, die es für die Unternehmen des Hotel- und Gaststättengewerbes zunehmend schwierig machen, das aktuelle Personal zu halten und den notwendigen Nachwuchs zu gewinnen.

Deshalb wollen wir ein eigenes Landesprogramm auflegen. Und ich hatte auch gesagt, was den Umfang angeht, der am Ende ja darüber entscheidet, wie viel Geld tatsächlich zur Verfügung gestellt werden muss, sind wir durchaus gesprächsbereit. Was wir Ihnen aber ausdrücklich nicht durchgehen lassen, ist, dass Sie sich mit der Begründung aus der Verantwortung stehlen, die Förderung von ganzjähriger Beschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe würde das Land Geld kosten, während die Träger der Bundesagentur für Arbeit, also primär der Bund, entlastet werden.

Meine Damen und Herren, das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Es geht hier um bis zu 10.000 Menschen, die sich im Sommer den Allerwertesten aufreißen (Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh, oh!)

und letztlich das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern repräsentieren und die dann in der Nebensaison in die Arbeitslosigkeit gehen.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Jetzt gibt es eine sehr gute Möglichkeit, den Unternehmen, in denen sie momentan saisonal beschäftigt sind, dabei zu helfen, sie ganzjährig anzustellen, und Sie erzählen hier was von Kosten-Nutzen-Verteilung!

(Susann Wippermann, SPD: Das habe ich nicht gesagt, das stimmt nicht!)

Das ist wirklich beschämend.

(Susann Wippermann, SPD: Das lesen Sie jetzt ab!)

Und, meine Damen und Herren, dass Sie nicht einmal einer Überweisung des Themas in die Ausschüsse zustimmen, wo man ja möglicherweise auch über Alternativen oder offene Fragen diskutieren könnte, das zeugt nun von wirklicher Kleingeistigkeit. Was haben Sie denn zu verlieren?

(Andreas Butzki, SPD: Ich kenne nur einen Großgeist hier.)

Oder wollen Sie das Thema dauerhaft beerdigen, Herr Butzki, und somit heute hier einräumen, dass Sie die 72.000 Euro für das Modellprojekt Saisonzuschuss quasi aus dem Fenster geschmissen haben? Dann hätten wir lieber jedem Saisonbeschäftigten im Gastgewerbe 7,20 Euro überweisen sollen,

(Marc Reinhardt, CDU: Das war aber nicht Mindestlohn.)

dann hätte er wenigstens mal was in der Hand gehabt. Da hätte er einen Eisbecher essen können oder dergleichen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Andreas Butzki, SPD: Und das ist keine Polemik?)

Da kennen Sie sich ja besonders gut mit aus!

(Andreas Butzki, SPD: Ja, das finde ich auch.)

Und, meine Damen und Herren, zum Klassiker unter Ihren Totschlagargumenten: nicht finanzierbar, kein Geld und so weiter. Wissen Sie, was komisch ist? Wenn Sie als Koalition irgendeine Idee haben, dann ist plötzlich auch das notwendige Geld dafür da. Ich erinnere Sie mal an das Meister-Extra. Das haben wir seinerzeit, weil wir es für vernünftig gehalten haben, sogar mitgetragen, und zwar ohne, dass dafür im Haushalt auch nur irgendeine Vorsorge getroffen wurde. Da wurde das Programm einfach mal fix eingeführt.

(Christian Brade, SPD: Das war ja auch sinnvoll.)

Wie ging denn das? Da flog das Geld offensichtlich plötzlich vom Himmel.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Oder haben Sie sich mit der Spendendose auf Volksfesten aufgemacht, um die Kohle zusammenzusammeln?

Also gerade im Wirtschaftsministerium ist genügend Geld da.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Also lassen Sie doch diese durchschaubaren Ablenkungsmanöver und erklären Sie den Beschäftigten der Branche, warum sie von Ihnen außer warmen Worten nichts zu erwarten haben! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2252 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2252.

(allgemeine Unruhe)

Wir sind in der Abstimmung!

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2252 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 12. September 2018, 10.00 Uhr ein und wünsche Ihnen bei Eintritt in die Sommerpause mit Ihren Familien eine erholsame Zeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.26 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Holger Arppe, Sylvia Bretschneider, Sandro Hersel und Holger Kliewe.